

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 19. Oktober 1966

Tagesordnung

1. Erste Lesung der Regierungsvorlage: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967
2. Sonderregelung für den Nationalfeiertag im Jahre 1966
3. Abänderung des Lebensmittelgesetzes 1951

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 1961)

Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen 316, 337, 338, 324, 297, 325, 334, 298, 335, 299, 300, 280, 302, 329, 285, 318, 287, 289, 291 und 330 (S. 1961)

Geschäftsbehandlung

Antrag der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen auf Besprechung über die Begründung der Nichtbeantwortung der Anfrage 43/J durch den Bundesminister für Unterricht — Ablehnung (S. 1974)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlagen 186, 194 bis 203 und 206 bis 208, von Berichten und zweier Auslieferungsbegehren (S. 1973)

Verhandlungen

Erste Lesung der Regierungsvorlage (204 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967
Redner: Czettel (S. 1974), Machunze (S. 1979), Peter (S. 1986), Benya (S. 1992), Mitterer (S. 1997), Zeillinger (S. 2006), Gertrude Wondrack (S. 2010), Grudemann-Falkenberg (S. 2013), Dr. van Tongel (S. 2018) und Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (S. 2020)

Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß (S. 2023)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (205 d. B.): Sonderregelung für den Nationalfeiertag im Jahre 1966 (209 d. B.)

Berichterstatter: Kabesch (S. 2023)

Redner: Dr. Scrinzi (S. 2024), Sekanina (S. 2027), Dr. Josef Gruber (S. 2029), Melter (S. 2031), Stohs (S. 2033) und Heinz (S. 2034)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2034)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (123 d. B.): Abänderung des Lebensmittelgesetzes 1951 (210 d. B.)

Berichterstatter: Kabesch (S. 2035)

Redner: Anna Czerny (S. 2035), Dipl. Ing. Dr. Johanna Bayer (S. 2036), Kulhanek (S. 2037), Rosa Weber (S. 2041), Dr. Staribacher (S. 2043), Altenburger (S. 2045) und Bundesminister für soziale Verwaltung Grete Rehor (S. 2045)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2045)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Libal, Wodica, Steininger, Herta Winkler und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Ablehnung des Wunsches der Kriegsopfer auf eine Aussprache (110/J)

Ströer, Dr. Stella Klein-Löw, Dr. Kleiner und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend endgültige Entscheidung über Taras Borodajewycz (111/J)

Hellwagner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Übertragung der Volkswohnungen im Siedlungsgebiet Laab—Braunau am Inn (112/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 27. Sitzung vom 17. Oktober 1966 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet ist die Frau Abgeordnete Rosa Jochmann.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde. Ich beginne jetzt — um 9 Uhr 3 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Doktor van Tongel (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Schutzvorrichtungen auf der Autobahn.

1962

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

316/M

Sind Sie bereit, einer vom Kuratorium für Verkehrssicherheit wiederholt erhobenen Forderung, auf dem Mittelstreifen der Autobahnen Schutzvorrichtungen, das heißt Stahlschienen, anbringen zu lassen, ehestens zu entsprechen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. **Kotzina:** Herr Abgeordneter Dr. van Tongel! Das Bundesministerium für Bauten und Technik stellt Leitschienen im Autobahnmittelstreifen aus Gründen der Verkehrssicherheit von Jahr zu Jahr im vermehrten Umfang auf.

So werden auf der Westautobahn bis Ende dieses Jahres etwa 47 km Mittelstreifenleitschienen aufgestellt sein, auf der Brennerautobahn und der Wiener Nordautobahn bestehen weitere 11 km Mittelstreifenleitschienen. Im Jahre 1967 sind für die Aufstellung von Schutzvorrichtungen im Mittelstreifen weitere 20 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag können zusätzlich etwa 50 km Mittelstreifen ausgerüstet werden.

Ich glaube, Herr Abgeordneter, damit auch zum Ausdruck gebracht zu haben, daß sich mit den schon aufgestellten Leitschienen und mit dem Vorhaben für das Jahr 1967 die Maßnahmen des Bundesministeriums für Bauten und Technik auch mit den Empfehlungen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit decken.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. van Tongel: Das Kuratorium für Verkehrssicherheit hat die Forderung aufgestellt, es mögen an Stelle der Leitschienen am rechten Fahrbahnrand Mittelleitschienen angebracht werden. Wenn in zwei Jahren insgesamt etwa 100 km Mittelleitplanken bei einem Stand von weit über 300 km Autobahnen angelegt werden, so scheint mir dies etwas wenig zu sein. Ich darf Sie daher fragen: Wird davon Abstand genommen, weiterhin am rechten Fahrbahnrand solche Leitschienen anzubringen, und werden also in Zukunft diese Leitschienen nur auf dem Mittelstreifen angebracht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Dazu ist folgendes zu sagen: Es erscheint mir notwendig, daß auch an den Seitenteilen Leitschienen angebracht werden, und zwar zur Absicherung von Gefahrenstellen. Diese Leitschienen an den Seitenteilen werden ja in erster Linie nur dort angebracht, wo eben abschüssige Stellen vorhanden sind und wo verhindert werden soll, daß ein Wagen, der aus der Fahrbahn kommt, in einen Graben hinunter- oder von einer Anhöhe herunterkollert. Daneben, und zwar gleichrangig, sind Mittel-

streifenleitschienen ebenso notwendig, um das Hinübergleiten von Wagen in die andere Fahrbahn zu verhindern.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. van Tongel: Können Sie, Herr Minister, dem Hohen Hause mitteilen, in welchem Verhältnis in den Jahren 1966 und 1967 Leitplanken am rechten Fahrbahnrand im Vergleich zum Mittelstreifen angebracht werden, ob dies nämlich auch 100 km sein werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Herr Abgeordneter! Sie wollen diese Voraussage für das Jahr 1967 wissen. Ich bin auf diese Frage nicht vorbereitet, ich werde Ihnen aber gerne diesbezüglich Auskunft geben.

Präsident: 2. Anfrage: Abgeordneter Pölz (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Autobahnbauabschnitt Kottingburgstall—St. Valentin.

337/M

Wann werden die Straßenbaufirmen des Autobahnbauabschnittes Kottingburgstall—St. Valentin dazu verhalten, die durch sie zerstörten Gemeinde-, Landes- und Bundesstraßen des Bezirkes Amstetten wiederherzustellen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Herr Abgeordneter! Ich glaube mich erinnern zu können, daß Sie bereits in einer Fragestunde im November 1965 eine ähnliche Frage gestellt haben. Ich habe schon damals darauf hingewiesen, daß die Baufirmen auf Grund der Bauverträge, die beim Bau von Autobahnen abgeschlossen wurden, im besonderen verpflichtet werden, nach Fertigstellung der Arbeiten die von ihnen für die Zufuhr von Erd- und Baumaterial in Benützung genommenen sonstigen Straßen, insbesondere Landes- und Gemeindestraßen, wieder in den früheren Zustand zu versetzen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Pölz: Herr Bundesminister! Jetzt sind die Arbeiten fertiggestellt. Ich habe diese Anfrage deshalb wiederholt, weil in letzter Zeit Frauen mit Kindern auf Fahrrädern zu Sturz gekommen sind und außerdem Schulkinder von den zur Seite geschleuderten Steinen der zerstörten Straßen getroffen werden. Nachdem ein Jahr vergangen ist, darf ich Sie daher nochmals bitten, alles daran zu setzen, daß endlich mit der Wiederherstellung begonnen wird.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Ich würde mich glücklich schätzen, wenn Ihre heutigen

Bundesminister Dr. Kotzina

diesbezüglichen Hinweise, daß die Arbeiten, und zwar sowohl auf der Strengbergstrecke als auch bei der Umfahrung Amstetten, schon abgeschlossen sind, zutreffen würden. Es wird sowohl am Strengberg als auch an der Umfahrung Amstetten leider noch gearbeitet. Wir haben aber begründete Hoffnung, daß wir in allernächster Zeit mit den Bauarbeiten an diesen Autobahnabschnitten fertig werden. Dann ist der Zeitpunkt gegeben, daß nach Fertigstellung dieser Bauarbeiten auch diejenigen Straßenstücke, die von den Baufirmen benutzt wurden, um die Autobahn zu bauen, wieder saniert werden.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Pölz**: Ist damit zu rechnen, Herr Bundesminister, daß der Zeitpunkt der Wiederherstellung noch heuer sein wird?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina**: Herr Abgeordneter! Ich habe bereits im Sommer dieses Jahres die niederösterreichische Landesbaudirektion auf ihre Verpflichtung hingewiesen, die Firmen auf ihre Vertragsverpflichtungen aufmerksam zu machen und dafür zu sorgen, daß noch im heurigen Jahr diese Sanierungsarbeiten von den Baufirmen in Angriff genommen werden.

Präsident: 3. Anfrage: Abgeordneter Steinmaßl (*SPÖ*) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Südumfahrungsstraße Krems.

338/M

Wann ist mit dem Bau der Südumfahrungsstraße in Krems zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina**: Herr Abgeordneter! Ich nehme an, daß Sie unter dem Begriff der Südumfahrung Krems die Neutrassierung der Bundesstraße Stockerau—Krems meinen.

Wenn dem so ist, dann sei darauf hingewiesen, daß der Bau dieser von Ihnen so genannten Südumfahrung Krems in engem Zusammenhang mit den Planungen der Verbindungsstraße, der Schnellstraße Krems—St. Pölten, steht und im gleichen Zusammenhang auch der Bau einer neuen Donaubrücke im Raum Krems zu betrachten ist.

Die Planungen sind, ohne daß das gegenwärtige Bundesgesetz, nämlich das Bundesstraßengesetz, für den Bau der Schnellstraße Krems—St. Pölten Vorsorge trifft, nicht nur vorbereitend in Angriff genommen worden, sondern sie stehen vor dem Abschluß, und es wird in der nächsten Zeit zu entscheiden sein, welche Trasse endgültig genommen wird.

Es wird in weiterer Folge notwendig sein, die gewählte Trasse auch in das Bundesstraßengesetz aufzunehmen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Steinmaßl**: Herr Bundesminister! Wir haben die Feststellung, die Sie eben im Zusammenhang mit dem Verkehrsviereck: Straße nach Gföhl, Straße nach St. Pölten, Straße in die Wachau und Stockerauer Bundesstraße, gemacht haben, auch von den Raumplanern und den Stadtplanern gehört. Alle Planer stellen fest, daß es unbedingt notwendig ist, den Durchzugsverkehr aus dem Stadt kern herauszubringen.

Ich stelle daher die zweite Frage: Da die Planung bald abgeschlossen sein wird, wie Sie angeführt haben, frage ich Sie: Wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina**: Mit dem Bau der Südumfahrung im engeren Sinn des Wortes meinen Sie wohl die Umlegung der Trasse Stockerau—Krems (*Abg. Steinmaßl: In die Wachau!*) und die Fortführung in die Wachau. Wann dieser Bauabschnitt, der sich ja in den Rahmen der größeren Konzeption einfügen muß und auch wird, begonnen wird, kann ich im Detail heute nicht sagen.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident: 4. Anfrage: Frau Abgeordnete Anna Czerny (*SPÖ*) an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Butterexport.

324/M

Zu welchem Preis wird derzeit die österreichische Butter ins Ausland exportiert?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzer**: Frau Abgeordnete! Der Preis für die österreichische Exportbutter wird durch die Weltmarktsituation in den Lieferländern bestimmt und kann sich demgemäß natürlich von Woche zu Woche ändern.

Im Jahre 1965 sind insgesamt 5880 t Butter exportiert worden, wobei einschließlich der Ausfuhrvergütung und der Ausfuhrhändlervergütung ein Erlös von durchschnittlich 24,79 S pro Kilogramm erzielt wurde.

Im Jahre 1966 ist die Situation durch größere Butterlager in Westeuropa und damit

1964

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

durch einen entsprechenden Preisdruck charakterisiert. Die österreichische Buttererzeugung hält sich 1966 ungefähr auf der Höhe des Vergleichszeitraumes des Vorjahres.

Durch eine immerhin namhafte allgemeine Verbrauchssteigerung ist der Inlandskonsum gegenüber dem Vorjahr um rund 7,5 Prozent angestiegen. Auf Grund dieser Entwicklung waren in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres nur rund 2700 t gegenüber 4545 t im gleichen Vorjahreszeitraum zu exportieren.

Der zweifellos gute Ruf der österreichischen Butter im Ausland, die eingespielten Lieferbeziehungen sowie auch die Tatsache, daß die geringere Exportmenge auf den relativ besseren Märkten untergebracht werden konnte, haben im ersten Halbjahr 1966 einen Durchschnittserlös von 24,45 S je Kilogramm ergeben. Der Erlös ist also trotz der ungünstigen Lage auf dem Weltmarkt gegenüber dem Vorjahreswert praktisch unverändert.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordnete Anna Czerny: Herr Minister! Können Sie mir sagen, wie hoch ungefähr das Defizit im heurigen Jahr sein wird, das sich aus dieser Preisdifferenz gegenüber dem Verkaufspreis in Österreich, der derzeit 40 S beträgt, ergeben wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Eine genaue Ziffer kann ich Ihnen begreiflicherweise nicht geben, weil das Jahr noch nicht zu Ende ist.

Nach den Ziffern, wie ich sie Ihnen für die ersten neun Monate dargestellt habe, wird das Exporterfordernis um einiges geringer sein, als dies im vergangenen Jahr der Fall war. Wenn ich die Ziffern des Vorjahres — mit einem Export von rund 5880 t — zugrunde lege, so ergibt diese Preisdifferenz auf den Großhandelspreis von 36 S und 2 oder 4 g eine Differenz von etwa 4,23 S. Das entspricht einem Wert von insgesamt rund 66 Millionen. Es ist eher anzunehmen, daß die zu exportierende Buttermenge im heurigen Jahr kleiner und dementsprechend auch die Höhe der Exportstützung geringer sein wird.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Anna Czerny: Herr Minister! Ich muß Sie trotzdem fragen: Finden Sie es in Ordnung, daß der österreichische Steuerzahler und Konsument dieses Defizit zu tragen hat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Lassen Sie mich Ihnen auf diese Frage folgendes antworten (*Unruhe — der Präsident gibt das Glockenzeichen*): Erstens einmal, Hohes Haus, hat es Zeiten gegeben, wo Österreich zur Deckung seines Inlandsbedarfes auf nicht unwesentliche Butterimporte angewiesen war und demzufolge auch von den Schwankungen des Weltmarktes nicht unerheblich betroffen wurde.

Zweitens: Ich darf Ihnen berichten, daß die Länder der OECD im Jahre 1964 für die Förderung ihrer milchwirtschaftlichen Ausfuhr an Ausfuhrstützungen und Beihilfen einen Betrag von insgesamt 5,5 Milliarden Schilling aufgebracht haben, davon allein die Vereinigten Staaten über 2 Milliarden Schilling, Frankreich über 1,8 Milliarden Schilling, die Niederlande 652 Millionen, die Schweiz 327 Millionen, um Ihnen nur einige dieser Beispiele vor Augen zu führen.

Wenn ich mir ferner vergegenwärtige, daß im vergangenen Jahr bei Zunahme einer Milchmarktleistung um 50.000 t Milchlieferung an die Molkereien der gesamte Mehrkonsum, wiederum umgerechnet auf die an die Molkereien gelieferte Milch, über 100.000 t betragen hat, das heißt also, der Mehrkonsum um das Doppelte dessen, was der Produktionszuwachs betragen hat, gewachsen ist, dann, glaube ich, stehen diese Beträge, die wir als eine gewisse Versicherungsprämie für eine geordnete und kontinuierliche Inlandsversorgung erbringen, in einer durchaus vertretbaren Relation.

Wenn ich mir außerdem vergegenwärtige, daß es Investitionsgüter oder auch Betriebsmittel gibt, die ausschließlich oder überwiegend von der Landwirtschaft bezogen werden und bei denen erwiesenermaßen die Inlandspreise höher liegen als jene, die im Export erzielt werden können, dann glaube ich Ihre Frage, Frau Abgeordnete, mit einem klaren Ja beantworten zu dürfen. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Widerspruch bei der SPÖ.*)

Präsident: 5. Anfrage: Abgeordneter Weidinger (*ÖVP*) an den Herrn Landwirtschaftsminister, betreffend Baustelle Sebersdorf.

297/M

Ist es richtig, daß im Zuge der Saifenregulierung Bierbaum-Blumau in Sebersdorf eine zweite Baustelle errichtet wird und die Gemeindegebiete Waltersdorf, Leitersdorf und Klein-Steinbach ausgelassen werden sollen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Herr Abgeordneter! Für die Regulierung des

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Safenbaches von Eggendorf abwärts (*Unruhe — der Präsident gibt das Glockenzeichen*) bis zu seiner Mündung in den Saifenbach bei Sebersdorf und für den anschließenden Lauf des Saifenbaches bis zu seiner Mündung in die Lafnitz liegt ein Regulierungsprojekt vor. Träger dieses Projektes ist der „Wasserverband Safen- und Saifenbachregulierung“. Die Arbeiten an dem ersten Bauabschnitt, der von der Mündung des Saifenbaches in die Lafnitz 4,6 km bachaufwärts bis Blumau reicht, werden 1967 beendet werden.

Im Zusammenhang mit dem in Aussicht genommenen Autobahnbau war vorgesehen gewesen, zunächst nicht von Blumau bachaufwärts weiterzubauen, sondern den Bauabschnitt von Sebersdorf aufwärts in Angriff zu nehmen. Gegen diese Absicht des Wasserverbandes — ich möchte das betonen — haben die von Sebersdorf bachabwärts gelegenen Gemeinden Waltersdorf, Leitersdorf und Klein-Steinbach Einwendungen erhoben, weil dadurch für diese Gemeinden die Hochwassergefahr verstärkt worden wäre. Bei einer Begutachtung der Strecke durch die staatliche Bauaufsicht wurde dem Standpunkt der drei vorgenannten Gemeinden Rechnung getragen, und es wurde dabei einvernehmlich festgelegt, daß die Regulierung von Blumau bachaufwärts durchgeführt werden soll. Es wird also dann, wenn die Arbeiten im Autobahnabschnitt beginnen, für diese drei Gemeinden die Hochwassergefahr bereits beseitigt sein.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Weidinger: Herr Bundesminister! Für wann ist die Fertigstellung des Bauabschnittes Bierbaum—Blumau vorgesehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Ich kann hier noch keine abschließende Mitteilung machen. Das hängt von der endgültigen Erstellung der Arbeitsprogramme und ihrer Dotierung ab.

Präsident: 6. Anfrage: Frau Abgeordnete Herta Winkler (*SPÖ*) an den Herrn Landwirtschaftsminister, betreffend Verfütterung von Getreide.

325/M

Wie hoch waren im Wirtschaftsjahr 1965/66 im Zuge der Verfütterung von Getreide die Kosten für Vergällung, Auslagerung und Abwertung?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Frau Abgeordnete! Darf ich Ihnen bitte folgendes mitteilen: Laut Futtermittelbilanz des Getreideausgleichsfonds wurden im Wirt-

schaftsjahr 1965/66 rund 54.300 t Weizen und Roggen nach vorheriger Vergällung dem Futtermittelsektor zugeführt. Bei diesen Mengen handelt es sich fast ausschließlich um Getreide, das infolge von abnormer Feuchtigkeit, begründet durch den Sommer und die Witterung des Jahres 1965, auswuchsgeschädigt und daher von minderer Güte gewesen ist.

Die Vergällungskosten betragen 30 S je Tonne, was auf die gesamte Menge bezogen rund 1,6 Millionen Schilling bedeuten würde. Bei meinem Ressort sind bisher aber erst Anträge für eine Menge von rund 30.000 t mit einem Erfordernis von 900.000 S gestellt worden. Die Vergällung ist notwendig, um von vornherein auszuschließen, daß etwa Teilmengen dieses Getreides neuerlich in den Brotgetreidesektor fließen.

Im Wirtschaftsjahr 1965/66 wurde der Bedarf an Futterweizen im wesentlichen nur in den ersten fünf Monaten aus der inländischen Ernte gedeckt, und zwar aus den Beständen der Aufkäufer — hier handelt es sich um Lagerhausgenossenschaften und um Landhändler —, während in den restlichen Monaten zur Deckung des Futterweizenbedarfes rund 90.000 t vergällter Weizen importiert worden sind. Aus den Lagerungsaktionen meines Ressorts mußten nur geringe Mengen von Weizen wegen Qualitätssminderung als Futterweizen verwertet werden, sodaß nur unbedeutende Kosten für Lagerung erwachsen sind.

Aus der Abwertung sind dem Ressort gleichfalls Kosten nicht erwachsen, weil Preisdifferenzen nicht bezahlt wurden. Die Verwertung des inländischen Getreides, soweit es in den Futtersektor geschleust wurde, erfolgte nämlich in jenen Monaten, in denen der ganzjährig einheitliche Preis für Futterweizen nur geringfügige Abweichungen zum Preis für Mahlweizen aufweist. Die Preisanordnung für Mahlweizen sieht nämlich steigende Monatszuschläge, sogenannte Reports, für den Weizenpreis vor, und zwar steigende Zuschläge von September bis März in einer Gesamthöhe von insgesamt 19 Groschen je Kilogramm.

Frau Abgeordnete! Abschließend darf ich dann noch bemerken, daß die in Rede stehende Menge von rund 54.000 t lediglich zirka 5 Prozent des österreichischen Gesamtverbrauches an Futtermitteln im Wirtschaftsjahr 1965/66 ausgemacht hat.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordnete Herta Winkler: Herr Bundesminister! Da es sich also um Füllweizen handelt, von dem Sie selbst sagen, daß er schon auswuchsgeschädigt war, frage ich: Warum

1966

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Herta Winkler

haben Sie diesen nicht von vornherein als Futtergetreide übernommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Weil es bedauerlicherweise gegenwärtig noch keine hinreichende Methode gibt, die es gestatten würde, bei der stoßweisen Übernahme des Weizens in den Erntewochen innerhalb der notwendigen kurzen Zeit eine hinreichend genaue Qualitätsbestimmung durchzuführen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Aber Herr Minister!)

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Herta Winkler: Herr Bundesminister! Darüber kann man verschiedener Meinung sein, aber ich muß Sie fragen, genauso wie die Frau Abgeordnete Czerny fragte: Finden Sie die Verwendung von allgemeinen Steuermitteln in der Zeit eines Sparbudgets in dieser immerhin beachtlichen Höhe von 1,6 Millionen Schilling für gerechtfertigt, oder sollte nicht vielmehr durch eine Anbauplanung von der Erzeugung überschüssigen und nicht absetzbaren Brotgetreides zum Anbau von Futtergetreide übergegangen werden, wofür immerhin, wie Sie selbst sagen, ein Import von rund 90.000 t gegeben war? (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Die Weizenproduktion in Österreich wird insgesamt auf 207.000 bäuerlichen Betrieben durchgeführt. Jeder einzelne Betrieb baut den Weizen auf mehreren Teilstücken. Wenn wir im Sinne einer von Ihnen begehrten Anbauplanung tatsächlich den Weizenanbau planen wollten, würde das mit Kontrollmaßnahmen verbunden sein, die überhaupt nicht überschaubar sind. (Zustimmung bei der ÖVP.) Außerdem könnte ich mich zu einer solchen Politik nicht entschließen, weil ich der Auffassung bin, daß damit die Probleme des Anbaues auch nicht gelöst werden. Schließlich habe ich Ihnen ausgeführt, daß in dem letzten Wirtschaftsjahr die Mengen, die tatsächlich dem Futtersektor zugeschleust wurden, außerordentlich gering waren. Ich bitte außerdem zu berücksichtigen, daß zum Beispiel die 90.000 t, die wir an Futterweizen vergällt im vergangenen Jahr für unseren Futtergetreidebedarf importiert haben, zum überwiegenden Teil zum Beispiel aus Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern stammen, die ihren Bauern einen garantierten Preis bezahlen und ganz erhebliche Exportstützungen für die Verwertung dieses Weizens gegeben haben.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß wir es vor

geräumer Zeit erlebt haben, daß ein skandinavisches Land, in dem man den dortigen Bauern einen Eierpreis von 1,26 S garantiert, in der Zeit der Eierschwemme die Eier mit einem Dumpingpreis von 46 Groschen im Auslande angeboten hat.

Meine Damen und Herren! Gemessen an dem, was andere Länder für die Sicherung ihrer Produktion, für die Sicherung des Preises und auch für die Verwertung des Absatzes tun, nehmen sich die Aufwendungen, die Österreich für seine Agrarprodukte und für die Sicherung seiner landwirtschaftlichen Produktion macht, als in einem durchaus vertretbaren Rahmen stehend aus. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: 7. Anfrage: Abgeordneter Steinhuber (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend Übersendung von Unterlagen an die steirische Landesregierung.

334/M

Haben Sie der steirischen Landesregierung bereits die Unterlagen einer Zusammen schau für einen Energieplan, für die Ansiedlung von Ersatzbetrieben, für die Unterbringung von Arbeitskräften und ihre Wohnversorgung und für die Erstellung eines Sozialplanes übermittelt, wie dies in einem einstimmigen Beschuß der Landesregierung vom 25. Juli 1966 gefordert wurde?

Präsident: Bitte, Herr Vizekanzler.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. Bock: Das Minister komitee für die Erstellung eines Energieplanes hat als erste Stufe hiefür der Bundesregierung Maßnahmen im Bereich des Kohlenbergbaues vorgeschlagen. Die Bundesregierung hat diese Vorschläge in der Sitzung vom 4. Oktober 1966 genehmigt und veröffentlicht. Der diesbezügliche Beschuß des Ministerrates hat folgenden Wortlaut:

„Die unumgängliche und von allen Fachleuten als notwendig erkannte Verminde rung der Kohlenförderung macht alle Anstrengungen notwendig, um in den betroffenen Gebieten für die freigestellten Arbeitskräfte neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Zu diesem Zweck sollen vom Bund und von den zuständigen Ländern und Gemeinden Mittel zur Verfügung gestellt und Leistungen erbracht werden, die die Errichtung neuer Arbeitsplätze ermöglichen. Die Bundes regierung sieht in diesem Zusammenhang zunächst die Bereitstellung eines Betrages

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

1967

Vizekanzler Dr. Bock

von 100 Millionen Schilling aus ERP-Mitteln vor.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung ein Arbeitskomitee unter der Leitung eines mit den Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik vertrauten Direktors bestellen, dem unter Beiziehung der beteiligten Ressorts, der Landesregierungen und Gemeinden sowie der Sozialpartner die Aufgabe obliegen wird, die entsprechenden Maßnahmen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze einzuleiten.“

Der Herr Bundeskanzler wird in der nächsten Sitzung des Ministerrates über die Konstituierung dieses Komitees und über die Verwendung der vom Ministerrat zur Verfügung zu stellenden ERP-Mittel als zuständiger Ressortminister Vorschläge machen. Diese Vorschläge werden geeignet sein, die Errichtung von Betrieben wesentlich zu fördern.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Steinhuber:** Herr Bundesminister! Sie sagten, daß die Bundesregierung 100 Millionen Schilling aus ERP-Mitteln zur Gründung von Betrieben zur Verfügung gestellt hat.

Ich glaube, daß 100 Millionen Schilling zuwenig sind, wenn man ernstlich Abhilfe schaffen will. Glauben Sie, Herr Bundesminister, daß Sie mit diesen 100 Millionen Schilling das Auslangen finden und diese 100 Millionen genügend sind, um wirklich echte Abhilfe und Ersatzbetriebe zu schaffen?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Bock:** Das wird sich herausstellen. Ich bin überzeugt, wenn es sich, sobald die 100 Millionen Schilling verbraucht sind, erweisen sollte, daß dieser Betrag zu gering ist, wird man sicherlich noch zusätzliche Beträge zur Verfügung stellen müssen.

Präsident: 8. Anfrage: Abgeordneter Harwalik (ÖVP) an den Herrn Handelsminister, betreffend Verkehrszeichen „Schülerlotsen“.

298/M

Sind Sie, Herr Minister, bereit, in dem § 50 StVO. als Z. 12 a ein Verkehrszeichen „Schülerlotsen“ aufzunehmen, das in seiner Ausstattung dem in der Praxis bereits verwendeten Verkehrszeichen gleichen Namens entsprechen soll?

Präsident: Bitte, Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Bock:** Nach dem Genfer Abkommen über den Straßenverkehr und dem Genfer Protokoll über Straßenverkehrszeichen, die von Österreich ratifiziert worden sind, kann ein Vertragsstaat auch Straßenverkehrszeichen einführen, die nicht in dem Protokoll über Straßenverkehrszeichen enthalten sind. Die Einführung eines solchen Zeichens ist

allerdings dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bekanntzugeben.

Die genannten Abkommen stehen demnach einer allfälligen Einführung eines Straßenverkehrszeichens „Schülerlotsen“ nicht entgegen. Das Bundesministerium nimmt daher in Aussicht, diese Angelegenheit anlässlich der in Vorbereitung stehenden 3. Straßenverkehrsordnungsnotelle zur Erörterung zu stellen. Solche Straßenverkehrszeichen können nämlich nur durch Gesetz festgelegt werden.

Präsident: 9. Anfrage: Abgeordneter Pay (SPÖ) an den Herrn Handelsminister, betreffend Bergbauförderung für Ing. Habich.

335/M

In welchem Zusammenhang beziehungsweise in welcher Höhe wurde die Bergbauförderung an Ing. Habich, Eibiswald, ausgezahlt?

Präsident: Bitte, Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Bock:** Auf Grund der Bestimmungen des Bergbauförderungsgesetzes 1963 wurden dem Inhaber der Kohlengruben Tombach und Limberg, Ing. Habich, Beihilfen in einer Höhe von insgesamt 2,470.000 S ausbezahlt.

Von diesem Betrag entfallen 193.600 S auf die Stillegungskosten des Betriebes Limberg sowie 1,574.445 S zur Deckung des Betriebsabgangs der Betriebe Tombach und Limberg.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Pay:** Herr Vizekanzler! Ist es zutreffend, wie die „Kleine Zeitung“ vom 24. Juli 1966 schreibt, daß weder vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie noch von anderer Seite überprüft wurde, ob dem Habich-Bergbau überhaupt eine Bergbauförderungssubvention zusteht?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Bock:** Das kann schon deshalb nicht zutreffend sein, weil es ohne Überprüfung natürlich keine Zuweisung von Budgetmitteln gibt. Der diesbezügliche Prüfungsbericht umfaßt 17 Seiten.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Pay:** Trifft es zu, Herr Vizekanzler, daß, wie ebenfalls die „Kleine Zeitung“ wiederum berichtet, die Stillegungsprämien an Ing. Habich für 1965 und 1966 so rasch zur Auszahlung kamen, weil Herr Ministerialrat Dr. Gasser vom Handelsministerium der Schwiegersohn des Ing. Habich ist? (Abg. Peter: *Nichts über Schwiegersöhne, sonst zeiht Sie der Unterrichtsminister der Sippenhaftung!*)

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Bock:** Ministerialrat Doktor Gasser gehörte zu dem Zeitpunkt, als der

1968

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Vizekanzler Dr. Bock

Bescheid über die betreffenden Kohlenbetriebe herausgegeben worden ist, gar nicht zum Beamtenstand des Bundesministeriums. Er ist erst später in das Ministerium berufen worden und hat im übrigen einen ganz anderen Aufgabenbereich.

Präsident: Danke, Herr Vizekanzler.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident: 10. Anfrage: Abgeordneter Fachleutner (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend sportliche Beziehungen des Bundesheeres.

299/M

Unterhält das österreichische Bundesheer sportliche Beziehungen zu fremden Armeen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung Doktor **Prader:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das österreichische Bundesheer ist seit dem Jahre 1958 Mitglied des Internationalen Militärsportverbandes und beteiligt sich jährlich an verschiedenen Meisterschaften und Konkurrenzen. Der Internationale Militärsportverband zählt derzeit 36 Staaten als Mitglieder.

Internationale Militärmeisterschaften werden im Skilauf, militärischen und modernen Fünfkampf, Schwimmen, Fechten, Schießen, Fallschirmspringen, Fußball, Leichtathletik und Judo ausgetragen.

Das Bundesheer beteiligt sich vor allem auch an internationalen Leistungsmärschen. Ich nenne hier beispielsweise den Viertagemarsch von Nymegen, den Zweitagemarsch von Bern und den 100 km-Marsch von Biel.

Derzeit findet die erste internationale Judo-Militärmeisterschaft des Internationalen Militärsportverbandes in Wien in der Fasangartenskaserne statt. Zur Leistungssteigerung ist das Bundesheer bestrebt, seine Teilnahme an internationalen Leistungskonkurrenzen noch weiter zu verstärken.

Präsident: 11. Anfrage: Abgeordneter Fachleutner (*ÖVP*) an den Herrn Minister, betreffend Freizeitgestaltung der Soldaten.

300/M

Welche Maßnahmen sind in Aussicht genommen, um den Soldaten eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Prader:** Herr Abgeordneter! Das Bundesheer unternimmt auf verschiedenen Gebieten sehr bedeutende Anstrengungen, um den Soldaten eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen.

So wurden 36 Soldatenbühnen, 5 Photolabors, 5 Modellflugzeugbauwerkstätten, 28 Bastelwerkstätten, 4 Kegelbahnen, Kleinkaliberschießstätten und so weiter eingerichtet. Bedeutende Anschaffungen wurden auch auf dem Rundfunk- und Fernsehsektor gemacht. (Abg. *Weikhart: Und beim ÖAA B! — Abg. Probst: Das Ausfüllen von Beitrittserklärungen zum ÖAA B ist auch eine sinnvolle Freizeitgestaltung!*) Es wurden über 200 Fernsehgeräte, über 700 Rundfunkgeräte sowie Plattenspieler, Verstärkeranlagen, Fernsehprojektoren, Magnethörgeräte und so weiter angeschafft.

Ein besonderes Anliegen ist uns auch der Ausbau und die weitere Schaffung von Hobby- und Aufenthaltsräumen.

Besonderer Wert wird ferner auf Vortragsreihen, auf Theater- und Konzertzyklen sowie auf den Besuch von Ausstellungen gelegt.

Auch auf dem Gebiet des Films wird eine sehr intensive Tätigkeit entfaltet. So stehen dem Bundesheer 97 Schmalfilmprojektoren zur Verfügung. Es bestehen 8 Soldatenkinos. Mittels der Schmalfilmanlagen werden im Dienst Ausbildungsfilme und in der Freizeit Kultur- und Spielfilme vorgeführt. (Abg. *Meißl: Das war eine schöne bestellte Anfrage! — Abg. Weikhart: Das hätten Sie den Minister im Klub fragen können, Herr Fachleutner, das wäre einfacher gewesen!*)

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundeskanzleramt

Präsident: 12. Anfrage: Abgeordneter Gabriele (*ÖVP*) an den Herrn Bundeskanzler, betreffend Dienstzweige, Amtstitel und Anstellungserfordernisse der Beamten in handwerklicher Verwendung.

280/M

Sind Sie in der Lage, Herr Bundeskanzler, dem Hohen Hause mitzuteilen, wann mit der Verabschiedung eines Bundesgesetzes, mit dem im Gehaltsüberleitungsgesetz Bestimmungen über die Dienstzweige, Amtstitel und Anstellungserfordernisse der Beamten in handwerklicher Verwendung getroffen werden, zu rechnen ist?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Klaus:** Die Gestaltung der Dienstzweige und der Anstellungserfordernisse für Beamte im öffentlichen Dienst bedarf dringend einer gesetzlichen Regelung. Es haben daher bisher entsprechende Vorbereitungen stattgefunden, die zu einem Gesetzentwurf geführt haben, dessen Aussendung zur Begutachtung vor kurzem erfolgt ist. Die Begutachtungsfrist endet mit dem 31. Oktober. Wenn die Gutachten eingetroffen sein werden, werden wir vielleicht noch Abschlußverhand-

Bundeskanzler Dr. Klaus

lungen mit den Berufsvertretungskörperschaften, den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, durchführen, um sodann über die Bundesregierung dem Hohen Hause diesbezügliche Gesetzentwürfe vorzulegen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Gabriele: Herr Bundeskanzler! Ist in diesem Gesetzentwurf auch die Dienstzweigeverordnung für die anderen pragmatischen Beamten enthalten oder nur die für Beamte in handwerklicher Verwendung?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Die gegenwärtigen Arbeiten dienen lediglich der Dienstzweigeverordnung für die Beamten im handwerklichen Dienst, wohl aber erfolgen im Bundeskanzleramt derzeit schon Erhebungen und Vorarbeiten für eine neue Dienstzweigeverordnung sowohl für die Hoheitsverwaltung wie auch für eine Dienstzweigeverordnung der Lehrer. Diese Arbeiten können jedoch erst richtig fortgesetzt werden, wenn die erstgenannte Gesetzesmaterie zum Beschuß erhoben ist.

Präsident: 13. Anfrage: Abgeordneter Doktor Scrinzi (FPÖ) an den Herrn Bundeskanzler, betreffend Entwurf für ein Amtssprachengesetz.

302/M

Ist es richtig, daß von der Bundesregierung beabsichtigt wird, dem Nationalrat noch vor Beschußfassung über ein Minderheitenermittlungsgesetz den Entwurf für ein Amtssprachengesetz zuzuleiten?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin seit längerer Zeit bemüht, die noch fehlenden Teile zur Durchführung des Artikels 7 des österreichischen Staatsvertrages, betreffend den Schutz der sprachlichen Minderheiten, vorwärtszu bringen. Allerdings liegt, obwohl Sie dies in der Anfrage vermuten, noch kein Entwurf für ein Minderheitenamtssprachengesetz in der Regierung zur Beratung und allfälligen Beschußfassung vor. Vielmehr müssen der Fertigstellung eines solchen Entwurfes noch zahlreiche Kontaktgespräche mit den zuständigen Stellen der Bundesregierung, aber auch mit den zuständigen Stellen der Landesregierung von Kärnten und den Minderheitenorganisationen vorausgehen, um zu einer befriedigenden, auch die gesamtstaatlichen Belange, vor allem aber auch die Bestimmungen des Staatsvertrages berücksichtigenden Regelung zu gelangen.

Die bisherigen Studien und Beratungen haben noch nicht erwiesen, daß es der einzige zielführende Weg ist, ein Minderheitenfeststellungsgesetz oder, wie Sie in der Anfrage sagen, ein Minderheitenermittlungsgesetz zu beschließen. Es gibt auch andere Grundsätze und andere Wege, den Umfang der Minderheiten zu ermitteln beziehungsweise materiell-rechtliche Regelungen über die Amtssprache zu treffen, die dem Umfang der Minderheiten in den betreffenden Gebieten entsprechen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Scrinzi: Herr Bundeskanzler! Wollten Sie mit dieser Anfragebeantwortung, die zum Teil am wesentlichen Kern meiner Anfrage, nämlich der zeitlichen Abfolge der beiden Gesetze, vorbeigegangen ist, zum Ausdruck bringen, daß Ihre weiteren Richtlinien zur Regelung dieser Angelegenheit und zur Erfüllung des Artikels 7 des Staatsvertrages über die einstimmigen Beschlüsse des Kärntner Landtages hinweggehen und sich auch über jenes vor der Kärntner Öffentlichkeit von Ihrem Vorgänger in seiner damaligen Eigenschaft als Bundeskanzler, nämlich des heutigen Abgeordneten Dr. Gorbach, am 10. Oktober 1960 — also vor sechs Jahren — in Klagenfurt gemachte Versprechen hinwegsetzen, das vom Kärntner Landtag einstimmig beschlossene Minderheitenermittlungsgesetz ehestens dem Hohen Haus als Gesetzesvorlage zur Beschußfassung vorzulegen?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich will weder das eine noch das andere, sondern ich will die Arbeiten, die Studien, die zu einer sachgerechten Lösung führen können, vorwärtsstreiben. Ich will keineswegs den einhellenigen Beschuß des Kärntner Landtages übergehen, sondern, wie ich schon vorher ausgeführt habe, mit den zuständigen Stellen auch des Landes Kärnten weitere Kontaktgespräche führen. Ich will auch nicht das Versprechen, das Herr Bundeskanzler Raab beziehungsweise Herr Bundeskanzler Gorbach seinerzeit gegeben hat, übergehen, sondern ich will, was ich gesagt habe, mich weiter intensiv bemühen, eine alle Kreise, die betroffen sind, befriedigende und zugleich staatsvertragskonforme Lösung zu finden. Eine Prognose, welche Lösung die beste und zielführende ist, kann ich heute noch nicht geben.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Scrinzi: Herr Bundeskanzler! Ihr Bestreben, alle Kreise in Kärnten und auch selbstverständlich die dortige Minderheit zu befriedigen, wird unsere volle Unterstützung finden. Aber ich frage Sie: Sind Sie

1970

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Dr. Scrinzi

als Bundeskanzler nicht der Meinung, daß, um eine solche Befriedigung herbeizuführen, eine unabdingbare Voraussetzung ist, daß man den Umfang, die Grenzen dieser Kreise durch ein objektives Verfahren — selbstverständlich bei toleranter Grundhaltung — feststellt und daß ein derartiges objektives Verfahren nach den Grundsätzen sonstiger üblicher Verfahren durchgeführt werden müßte?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Ich bin ganz Ihrer Meinung, Herr Abgeordneter, daß wir eine objektive Norm für die Ermittlung des Umfangs der sprachlichen Minderheiten, vor allem in Kärnten, finden müssen. Ich kann nur sagen, daß ich noch nicht so weit bin, überzeugt zu sein, daß ein Minderheitenfeststellungsgesetz der einzige und der am raschesten zielführende Weg ist, sondern ich habe aus dem Verlauf der Studien und Beratungen bereits ersehen, daß es auch andere Wege gibt, die ebenfalls zielführend wären. Daraüber aber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Präsident: Danke, Herr Bundeskanzler.

Bundesministerium für Inneres

Präsident: 14. Anfrage: Abgeordneter Mondl (SPÖ) an den Herrn Innenminister, betreffend Untersuchung der Mißstände bei NEWAG und NIOGAS.

329/M

Ist die Wirtschaftspolizei zur Untersuchung und Klärung der vom Rechnungshof festgestellten Mißstände bei den niederösterreichischen Landesgesellschaften NEWAG und NIOGAS eingeschaltet worden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Inneres Dr. Hetzenauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Strafverfahren gegen Viktor Müllner und andere in der Richtung des § 205 c Strafgesetz werden von der Bundespolizeidirektion Wien, Wirtschaftspolizei, auf Grund eines Auftrages der Staatsanwaltschaft Wien Ermittlungen geführt.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Justiz

Präsident: 15. Anfrage: Abgeordneter Dr. Gruber (ÖVP) an den Herrn Justizminister, betreffend Verein für Bewährungshilfe.

285/M

Wie hoch sind die Beträge, mit denen das Bundesministerium für Justiz die überaus nützliche Tätigkeit des Vereines für Bewährungshilfe im Sinne der Bestimmungen des

Jugendgerichtsgesetzes 1961 jährlich unterstützt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Justiz Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dem Verein für Bewährungshilfe und Soziale Jugendarbeit in Wien obliegt die Organisation und Durchführung der Bewährungshilfe und die Schulung der Bewährungshelfer in Wien und auch in den Bundesländern, mit Ausnahme der Steiermark, wo die Aufgaben der Bewährungshilfe die österreichische Gesellschaft „Rettet das Kind“, Landesverband Steiermark, besorgt.

Dem Verein für Bewährungshilfe und Soziale Jugendarbeit in Wien sind im Jahre 1965 vom Bundesministerium für Justiz an Subventionen insgesamt 1.658.900 S zur Verfügung gestellt worden, außerdem sind Kosten für Reisegebühren von Mitarbeitern des Vereins und für Post- und Telephongebühren des Vereins übernommen und dem Verein die erforderlichen Unterkünfte einschließlich der Einrichtung von Amts wegen beigestellt worden. Dafür sind dem Bundesministerium für Justiz im Jahre 1965 weitere Kosten im Ausmaß von 311.100 S erwachsen.

Im Hinblick auf ein kommendes Gesetz über die Bewährungshilfe, dessen Entwurf derzeit vom Bundesministerium für Justiz ausgearbeitet wird und der demnächst zur Begutachtung versendet werden wird, sind dem Verein auch 20 Vollzugsbedienstete zur Einführung in die organisatorischen Aufgaben und zur Einschulung als Bewährungshelfer vorübergehend zur Verfügung gestellt worden. Diese Personen sollen im Rahmen der hauptamtlichen Bewährungshilfe, wie sie durch das neue Gesetz eingerichtet werden soll, tätig werden. Im gleichen Ausmaß wird der Verein auch im Jahre 1966 durch die Bestellung von Personal und die erforderlichen finanziellen Mittel für die Aufrechterhaltung seiner Tätigkeit gefördert.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Gruber: Herr Minister! Hat die Finanzierung der Bewährungshilfe bisher Schwierigkeiten verursacht, oder konnten alle Ansprüche, die an das Ministerium gestellt wurden, befriedigt werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es konnten im wesentlichen alle Ansprüche, die der Verein gestellt hat, einvernehmlich befriedigt werden. Das Bundesministerium für Justiz wird sich selbstverständlich bemühen, für einen weiteren Ausbau der Bewährungshilfe und demgemäß auch für eine weitere finanzielle Deckung der Bewährungshilfe Sorge zu tragen.

Präsident: 16. Anfrage: Abgeordneter Doktor Kleiner (*SPÖ*) an den Herrn Justizminister, betreffend Freispruch von Franz Novak.

318/M

Wird die Staatsanwaltschaft Wien die gegen den Freispruch von Franz Novak angemeldete Nichtigkeitsbeschwerde ausführen, sodaß der Oberste Gerichtshof in die Lage versetzt wird, im gegenständlichen Strafverfahren noch einmal zu entscheiden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Klecatsky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In der Strafsache gegen Franz Novak wurde die schriftliche Ausfertigung des Urteils 1. Instanz der Staatsanwaltschaft noch nicht zugestellt, weil die Übertragung des stenographischen Hauptverhandlungsprotokolls noch nicht abgeschlossen ist. Die Staatsanwaltschaft Wien wird sich nach Zustellung der schriftlichen Urteilsausfertigung und des Hauptverhandlungsprotokolls sowie der Rechtsbelehrung und der Erwägungen der Geschworenen über die angemeldete Nichtigkeitsbeschwerde schlüssig zu werden haben.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Kleiner:** Herr Minister! Sind Sie bereit, sobald die Urteilsausfertigung erfolgt ist sowie die Beurteilungen, die Sie nun bekanntgegeben haben, vorgenommen worden sind, dafür zu sorgen beziehungsweise Veranlassung zu treffen, daß die Nichtigkeitsbeschwerde dann auch ausgeführt wird und der Oberste Gerichtshof in die Lage kommt, in der Sache neu zu entscheiden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Klecatsky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Selbstverständlich beobachtet das Bundesministerium für Justiz den weiteren Fortgang dieser Strafsache.

Präsident: 17. Anfrage: Abgeordneter Machunze (*ÖVP*) an den Herrn Justizminister, betreffend Belästigung durch im Gefängnis am Mittersteig untergebrachte Häftlinge.

287/M

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Justizverwaltung zu ergreifen, um die Belästigung von Bewohnern der dem Gerichtsgebäude am Mittersteig nahegelegenen Häuser durch im Gefängnis am Mittersteig untergebrachte Häftlinge zu verhindern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Klecatsky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nach den dem Bundesministerium für Justiz zugekommenen Informationen haben sich Belästigungen von Bewohnern der Nachbarhäuser durch Insassen der Sonderanstalt Mittersteig nur in der Rich-

tung ergeben, daß Gefangene aus offenen Fenstern des Anstaltsgebäudes Bewohner einiger Nachbarhäuser beobachteten, durch Zurufe störten oder auch auf eine andere Weise mit ihnen in Verbindung zu kommen suchten. Diese Belästigungen sind auch in einer Zeitung am 23. August dieses Jahres kritisiert worden.

Die Direktion der Anstalt war, als sie einige Tage vor dem Erscheinen des Zeitungsartikels von diesen Belästigungen erfahren hatte, den Beschwerden sofort nachgegangen. Sie hat dabei festgestellt, daß es Strafgefangenen, die innerhalb des Gesperres, aber ohne ständige Aufsicht, zur Gangreinigung eingesetzt waren, gelungen war — entgegen einem ausdrücklichen Verbot —, die schon veralteten Fensterverschlüsse einiger Gangfenster zu öffnen und durch die geöffneten Fenster Bewohner der gegenüberliegenden Häuser, die gerade bei den Fenstern oder in der Nähe offener Fenster waren, auf die angegebene Weise zu belästigen.

Zur Hintanhaltung dieses Unfuges wurden die Gangfenster in den drei Stockwerken des Anstaltsgebäudes mit neuen, sicheren Verschlüssen versehen, die ein eigenmächtiges Öffnen durch Gefangene unmöglich machen. Seither ist weder der Direktion der Anstalt noch auch dem Bundesministerium für Justiz eine weitere Klage über eine Belästigung von Bewohnern der Nachbarhäuser zu Ohren gekommen.

Weiter ist in diesem Zeitungsartikel auch darauf hingewiesen worden, daß von den Häftlingen Verschlußkorken von Flaschen in den Nachbarhof geworfen worden wären. Da aber die Häftlinge weder Flaschen in ihrem Besitz haben noch Getränke in Flaschen beziehen dürfen, haben sie gar nicht die Möglichkeit, zu Verschlußkorken zu gelangen. Daher kann diese Beschuldigung nicht verifiziert werden. Beschwerden über Belästigungen anderer Art sind weder der Anstaltsdirektion noch dem Bundesministerium für Justiz bekanntgeworden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Machunze:** Herr Bundesminister! Sie beziehen sich selbst auf den bewußten Zeitungsartikel und stellen fest, daß ein Teil dieses Berichtes nicht den Tatsachen entspricht. Hat man der Zeitung eine entsprechende Gegendarstellung übermittelt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Klecatsky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe nicht gesagt, daß es nicht den Tatsachen entspricht, sondern daß diese Beschuldigungen nicht verifiziert werden konnten, obwohl man versucht hat, Beweise dafür zu erbringen.

1972

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Präsident: 18. Anfrage: Abgeordneter Doktor Kummer (*ÖVP*) an den Herrn Justizminister, betreffend Bestimmungen hinsichtlich des Fernmeldegeheimnisses.

289/M

Ist mit der Vorlage strafrechtlicher Bestimmungen hinsichtlich des Fernmeldegeheimnisses in näherer Zukunft zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatusky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Schutz des Fernmeldegeheimnisses ist schon seit mehreren Jahren Gegenstand legislativer Vorarbeiten mehrerer Ressorts, nicht nur des Bundesministeriums für Justiz. Die strafrechtlichen Bestimmungen sind nämlich Teil eines größeren Gesetzesvorhabens, und ohne dessen übrige Teile, vor allem ohne eine gleichzeitige Verankerung des Fernmeldegeheimnisses als verfassungsmäßiges Grundrecht, sind diese strafrechtlichen Bestimmungen nicht zweckmäßig. Daher wurden, wie ich schon im Budgetausschuß am 18. Mai dieses Jahres ausführen konnte, dem Nationalrat bereits im Sommer 1964 folgende Gesetzentwürfe vorgelegt:

1. der Entwurf einer Novelle zum Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger; in dieser Novelle soll das Fernmeldegeheimnis unter die Grundrechte einge-reiht werden;

2. der Entwurf einer Strafprozeßnovelle; mit dieser Novelle soll die nach der derzeit herrschenden Ansicht unbeschränkte Möglichkeit strafprozessualer Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis in einem einschränkenden Sinn neu geregelt werden;

3. der Entwurf materiellstrafrechtlicher Bestimmungen zum Schutze des Brief-, Schriften- und Fernmeldegeheimnisses; damit sollen unter anderem unbefugte und damit rechtswidrige Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis für strafbar erklärt werden;

4. der Entwurf einer Fernmeldegesetzznovelle; mit dieser Novelle soll das Fernmeldegesetz an die drei anderen Gesetzentwürfe angepaßt werden.

Alle vier Gesetzentwürfe sind in der X. Gesetzgebungsperiode nicht mehr verabschiedet worden. In den letzten Monaten wurden die Arbeiten an diesen Entwürfen wieder aufgenommen. Ich hoffe, daß diese Entwürfe dem Parlament schon in naher Zukunft als Regierungsvorlagen zugeleitet werden können.

Präsident: 19. Anfrage: Abgeordneter Doktor Hauser (*ÖVP*) an den Herrn Justizminister, betreffend Strafrechtsreform.

291/M

Welche Vorgangsweise gedenken Sie, Herr Minister, in der Frage der Strafrechtsreform zu wählen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatusky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Knapp vor meiner Amtübernahme ist auf Grund der Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens zum Ministerialentwurf 1964 ein weiterer Entwurf ausgearbeitet worden. In diesem Entwurf 1966 sind zwar Einwendungen gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfes 1964 berücksichtigt worden, aber keineswegs sind alle gewichtigen Einwendungen berücksichtigt worden.

Schon mein Herr Vorgänger im Amt hat nach Fertigstellung des Entwurfes 1966 Besprechungen mit maßgeblichen Kreisen über einige wichtige Probleme der Strafrechtsreform veranlaßt; dies offenbar deshalb, weil schon damals der Entwurf 1966 als für eine Regierungsvorlage noch nicht ausgereift angesehen worden ist. Überdies sind erst in jüngster Zeit verschiedene Abhandlungen erschienen, in denen Regelungen kritisiert wurden, die sich auch noch im Entwurf 1966 vorfinden.

Es werden daher nicht nur die bereits von meinem Herrn Amtsvorgänger in Aussicht genommenen und unter meiner Amtsleitung fortgesetzten Besprechungen zu beenden sein, sondern es werden auch alle noch nicht berücksichtigten und neu erhobenen Einwendungen nochmals sorgfältig geprüft werden. Zu welchem Zeitpunkt diese Untersuchungen abgeschlossen sein werden, ist derzeit noch nicht abzusehen. Ich werde aber, sehr geehrter Herr Abgeordneter, mein besonderes Augenmerk darauf richten, daß die Arbeiten im Rahmen der Strafrechtsreform fortgeführt und bald zu einem Abschluß gebracht werden; dies — das darf ich beifügen — trotz der weiteren legislativen Vorhaben zumindest gleicher Dringlichkeit, wie etwa der Presserechtsreform, der Ausarbeitung eines Bewährungshilfegesetzes und der Fertigstellung des schon lange ausständigen Strafvollzugsgesetzes.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Hauser: Herr Minister! Gehen Ihre Absichten dahin, nach Bewältigung dieser Besprechungen der Einwendungen die Regierungsvorlage mehr in der Richtung einer Totalreform vorzubereiten oder die einzelnen Materien des Strafrechtes einer schrittweisen Neuregelung zuzuführen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatusky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Meine Absicht ist auf eine Totalreform gerichtet, ebenso wie es die Ab-

Bundesminister Dr. Klecatsky

sicht meines Herrn Amtsvorgängers gewesen ist.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Unterricht

Präsident: 20. Anfrage: Abgeordneter Konir (SPÖ) an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Bestellung zum Leiter des österreichischen Kulturinstitutes in New York.

330/M

Beabsichtigen Sie, den bisherigen Hauptgeschäftsführer der Bundesparteileitung der ÖVP, Dr. Heindl, zum Leiter des österreichischen Kulturinstitutes in New York zu ernennen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht Dr. Piffl-Perčević: Jawohl, ich beabsichtige, Herrn Dr. Heindl nach einer Einarbeitung, zu welcher er bereits in das Unterrichtsministerium berufen wurde, zu bestellen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Konir: Könnten Sie mitteilen, welche andere Personen noch in Erwägung gestanden sind?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Nein, das kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen. Es sind sicher andere Personen aus dem Kreis der im Auslandskulturdienst tätigen Beamten des Unterrichtsministeriums auch in Erwägung gestanden.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Konir: Herr Minister! Können Sie wenigstens sagen, aus welchen Qualifikationen heraus Herr Dr. Heindl ausgewählt worden ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Herr Doktor Heindl ist Doktor der Philosophie in den Fächern Geschichte und Zeitungswissenschaft, verfügt über eine ausgezeichnete publizistische Praxis, hat zwei Studienreisen nach Amerika gemacht, darunter eine auf Einladung der amerikanischen Regierung, ist im übrigen ein ausgezeichneter Kenner der englischen Sprache und verspricht daher in gutem und hervorragendem Maße eine solche Tätigkeit ausüben zu können. (Abg. Dr. Gorbach: Gewonnen, gewonnen! — Abg. Probst: Der Scheidl, der Heindl: Das ist die „Entpolitisierung“! So ein Parteisekretär der ÖVP bringt es halt zu was! Der kann die schönsten Posten kriegen! Das ist die „Entpolitisierung“!)

Präsident: Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen. Damit ist die Fragestunde

beendet. (Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Die folgenden eingelangten, vom Schriftführer bereits in der letzten Sitzung bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

186 der Beilagen: Bundesgesetz über das Kraftfahrtwesen (Kraftfahrgesetz 1966), und

194 der Beilagen: Bundesgesetz über den gewerbsmäßigen Verkehr mit Laufbildfilmen (Sicherheitsfilmgesetz),

dem Handelsausschuß;

195 der Beilagen: Bundesgesetz über die Errichtung eines familienpolitischen Beirates beim Bundeskanzleramt,

203 der Beilagen: Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 neuerlich abgeändert wird,

206 der Beilagen: Bundesgesetz über die Haftung der Organe der Gebietskörperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts für Schäden, die sie dem Rechtsträger in Vollziehung der Gesetze unmittelbar zugefügt haben (Organhaftpflichtgesetz),

207 der Beilagen: Bundesgesetz über den Verzicht auf Schadenersatzforderungen des Bundes gegenüber Bundesorganen, und

208 der Beilagen: Bundesgesetz über die Personalvertretung bei den Dienststellen des Bundes (Bundes-Personalvertretungsgesetz),

dem Verfassungsausschuß;

196 der Beilagen: Beschlüß der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 15. März 1965,

197 der Beilagen: Beschlüß der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) vom 5. April 1966 betreffend Verfahrensvorschriften zur Anwendung des Artikels XXIII, und

201 der Beilagen: Protokoll über den Beitritt Jugoslawiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen,

dem Zollausschuß;

198 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1965 geändert wird, und

202 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem eine Bestimmung der Verordnung über das Eisenbahnbuch für die burgenländischen Eisenbahnen aufgehoben wird,

dem Justizausschuß;

199 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrliniengesetz 1952 abgeändert wird, dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft;

200 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem verschiedene Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1966 genehmigt wer-

1974

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Präsident

den (3. Budgetüberschreitungsgesetz 1966), dem Finanz- und Budgetausschuß.

Ferner weise ich zu:

den Bericht des Verwaltungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1965 und

den Bericht der Bundesregierung, betreffend den Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes über das Jahr 1965, dem Verfassungsausschuß;

den Bericht des Bundesministeriums für Finanzen über die Auflösung von Rücklagen und

den Bericht der Bundesregierung zu der Entschließung des Nationalrates vom 24. Mai 1966, betreffend Maßnahmen zur Verbilligung des Gasöls für Heizzwecke,

dem Finanz- und Budgetausschuß;

den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBI. Nr. 155/1960 (Grüner Plan 1967), dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft;

den Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung über die Amtstätigkeit der Arbeitsinspektorate im Jahre 1965 dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die XX. Generalversammlung der Vereinten Nationen (New York, 17. September bis 21. Dezember 1965) dem Außenpolitischen Ausschuß.

Ferner weise ich die Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Erwin Frühbauer seitens des Kreisgerichtes Leoben wegen §§ 335 und 337 b StG. (Verkehrsunfall) und der Bezirkshauptmannschaft Murau wegen § 5 Abs. 1 StVO. 1960 dem Immunitätsausschuß zu.

Es liegt mir der Antrag der Abgeordneten Dr. Serinzi und Genossen vor, daß über die Begründung der Nichtbeantwortung der Anfrage 43/J durch den Herrn Bundesminister für Unterricht — 100/A. B. vom 4. Oktober 1966 — eine Besprechung im Sinne des § 72 des Geschäftsordnungsgesetzes stattfindet. Es handelt sich hiebei um eine Anfrage der Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen, betreffend Brückierung der deutschen Sporthochschule Köln.

Der Antrag ist nicht ordnungsgemäß unterstützt. Ich stelle daher zunächst die Unterstützungsfrage. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag ihre Unterstützung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist nicht die erforderliche Anzahl. Ich kann daher über diesen Antrag nicht abstimmen lassen. (Abg. Melter: Der Herr Piff traut sich nicht! — Abg. Dr. J. Gruber: Da brauchen wir euch dazu! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

1. Punkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (204 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Czettel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Czettel (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die ÖVP-Regierung hat uns vorgestern den Budgetentwurf für das Jahr 1967 vorgelegt. Es ist wieder ein unsoziales Budget, das harte Belastungen der arbeitenden Menschen und damit zusammenhängend sicherlich eine neue Preiswelle mit sich bringt. Es ist ein Budget der weiteren Wachstumsflaute und ein Budget, in dem wohlweislich vorgesehen ist, einigen kleinen sozialen Gruppen unseres Landes echte Geschenke zu geben. Es ist aber darüber hinaus, meine Damen und Herren, ein Budget des sozialen Stopps, also ein Budget, das keine neuen Initiativen auf dem großen Feld der Sozialpolitik eröffnet, ja im Gegenteil ein Budget, das selbst noch vor einem halben Jahr auch von der ÖVP unbestritten soziale Forderungen nicht im geringsten berücksichtigt.

Meine Damen und Herren! Das Schauspiel, das sich unsere Bundesregierung und die Österreichische Volkspartei mit den österreichischen Kriegsopfern im heurigen Jahr erlaubt haben, ist eine soziale Schande für die Republik Österreich, und wir sollten das offen aussprechen. (Zustimmung bei der SPÖ.) Ich war selbst Zeuge, wie ein Regierungssprecher den Delegierten der Kriegsopfer aus ganz Österreich versprochen hat, daß man sich für die Dynamisierung der Renten einsetzen wird. Ja man hat dazu noch gesagt: Aber das werden wir nicht unter den Parteien aussprechen, das wird eine Sache sein, die sich die Bundesregierung mit dem Kriegsopferverband selbst ausmachen wird.

Nun sehen wir, daß in dem vorliegenden Budget für das Jahr 1967 88 Millionen Schilling vorgesehen sind, und auch diese nur unter gewissen Bedingungen. Man will etwa 60.000 Kriegsopfern die Freigrenze von 200 S nehmen, ehe man ihnen eine zusätzliche Hilfe gewähren will. Wir spüren, daß eine Reihe anderer dringender Erfordernisse auf dem Gebiete der Sozialpolitik in diesem Budget keine Berücksichtigung finden.

Es ist ein Budget — wir werden im Detail darüber noch zu sprechen haben, meine Damen und Herren —, das erstmalig dem Herrn Finanzminister Ermächtigungen in einem Aus-

Czettel

maße gibt, das uns mit Recht befürchten läßt, daß mit der Inanspruchnahme derartiger Ermächtigungen das ganze Budgetrecht und die ganze Budgethoheit des Nationalrates ad absurdum geführt werden. Es gibt Leute, die meinen, diesem Budget liege kein Konzept zugrunde. Wir Sozialisten sind der Ansicht, daß diesem Budget sehr wohl ein Konzept zugrunde liegt, nämlich das Konzept — das sollten wir sehen und nicht verleugnen —, nun bewußt in die Taschen der arbeitenden Menschen und der Konsumenten zu greifen, ohne mit diesen Geldern wirklich etwas zu machen, was den Wirtschaftsertrag der kommenden Jahre steigern könnte. Im Gegenteil! Aus dem, was man sich holt, macht man Geschenke, man „vergreißert“ es. Es ist ernsthaft zu befürchten, daß auch durch dieses Budget eine Politik fortgesetzt wird, die in Wirklichkeit zu ernsten Schwierigkeiten in der österreichischen Wirtschaft führen wird.

Was machen Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei und der Bundesregierung? Allein die Belastungen, die über dieses Budget die Konsumenten im Laufe des Jahres 1967 treffen werden — hier meine ich nur jene Belastungen, die durch die Post- und Telephongebührenerhöhungen, durch die Preiserhöhungen bei Brot und Milch und auch im Zusammenhang mit dem Notopfer entstehen werden —, betragen mehr als 2000 Millionen Schilling. Sie haben Nettomehreinnahmen aus Abgaben und Steuern in der Höhe von 2800 Millionen Schilling, Sie haben in diesem Budget an sich mehr verfügbare Mittel in der Mindestgröße von 4800 Millionen Schilling.

Der Herr Finanzminister hat uns eine schöne Graphik zugeleitet, in der er vor allem auf dem Investitionssektor nachzuweisen versuchte, wie sich der Investitionsaufwand des Bundes nicht nur im Verhältnis zum Jahre 1966, sondern auch zu den vorangegangenen Jahren entwickelt. Er teilte uns mit, daß die Investitionsausgaben, die auch im Schaubild dargestellt sind, von 14,3 Milliarden Schilling im Jahre 1966 auf 17,4 Milliarden Schilling im Jahre 1967 steigen, also um 3,1 Milliarden Schilling zunehmen werden.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialisten erlauben uns, jetzt nicht allein das Budget 1966 zum Vergleich heranzuziehen. Es hat ja eine Zeit gegeben, in der Herr Finanzminister Dr. Schmitz und seine Politik, die ja zugleich auch die Politik der ÖVP in den letzten Jahren ist, noch nicht so existent gewesen sind. Im Jahre 1964 haben wir in diesem Haus ein Budget beschlossen — das allerdings von einem anderen Finanzminister der Regierung vorgelegt worden ist —, auf Grund dessen wir im gleichen Jahr noch ein Wirtschaftswachstum von 6,6 Prozent gehabt haben.

Wenn wir die echten Investitionsausgaben, die die ÖVP-Regierung für das Jahr 1967 vorsieht, mit jenen für das Jahr 1964 vergleichen, dann müssen wir feststellen, daß zum Beispiel auf dem Gebiet des Straßenbaues aus Budgetmitteln neben den zweckgebundenen Einnahmen nur 281 Millionen Schilling verfügbar sind; noch im Jahre 1964 waren nominell 552 Millionen Schilling verfügbar. Dabei ist die Geldentwertung noch gar nicht berücksichtigt.

Wenn wir nur kurz den Sektor der Bundesbahnen betrachten, meine Damen und Herren: Die Österreichischen Bundesbahnen brauchen, allein um die Erneuerung ihrer Anlagen, also die Substanz, zu sichern, Anlagenkredite in der Höhe von 1500 Millionen Schilling. Sie geben den Österreichischen Bundesbahnen heuer 859 Millionen Schilling. Die Österreichischen Bundesbahnen wissen genau, daß sie diese 1,5 Milliarden brauchen würden, daß das Finanzgesetz für das Jahr 1967 — bezogen auf den tatsächlich erforderlichen Erneuerungsaufwand — eine Minderdotierung von 650 Millionen Schilling vorsieht und daß im Vergleich zu den Finanzgesetzen der Jahre 1964 und 1965 die Erneuerungsmittel größtenteils um 200 Millionen Schilling reduziert werden. Im Vergleich zum Bundesfinanzgesetz 1966 wurde wohl eine Verbesserung der Dotierung um 260 Millionen erreicht. Bei diesem Vergleich ist allerdings zu beachten, daß einerseits das katastrophale Finanzgesetz 1966 — wie ich schon gesagt habe — nicht als echter Vergleich herangezogen werden kann und andererseits der Ansatz 1967 schon mit rund 100 Millionen Schilling vorbelastet ist, sodaß 750 Millionen Schilling echt verfügbar sind. Und wenn wir uns auf dem Sektor der Bundesbahnen die Investitionskredite ansehen, dann müssen wir feststellen, daß Sie zwar für das Jahr 1967 908 Millionen Schilling präliminieren, was gegenüber dem Jahr 1966 eine Ausweitung um 260 Millionen bedeutet, daß aber allein aus dem Titel des Güterwaggonbauprogramms 300 Millionen Schilling durch Vorbelastungen blockiert sind, sodaß überhaupt kein echter Effekt aus der zwar zahlenmäßig höheren Dotierung des Investitionsaufwandes der Österreichischen Bundesbahnen zu erwarten ist.

Meine Damen und Herren! Wenn wir nun die Investitionen, die aus zweckgebundenen Einnahmen resultieren, abziehen, dann sehen wir, daß wir bei jenen Investitionen, die aus übrigen Einnahmen getätigt werden, seit dem Jahre 1964 folgende Entwicklung haben: Im Jahre 1964 waren noch 5,7 Prozent an Bruttoinvestitionen außerhalb der Zweckgebundenheit, im Jahre 1965 4,2 Pro-

1976

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Czettel

zent, und heuer, Herr Finanzminister Doktor Schmitz, sind es nur noch 3,3 Prozent. Darüber hinaus ist in diesem Teil etwas enthalten, was man nicht schlechthin als Investitionen bezeichnen kann. Ich bezweifle zum Beispiel, daß die Waffenkäufe im Ausland echte Investitionseinsätze für die österreichische Wirtschaft sind. Sie sind immerhin mit einem Volumen von 400 Millionen Schilling als Investitionsaufwand qualifiziert. Auch die zusätzlichen Mittel für den Grünen Plan können nur ganz am Rand als Investitionsaufwand bezeichnet werden.

Wenn man darüber hinaus — und das ist ein harter politischer Vorwurf gegen Sie, meine Damen und Herren — nicht nur in die Taschen der österreichischen Konsumenten greift, sondern auf Grund der Wachstums gesetze, die Sie heuer mit einigen Stimmen Mehrheit im Frühjahr beschlossen haben, spätestens ab dem Jahre 1968 auf mindestens 1000 Millionen Schilling Steuereinnahmen verzichtet und sich keine Kontrolle über den zweckmäßigen Einsatz dieser Mittel sichert, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir sagen: Es ist das unsozialste Budget, das dieses Parlament seit vielen Jahren beschlossen hat. (Zustimmung bei der SPÖ.) Sie dürfen sich nicht wundern, daß wir Sozialisten gegen diese Politik schärfsten Protest erheben.

Aber, Herr Finanzminister, Sie zeigen eine Investitionssteigerung von 22 Prozent vom Jahre 1966 auf das Jahr 1967 nach Ihrem Schaubild auf. Das imponiert! Mit dem geht die Regierung jetzt in aller Welt hausieren als dem Nachweis: Das ist das, was wir unter Verwendung der Konsumabschöpfung investieren!

Herr Finanzminister! Sie haben im Finanz gesetz auf Seite 2 — und das geht, glaube ich, alle Abgeordneten, nicht nur jene der Opposition, etwas an — im Artikel III Abs. 5 Z. 4 neu folgendes drinnen: „Überschreitungen bei Ansätzen für gesetzliche Verpflichtungen bis zu einem Betrag von“ — man höre und staune! — „25 v. H.“ können Sie jetzt selbständig „genehmigen“. Sie holen sich gleichzeitig die Bedeckungsermächtigung in der Form, daß Sie Ausgabenrückstellungen auf fast allen Gebieten, insbesondere auf dem Ermessens- und Investitionssektor, vornehmen können. Das heißt praktisch und theoretisch, meine Damen und Herren: Wenn Sie dieses Finanzgesetz beschließen, dann liegt es im Belieben des Herrn Finanzministers, über etwa 13 Milliarden Schilling, 13.000 Millionen Schilling, unter Umgehung des Parlaments, bei Negierung des Budgetrechtes dieses Parlaments, selbständig zu disponieren.

Ich frage mich: Was sind diese 3 Milliarden optische Investitionserhöhung gegen die Ermächtigung, die Sie sich hier geben? Ich sage es offen heraus, meine Damen und Herren: Das ist ein ganz grober politischer Trick, mit dem sich das ganze Parlament ernsthaft auseinandersetzen müßte und gegen den wir alle schärfsten Protest erheben werden. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Pittermann: Und auch der Verfassungsgerichtshof!) Das war doch in diesem Parlament noch nie der Fall! Sie müßten aufschreien, auch wenn Sie als Partei die Regierung stellen, denn dann beschließen wir heute ein Budget mit einem Ausgabenrahmen von mehr als 78 Milliarden Schilling; wir brauchen das ganze Jahr nicht mehr in diesem Hause zusammenzukommen. 13 Milliarden mindestens können intern in diesem Budget umgeschachtelt werden. Das ist eine Farce, das war noch nicht da. Wir sollten, ganz gleich, welcher parlamentarischen Fraktion wir angehören, der Regierung eindeutig zum Ausdruck bringen, daß wir uns diese Behandlung des Parlaments auf keinen Fall gefallen lassen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir Sozialisten werden heute noch durch mehrere Sprecher, die wir stellen werden, zu einzelnen Fragen Stellung nehmen. Ich möchte nur zum Kapitel der materiellen Investitionen sagen: Uns ist völlig klar — und das ist in der Politik und in der heutigen Volkswirtschaft an sich unbestritten —, daß es notwendig ist, der Wirtschaft einen echten Wachstumsschub zu geben, um das Wachstum der kommenden Jahre tatsächlich zu fördern. Der Herr Finanzminister hat sich mit einem 4 prozentigen Wirtschaftswachstum auch für das Jahr 1967 abgefunden. Uns Sozialisten ist völlig klar, daß es nicht leicht sein wird, über diese 4 Prozent zu kommen. Ja wir gehen so weit, zu sagen: Es wird alles daranzusetzen sein, um diese 4 Prozent überhaupt zu erhalten. Aber wenn man schon die Absicht hat, das Wirtschaftswachstum zu fördern und die Zuwachsrate zu erhöhen, dann muß man auf einigen politischen Kerngebieten, die vor allem von strukturpolitischer Bedeutung sind, Initiativen entwickeln, die ein Optimum dessen wirksam werden lassen, was wir auf Grund der Leistungskraft unserer österreichischen Volkswirtschaft einsetzen.

Wir Sozialisten haben daher als die Kerpunkte jener Alternativen, die wir während der Budgetdebatte konkret entwickeln werden, folgendes vorzuschlagen und zur Erwägung zu stellen:

Zunächst, meine Damen und Herren, müssen alle öffentlichen Investitionen, insbesondere so weit sie mittel- oder unmittelbar die Infra-

Czettel

struktur beeinflussen, in einem mehrjährigen Investitionsprogramm vordisponiert werden. Das ist sowohl für die Fiskalpolitik notwendig als auch für die vielen Betriebe erforderlich, die in Österreich gerade in den letzten zwei Jahren oft bangen müssen, ob sie wieder öffentliche Aufträge bekommen, weil sich in der Regel die Entscheidung über den Investitionseinsatz des Bundes erst gegen Ende des Jahres zeigt.

Wir wollen zweitens sagen, daß mit der Großzügigkeit Schluß gemacht werden muß, mit der Österreich durch einen knappen Mehrheitsbeschuß der Österreichischen Volkspartei im vergangenen Jahr Investitionsbegünstigungen gewährt. Nichts gegen jene Investitionen, die, wie wir alle wissen, im Rahmen der Bewertungsfreiheit an sich volkswirtschaftlich vertretbar sind, aber alles gegen jene Investitionen, die zwar Steuermittel in Anspruch nehmen, deren Investitionseffekt aber äußerst in Frage gestellt ist.

Wir haben schon im Frühjahr gemeint, man müsse doch neben dem Gesichtspunkt der regionalen Gliederung der Bewertungsfreiheit auch die strukturellen Merkmale berücksichtigen. Sie haben gemeint, es wäre Planung, Programmierung. Wir schämen uns nicht zu sagen, daß es jetzt erst recht erforderlich ist, das Wenige, das Österreich im Verhältnis zu großen Volkswirtschaften aufzubringen hat, so zweckmäßig und wirkungsvoll wie möglich einzusetzen.

Wir brauchen drittens — und das werden wir auch bei unseren Initiativen berücksichtigen — neben der indirekten Investitionshilfe, die nach unserer Auffassung viel wirksamer werden soll, auch noch eine unmittelbare direkte Hilfe vor allem für jene Bereiche, in denen mit Hilfe der öffentlichen Hand neue Industrien gegründet werden sollen. Viele Gemeinden und manche Länder haben auf diesem Gebiet schon ganz ansehnliche Initiativen entwickelt. Wir glauben daher, meine Damen und Herren, daß wir auf dem Sektor der materiellen Investitionen auch während dieser Budgetdebatte all das berücksichtigen werden müssen, was die Sozialisten auf Grund ihrer Schwerpunkte an Alternativvorschlägen während der Debatte beantragen werden.

Aber, Hohes Haus, es ist klar, und die Wissenschaft sagt es immer wieder: Wir werden selbst bei größter Anstrengung über den materiellen Investitionseinsatz allein nicht jenes Wachstum der Wirtschaft erreichen, das wir brauchen. Wir glauben daher, daß, auf weiteste Sicht gesehen, die erfolgreichsten und wirksamsten Investitionseinsätze über den Menschen her zu sehen sind, also über eine bewußte Bildungspolitik, über eine bewußte

Sozialpolitik, die den Menschen neben seiner Existenz als Wesen mehr noch als bisher auch als Arbeitsfaktor, Produktionsfaktor qualifiziert. Wir könnten uns vorstellen, daß insbesondere auf dem Gebiete der Kulturpolitik, auf dem Sie nun eine Erhöhung des Aufwandes vorwiegend für Personalzwecke vorgesehen haben, noch mehr als bisher, ja wenn Sie wollen, gerade jetzt durch eine besondere Initiative die Forschungspolitik in unserem Lande in den Mittelpunkt gestellt wird.

Meine Damen und Herren! Es ist undenkbar, daß man es so wie bisher machen kann, daß Österreich, wie wir alle wissen, nur 0,3 Prozent des Bruttonationalproduktes für die Forschung einsetzt. Wir Sozialisten werden als einen unserer Schwerpunkte, auf denen wir unsere Alternativen aufbauen werden, die Forschungspolitik charakterisieren. Wir urgieren den Forschungsrat, der in einer klaren Konzeption, die auch für die gesamte Politik der Regierung und des Parlaments interessant sein soll, seine Tätigkeit entwickeln wird müssen.

Herr Finanzminister! Hohe Regierung! Meine Damen und Herren! Sie haben in diesem Budget um 8 Millionen Schilling mehr für die Forschung drinnen. Ich frage mich, ob das irgend etwas bedeutet. Wir Sozialisten sind der Meinung, das ist nicht nur zuwenig, das ist an sich unzulänglich. Es bedarf einer enormen Erhöhung dieses Aufwandes, zu dessen Bedeckung man sich nicht scheuen soll vor allem jene Produktionen heranzuziehen, die mittelbar und unmittelbar an einer Forschungstätigkeit interessiert sind.

Wir verlangen auf dem Gebiete der Kulturpolitik, daß die Studienförderung, insbesondere das Stipendienwesen, über den bisherigen Rahmen hinausgehend beschlossen werden soll und auch den Bereich unserer Mittelschüler einschließen soll. Wir verlangen jetzt erst recht echte Reformen auf dem Hochschulwesen und die Fortsetzung der Studienreform.

Was wir nicht vergessen dürfen, meine Damen und Herren: Das ganze gewerbliche Berufsausbildungswesen in Österreich — das weiß jeder, der in einem praktischen materiellen Beruf in irgendeinem Betrieb steht —, das seine Wurzeln in der alten Zunftära vor mehr als 100 Jahren hat, ist für die Bewältigung der modernen wirtschaftspolitischen Aufgaben nicht mehr einsetzbar. Wir glauben, daß dieses Berufsausbildungswesen vom Gesichtspunkt der Strukturpolitik her raschest erneuert werden soll.

Meine Damen und Herren! Wir haben nicht nur auf dem Gebiete der Sozialpolitik erfahren, daß Sie nun echte sozialpolitische Erfordernisse, wie eben die Frage der Kriegs-

1978

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Czettel

opferfordernisse, außer acht gelassen haben. Sie haben, wie wir später noch hören werden, auf allen anderen Gebieten nichts gemacht als das, was bereits durch gesetzliche Verpflichtungen Aufgabe des Bundes ist. Wir sind der Meinung, daß nun erst recht, wie noch im Detail ausgeführt werden wird, insbesondere auf dem Gebiete der aktiven Arbeitsmarktpolitik, auf dem Gebiete des Wohnbaues und so weiter, dafür gesorgt werden soll, daß die nicht vorhandene Mobilität des Arbeitsmarktes — über die ja nicht nur einige Herren der Regierung, sondern offenbar die ganze ÖVP so erschüttert ist, daß sie jetzt sagt: Na ja, wenn wirklich wo ein Betrieb zusperrt, dann packt euer Bunkerl, dann geht nach Oberösterreich, geht nach Vorarlberg! — durch eine bewußte Wohnbaupolitik im Rahmen einer echten Strukturordnung berücksichtigt wird.

Wenn wir das nun in den kommenden Wochen initiativ verlangen werden, so werden Sie sich alle fragen: Wo werden die Sozialisten das Geld hernehmen?

Meine Damen und Herren! Wir werden Ihnen heute keine Anträge vorlegen. Wir wollen Sie nur auf einige Möglichkeiten hinweisen, damit Sie sich selbst einmal Gedanken machen, ob die Politik der Ausbeutung der arbeitenden Menschen etwas ist, was unsere Zeit braucht.

Wir haben in den letzten Wochen einen interessanten Einblick in die Struktur der Vermögensteuer bekommen. Nach dieser Statistik gibt es zum Beispiel in Österreich 11.447 Leute — das sind 7,7 Prozent aller Vermögensteuerpflichtigen —, die ein Gesamtvermögen von 83 Milliarden Schilling, also von 78,8 Prozent des gesamten besteuerten Vermögens, besitzen. Das ist eine Statistik aus dem Jahre 1962. Diese Leute haben 418 Millionen Schilling Vermögensteuer gezahlt. Ich erinnere mich an die beschämende Auseinandersetzung im Unterausschuß, als wir über das Notopfer, über die Hochwassergeschädigten gesprochen haben, wo Sie uns einreden wollten, daß es nicht möglich sein könnte, mehr als die nun beschlossenen 24 Millionen Schilling aus dem Topf der Vermögensteuer für den gemeinsamen Topf für die Hochwasseropfer herauszuholen.

Wenn man sich jetzt die Struktur der Vermögensteuer und ihrer Aufbringung ansieht, dann, glaube ich, kann und soll man es vertreten — und wir Sozialisten wollen es hier laut zum Ausdruck bringen —: Wenn man es sich in Westdeutschland, in einem Lande, in dem keine Sozialisten, sondern gerade die Christlichsozialen als Mehrheit regieren, leisten kann, Millionäre, Leute ab 1 Million Vermögen, mit 1 Prozent des Vermögens zu besteuern,

dann, glaube ich, meine Damen und Herren, ist es nur recht und billig, zu verlangen, daß man auch österreichische Millionäre ab 1 Million mit 1 Prozent Vermögensteuer belastet! Das ist noch immer nichts, was den Vermögensbesitzer oder das Vermögen umbringt. Sie hätten mit einem Schlag, valorisiert auf das Jahr 1967, mindestens 650 Millionen Schilling, die weder der Wirtschaft noch irgend jemandem weh tun würden. An das denken Sie offenbar gar nicht, sondern Sie holen sich's von den Konsumenten!

Wir haben ausgerechnet, was gegenwärtig noch im Falle der Beanspruchung der Bewertungsfreiheit alles drinnen liegen würde. Ich möchte nur einen Gesichtspunkt herausgreifen, damit Sie sehen, daß es noch Möglichkeiten gibt. 90 Prozent der Unternehmer kaufen sich Personenkraftwagen, die nicht für Betriebszwecke verwendet werden. Sie wissen aber, daß derartige Investitionen heute abgeschrieben werden können. Es wäre für die Politik interessant, zu überlegen, diese Möglichkeit auszuschalten. Damit würden dem Bund zwischen 300 und 500 Millionen Schilling an Einnahmen zufließen.

Schauen wir uns nur an, was heute für ein Schindluder mit den Repräsentationsspesen getrieben wird! Meine Damen und Herren! Ich getraue mich fast in kein Gasthaus mehr zu gehen, denn der Ober fragt immer: Brauchen S' an Stempel drauf? und so weiter. Man bräuchte nur diese Unart einzuschränken, und wir hätten mit einem Schlag mindestens 200 bis 300 Millionen Schilling für den Staatshaushalt. (*Beifall bei der SPÖ.*) Man kann darüber hinaus jetzt auch noch irgendwelche zweckgebundenen Umlagen ins Auge fassen. Wir meinen zum Beispiel die Forschungsumlage und einige andere Möglichkeiten.

Wir Sozialisten werden Ihnen in der Detaildebatte auch eine finanzielle Alternative entwickeln können, die zumindest Mehreinnahmen in der Höhe von 1,5 Milliarden Schilling in Aussicht stellt, Mittel, deren Hereinnahme die Wirtschaft nicht im geringsten in ihrem Wachstum hemmt und die auch kein soziales Unrecht bedeuten.

Meine Damen und Herren! In dieser Generaldebatte geht es nur darum, die grundsätzliche Kritik an der Regierungsvorlage anzubringen. Wir Sozialisten fassen zusammen und sagen: Dieses Budget ist auch der Ausdruck einer politischen Gesinnung, die hinter all den praktischen Regierungsmaßnahmen liegt, einer Gesinnung, die in Wirklichkeit sehr wenig Rücksicht nimmt auf die echten Anliegen der Bevölkerung, die aber immer wieder zu einem Kniefall der Regierung dort zwingt, wo Härte am Platz wäre.

Czettel

Sie haben in den vergangenen Tagen, wenn wir das Budget und Ihre Politik der Härte gegen die arbeitenden Menschen kritisiert haben, oft gemeint, man möge sich doch ein Beispiel an der Labour-Regierung in England nehmen. Wir wissen, daß die Verhältnisse grundverschieden sind, aber einen Unterschied mögen Sie bitte ganz zum Schluß zur Kenntnis nehmen. Die Labour-Regierung in England ist mit einer ganz knappen Mehrheit zur Macht gekommen. Und als sie gesehen hat, was sie an Erbschaft von den Konservativen übernehmen muß und welche Politik sie einleiten muß, hat sie nicht nur die Courage gehabt, dem englischen Volk klipp und klar zu sagen, was notwendig ist, sondern sie hat auch Neuwahlen ausgeschrieben und hat diese Politik politisch legitimieren lassen. (Zwischenruf bei der ÖVP.)

Was Sie jetzt machen, meine Damen und Herren, das haben Sie vor dem 6. März dem österreichischen Volk nicht gesagt. (Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.) Machen Sie es der Labour-Regierung nach! Treten Sie zurück! Fragen Sie nochmals das österreichische Volk! (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Was sagt der ÖAAB zu diesem Budget? — Abg. Kratky: Weg mit der Preissteiger-Regierung! — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Machunze.

Abgeordneter **Machunze** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Generaldebatte zum Budget 1967! Wir haben gewußt, daß wir einiges zu hören bekommen werden. Ich habe allerdings den Eindruck gehabt, daß der Herr Abgeordnete Czettel seine Mahnungen nicht immer ganz an die richtige Adresse gerichtet hat. Denn übermorgen wird an anderer Stelle dieser Stadt ein sehr tiefer Griff in die Taschen der arbeitenden Menschen getan. (Abg. Dr. Pittermann: Schaumayer! — Beifall bei der ÖVP.) Wir bekennen uns dazu, und unsere Freunde im Wiener Rathaus werden den Tarifmaßnahmen zustimmen, weil sie eine wirtschaftliche Notwendigkeit sind. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Aber hier dem Finanzminister zu sagen, es sei ein Budget der Ausbeutung der arbeitenden Menschen, meine Damen und Herren ... (Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, sich etwas zu beruhigen. Das Wort hat der Redner.

Abgeordneter **Machunze** (fortsetzend): Ich werde im übrigen noch auf einige Ausführungen des Herrn Abgeordneten Czettel zurückkommen.

Meine Damen und Herren! Jeder ordentliche Kaufmann wird zu Beginn des Geschäftsjahres Überlegungen anstellen (Abg. Horr: *So wie der Müllner! — Lebhafte Heiterkeit*), um eine aktive Bilanz zu erzielen. Er wird auch überlegen, was er investieren muß, um besser und erfolgreicher bestehen zu können.

Was für den Kaufmann gilt, ist ebenso für die Familie richtig. Der ordentliche Familienvater wird sehr häufig zu überlegen haben, wie er seinen Lohn, sein Einkommen am besten und am zweckmäßigsten für seine Familie verwendet. (Abg. Zeillinger: Ja, für seine Familie! — Abg. Probst: Ein unglücklicher rhetorischer Vergleich!)

Was für den Kaufmann und den Familienvater gilt, das trifft genauso für den Staat zu. Denn dieser Staat besteht aus den einzelnen Menschen (Abg. Peter: Wie schaut denn der Familienvater aus?), den einzelnen Familien und bildet in seiner Gesamtheit die „Familie Österreicher“. Herr Abgeordneter Peter! Nicht so ungeduldig, ich komme schon dort hin, wo Sie mich haben wollen: was der Familienvater für die Familie tut! (Rufe bei der SPÖ: Müllner! — Heiterkeit bei der SPÖ.)

Vor uns liegt der Haushaltplan für das Jahr 1967, gegliedert in 41 Kapitel und Gruppen. Es ist ein Voranschlag, erstellt vom Kassenverwalter der „Familie Österreicher“. Daher soll man bei der Betrachtung des Budgets stets daran denken, daß es im wesentlichen eine Umverteilung des gemeinsam erarbeiteten Ertrages ist und daß der Finanzminister nur das ausgeben kann, was vorher den Staatsbürgern in Form von Steuern und Abgaben abgenommen wurde. (Abg. Weikart: Kassenverwalter ist er? Ein Schwarzkünstler!) Herr Abgeordneter Weikart! Streiten wir nicht über Schwarzkünstlerei, sonst müßte ich mich jetzt auch mit den Zahlen, die Kollege Czettel vorgelegt hat, ein bißchen beschäftigen. (Ruf bei der SPÖ: Tun Sie es!) Denn da war sicher auch manche Schwarzkünstlerei dabei. (Abg. Peter: Im Augenblick stehen die Schwarzen zur Diskussion!)

Oft wird von der „Verteilung eines Kuchens“ gesprochen. Dieser Vergleich ist richtig. Meine Damen und Herren! Welches Kind in der Familie möchte nicht jenes Stück Kuchen, in dem sich die meisten Rosinen befinden? Und nicht anders verhält es sich bei der Verteilung des Kuchens, nämlich der Beträge im Budget.

Für 1967 rechnet der Finanzminister mit Ausgaben in der Höhe von 74,9 Milliarden in der ordentlichen und 3,6 Milliarden in der außerordentlichen Gebarung. Dem stehen Einnahmen von 74,9 Milliarden gegenüber.

1980

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Machunze

Wie die rund 75 Milliarden an Ausgaben verwendet werden, hat der Bundesminister für Finanzen in seiner Budgetrede am 17. Oktober ausführlich dargelegt.

Bei unseren Überlegungen sollten einige Tatsachen außer Streit gestellt werden. Zunächst muß der Grundsatz gelten, daß nur das verteilt werden kann, was erarbeitet wird (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weih: Aber gerecht!*), und daß bei der Verteilung gewisse Dinge Vorrang haben müssen. (*Abg. Peter: Siehe Notopfer!*)

In einer guten Familie werden die Eltern alles tun, um ihren Kindern die bestmögliche Berufsausbildung zu sichern. Wie oft kann man doch den Satz hören: Mein Kind soll es einmal besser haben, als ich es in meiner Jugend hatte! Das ist richtig. Auch der Herr Abgeordnete Czettel hat sich in seinen Ausführungen dazu bekannt, daß wir für die Heranbildung vor allem der jungen Menschen nicht genug tun können.

Wir von der Österreichischen Volkspartei bekennen uns dazu, daß Wissenschaft und Forschung einen bestimmten Platz einnehmen müssen. In einer sich täglich verändernden Welt muß die junge Generation von heute bestehen können. Wenn sich die Umwelt modernste Maschinen leistet, darf die Produktion in Österreich nicht zurückbleiben, denn sonst würden wir den Wettbewerb mit der Umwelt nicht bestehen können.

Wenn der Herr Abgeordnete Czettel sagte, daß wir für Bildung und Forschung nur 8 Millionen im Budget vorgesehen haben, so darf ich doch darauf hinweisen, daß es auch indirekte Ansätze gibt, die vielleicht nicht direkt unter dem Titel Bildung und Forschung im Budget aufscheinen. Vor einigen Wochen konnte die neue Hochschule in Linz eröffnet werden. Ist das nicht auch ein Beitrag für Bildung und Forschung in diesem Lande? In der vergangenen Woche konnte der Grundstein für ein neues wissenschaftliches Forschungszentrum auf dem Arsenalgelände gelegt werden. Ist das nicht auch ein Beitrag für Wissenschaft und Forschung in diesem Lande? (*Abg. Probst: Man muß forschen bei der Forschung!*) Wir sind auch damit einverstanden, daß im Dienstpostenplan der Unterrichtsverwaltung die Aufnahme neuer Lehrkräfte ermöglicht werden konnte.

Der Staat muß an der Heranbildung einer lebenstüchtigen Jugend ebenso interessiert sein wie an der Modernisierung und dem Ausbau der Produktionsstätten.

Der Staat ist aber auch Dienstgeber und hat als solcher eine sehr wesentliche Funktion

auszuüben. Im Dienstpostenplan sind 329.018 Dienstposten vorgesehen, für deren finanzielle Bedeckung im Budget vorzusorgen war. Dazu kommen noch die Arbeiter und Angestellten in den Wirtschaftsunternehmungen, die dem Staat gehören, wie die verstaatlichten Betriebe, die Tabakregie und so weiter. Für deren Bezüge braucht der Finanzminister im Budget keine Vorsorge zu treffen. Immerhin entfallen von 78,6 Milliarden Gesamtausgaben 27,6 Milliarden auf den Personalaufwand.

Von mancher Seite kann man die Meinung hören, die Bundesregierung schenke den verstaatlichten Betrieben zuwenig Aufmerksamkeit. Ich möchte hier mit allem Nachdruck erklären, daß der Volkspartei die Sicherung der Arbeitsplätze, die Sicherung der Vollbeschäftigung ebenso ein sehr ernstes Anliegen ist (*Abg. Dr. Pittermann: Wie das Zusperren von Kohlengruben, wie das Schließen von Bergwerken!*) wie etwa der Sozialistischen Partei. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber die Wirtschaft ist nicht etwas Starres. Mein Freund Mitterer wird sich dann noch mit den wirtschaftlichen Aspekten des Budgets eingehend beschäftigen. Strukturveränderungen hat es zu allen Zeiten gegeben und wird es auch in Zukunft geben. Es wird daher unvermeidlich sein, diesen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Ich möchte aber ebenso eindeutig klarstellen, daß die Bundesregierung nicht leichtfertig die Schließung von Betrieben verfügen wird, wie das ab und zu so unterschwellig gesagt wird (*Abg. Pay: Leichtfertig nicht, aber schnell!*), ohne sich vorher darum zu bemühen, die Existenz der dort Beschäftigten und deren Familien zu sichern. (*Abg. Dr. Pittermann: Nicht bemühen, sondern sichern, Herr Machunze!*)

Gerade in dieser Hinsicht sollte es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit der privaten mit der verstaatlichten Wirtschaft kommen. Der Staat kann und soll nicht alles selbst machen, aber er kann und soll Impulse überall dort geben, wo das möglich und sinnvoll ist.

Von Strukturveränderungen bleiben auch andere Länder — Herr Abgeordneter Doktor Pittermann, das ist Ihnen sehr genau bekannt — nicht verschont. Im Bereich der EWG — einige Ihrer Freunde waren ja vor einiger Zeit in Brüssel und in Luxemburg und konnten das an Ort und Stelle studieren — gibt es Betriebsverlagerungen in einem gewaltigen Ausmaß. Unrentable Betriebe werden geschlossen und andere eröffnet. Für die Umschulung der Arbeitskräfte werden enorme Mittel bereitgestellt. Auch das sozialistisch regierte Schweden sah sich vor einigen Monaten vor die Notwendigkeit gestellt, Textilbetriebe zu liquidieren.

Machunze

Ich gebe zu, nicht die Regierung hat sie liquidiert, aber in der Textilindustrie war man gezwungen, der Überproduktion, die in Schweden vorhanden war, zu Leibe zu rücken.

Ich erwähnte schon, daß der Staat eine wichtige Funktion als Dienstgeber zu erfüllen hat und daher seinen Bediensteten bestimmte Rechte garantieren muß. In absehbarer Zeit wird sich das Hohe Haus mit dem Personalvertretungsrecht zu beschäftigen haben. Damit geht ein alter Wunsch der öffentlich Bediensteten in Erfüllung.

Die öffentlich Bediensteten haben aber noch andere Wünsche an den Dienstgeber, die man ernstlich prüfen soll. In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Gehaltswünsche nicht generell erfüllt, sondern der Staat half sich durch die Gewährung von Zulagen. Dadurch ist das Gehaltsgefüge im öffentlichen Dienst verzerrt, und alle jene, die nicht in den Genuß von Zulagen kommen, fühlen sich benachteiligt. Die Bundesregierung sollte daher die ganze Frage der Zulagen im öffentlichen Dienst sehr ernst prüfen.

Es gibt aber im Dienstrecht noch andere Unebenheiten. Dafür ein Beispiel: Halten sich die Prüfungsorgane des Rechnungshofes an einem Ort länger als 14 Tage auf, werden ihre Gebühren um 25 Prozent gekürzt. Das gleiche gilt für die Betriebsprüfer der Finanzverwaltung. (Abg. Dr. Pittermann: *Damit sie nicht so lange nachschauen!*) Ich halte das für einen glatten Unsinn, denn wie sollen die Prüfer des Rechnungshofes etwa ein großes Unternehmen, wie die VÖEST oder die ALPINE, innerhalb von 14 Tagen prüfen können! Andererseits wird man den Prüfern des Rechnungshofes und den Betriebsprüfern der Finanzverwaltung doch nicht zumuten, daß sie auch nur einen einzigen Tag länger von ihren Familien getrennt sein wollen, als dies unbedingt notwendig erscheint. Daraus ist das Verlangen nach einer Änderung der Reisegebührenvorschrift, eine Änderung, die keinen besonders hohen Aufwand erfordert, durchaus berechtigt.

Ich möchte mich nun der sozialen Seite des Budgets zuwenden. (Abg. Pay: *Da gibt es nicht viel zu reden!*) Manchmal hat man den Eindruck, daß in unserem Land Neid und Begehrlichkeit ganz groß geschrieben werden. Der Neid ist leicht zu wecken, nicht nur in Österreich. Wie oft hört man Parolen wie „Die Reichen sollen zahlen!“, „Der Staat soll zahlen!“, oder — wie ich das heute bedauerlicherweise vom Herrn Abgeordneten Czettel gehört habe — daß der Staat eine Politik der Ausbeutung der arbeitenden Menschen betreibt.

Meine Damen und Herren! Das ist ein sehr gefährliches Schlagwort, das ebenso in der „Volksstimme“ erschienen sein könnte. Vielleicht ist es dort auch schon gestanden. (Abg. Dr. Pittermann: *Aber die Milchpreiserhöhung ist kein Schlagwort, Herr Machunze!* — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: *Fragen Sie die Frau Schaumayer, sie muß zahlen, verwalten tun Sie!*) Wenn man manche Reden hört oder manche Zeitungsartikel liest, dann muß man fast den Eindruck gewinnen (*Unruhe — der Präsident gibt das Glockenzeichen*), Österreich sei das Armenhaus Europas. So wird es doch manchmal dargestellt. (Widerspruch bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, daß es unter unseren Mitbürgern viele gibt, die im Schatten der Konjunktur leben müssen. (Abg. Pay: *Die Millionäre auch?*) Ich denke hier besonders an die Heimarbeiter, ich denke an die Arbeiter in manchen Zweigen der Textilindustrie, ich denke an alte und kranke Menschen, die eine mehr als bescheidene Rente oder Pension beziehen. Aber die „Familie Österreicher“ im allgemeinen konnte sich im letzten Jahrzehnt einen Wohlstand erwerben, von dem unsere Väter und Großväter nicht zu träumen gewagt hätten. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikart: *Auch die Kriegsopfer?*) Darauf komme ich noch zurück, Herr Kollege Weikart! (Abg. Weikart: *Auch die Kriegsopfer? Auch die Witwen, die mehr wollen, auch die können sich daran erfreuen?* — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Weikart: *Wo ist vorgesorgt in diesem Budget?*) Lassen Sie mich ein paar Beispiele als Beweis für das sagen, was ich jetzt eben angeführt habe. (Abg. Zeillinger: *Eine Schuldenmacher-Regierung ist das!*)

Österreichische Urlauber haben im Inland im Jahre 1965 mehr als 2,4 Milliarden Schilling ausgegeben, im Ausland hingegen haben österreichische Urlauber im Jahre 1965 3,6 Milliarden ausgegeben. Wir gönnen es den Österreichern, daß sie den Urlaub auch im Ausland verbringen können. Aber, meine Damen und Herren, ist das nicht letzten Endes auch ein Ergebnis einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, wenn unsere arbeitenden Menschen während der Urlaubszeit auch fernere Länder besuchen können? (Zwischenruf bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, noch einen Beweis aus der „Arbeiter-Zeitung“, die ich sehr genau lese, einen Beweis dafür, daß sich die „Familie Österreicher“ einen gewissen Wohlstand erwerben konnte. Lesen Sie es bitte nach in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 13. Oktober 1966:

1982

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Machunze

„Im Jahre 1965 war der Zuwachs an Personenautos in Österreich mit einer Zahl von mehr als 88.000 auf 790.000 größer als je zuvor.“ (Abg. Peter: *Wenn es ihm gut geht, soll man das dem Staatsbürger nicht vorwerfen!*)

„Im Jahre 1955“ — ich zitiere nur die „Arbeiter-Zeitung“ — „waren die Unterschiede zwischen der Fahrzeugdichte des Burgenlandes mit 16 und Vorarlbergs mit 9 Einwohnern pro Kraftfahrzeug noch stark ins Auge springend. Heute erreichen alle Bundesländer mit einer Dichte von 5 bis 6 Einwohnern pro Kraftfahrzeug ungefähr den österreichischen Durchschnitt.“

Vor einigen Tagen waren einige Kollegen ... (Abg. Peter: *Aber reden Sie von dem Familien-erhalter mit kleinem Einkommen, Herr Machunze!*)

Präsident: Herr Abgeordneter Peter! Sie sind der nächste Redner!

Abgeordneter **Machunze** (*fortsetzend*): ... mit uns in Ungarn, und wenn wir in Österreich so viele alte Vehikel auf den Straßen herumfahren sehen würden, wie wir das in Ungarn gesehen haben, dann hätten Sie ein Recht, so zu reden, Herr Abgeordneter Peter! Aber was sagt dazu die „Arbeiter-Zeitung“? (Abg. Peter: *Reden Sie vom Einkommen des Familien-erhalters! — Zwischenruf des Abg. Glaser. — Gegenrufe bei der FPÖ.*)

„Bemerkenswert ist der Trend zum relativ neuen Fahrzeug. Von den 790.000 Personenautos, die im Jahre 1965 auf Österreichs Straßen fuhren, waren 67 Prozent in den Jahren 1960 bis 1965 erzeugt worden.“

Meine Damen und Herren! Die „Familie Österreicher“ hat sich einen gewissen Wohlstand erwerben können (Abg. Gratz: *Aber der neue Familienvater hat ein paar Stieffinder!*), und sie kann sich auch sonst manches leisten.

Ich habe noch ein Zitat aus einer sozialistischen Zeitung, aus dem „Express“:

„Die Weinkost auf der Wiener Herbstmesse“ — meine Freunde, die Weinbau treiben, sollen jetzt einmal nicht herhören — „war wieder ein durchschlagender Erfolg: Die Weinbeißer konsumierten diesmal 188.000 Vierteln. Ein imponierender neuer Rekord.“ Das stellte der „Express“ vom 20. September 1966 fest.

Solche Beispiele könnte ich Ihnen noch mehr anführen. Aber was will ich denn damit nur sagen? Wir haben es nicht notwendig, die Dinge immer wieder so darzustellen, als sei dieses Österreich ein großes Armenhaus, in dem sich niemand etwas leisten könne. (Abg. Probst: *Na, was sagen die Weinbauern dazu?*) Die freuen sich darüber. In guten Zeiten soll und muß gespart werden, und das alte Sprichwort: „Spare in der Zeit, so hast du

in der Not“ hat heute mehr denn je seine Berechtigung. (Abg. Zeillinger: *Sagen Sie das der Regierung oder dem Volk?*)

Meine Damen und Herren! Vor einigen Wochen beschäftigte sich das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ sehr eingehend mit der Wirtschaftslage in der deutschen Bundesrepublik. Ein Sozialist war es, der mir dieses Exemplar des „Spiegel“ brachte und mir sagte: Lesen Sie das einmal genau, und Sie werden bedenkliche Entwicklungen feststellen, die man weitgehend auf Österreich übertragen könnte. Dann habe ich mir überlegt, ob ich für diese Budgetdebatte nicht den „Spiegel“ mit hierhernehmen und einiges aus dem „Spiegel“ zitieren sollte. (Zwischenrufe.) Aber ich habe, Herr Dr. Pittermann, eine viel, viel bessere Quelle gefunden (Abg. Dr. Pittermann: *Freut mich!*), eine österreichische Quelle. Ich komme dann noch darauf zurück. Ich befindet mich nämlich in guter Gesellschaft, wenn ich vom Sparen rede. Denn das ist nicht nur die Meinung der Österreichischen Volkspartei, sondern auch die eines prominenten Sozialisten, des Generalrats der Nationalbank Karl Ausch. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Man muß dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und dem Arbeiterkammertag sehr dankbar sein, daß sie dem Karl Ausch den Platz in „Arbeit und Wirtschaft“ einräumten, denn der Kollege Czernetz hätte das in der „Zukunft“ sicher nicht getan. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Im Organ des Arbeiterkammertages und des Gewerkschaftsbundes vom September 1966 — also jüngsten Datums — veröffentlichte Karl Ausch einen Beitrag, dessen Studium ich besonders der linken Seite dieses Hauses eindringlichst empfehlen würde. (Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann.)

Über das Sparen sagt Karl Ausch: „... ich trete seit vielen Jahren dafür ein, daß in Österreich mehr investiert und weniger konsumiert werden sollte.“ Und weiter — das sagt der Sozialist Ausch! —: „Die Förderung des Wirtschaftswachstums von der Geldseite her hängt in erster Linie davon ab, ob mehr oder weniger gespart wird.“ (Abg. Dr. Withalm: *Ein gescheiter Mann, der Ausch!*)

Genau das, was Ausch feststellt, gilt auch für den Staat. Wir müssen uns daher darum bemühen, Konsumausgaben und Investitionsausgaben in ein richtiges Verhältnis zu bringen. (Abg. Dr. Pittermann: *Er ist auch für das Sparen bei den Millionären, wissen Sie!*) Unser Budget ist allerdings in den letzten Jahren zu stark überfordert worden (Zwischenrufe), und für Investitionen bleibt daher nur ein kleiner Spielraum übrig, denn fast 90 Prozent aller Ausgaben sind zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen erforderlich.

Machunze

Wie steht's denn nun um das österreichische Budget, und was sagt über das österreichische Budget nicht ein Redner der Volkspartei, sondern der Sozialist Karl Ausch? Herr Dr. Pittermann! Ich hoffe, Sie haben den Artikel sehr genau gelesen, denn Ausch sagt:

„Ein Budget, das in den Jahren der Hochkonjunktur echte Defizite von mehreren Milliarden aufweist, das mit gesetzlichen Verpflichtungen bis zum Rand vollgestopft und ungefähr so elastisch wie ein Holzklotz ist, ein solches Budget ist natürlich nur sehr wenig geeignet, Schwankungen der Konjunktur auszugleichen.“ (Abg. Dr. Pittermann: *Wer hat es in der Konjunktur gemacht? Ihre Finanzminister!*)

Nun macht der Finanzminister den Versuch, gewisse Konjunkturschwankungen mit Hilfe des Budgets auszugleichen. Und nun nehmen Sie ihm das übel! Also was soll denn ein solcher Finanzminister tun? (Abg. Dr. Pittermann: *Wir haben ja keine Konjunktur mehr! Sie wissen ja, wie wir stehen! Schauen Sie das Zahlungsbilanzdefizit an!*)

Hohes Haus! In früheren Jahren waren wir in der Lage, einen wesentlichen Teil unseres Budgetdefizits durch die Deviseneingänge aus dem Fremdenverkehr zu decken. Aber auch hier zeichnen sich bedenkliche Entwicklungen ab. Seit Herbst 1965 hat sich das wesentlich geändert, und in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres war unsere Zahlungsbilanz mit 1,3 Milliarden Schilling passiv. (Abg. Dr. Pittermann: *Da gibt es noch schlechtere Dinge!*) Das gibt doch zu denken! Gibt es nun aus dieser Situation einen Ausch... (Heiterkeit — Abg. Peter: *Die ÖVP geht den „Ausch-Weg“!* — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz — Abg. Probst: *Welcher psychologischen Schule gehören Sie an?*), einen Ausweg!? Karl Ausch sieht drei Möglichkeiten. (Zwischenrufe.) Sie sollten lieber nachlesen, Herr Kollege Probst, was Ihnen Ausch als Spiegel vorhält.

Ausch sieht drei Möglichkeiten:

1. Man läßt alles beim alten;
2. man nimmt ein höheres Budgetdefizit in Kauf;
3. die Ausgaben für Investitionen werden erhöht, jene zur Förderung des Konsums aber, je nach Notwendigkeit, absolut oder relativ gesenkt. „Ich halte“ — so sagt Ausch — „die dritte“ — Möglichkeit — „für die richtige“.

Und nun hören Sie, was er Ihnen wörtlich sagt:

„Gegenwärtig wird allerdings von der Sozialistischen Partei und von den Gewerkschaften einer Budgetpolitik das Wort geredet,

die im Widerspruch zur Möglichkeit Nummer drei steht.“

Ausch bestätigt Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie im Widerspruch zu dieser Möglichkeit stehen. (Abg. Benya: *Er ist bei uns kein Apostel!* — Abg. Dr. Pittermann: *Wir werden hören, was der Gewerkschaftsbund sagen wird!*) Ich hoffe nicht, daß er Karl Ausch in „Arbeit und Wirtschaft“ berichtigen wird.

Für einen Vertreter der Arbeitnehmer ist das Kapitel Soziale Verwaltung von besonderem Interesse, und daher möchte ich mich kurz diesen Ansätzen zuwenden. Gegenüber dem Budget 1966 beträgt hier die Erhöhung fast 1,2 Milliarden. Sie können also nicht sagen, daß die Bundesregierung oder der Finanzminister für die sozialen Belange der Arbeitnehmer in diesem Lande kein Verständnis hätten. (Abg. Dr. Pittermann: *Das ist doch eine gesetzliche Verpflichtung!* — Abg. Libal: *Und die Kriegsopfer?*) Daß von diesen 1,2 Milliarden allein der Sozialversicherung 1 Milliarde mehr an Bundesbeitrag beziehungsweise an Ausgleichszulagen zugeteilt werden muß, ist auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung eine zwingende Notwendigkeit, aber im Budget hat sie ihren Niederschlag gefunden. (Abg. Dr. Pittermann: *Wollen Sie es vielleicht wieder wegnehmen?*)

Die Beiträge des Bundes zur Sozialversicherung betrugen 1965 5,2 Milliarden, 1966 6,4 Milliarden, und sie werden 1967 7,5 Milliarden betragen. (Abg. Weikart: *Dazu ist der Finanzminister verpflichtet!*)

Wir alle wissen, daß die Beiträge der Versicherten nicht ausreichen, um Renten und Pensionen zu decken. (Abg. Dr. Pittermann: *Aber sie werden auch erhöht!*) Daher möchte ich mit allem Nachdruck die da und dort laut werdende Ansicht zurückweisen, die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und die Sicherung der Arbeitsplätze sei kein echtes Anliegen der Volkspartei. Meine Damen und Herren! Das ganze Gebäude unserer sozialen Sicherheit beruht doch schließlich darauf, daß in diesem Land alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen arbeiten können, um zur Deckung des sozialen Aufwandes in Form von Beiträgen und Steuern beizutragen. Hohe Arbeitslosenziffern gefährden nicht nur die soziale Sicherheit, sondern bedrohen obendrein den sozialen Frieden. (Abg. Sekanina: *Das gilt auch für die Bergarbeiter!*)

Ein besonderes Anliegen ist neben der Sozialversicherung die Kriegsopfersorgung. Es gibt zwei Gruppen von Kriegsopfern: die einen, die von den bescheidenen Renten ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, und die anderen, die über ein Einkommen verfügen, sodaß sie auf die Kriegsopferrente nicht unbe-

1984

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Machunze

dingt angewiesen wären. (Abg. Dr. Pittermann: Heißt das Fürsorgeprinzip?) Wir sind der Meinung, Herr Dr. Pittermann, daß nun gerade in erster Linie jenen geholfen werden muß, die ihr karges Leben von dem bestreiten müssen, was sie von der Kriegsopfersversorgung bekommen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Daher erfüllen Sie die Mindestforderungen der Kriegsopfer, dann haben Sie ein Recht, so zu reden!)

Meine Damen und Herren, wir werden im Jahre 1967 jenen Kriegsopfern helfen, die dieser Hilfe am dringendsten bedürfen. (Abg. Weikhart: Hören Sie doch, was die Kriegsopfer sagen! Hören Sie doch! Empörung herrscht bei den Kriegsopfern über dieses Budget! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen. — Abg. Weikhart: Sie sprechen ja gegen die Kriegsopfer hier in diesem Hause und nicht für sie! — Ruf bei der SPÖ: Eine Gemeinheit ist das!)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (das Glockenzeichen gebend): Der Redner ist am Wort! Ich bitte den Redner, fortzufahren! (Abg. Weikhart: Die Kriegsopfer haben ein Recht auf ihre Forderungen, ein Mindestrecht! — Ruf bei der ÖVP: Aussee! — Abg. Weikhart: Sie können sich darüber nicht lustig machen! Die Forderungen der Kriegsopfer sind uns viel zu ernst, als daß sich Abgeordneter Mitterer darüber lustig machen könnte! — Ruf bei der SPÖ: Schämen Sie sich! — Weitere lebhafte Zwischenrufe.)

Abgeordneter Machunze (fortsetzend): Um jeder Legendenbildung vorzubeugen, möchte ich eindeutig feststellen, daß die Anliegen der Kriegsopfer genauso ein Anliegen der Österreichischen Volkspartei sind wie der Sozialisten. (Anhaltender Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Herr Abgeordneter, das sind leere Worte! Die Taten wollen wir sehen, sonst nichts! Das können Sie nicht mit Beifall überschütten! Die Kriegsopfer können von Ihren Worten nicht leben! — Ruf bei der SPÖ: Das ist eine Frotzelei! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Weikhart: Eine Herausforderung ist das und nichts anderes gegenüber den Kriegsopfern! — Abg. Libal: Sie sind ja gesund, Sie haben Ihre geraden Knochen! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.)

Herr Kollege Libal, ich war genauso Soldat wie Sie, und ich möchte noch einmal betonen, um jeder Legendenbildung vorzubeugen: Wir werden im Jahre 1967 jenen Kriegsopfern zuerst und zunächst helfen, von denen wir der Meinung sind, daß sie auf diese Hilfe dringendst warten. Dazu stehen wir! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Warum haben Sie das nicht in das Budget hineingenom-

men? Die Kriegsopfer haben ein Mindestprogramm der Frau Sozialminister überreicht! Darüber brauchen wir gar nicht zu reden!)

Herr Abgeordneter Weikhart, wir werden im Finanz- und Budgetausschuß Gelegenheit haben, über Einzelheiten des Budgets zu reden; auch beim Kapitel Soziale Verwaltung. Es kann nicht Aufgabe einer Generaldebatte sein, sich mit jeder einzelnen Ziffer des Budgets auseinanderzusetzen.

Ein großes Sorgenkind des Bundes, der Länder und Gemeinden sind die Spitäler. Hier soll und muß ein Weg gefunden werden, um zu einer gerechten Lösung zu kommen, denn es geht letzten Endes um die Gesundheit unserer Mitbürger.

Ein anderes Kapitel ist die Wohnungsfrage. Drei Dinge braucht der Mensch, um leben zu können: Nahrung, Kleidung und Wohnung. Jahrzehntelang haben Sozialisten den Menschen eingeredet, die Wohnung dürfe nichts kosten, sie müsse von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden. Hier ist allerdings ein gewisses Umdenken eingetreten, vor allem beim größten Hausbesitzer in Österreich, bei der Gemeinde Wien.

Als Franz Prinke das Wohnungseigentum propagierte, haben ihn die Sozialisten wütend bekämpft. Und doch haben tausende junge Ehepaare gespart und sich Wohnungseigentum geschaffen. Hier an dieser Stelle muß auch den Wohnbaugenossenschaften ein Wort des Dankes gesagt werden, denn ohne ihre Initiative wäre die Wohnungsnot in Österreich noch viel drückender, als sie es immer noch ist.

Aber, meine Damen und Herren! Ich sehe eine sehr ernste Gefahr darin, daß uns die Baukosten davonlaufen und wir zwar mehr Mittel — öffentliche oder private — für den Wohnungsbau mobilisieren, aber trotzdem weniger Wohnungen schaffen können. (Abg. Pay: Und die Wucherpreise für den Boden! — Abg. Dr. Fiedler: Die die Gemeinde Wien in die Höhe treibt! — Abg. Probst: Sie beschmutzen als Wiener Abgeordneter das eigene Nest!)

Ich habe nicht von den Löhnen geredet, sondern ich habe von den Preisen für den Wohnungsbau geredet, und dazu gehören ebenso die Materialkosten wie die Bauarbeiterlöhne. Daher sollte die Frage der Wohnbaukosten ein ernstes Anliegen von uns allen sein; denn der Frage der Baukosten, meine Damen und Herren, die eng mit dem Wohnungsbau zusammenhängt, müßten Bauwirtschaft und Gewerkschaften ihre besondere Aufmerksamkeit schenken.

Eine Frage wird sicher während der Budgetberatungen eine Rolle spielen: die Lohn- und Einkommensteuer, daher möchte ich mich

Machunze

kurz damit beschäftigen. Hier geht es um ein wirtschaftliches und ein soziales Problem, wird doch dem Arbeitnehmer ein nicht unerheblicher Teil seines Arbeitsertrages abgenommen. Ich darf aber feststellen: Die Lohnsteuer wird reformiert. Der Anfang wird zum 1. Jänner 1967 gemacht, und die große Lohnsteuerreform kommt zum 1. Jänner 1968. Bei der Ausarbeitung der entsprechenden Gesetzesvorlagen werden die Fachleute gehört, auch die Fachleute — ich hoffe, der Herr Präsident Benya bestätigt mir dies — des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer. Sie werden vom Bundesminister für Finanzen für die Vorbereitungen herangezogen und eingeladen. Ich halte das für absolut richtig, denn die Lohnsteuerreform geht schließlich nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die breite Masse der Arbeitnehmer an. Die letzte Entscheidung darüber, ob und wie reformiert werden kann, muß selbstverständlich im Parlament fallen.

Aber, meine Damen und Herren, sehen wir auch das Problem der Lohnsteuer realistisch. Ich habe hier wieder einen Kronzeugen. Im Sommer bei der Budgetdebatte, als ich die Lohnsteuerfrage behandelte, hatte ich das „Jahrbuch der Arbeiterkammer“. Das war Ihnen nicht recht, aber ich habe wieder einen Zeugen aus Ihrem Lager: Karl Ausch. Ich kann nichts dafür, daß er so deutlich geschrieben hat. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Zur Frage der Lohnsteuer sagt Karl Ausch — hören Sie mich an, Kollege Konir, hören Sie sich das an, was Ihnen Karl Ausch sagt! —:

„Die manchmal gehörte Behauptung, die Bezugserhöhung werde durch die Lohnsteuerprogression weggesteuert und, es bleibe sowieso nichts übrig“, wird durch die Zahlen widerlegt. Von 300 Schilling Erhöhung bleiben, wie aus der Tabelle zu ersehen — die Karl Ausch hier veröffentlicht —, „immerhin 230 Schilling, von 400 Schilling 304 Schilling netto, das ist in beiden Fällen mehr als drei Viertel. Das letzte Viertel wird allerdings weggesteuert. Aber was geschieht damit?“

Und jetzt gibt Ihnen Karl Ausch die Antwort auf die Frage, und nicht ich. Wenn ich sie Ihnen geben würde, würden Sie jetzt schreien. Aber hören Sie sich das an, was Ihnen Karl Ausch hier als Antwort sagt. (*Abg. Ing. Kunst: Ist Ausch die Regierung oder die ÖVP? — Abg. Altenburger: Sind Sie Parlamentarier oder gehören Sie zu der Gewerkschaft? — Abg. Konir: Beides!*) Weitere *Zwischenrufe.*) Karl Ausch sagt:

„In unserer Gesellschaft ist der Konsum der Bevölkerung zweigeteilt. Da ist vor allem der rein persönliche Bedarf, der innerhalb der privaten Haushalte befriedigt werden kann. Daneben gibt es aber in zunehmendem Maße

auch Wünsche und Bedürfnisse, die nicht von den Einzelhaushalten, sondern nur von den Gemeinschaftseinrichtungen erfüllt werden können. Der Arbeiter oder Angestellte will zum Beispiel seine Kinder in gute mittlere und höhere Schulen schicken, er erhebt mit Recht Anspruch darauf, daß er oder seine Angehörigen, wenn nötig, in ein mit allen neuzeitlichen Errungenschaften ausgestattetes Spital aufgenommen werden, er findet die Vorsorge für sein Alter als selbstverständlich. Er legt Wert auf Schnellstraßen, auf rasche Eisenbahnen, auf ein automatisiertes Telefon, auf Hochwasserschutz, um nur einige Beispiele anzuführen.“

Um das alles bereitzustellen, sind Milliarden erforderlich, zu denen auch der Lohnsteuerpflichtige auf seine Weise einen Beitrag leistet: Für den Gemeinschaftskonsum, an dem er teilhat, zahlt er, um bei den obigen Beispielen zu bleiben, ein Viertel seiner Bezugserhöhung.“

„Das ist die wirtschaftliche und soziale Funktion der Lohnsteuerprogression, und so müßte man sie den Lohnsteuerzahlenden erklären.“

Das sind nicht meine Worte, sondern die des Sozialisten Karl Ausch. Und wenn Sie mit ihm nicht einverstanden sind, dann sagen Sie ihm das, bitte. (*Abg. Gertrude Wondrack: Aber die Mittel werden nicht so verwendet!*)

Der Mann hat aber auch Mut, denn er beschäftigt sich auch mit der Frage der von Ihnen so heftig kritisierten Maßnahmen der jüngsten Zeit, nämlich der Erhöhung der Mineralölsteuer und der Bahntarife. Da sagt Ausch:

„Nun zu zwei anderen heftig kritisierten Maßnahmen der jüngsten Zeit, der Erhöhung der Mineralölsteuer und der Bahntarife: Ich sage offen, daß ich die Haltung der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaften dazu nicht für richtig halte.“ Das sagt Ihnen Ihr eigener Parteifreund Karl Ausch. (*Zwischenrufe.*)

Karl Ausch spricht dann von der Notwendigkeit der Investitionen und sagt:

„Tritt man aber dafür — für Investitionen — „ein, dann muß man endlich auch mit jenem System brechen, das die Bevölkerung daran gewöhnt, Güter und Leistungen zu empfangen, ohne für sie direkt — in Form höherer Preise — oder indirekt — in Form höherer Steuern — die Kosten zu bezahlen. Denn dieses System hemmt das Wirtschaftswachstum.“

Sparen und Investieren hängen eng zusammen, und wenn wir auf der einen Seite mehr verbrauchen, die Steuerlasten erleichtern

1986

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Machunze

wollen, dann gibt es nur einen Ausch-Weg, Ausweg. (*Heiterkeit und Zwischenrufe. — Abg.*)

Peter: Die ÖVP ist auf den „Ausch-Weg“ gelangt! „Ausch-Weg“! Ich sage Ihnen gleich den Weg, den Ausch gibt. Ich bekenne mich zu dem, was auch zu dieser Frage Karl Ausch sagt:

„Man möge es drehen und wenden, wie man will: wenn das Kapital nicht vom Ausland kommt, muß es im Innland gespart werden. Und die Voraussetzung einer höheren Sparquote ist, immer relativ gesehen, die Einschränkung des Konsums. Ein Land, das von einem gegebenen Sozialprodukt weniger konsumiert, vermag mehr zu investieren, damit es in ein paar Jahren umso mehr konsumieren kann. Das war und ist der Sinn der Parole: „Familie Österreicher lebt über ihre Verhältnisse.““

Ich habe Ihnen, meine Damen und Herren, gesagt, daß ich den Eindruck habe: Die „Familie Österreicher“ lebt über ihre Verhältnisse. Herr Abgeordneter Czettel, einer Ihrer Freunde bestätigt es Ihnen. (*Abg. Dr. Pittermann: Machunze! Streichen wir die Repräsentationskosten, dann treffen wir uns gleich!*)

Im Zusammenhang mit dem Budget wird die Opposition harte Kritik üben. Das soll sie, das ist ihr gutes Recht, und wir fürchten diese Kritik nicht, aber die Bundesregierung ist sechs Monate im Amt, und das Regierungsprogramm, das dem Hohen Haus vorgelegt wurde, ist für eine vierjährige Legislaturperiode bestimmt. Daher kann man auch nicht erwarten, daß alles das, was die Regierung plant, schon im Budget für das erste Jahr, das diese Regierung zu verantworten hat, restlos seinen Niederschlag findet. (*Abg. Dr. Pittermann: Wird es nächstes Jahr wieder teurer? — Abg. Zeillinger: Kommen noch mehr Steigerungen?*)

In einer staatlichen Gemeinschaft muß es gemeinsame Ziele geben — und zwar für Regierung und Opposition —, wie etwa ein Höchstmaß an allgemeinem Wohlstand, Sicherung der inneren Freiheit des Menschen, Sicherung der Demokratie, Sicherung der Neutralität und Sicherung der Grenzen.

Es mag Meinungsverschiedenheiten über die zu beschreitenden Wege geben. Über die uns allen auferlegte Verpflichtung aber, der „Familie Österreicher“ nach besten Kräften zu dienen, kann es keine Meinungsverschiedenheiten geben. Die Österreichische Volkspartei sagt ein vorbehaltloses Ja zu dieser Aufgabe des Dienens an der „Familie Österreicher“. Wir wollen uns ehrlich darum bemühen, so wie in der Vergangenheit, diese Aufgabe im Interesse der „Familie Österreicher“ auch in Zukunft zu erfüllen. Das Budget 1967

soll ein Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe sein. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peter das Wort.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Machunze hat die Behauptung aufgestellt, die ÖVP-Regierung würde nach dem Grundsatz handeln: Spare in der Zeit, so hast du in der Not.

Wenn diese Behauptung wahr wäre, dann hätte die ÖVP-Regierung in diesem Jahr nicht in Form eines Notopfers in die Tasche aller Österreicher, nämlich in die Tasche der „Familie Österreicher“, greifen müssen. Eine der entscheidenden Taten dieser ÖVP-Alleinregierung war also dieser Griff in die Tasche eines jeden Staatsbürgers, weil nicht nur diese Bundesregierung, sondern vor allem auch vorangegangene Bundesregierungen eine unverantwortliche Finanz- und Budgetpolitik seit Jahren getrieben haben. (*Abg. Ofenböck: Da ist nicht allein die ÖVP schuld!*) Seit dem 6. März die ÖVP; vor dem 6. März die Koalitionsregierung der Volkspartei und der Sozialistischen Partei, seit 20 Jahren aber ein Finanzminister der Österreichischen Volkspartei! (*Abg. Zeillinger: Er meint, die Wähler seien schuld!*)

Wir Freiheitlichen sagen nein zu der Art und Weise, wie die Regierung bei diesem Budget gegenüber dem Volk vorgeht. Wir Freiheitlichen sagen nein zu der Arroganz, mit der der Finanzminister diese Opfer dem Volk auferlegt. Wir Freiheitlichen sagen nein zu dem Pathos der Präpotenz, mit der die Schmitz-Rede dem Parlament vorgesetzt wurde. (*Abg. Robert Graf: Sie sind an Präpotenz hart zu übertreffen!*) — *Abg. Altenburger: Das Ja habt ihr früher gesagt!* Es kommt noch einmal: Wir Freiheitlichen sagen nein zu jener anmaßenden Überheblichkeit, mit der Klaus der Große und Schmitz II. diesem Parlament gegenübertraten.

Wir Freiheitlichen sagen nein zu diesem Budget, weil es ein Budget des Bündelproporz des ÖVP ist. Wir sagen nein, weil dieses Budget auf Kosten der sozial Schwachen geht. Wir sagen nein zu diesem Budget (*Abg. Altenburger: Weil Sie keine Verantwortung tragen wollen!*), weil es keine familienpolitischen Maßnahmen enthält. Wir sagen nein zu diesem Budget, weil die Geldwertstabilität vorgetäuscht wird. Wir sagen ebenso nein, weil dieser Haushaltsvorschlag keine Ansätze zu einer Verwaltungsreform enthält. Wir sagen nein, weil die Kriegsopfer durch diese Regierung ungerecht be-

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

1987

Peter

handelt werden. Wir sagen nein zu diesem Budget, weil es einen Mißbrauch des Notopfers darstellt, das jedem Staatsbürger auferlegt wurde. Wir sagen nein zu diesem Budget, weil es keinen Ausweg aus der Verkehrskrise aufzeigt. Wir sagen nein, weil durch übermäßige Tariferhöhungen dem kleinen Mann unerträgliche Lasten auferlegt werden.

Wir Freiheitlichen lehnen dieses Budget aber auch ab, weil es keine Schonung des Kapitalmarktes durch den Bund gewährleistet, und wir sagen nein zu diesem Budget, weil es keine strukturbereinigenden Maßnahmen im Interesse der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft enthält. Wir sind aber ebenso gezwungen, nein zu diesem Budget zu sagen ... (Abg. Altenburger: *Außer nein haben Sie nichts zu sagen? Sie sind von einem Ja-Sager zu einem Nein-Sager geworden!* — Abg. Zeillinger: *Ihr könnt nicht immer die Nazi-Tour aufziehen!*) Wir sagen aber auch deswegen nein zum Budget der Österreichischen Volkspartei, Herr Abgeordneter Altenburger, weil dieses Budget dem Wahlprogramm der Österreichischen Volkspartei und ihren Versprechungen nicht Rechnung trägt.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns jetzt eingehend mit der Art und Weise auseinanderzusetzen haben, mit der der Finanzminister diesen Haushaltsplan dargelegt hat, so müssen wir Freiheitlichen zu dieser Art und Weise des Finanzministers ebenso nein sagen. Machen Sie uns nicht den Vorwurf der Präpotenz, wenn diese Präpotenz vorgestern vorexerziert wurde, und zwar durch den Finanzminister. Dieser Budgetrede des Dr. Schmitz fehlt jede Verbindlichkeit. (Abg. Dr. Pittermann: *Er hat eine Mehrheit, was braucht er eine Verbindlichkeit!* — *Heiterkeit.*) Dem Inhalt dieser Budgetrede fehlt jede Bereitschaft zum Gespräch und zur Diskussion. Dieser Budgetrede des Finanzministers fehlt jedes Empfinden für die Sorgen der Staatsbürger. Dieser Budgetrede des Finanzministers fehlt jedes Verständnis für den sozial Schwachen. Diese Schmitz-Rede zum Budget 1967 verschleiert die echten Budgetschwierigkeiten, diese Schmitz-Rede überbewertet die positiven Seiten des Budgets, die zweifelsohne auch vorhanden sind ... (Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP.) No na, gar nichts sollen Sie leisten, meine Herren der Österreichischen Volkspartei? Wozu haben Sie denn 85 Mandate, mit denen Sie von hier aus regieren?

Diese Schmitz-Rede arbeitet mit Zahlenkunststücken, und diese Schmitz-Rede setzt jene Friß-Vogel-oder-stirb-Politik fort, die die Volkspartei seit dem 6. März eingeleitet hat. Noch etwas kennzeichnet diese Schmitz-Rede von vorgestern: eine Kaltschnäuzigkeit sonder-

gleichen. Sie ist getragen von einem Gottesgnadentum einer maßlos gewordenen Alleinregierung. (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Sie können es noch einmal haben, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, aber nun nicht mit freiheitlichen Argumenten, sondern mit jenen Argumenten, wie sie von einer unabhängigen österreichischen Tageszeitung dargelegt wurden. (Abg. Hartl: *Vom Ausch?*) Herr Abgeordneter Hartl, nehmen Sie zur Kenntnis, daß die Freiheitliche Partei zum Unterschied von der ÖVP nicht auf den Ausch gekommen ist!

Ich zitiere jetzt, um Ihnen den Spiegel einer unabhängigen Tageszeitung vorzuhalten, aus der „Kleinen Zeitung“ vom 15. Oktober 1966. Unter der Überschrift: „Die Regierung traut sich was“, stellt Kurt Vorhofer fest: „Das Schlimmste ist nicht der neue Budgetentwurf. Viel schlimmer sind die unaufrechten Argumente der Regierungsseite, sind die Tricks mit Zahlen und die hohen Phrasen; ... Ärgerlich, ja bisweilen empörend, ist die Art und Weise, in der die Regierungsseite versucht, die Entscheidungen dem Volk mundgerecht zu machen. Das Positive am Budget wird maßlos aufgebaut, das Negative und Unerfreuliche verniedlicht — es geht zu wie bei der Wahlpropaganda.“

Genauso zugegangen ist es auch vorgestern, als Finanzminister Dr. Schmitz dem österreichischen Nationalrat sein Budgetkonzept erläutert hat. Ich räume dieser Bundesregierung selbstverständlich ein, daß es ein Für und Wider über Budgetgrundsätze gibt. Wir wissen alle, meine Damen und Herren, daß die Finanzexperten über die Budgetpolitik ebenfalls eine geteilte Meinung haben. Aber hier wird von der Regierungsbank aus dekretiert: Das ist richtig!, ohne zu sagen, warum der Herr Finanzminister diese Auffassung vertritt. (Abg. Libal: *Der ist mutig!*) Das ist das betrübliche gegenüber seiner Rede vor einem Jahr. Damals unterzog er sich der Mühe, zu begründen. (Abg. Dr. Withalm: *Voriges Jahr hat er gar keine Budgetrede gehalten, es hat gar kein Budget gegeben!*) Im Frühjahr dieses Jahres hat Schmitz eine Budgetrede gehalten. Sie wissen, Herr Klubobmann Dr. Withalm, daß ich die Budgetrede für das Bundesfinanzgesetz 1966 meine. (Abg. Dr. Withalm: *Das konnte ich nicht wissen, wenn Sie sagen: Vor einem Jahr! Herr Kollege, das war im Mai dieses Jahres, tut mir leid!*) Ich bin gerne bereit, zum besseren Verständnis meiner Ausführungen Ihnen gegenüber, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, beizutragen. Zum Unterschied von der letzten Budgetrede, wo Herr Dr. Schmitz erläutert und begründet hat, beschränkt er sich dieses

1988

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Peter

Mal darauf, zu erklären und festzustellen, ohne zu begründen. Ich hoffe, daß mir der Herr Abgeordnete Dr. Withalm jetzt folgen kann. (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*)

Einen besonderen Vorzug seines Budgets sah der Herr Finanzminister Dr. Schmitz darin, daß er es fünf Tage vor der Verfassungsfälligkeit eingebracht hat. Das reichte von seinem Blickfeld aus, um die Qualität dieses Budgets zu begründen und unter Beweis zu stellen. Diese Nachlese zur ÖVP-Bilanz der 100 Tage — so möchte ich die Budgetrede des Finanzministers bezeichnen — war eher getragen durch eine aufreizende, provokatorische denn durch eine sachlich begründete Ausführung. Wir bedauern außerordentlich, daß der früher so gesprächsbereite Finanzminister in seinen Ausführungen im Rahmen der Budgetrede einen Ton angeschlagen hat, von dem wir freiheitlichen Abgeordneten der Meinung sind, daß er zurückgewiesen werden muß. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Es hat jeder das Recht, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, hier in diesem Hohen Hause seine Meinung und seine Überzeugung zu vertreten. (Abg. Dr. Withalm: Auch der Finanzminister!)

Wenn wir jetzt zum Hexeneinmaleins der Österreichischen Volkspartei, ihrem Wahlprogramm, greifen ... (Abg. Dr. Pittermann: *Er hat schon wieder den Katechismus in der Hand!*) Ich bemühe mich, die Argumente der Österreichischen Volkspartei sehr ernsthaft zu prüfen, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann, besonders im Hinblick auf jene Haltung, die die Österreichische Volkspartei den Kriegsopfern gegenüber eingenommen hat. Im Wahlprogramm stellte sie zu dieser Thematik folgendes fest: „Nur eine gesunde Volkswirtschaft garantiert eine gesunde Sozialversicherung und gibt unseren Alten, Kranken, Hinterbliebenen und den Kriegsopfern die Gewähr, daß ihre sozialen Ansprüche zuverlässig erfüllt werden ... Nur das Wirtschaftskonzept der ÖVP kann die Renten und Pensionen unserer Alten weiterhin sichern.“ — Diese Überheblichkeit zieht sich nicht wie ein roter, sondern wie ein schwarzer Faden vom ÖVP-Wahlprogramm bis zur jüngsten Budgetrede des Finanzministers Schmitz. (*Zwischenruf bei der ÖVP: Was ist falsch daran?*)

Die Art und Weise, Herr Finanzminister, wie Sie vorgestern zum Thema der Kriegsopfersversorgung Stellung genommen haben, ist in ihrer Anmaßung und Verständnislosigkeit unannehmbar für jeden, der im zweiten Weltkrieg seine Pflicht als Soldat zu erfüllen hatte. Man kann darüber reden, wo die Grenze des Möglichen liegt, meine Damen und Herren. Aber eines steht außer Dis-

kussion: daß es sich hier um einen Bevölkerungsteil unserer Republik handelt, der das kostbarste Gut, das er besitzt, nämlich die Gesundheit, eingebüßt hat. In dem einen Fall ist die Gesundheitsschädigung geringer, in einem anderen größer. In einer Situation wie der heutigen muß man einem solchen Bevölkerungsteil mit einer anderen inneren Einstellung gegenüberstehen, als dies der Herr Finanzminister vorgestern von der Regierungsbank aus getan hat.

Wir Freiheitlichen wollen keinesfalls etwa in dem Stil argumentieren, daß Österreich einem Armenhaus gleichzusetzen wäre. Wir sind keinesfalls so engstirnig, der Regierung den Mut abzusprechen, daß sie im Rahmen des Preisstützungsabbaues einen Weg beschritten hat, der einmal beschritten werden mußte. Er ist leider zu spät beschritten worden und stellt uns daher vor besondere Probleme. Aber man muß dann auch darüber diskutieren, wie die Auswirkungen für die sozial Schwachen in unserem Staat tatsächlich sind. Lesen Sie sich die Argumente, die in den letzten beiden Tagen in den Zeitungen genauso wie in Fachpublikationen dazu geäußert worden sind, durch, und Sie werden sehen, daß sich zumindest Meinung und Meinung gegenüberstehen. Der Meinung des Herrn Finanzministers, daß dieser Subventionsabbau zu erträglichen Lasten für die sozial Schwachen führt, steht die Meinung gegenüber, daß es sich um erhebliche Lasten handelt, die von jenem betroffenen Bevölkerungsteil nur äußerst schwer bewältigt werden können.

Greifen wir zur vorletzten Budgetrede des Finanzministers, die er im Frühjahr dieses Jahres gehalten hat und in der er sich sehr mit der Notwendigkeit wachstumsfördernder Maßnahmen beschäftigt hat. Dabei stellte er fest, daß starke Wachstumsreserven, die dem Gesamtwirtschaftskonzept dienstbar gemacht werden müßten, im Bereich der öffentlichen Verwaltung genauso vorhanden seien wie im Bereich der verstaatlichten Industrie.

In den letzten Monaten versuchten wir durch mehrere Anfragen Antwort auf die Lösung dieser Frage durch die Bundesregierung zu erhalten. Wir haben weder vom Regierungschef noch von anderer kompetenter Seite auf diese von der Regierung mit Recht aufgestellte Forderung eine befriedigende Antwort erhalten. Man müßte, ehe man sich zu einem solchen Budgetweg entschließt, wie es der Finanzminister getan hat, auch über die Lösungen, die sich aus diesen Forderungen ergeben, diskutieren, wenn man sagt: Starke Wachstumsreserven befinden sich vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der verstaatlichten Industrie. „Hier

Peter

sind in defizitären Unternehmungen Arbeitskräfte und Kapital unproduktiv eingesetzt. Der Einsatz von Budgetmitteln, die als Subventionen ohne Verpflichtung zu Rationalisierungsmaßnahmen vergeben werden, hieße Steuergelder in ein Faß ohne Boden gießen. Solche Subventionen verhindern Struktur-anpassungen, anstatt sie zu erleichtern.“ Wo ist das Strukturkonzept der österreichischen Bundesregierung? Es ist dem Nationalrat bis zum heutigen Tag in einigen Detailfragen etwas dargeboten worden, aber ein umfassendes Strukturbereinigungskonzept wurde uns von der österreichischen Bundesregierung nicht vorgelegt. Da dieses Strukturbereinigungskonzept nicht existiert, wird dieser Haushaltsplan — diese Behauptung stellen wir Freiheitlichen auf — nicht jene Ziele erreichen, die der Finanzminister in seiner Budgetrede zum Ausdruck gebracht hat.

Sie sprechen in einem Teil Ihrer Budgetrede davon, Herr Finanzminister, daß die Regierung sich energisch mit der Neuordnung der verstaatlichten Industrie beschäftigt. Herr Bundesfinanzminister! Wenn sie das tut, muß sie uns auch sagen, mit welchem Strukturkonzept die Bundesregierung den Schwierigkeiten der verstaatlichten Industrie steuern will. Wenn wir aber den ÖIG-Entwurf zur Hand nehmen, um zu prüfen, wie der Ausweg aus der Situation gefunden werden soll, dann finden wir über die grundsätzliche Ziel- und Zweckbestimmung, die Aufgabe der verstaatlichten Industrie in Österreich im Rahmen unseres gesamtwirtschaftlichen Konzepts überhaupt nichts.

Sie können mir jetzt entgegenhalten, in diese Regierungsvorlage gehöre die Ziel- und Zweckbestimmung nicht hinein. Dann wollen Sie aber bitte so freundlich sein und uns gefälligst Ihren Standpunkt über die Ziel- und Zweckbestimmung darlegen. Wir müssen Antwort auf die Strukturbereinigungsfrage erhalten, sollen wir zu dem ÖIG-Konzept überhaupt verantwortungsbewußt Stellung nehmen können.

Ich bin baß erstaunt über die Haltung der Bundeshandelskammer zum ÖIG-Entwurf, wenn heute folgendes in einer Wiener Zeitung zu lesen ist: „Keine ‚grundsätzlichen Bedenken‘ äußerte die Bundeswirtschaftskammer am Dienstag in ihrem Gutachten zum ÖIG-Entwurf.“ Als der Herr Staatssekretär Taus am 6. Oktober dieses Jahres eine Pressekonferenz abhielt, hat er als Vertreter einer marktwirtschaftlich und privatwirtschaftlich orientierten Regierungspartei nichts zur Aufgabe der verstaatlichten Industrie vom Standpunkt dieser Wirtschaftsorientierung aus zu sagen gehabt. Das ist etwas, was wir Freiheit-

lichen außerordentlich bedauern, und wir unterliegen dem Eindruck, daß die Volkspartei genau bei jener bankrotten Situation fortzusetzen beabsichtigt, wo die Sozialistische Partei am 6. März aufgehört hat. Darauf ist es wohl notwendig, von Seite der Regierung auch im Zusammenhang mit der Diskussion eines Haushaltsplanes grundlegend Aufschluß zu geben, will man erwarten, daß von Seite der anderen Fraktionen zur gegenständlichen Regierungsvorlage verantwortungsbewußt Stellung genommen wird.

Der Herr Finanzminister erklärte weiter: „Der richtige Kurs in der gegenwärtigen Konjunktur- und Wachstumsphase ist der Weg der Förderung des Wirtschaftswachstums ohne Kaufkraftgefährdung. Dieser Weg ist mit Recht als ein ‚mittlerer Kurs‘ bezeichnet worden ... Mit dem ‚mittleren Kurs‘ bleiben wir auf der Straße des Fortschritts.“ Hoffentlich, Herr Bundesminister, bleiben wir auf der Straße des Fortschritts! Im Interesse Österreichs wünschen wir alle, ganz gleich, welcher Partei wir angehören, daß Sie recht behalten und daß unsere Bedenken, die wir heute äußern, unbegründet sind. Aber diese apodiktische Feststellung: „Der richtige Kurs ... ist ...“, das offenbart die Überheblichkeit, die wir Freiheitlichen zurückweisen, wobei Sie sehr genau wissen, daß die Meinungen der Fachexperten sich entgegengesetzt gegenüberstehen. Man hätte sagen können: Ich als der zuständige Ressortchef der Regierung vertrete diese Überzeugung und bin der Meinung, daß wir mit diesem Weg zum Ziele kommen.

Sie wissen genau, daß es Meinungen gibt, wie die des Horst Knapp, mögen sie da und dort auch umstritten sein, die sagen: Mit einem Quentchen Austerity, mit einem Alzerl Restriktion und mit einem Spritzer Investitionsimpuls, mit Hilfe dieses Mittelweges wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein. (Abg. Mitterer: Sie sind doch sonst nicht so subtil mit Ihren Erklärungen! Warum jetzt plötzlich auf einmal? — Abg. Dr. Pittermann: Er war „knapp“!) Herr Abgeordneter Mitterer! Sie erwarten mit Recht, daß ich meine Ablehnung begründe. (Abg. Mitterer: Aber nicht mit Wortklau-bereien!) Sie erwarten mit Recht, daß ich das Problem aufwerfe, daß die eine finanz-politische Richtung diesen Weg und die andere jenen Weg vorschlägt. Der Herr Finanzminister hätte sich nicht so überheblich geben sollen, wie er es in seiner Budgetrede getan hat. Das Strukturproblem der österreichischen Wirtschaft wird auf diesem Weg kaum zu bewältigen sein, weil wir alle wissen, wie schwierig die Lösung dieser Strukturfrage an und für sich ist. Es wäre nicht zuviel ver-

1990

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Peter

langt von der Österreichischen Volkspartei — wir finden ja auch im persönlichen Gespräch stets eine Diskussionsgrundlage auf wirtschaftspolitischem Gebiet —, wenn man hier etwas vorsichtiger und nicht so apodiktisch zu Werke gegangen wäre, wie Dr. Schmitz es vorgestern getan hat. Das hätte die Diskussion über diesen Bundeshaushalt voranschlag 1967 wesentlich erleichtert. Die Haltung des Dr. Schmitz hat diese Diskussion außerordentlich erschwert.

Wir haben bereits von Seite der freiheitlichen Fraktion bei der Diskussion über das Notopfer zum Ausdruck gebracht, daß die Mittel, die die Staatsbürger aufbringen, unter anderem zu einer Budgetsanierung mißbraucht werden würden, und so erleben wir es auch jetzt, wie wir es seinerzeit vorhergesagt haben. Auch hier, bei der Verwendung des Notopfers, offenbart sich wieder die Maßlosigkeit dieser Bundesregierung. Von jedem Notopfer-Schilling, den der Österreicher aufzubringen hat, erhält der Finanzminister für seine Interessenbereiche 65 Groschen, 65 Prozent. Von jedem Notopfer-Schilling aber erhält der betroffene und geschädigte Staatsbürger nur 25 Prozent. Für den Zweck einer Budgetsanierung kann man den Österreichern in dieser Situation das Notopfer nun einmal nicht auferlegen! Das ist der Vorwurf, den wir gegenüber der Regierung aufrechterhalten müssen.

Dr. Schmitz führte dann weiter aus, daß dieses Budget eine wesentliche Schonung des Kapitalmarktes durch den Bund darstellen würde. Das ist eine Behauptung. Ich folge jetzt Ihrer Argumentation, Herr Bundesfinanzminister, und stelle Ihrer Behauptung meine gegenüber, daß das Gegenteil im nächsten Jahr eintreffen wird, daß nämlich der Bund den Kapitalmarkt nicht schonen wird, daß sich für die Privatinitiative keine Erleichterungen auf dem Kapitalmarkt ergeben werden, weil der Bund die Privaten auf dem Kapitalmarkt im nächsten Jahr verdrängen wird.

Hier steht also Behauptung gegen Behauptung, und in einem Jahr werden wir darüber diskutieren, wer von uns beiden recht behalten hat. Aber der Sinn und Zweck der Budgetrede eines Finanzministers kann doch nicht darin bestehen, allein Behauptungen aufzustellen, sondern er muß die Möglichkeit der Diskussion offenhalten, wollen wir das Wesen der Demokratie nicht mißverstehen.

Ich stehe auch nicht an, der Bundesregierung zu bescheinigen, daß sie sich bemüht, die Belange des Bildungs- und Erziehungs-wesens besser zu dotieren als im letzten Jahr und in den vorangegangenen Jahren. Wir haben eine Ziffer heute aus dem Mund des sozialistischen Sprechers gehört, daß für die

Forschung 8 Millionen Schilling im nächsten Jahr vorgesehen sind. Was man mit 8 Millionen Schilling im Zeitalter des Atoms erforschen kann, darauf vermag man sich eine einigermaßen gültige Antwort zu geben. Trotzdem möchte ich das Bemühen der Bundesregierung auf diesem Budgetgebiet nicht in Frage stellen und den Fortschritt anerkennen.

Aber auch die Verwendung dieser Mittel, Herr Bundesfinanzminister, beinhaltet ihre Probleme. Wir haben vor wenigen Tagen die erste und einzige Hochschule in Österreich seit 1945 ihrer Bestimmung übergeben. Das ist überaus erfreulich. Sie konnte nur deshalb ihrer Bestimmung übergeben werden, weil das Land Oberösterreich und die Gemeinde Linz tief in die Tasche griffen, obwohl sie kompetenzmäßig dafür gar nicht zuständig waren und Österreich und damit dem Bund ein unerhört großzügiges Geschenk machten. Wir Freiheitlichen haben uns stets dafür eingesetzt, daß Linz eine Technische Hochschule erhalten soll. Das ist an der Haltung der Rektorenkonferenz seinerzeit gescheitert. Nun haben wir neben den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften eine juridische Fakultät bekommen, und im Zusammenhang mit der juridischen Fakultät wirft die „Kleine Zeitung“ folgendes Problem auf:

„Die zahlreichen Projekte auf dem Schul- und Hochschulsektor sind gewiß zukunfts-trächtig, nur ist es beispielsweise eine Fehl-leitung von Bundesmitteln, wenn in der unter großen Opfern errichteten neuen Linzer Hochschule Juristen ausgebildet werden, an denen es, wie der Unterrichtsminister an Hand zwingender Statistiken nachwies, in Österreich keinen Mangel geben dürfte.“

Auch darüber wird man diskutieren müssen. Das soll uns aber nicht abhalten, die Leistung der Bundesregierung in diesem Haushaltskapitel anzuerkennen.

Dann müssen wir aber mit Bedauern feststellen, daß man auf dem kulturellen Sektor sowohl für die Bundestheater wie auch noch mehr für die Länder- und Städtetheatren kein großzügiges Herz von Seite der Bundesregierung hatte. Hier ist die Frage die, ob man nicht für die Erhaltung der Kulturgroßmacht Österreich mehr tun müßte, als im Rahmen des kommenden Budgets zu tun beabsichtigt ist. Aber wir wollen unter gar keinen Umständen der Bundesregierung gegenüber in Abrede stellen, daß sie sich in einigen Haushaltsguppen bemüht, zu echten Erfolgsansätzen zu gelangen. Wir hätten es nur außerordentlich begrüßt, wenn der Finanzminister bereit gewesen wäre, eine etwas konziliantere, tolerantere und großzügigere Haltung in seiner Budgetrede einzunehmen, die uns die Diskus-

Peter

sion über diese außerordentlich schwierigen Belange erleichtert hätte. Man braucht ja nur Ihre Budgetrede vom Frühjahr zur Hand zu nehmen, um zu sehen, welchen großen Plänen Sie darin Ausdruck verliehen haben, um an Hand der letzten Budgetrede zu überprüfen und festzustellen, daß von diesen großen Plänen nunmehr nichts mehr geredet und gesagt wird. Da kommen wir nicht umhin, dem Eindruck zu unterliegen, daß dieses Budget dem Volk zu große Opfer auferlegt und daß andererseits die beabsichtigten Ziele nicht erreicht werden.

Aber auch die Vorgangsweise bei dieser Budgetgestaltung ist so, daß sie den berechtigten Unmut der Gewerkschaften hervorrufen mußte. Das muß auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Die Art und Weise der Teuerungsabgeltung, die Art und Weise des Subventionsabbaus gibt den Gewerkschaften als den Interessenvertretern der Arbeitnehmer das moralische Recht für neue Lohnforderungen. Man kann nicht in einer derartigen Art und Weise der Bevormundung und Entmündigung gegenüber den Gewerkschaften vorgehen, wie das von Seite der Regierung getan wird. Man kann nicht, Herr Bundesfinanzminister, den Subventionsabbau 1967 in die Wege leiten, um dann familienpolitische Maßnahmen, wie die sogenannte große Lohnsteuerreform — wie groß sie sein wird, das warten wir ab —, erst im Jahre 1968 in die Wege zu leiten. Wenn Sie 1967 die Subventionen abbauen, dann müssen Sie auch Zug um Zug 1967 familienpolitische Maßnahmen setzen. Sie können nicht 1967 dem Großteil des Volkes Lasten auferlegen, um dann zu sagen: Die Erleichterungen bekommt ihr erst 1968.

Da gehen unsere Meinungen extrem auseinander, und darüber müßte diskutiert werden, ehe solche Entscheidungen fallen. Es geht nicht, Herr Bundesfinanzminister, wenn Sie in den letzten drei Tagen vor Ihrer Budgetrede Ihre Bereitschaft bekunden, die freiheitlichen Abgeordneten zu informieren. Solche Gespräche müssen früher stattfinden, sollen sie einen inhaltlichen Wert haben. An diesen Gesprächen waren Sie bisher interessiert, wir sind ebenso daran interessiert, weil es uns nicht um eine Obstruktion in diesem Hause geht, sondern um eine ernsthafte Argumentation. Behandeln Sie uns etwas großzügiger, behandeln Sie uns korrekter, dann wird das Gespräch in diesem Hause leichter sein, als es im Augenblick der Fall ist!

Sie stellen weiter in Ihrer Budgetrede fest, daß der Straßen- und vor allem der Autobahnbau einen Schwerpunkt Ihres Haushaltplanes darstellt. Hätten Sie die Freundlichkeit, uns in den nächsten Wochen aufzuklären,

wie Sie mit den budgetierten Mitteln einen Schwerpunkt im Autobahnbau zu schaffen gedenken, Herr Minister, oder drücken wir es konkret aus: Wieviel neue Autobahnkilometer im nächsten Jahr zu errichten und dem Verkehr zu übergeben sind Sie in der Lage? Ich habe mich mit einigen Leuten unterhalten, die etwas verstehen. Ihre Meinungen waren sehr geteilt. Sie gehen im Bereich zwischen 5 km und 20 km auseinander. Wenn das der Budgetschwerpunkt im Rahmen des Autobahnbau für das nächste Jahr ist, dann bin ich der Meinung, daß Sie im Rahmen Ihrer Budgetrede maßlos übertrieben haben.

Im Hexeneinmaleins der ÖVP steht auch, daß noch vor der Reisesaison 1966 die Autobahnstrecke Salzburg—Wien durchgehend befahrbar sein wird. Genauso, wie sich diese Prophezeiung nicht erfüllt hat, Herr Finanzminister, wird sich Ihre Prophezeiung mit dem Autobahnschwerpunkt 1967 auch nicht erfüllen.

Ich möchte gar nicht mehr auf die Gebühren erhöhung bei der Post eingehen. Ich möchte auch gar nicht den Sanierungsplan der Österreichischen Bundesbahnen zur Diskussion stellen, über den man nichts Erfreuliches, aber sehr viel Problematisches hört. Es ließe sich sehr viel darüber sagen. Es wird ebenso im Verlauf der weiteren Budgetdebatte notwendig sein, gerade im Hinblick auf das, was der Bundeskanzler in der Regierungserklärung zu diesem Thema gesagt hat, das Problem des Energieplanes einer eingehenden Erörterung zu unterziehen.

Ich werfe Ihnen vor, Herr Bundesfinanzminister, daß der Inhalt Ihrer Budgetrede keine realistische Darstellung der österreichischen Finanz- und Budgetsituation ist. Die Darstellung war von einem vernebelnden Optimismus getragen, hat die Schwierigkeiten verniedlicht und nicht beim wahren Namen genannt. Diesen Vorwurf halten wir Freiheitlichen so lange aufrecht, bis Sie dem Hohen Hause das Gegenteil bewiesen haben.

Ihr Budgetkonzept enthält keine langfristigen Entwicklungen für die Wirtschaft. Wir wissen ganz genau, daß die Strukturkrise seit 1960 in Österreich latent ist. Man hat seit 1960 zuwenig für die Bewältigung der Strukturkrise getan.

Wir sehen nicht ein, daß Millionen Subventionen für die Erhaltung unproduktiver Arbeitskräfte weiterhin aufgewendet werden sollen. Es ist keine Vorsorge für eine europäische Orientierung in diesem Konzept vorhanden. Ihr Hinweis, daß der Subventionsabbau ein erster entscheidender Schritt auf dem Agrarmarkt ist, wird sich als ebenso problematisch erweisen.

1992

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Peter

Wir Freiheitlichen sagen auch deswegen nein, weil dieses Konzept keine ausreichende Vorsorge für die Europareise der österreichischen Wirtschaft enthält.

Es liegt uns ein Opferbudget ohne klare Zielsetzung und ohne Konzept auf Kosten des kleinen Mannes vor, und darum lehnen wir Freiheitlichen den Haushaltsvoranschlag 1967 ab. (*Beifall bei der FPÖ*.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Benya. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Benya (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, es ist Ihnen so wie mir gegangen, daß Sie es als erfreulich empfunden haben, daß wir bei der Budgetrede des Herrn Finanzministers auch den gedruckten Entwurf und darüber hinaus seine Rede und die graphische Darstellung auch schriftlich erhielten.

Wenn ich heute, zwei Tage später, zu diesem Finanzgesetz zu sprechen habe, dann möchte ich feststellen, daß die Zeit, die man hatte, um sich damit zu beschäftigen — für mich zumindest —, zu kurz gewesen ist, und ich hoffe, daß wir nächstes Mal doch eine etwas größere Zeitspanne haben werden, denn in so kurzer Aufeinanderfolge kann man sich nur mit einigen Punkten beschäftigen, und zu diesen einzelnen Punkten möchte ich nun Stellung nehmen.

Wenn der Herr Finanzminister in seiner Rede zum Budgetvorschlag für 1967 erklärt, daß sich dieser an das Wachstumskonzept von 1966 anschließt, dann bedeutet dies — wie ich meine — nichts anderes, als daß die Umverteilung des Volksvermögens so wie 1966 auch 1967 zu Lasten der Arbeitnehmer und zugunsten der Unternehmer gehen wird. Die sogenannten Wachstumsgesetze, die hier im Hause beschlossen wurden, brachten den Selbstständigen, brachten den Unternehmern 1,5 Milliarden Schilling. Die Arbeitnehmer haben aber in dieser Zeitspanne Belastungen wie die Verteuerung der Bahntarife, die Erhöhung der Mineralölsteuer auf sich nehmen müssen. Sie haben Hunderte von Millionen Schilling für das Budget des zweiten Halbjahres 1966 zu bezahlen gehabt.

Wenn wir nun wissen, daß durch den Abbau der Subventionen weitere Verteuerungen bei Brot, Mehl, Backwaren, Milch, Milchprodukten, Butter, Käse und anderen Molkereiprodukten dazukommen werden und darüber hinaus noch die Erhöhung der Telephon- und der Postgebühren vorgesehen ist, dann stimmt es wohl, wie der Herr Finanzminister gesagt hat, daß sich das Budget 1967 wachstumsmäßig an das von 1966 anschließt. Aber die

Folgen davon wird — wenn er bei seiner Einstellung bleibt — die Bevölkerung zu tragen haben, weil die Belastungen zum allergrößten Teil auf die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung überwälzt werden.

Herr Kollege Machunze hat zu wiederholten Malen unseren Kollegen Ausch zitiert. Ich möchte dazu sagen, daß Kollege Ausch solche Äußerungen, wie er sie vor kurzem auch in „Arbeit und Wirtschaft“ niedergeschrieben hat, schon in den Jahren 1952 oder 1953 in unserem Zentralorgan, in der „Arbeiter-Zeitung“, niedergelegt hat. Er schrieb damals einen Artikel: Die „Familie Österreicher“ lebt zu aufwendig. Ich möchte dem Hause nur sagen, daß es für uns Sozialisten kein Problem ist, wenn verschiedene Meinungen in unseren Publikationen aufscheinen. Es ist damit aber nicht gesagt, daß das die offizielle Meinung ist, denn die offizielle Meinung geben wir Ihnen hier im Hause kund.

Ausch hat vieles geschrieben, er ist aber — das hat Kollege Machunze nicht gesagt — ein starker Anhänger einer planwirtschaftlichen Entwicklung. Wenn das, was Ausch in seinem Artikel schreibt, von der Österreichischen Volkspartei auch so eingehalten würde, dann — das darf ich sagen — hätten wir keine Differenzen. Aber Sie wollen ja nur das, was er für ein Gesamtkonzept einer planwirtschaftlichen Konzeption ausspricht, als Negatives betrachten, weil Sie in einer planlosen Wirtschaftspolitik — wie es auch in diesem Budget sehr deutlich zum Ausdruck kommt — weiter fortfahren wollen. Ich glaube daher: Reden wir über das Budget. Aber es ist kein Problem, mit uns auch über Kollegen Ausch zu reden. Ich sage noch einmal: Wir werden verschiedene Meinungen in unseren Publikationen zu hören bekommen, weil wir ja die richtige Meinung suchen, und diese hat man nicht, wenn man nicht bereit ist, zu diskutieren.

Hohes Haus! Wenn der Herr Finanzminister in seiner Rede immer wieder sein Wachstumskonzept hervorgehoben hat und sich dann dem anschließt, was das Wirtschaftsforschungsinstitut für 1967 vorausberechnet, daß nämlich die Wachstumsrate 1967 4 Prozent betragen wird, dann muß ich sagen, daß man viel weniger von einem Wachstumskonzept reden, sondern echte wachstumsfördernde Maßnahmen in die Wege leiten sollte.

Ich erinnere daran, daß 1964 der Vorgänger des Herrn Finanzministers Dr. Schmitz, Herr Dr. Korinek, ein Budget vorgelegt hat, in dem er weniger vom Wirtschaftswachstum geredet hat. Aber dieses Budget 1964 hat eine Wachstumsrate oder eine Wachstumssteigerung von 6,6 Prozent ermöglicht. 6,6 Prozent!

Benya

Wenn wir dann wissen, daß wir 1966 mit Mühe auf 4,5 Prozent gekommen sind und uns nun großzügig für das Jahr 1967 eine Wachstumsquote von 4 Prozent angekündigt wird, dann darf ich Ihnen sagen — nachdem ich aus den Ausführungen entnommen habe, daß dies von Seite der Regierung sehr wohl gewollt ist; daß es die Regierung so haben will, ist ihre Sache —, daß wir Sozialisten eine solche Wachstumsrate, die nicht ausreichend ist, nicht gutheißen und ihr nicht zustimmen können. Wir Sozialisten sind nämlich der Meinung — das haben wir auch schon des öfteren kundgetan —, daß bei einem planmäßigen Einsatz aller Mittel auch in Österreich eine Wachstumsrate von 5 bis 5,5 Prozent möglich sein müßte.

Wenn ich in verschiedenen Zeitungen ob einer Vorschau über unsere Lohnpolitik angegriffen wurde, in der ich mich darauf stützte, daß wir der Meinung sind, ein mögliches Wachstum müßte die Orientierung für unsere Lohnpolitik außer den durch die Lebenshaltungskostensteigerung notwendigen Abgeltungen sein, dann möchte ich feststellen: Wir sind gar nicht so weit auseinander, denn wir haben im Jahre 1966 eben diese 4,5 Prozent Wachstumssteigerung, und es wird in diesem Haus niemand ernstlich behaupten, daß aus dieser österreichischen Wirtschaft bei einer etwas besseren Planung, bei einer besseren Koordinierung nicht noch mehr hätte herausgeholt werden können.

Wir stehen auf dem Boden der Wirtschaft, wir wollen diese Wirtschaft nicht in Schwierigkeiten bringen, wir brauchen sie florierend, denn nur in einer florierenden Wirtschaft werden wir für die Arbeitnehmer das herausholen können, was wir brauchen, um sie an den Lebensstandard der Kollegen in der westlichen Welt heranzuführen. Aber ein Wirtschaftswachstum von 4 Prozent wird für uns nicht ausreichend sein, und man wird später wieder da und dort erklären, man stört das gesamte Konzept, man schädigt vielleicht die Währung, man bringt die Wirtschaft in Schwierigkeiten. Wir sind dieser Auffassung und haben das erwartet, nur leider vermissen wir es im Budget.

Wir vermissen in diesem Budget und überhaupt in den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung ein Konzept zur Herbeiführung des dringend benötigten stärkeren Wirtschaftswachstums. Dieses Haus hat mit Mehrheit 1,5 Milliarden Schilling in sogenannte Wachstumsgesetze investiert, damit sollte ein größeres Wachstum ermöglicht werden. Wir müssen aber jetzt feststellen, daß die Prognose der Wirtschaftsforschung und auch die Worte des Herrn Finanzmini-

sters trotz dieser Wachstumsinjektion von 1,5 Milliarden Schilling für 1967 ein kleineres Wachstum vorhersagen, als das im Jahre 1966 der Fall gewesen ist.

Es wurde heute schon erwähnt, ich möchte auch sehr kurz darauf eingehen und daran erinnern, daß dieses Hohe Haus im Jahre 1946 einstimmig die österreichische Grundstoff- und Schlüsselindustrie verstaatlicht hat, nicht zuletzt deshalb, damit diese Industrie einen Motor für den wirtschaftlichen Fortschritt darstellt. Die Politik der Beschränkung dieser Betriebe auf gewisse Sektoren des Produktionsbereiches, die jahrelang geübt wurde und auch heute nicht aufgehoben ist, hat sie als Motor des wirtschaftlichen Fortschritts ausgeschaltet. Kollege Abgeordneter Peter hat schon erwähnt: Wenn in der Stellungnahme der Industriellenvereinigung zum ÖIG-Gesetz eine Ablehnung enthalten ist, die besagt, eine Bindung des Investitionsfonds an das Bundesfinanzgesetz wird abgelehnt, ohne aber gleichzeitig Sicherungen für den Investitionsfonds der verstaatlichten Industrie, der verstaatlichten Unternehmungen zu geben, dann habe ich die Befürchtung, daß maßgebende Kreise der Österreichischen Volkspartei trotz der Feststellung des Abgeordneten Kollegen Machunze, daß ihnen die verstaatlichten Unternehmungen und die dort Beschäftigten am Herzen liegen, darangehen, einige Betriebe oder vielleicht die gesamte verstaatlichte Industrie finanziell auszuhungern. Ich glaube aber, das wäre ein falscher Weg.

Wir meinten, in diesem Konzept eine Konzernierung vorzufinden, Vorschläge für die Finanzierung. Wir brauchen eine Ausweitung dieses Kernstückes unserer Wirtschaft. Es werden uns aber für die Verstaatlichte in diesem Fall mehr oder weniger nur juristische Konstruktionen für Verwaltungsgesellschaften angeboten. Ich glaube, da muß manches im Verlaufe dieses Budgetjahres geschehen, sollen diese Betriebe — es sind immerhin 130.000 Menschen dort beschäftigt — nicht in Schwierigkeiten kommen.

Was wir, sehr verehrte Damen und Herren, von diesem Bundesvoranschlag für 1967 erwartet hätten, wäre eine Verstärkung der Ausrüstungsinvestitionen der Bundesbetriebe gewesen, ein verstärkter Investitionsplan für die verstaatlichte Industrie im Rahmen ihrer Reorganisation, eine wachstumsorientierte Förderung unserer Exporte, denn durch das Zurückbleiben der Exporte sind wir ja zu diesem großen Zahlungsbilanzdefizit gekommen. Wir hätten gern die Vorlage eines Energieplanes gesehen, eine Koordinierung der Investitionsfinanzierung für den privatwirtschaftlichen Sektor mit der Finanzierung der

1994

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Benya

öffentlichen Investitionen. Statt dessen bietet uns der Herr Finanzminister ein Budget, von dem ich sagen möchte, es beinhaltet eine Wachstumsflaute. Da wir für ein stärkeres Wachstum eintreten, betrübt uns das; das möchte ich ganz offen aussprechen.

Wenn man sich nämlich, um nur einige Teile aus diesem Budget herauszunehmen, die Beiträge, die den Österreichischen Bundesbahnen zur Verfügung gestellt werden, ansieht, hat man anfangs das Gefühl, dort sind starke Investitionsimpulse. Wenn man es aber genauer betrachtet, merkt man, daß ein Großteil dieser Mehrbeträge gegenüber 1966 für den gestiegenen Personalaufwand aufgeht und daß darüber hinaus in diesem Zuwachs noch Rückzahlungen auf Vorriffe, die schon getätigt worden sind, enthalten sind. Dieses Mehr wirkt sich also nicht so stark aus. Kollege Czettel hat erklärt, wenn man das ganz genau in der Summe ausrechnet, kommt, genau genommen, weniger heraus, als im Jahre 1966 für die Österreichischen Bundesbahnen gegeben worden ist. Das ist ein Teil.

Wenn wir aus dem Bundesfinanzgesetz herauslesen, welche Beträge für die Bergbauförderung zur Verfügung gestellt werden, kommt man wieder in die unangenehme Situation, feststellen zu müssen, daß der gleichbleibende Betrag von 43,9 Millionen, der schon im Jahre 1966 nur in dieser Höhe vorhanden war, während wir 1965 noch 55,9 Millionen zur Verfügung hatten, zuwenig ist. Man fragt sich, ob man denn die Zeichen der Zeit nicht erkennt. Obwohl man sieht, daß wir gerade in den Bergbaubetrieben Schwierigkeiten haben, daß wir gerade in dieser Zeit mehr für die Bergbauförderung brauchen würden, wird nicht einmal der Betrag, den wir 1965 gehabt haben, eingesetzt, sondern nur der zu geringe Betrag von 1966. Vielleicht ist das ein Zeichen, ich will es nicht hoffen. Was soll mit dem Bergbau geschehen? Vielleicht will man wirklich das, was der Herr Handelsminister und Vizekanzler einige Male erklärt hat: die Kohlenförderung müßte um zirka ein Fünftel der bisherigen Förderung reduziert werden; damit das rascher vor sich geht, solle man Bergbaubetriebe sperren. Das Rezept des Sperrens werden wir Sozialisten in der Form nicht mitmachen, denn wir haben zu wiederholten Malen erklärt, es könnte dem österreichischen Kohlenbergbau und den dort Beschäftigten geholfen werden, wenn man sich endlich entschließen würde, einen Energieplan vorzulegen, in dem alle Energieträger zusammengefaßt werden. Damit könnte dem Kohlenbergbau so geholfen werden, daß er auf die von Jahr zu Jahr zu beschließenden zusätzlichen Mittel nicht angewiesen ist.

Wir dürfen nicht vergessen, daß es bei einer Sperrung der Bergbaubetriebe nicht nur darum geht, die Kollegen, die dort beschäftigt sind, auf andere Arbeitsplätze zu bringen, sondern es geht auch darum, daß die Gemeinden, in denen solche Bergbaue sind, bei einer Schließung in Schwierigkeiten geraten. Wir glauben, es wäre viel zweckmäßiger, statt von Schließung zu reden, zuerst einmal Vorsorge zu treffen, daß die Menschen, die davon betroffen sind oder in diesen Gebieten wohnen, nicht der Not ausgesetzt werden.

Das ist die Frage der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die ich jetzt anschneiden möchte. Wir sagen sehr deutlich: Bevor man an die Schließung von Betrieben denkt, müßte die österreichische Regierung, der österreichische Staat Vorsorge treffen, daß die den Arbeitsplatz verlierenden Kollegen und Kolleginnen auf zumutbaren und in der Nähe gelegenen Arbeitsplätzen untergebracht werden können. Das verstehen wir unter aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Ich möchte noch kurz die Frage streifen: Was geschieht auf dieser Ebene? Der Herr Finanzminister hat als besonderes Merkmal des Budgets 1967 dessen wachstumsfördernde Wirkung erwähnt. Sein Budget, so sagte er, solle ein investitionsfreudiges Budget sein. Er sagte hiezu: „Es kommt nicht nur darauf an, viel zu investieren, sondern es muß auch richtig investiert werden.“

Ich möchte ihm da nicht widersprechen. Ich glaube aber, einen der wichtigsten Aspekte der Wachstumspolitik, der richtigen Investitionen — wie bereits in der ganzen westlichen Welt anerkannt — hat er völlig vernachlässigt. Eine Wirtschaft expandiert nicht allein auf Grund von Investitionen an Maschinen, sondern benötigt genauso — und das in einer humanitären Gesellschaft, zu der wir uns zu zählen haben, umso mehr — auch Investitionen für die produzierenden Menschen.

Der Finanzminister erklärt in seinem wirtschaftstheoretischen Teil weiters, daß es keine ausreichenden Arbeitskräfteerassen gebe. Wir können auch über dieses Problem diskutieren. Ich möchte aber die Frage stellen: Was wurde Entscheidendes getan, um vorhandene Arbeitskräfte oder eventuell freiwerdende Arbeitskräfte zu mobilisieren? Was wurde getan, um die Arbeitskräfte produktiv im Sinne eines steigenden Wirtschaftswachstums zu verwenden?

Es ist für uns Österreicher betrüblich, feststellen zu müssen, daß gerade in dieser Woche eine internationale Tagung stattfindet, nämlich die Tagung der Internationalen Vereinigung für Berufsberatung, die in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für soziale

Benya

Verwaltung veranstaltet wird. Dort werden Vorträge gehalten und wird in überzeugender Weise dargelegt, welche Menschen- und Kapitalvergeudung vor sich geht, wenn sich die Wirtschaft nicht auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik besinnt.

Vor wenigen Tagen fand im Sozialministerium unter Beteiligung aller Interessenvertretungen eine Sitzung des Beirates für Arbeitsmarktfragen statt. Auch die Entwürfe des früheren Sozialministers wurden diskutiert. An dieser Sitzung nahmen auch Vertreter des Österreichischen Gewerkschaftsbundes teil. Sie hatten das Gefühl — und sie waren voller Erwartung —, daß nun endlich die langjährige Forderung nach einer aktiven Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt werden kann. Diese Hoffnungen wurden aber gerade durch die Vorlage und bei Studium des vorgelegten Budgetentwurfes sehr enttäuscht, denn die Budgetansätze für die produktive Arbeitslosenfürsorge blieben trotz des gestiegenen Bauindex unverändert, das heißt, es ist dies schon eine Restriktion, denn die bisherigen Leistungen sind ja durch die Baukostensteigerungen verteuert worden, und wenn man keine höheren Beträge einsetzt, so ist das eben eine Stagnation beziehungsweise schon eine Restriktion.

Wenn man für berufsfördernde Schulungsmaßnahmen und sonstige Förderungsmaßnahmen um 1 Million Schilling mehr in das Budget gibt und diese Summe somit auf 18,6 Millionen Schilling erhöht, so ist das nicht einmal ein Tropfen auf einen heißen Stein. Für den Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird ja insgesamt nur ein Betrag von rund 90 Millionen Schilling verwendet. Diese 90 Millionen Schilling dienen ja nur zu einem ganz geringen Teil einer echten aktiven Arbeitsmarktpolitik, sie sind ja hauptsächlich dafür gedacht, daß die konventionellen Maßnahmen wie bisher durchgeführt werden können.

Ich weiß, wie problematisch es ist, wenn man auf andere Länder verweist, aber ich möchte doch sagen: Eine Delegation der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes war vor kurzem in Schweden. Diese Studienreise wurde von der OECD veranstaltet. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben gemeinsam die Arbeitsmarktpolitik in Schweden studiert. Es wurde festgestellt, daß in Schweden bei einem jährlich anwachsenden Budget im Jahre 1966 ein Betrag von 1 Million Schwedenkronen zur Verfügung gestellt wurde. Aber es ist vielleicht noch besser verständlich, wenn wir sagen: Ein Fünfundzwanzigstel der gesamten Budgetausgaben ist allein für die aktive Arbeitsmarktpolitik reserviert. Ich weiß, daß wir von

solchen Prozentsätzen nicht träumen dürfen. Aber wenn wir das, was im Budget enthalten ist, nämlich 90 Millionen, bei einem Budget, das bedeutend größer geworden ist, zur Kenntnis nehmen sollen, dann, glaube ich, soll man nicht vergessen, daß die Arbeitsmarktpolitik sehr viel dazu beitragen kann, daß auch das Wirtschaftswachstum größer wird.

Wir wollen feststellen, daß nicht zu ersehen ist, welche Mittel der Reservefonds der Arbeitslosenversicherung heute hat. Nach Schätzung unserer Fachleute kommen wir zur Auffassung, daß dies zirka 1 Milliarde ist. (Abg. Dr. Pittermann: Aber in Schatzscheinen, Herr Präsident, nicht in Geld!) Er sollte, weil es ein Arbeitslosenversicherungsfonds ist, 1 Milliarde Schilling betragen. Wenn wir diesen Betrag nur als Starthilfe verwenden, dann könnte das, was für die nächste Zeit dringend notwendig sein wird, nämlich Vorsorge zu treffen für die Strukturänderungen, Vorsorge zu treffen für schwierigere wirtschaftliche Situationen, die da und dort zum Vorschein kommen können, in die Wege geleitet werden. In dieser Richtung ist im Budget nichts gemacht. Ich hoffe nur, daß man für die kommende Zeit mehr Wert auf diesen Sektor legt, als es bisher der Fall gewesen ist.

Ich möchte nun ein anderes Kapitel nur kurz streifen, indem ich feststelle: Wenn wir nun über das zu schwache Wirtschaftswachstum gesprochen haben, über die nicht richtige Dotierung der Bergbauförderung, wenn wir feststellen, daß keine nennenswerten Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik vorhanden sind, dann möchte ich mich aber doch auch — sehr kurz nur — den im Budget enthaltenen Belastungen durch den Abbau der Subventionen zuwenden. Ich möchte nicht ins Detail gehen. Ich möchte, nachdem wir in der Generaldebatte sind, im großen sagen: Ich glaube nicht, daß die angestellten Berechnungen, daß nämlich die Beträge, die durch den Subventionsabbau nun auf die Konsumenten übertragen werden, für die Kinder- und Familienbeihilfe mit 10 S pro Monat abgegolten sind — auch wenn sie 14mal im Jahre ausbezahlt wird —, zutreffen. Ebensowenig wird die Erhöhung der Rentnerbeihilfe um 10 S pro Monat ausreichen, auch wenn sie 14mal im Jahre ausbezahlt werden sollte. Ich würde vorschlagen, daß man sich da nicht von der Überlegung leiten läßt: Was hat man zur Verfügung, was kann man daher geben ?, sondern daß man sich fragt: Was kostet dieser Abbau der Subventionen die wirtschaftlich Schwächeren wirklich ? Wobei ich noch sagen möchte: Sicherlich wird es nicht so ohne weiteres möglich sein, der

1996

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Benya

Kollegenschaft zu sagen: Ihr habt nun neue Belastungen zu übernehmen.

Der Herr Finanzminister sagt in seiner Rede: „Wenn sich das Parlament durch die Genehmigung dieses Budgets das Wachstumskonzept zu eigen macht, dann haben sich Parlament und Regierung für eine Wachstumsförderung durch Mehrinvestitionen bei gleichzeitiger Schonung des Geldwertes entschieden. In einer freien, demokratischen Gesellschaftsordnung ist aber nicht nur die Entscheidung von Parlament und Regierung maßgebend, sondern auch das Verhalten der autonomen Sozialpartner relevant. Die Auswirkung des Teilabbaus der Preisstützungen und der Tariferhöhungen bei Post und Telefon auf die Entwicklung der Einkommen wurde von der Bundesregierung sehr wohl überlegt.“

Der Finanzminister sagt dann weiter:

„Die Maßnahmen sind so dosiert, daß daraus über die beabsichtigten sozialen Ausgleiche hinaus keine wirtschaftlich berechtigten Ansprüche auf Abgeltung der dem einzelnen erwachsenden geringen Mehrkosten durch Lohn- und Gehaltserhöhungen abgeleitet werden können.“

Herr Finanzminister! Haben Sie den Satz selbst geschrieben oder hat Ihnen den jemand formuliert? Ich darf Ihnen sagen — und das werden Sie verstehen —: Wir österreichischen Gewerkschafter lassen uns von niemandem vorschreiben, wann, wo, ob oder nicht begründet wir Lohn- oder Gehaltserhöhungen verlangen! (Beifall bei der SPÖ.) Wir sind freie Gewerkschafter, und man soll sich nicht bemühen, den freien Gewerkschaftern Vorschriften über die Lohn- und Gehaltspolitik zu machen! (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.) Wir sind froh, wenn wir die Fragen, die ja immer dringender an uns herangebracht werden, lösen. Ich glaube, das ist etwas in Ihrer Rede, was Sie vielleicht zuwenig überlegt haben. Sie finden nämlich keine Begründung, während ich, wenn ich nun zu meinem letzten Kapitel komme, dieses Kapitel auch begründen möchte, indem ich feststelle:

Herr Finanzminister! Sie haben für die Beratung einer großen Lohnsteuerreform ein Komitee gebildet. Ich möchte dem Kollegen Machunze — weil er mich im besonderen darauf aufmerksam gemacht hat, daß auch die Vertreter der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes eingeladen worden sind, ich habe es in meinem Konzept vermerkt — hier nur sagen, daß wir es sehr positiv vermerkt haben, daß man die davon Betroffenen — wir sind in der letzten Zeit in dieser Frage nicht sehr verwöhnt worden — eingeladen

hat, über diese neue und große Lohnsteuerreform zu reden.

Nach Ihren Äußerungen in diesem Beirat — Kollege Machunze hat es heute wiederholt — sind Sie der Meinung, daß eine große Lohnsteuerreform erst mit Anfang 1968 in Kraft treten könnte. Herr Finanzminister! Ich glaube nur — und ich möchte das mit einigen Ziffern unterstreichen —, daß dies eine große Ungerechtigkeit wäre. Wir sind der Auffassung, daß es notwendig, gerecht und möglich wäre, diese große Lohnsteuerreform schon Mitte 1967 in Kraft zu setzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Bezüglich der Dringlichkeit und der Begründung möchte ich dem Hohen Haus folgende Ziffern nennen. Wenn wir von der vorletzten Reform ausgehen, dann kann man feststellen: Wir haben im Jahre 1958 im Budget eine Lohnsteuereinnahme von etwas mehr als 2 Milliarden Schilling vorgesehen. Wir hatten damals eine Lohn- und Gehaltssumme von zirka 56 Milliarden Schilling. Wenn wir nun die Zeit nachgehen, dann müssen wir feststellen, daß im Jahre 1966 die Einnahmen aus der Lohnsteuer im Präliminare 7,1 Milliarden ausmachen. Das ist eine Erhöhung auf 350 Prozent. Ich gebe zu: Wenn ich sage „dreieinhalbmal“, so ist das das gleiche. Aber es ist eine Erhöhung auf 350 Prozent, während die Lohn- und Gehaltssumme von 56 Milliarden Schilling auf 94 Milliarden Schilling im Jahre 1965 gestiegen ist, und im Jahre 1966 wird sie etwas mehr als 100 Milliarden Schilling betragen. Die Erhöhung der Lohn- und Gehaltssumme beträgt also 100 Prozent.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Glauben Sie nicht, daß es hoch an der Zeit wäre, diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen? Ich möchte gleich feststellen, daß wir als Vertreter der Arbeitnehmer, als Vertreter der Unselbständigen absolut anerkennen, daß wir für höhere Realeinkommen meinetwegen auch progressiv höhere Lohnsteuerbeträge bezahlen müssen. Wenn Sie jedoch das Präliminare an Lohnsteuer für 1967 hernehmen, die 8 Milliarden betragen soll, dann sehen Sie, daß innerhalb einer Zeitspanne von neun Jahren die Summe der Lohnsteuer um 400 Prozent gestiegen ist. Eine solche Steigerung gibt es bei den Löhnen und Gehältern nicht. Im Jahre 1958 hat das Durchschnittseinkommen pro Monat 2078 S betragen, im Jahre 1965 3650 S. Das ist eine Steigerung von 50 Prozent; die Steigerung bei der Lohnsteuer beträgt aber 350 Prozent.

Ich möchte Sie daher ersuchen, Herr Finanzminister: Veranlassen Sie diese Kom-

Benya

mission, rasch zu arbeiten, und bemühen Sie sich, den Gedanken, den auch Kollege Machunze hier ausgesprochen hat, aus Ihrem Gedankenbereich zu streichen. Sie werden der arbeitenden Bevölkerung sehr helfen, wenn die Lohnsteuerreform ab Mitte 1967 in Kraft treten kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstes Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mitterer das Wort.

Abgeordneter Mitterer (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben den beiden Rednern der Sozialistischen Partei sehr aufmerksam zugehört, wir haben sie voll ausreden lassen, wir haben sie nicht unterbrochen. Ich glaube, das sollte man gegenseitig immer so halten, denn das Anhören der Argumente gehört mit zur Demokratie.

Die Zeit, da ein Budget zur Aufbringung der relativ kleinen Staatsausgaben gedient hat, ist lange vorbei. Ich brauche nur einige Tatsachen zu erwähnen: die enorm gewachsenen Staatsausgaben, die selbstgewählten Agenden, von denen es eine Reihe gibt, die Konjunkturpolitik, die durch eine sehr drastische Steuerpolitik ausgelöste praktische Umlaufteilung des Einkommens, die Sozialpolitik im weitesten Sinne und anderes mehr. Daraus geht klar die enorme Tragweite des Budgets bis in die private Sphäre jedes Bürgers und damit auch die zentrale Bedeutung im politischen Geschehen hervor.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun von dem magischen Dreieck sprechen, das es zu bewältigen gilt, nämlich die Geldwertsicherung, die Vollbeschäftigung und das Wachstum. Das ist die Scylla und Charybdis, zwischen der wir immer wieder durchsteuern müssen.

Gestatten Sie mir einige grundsätzliche Überlegungen dazu: Es müssen Versäumnisse der letzten, mitunter lethargischen Koalitionsjahre nachgeholt werden. Die Strukturfragen, auf die ich noch ganz speziell zurückkommen werde, sind ebenfalls ein entscheidendes Problem. Auch hier sehen die Dinge anders aus, als sie jetzt geschildert wurden.

Die Neuorientierung der Budgetpolitik muß auch praktisch zu neuen Wegen führen. Diese Wege sind nicht etwa von uns erfunden worden, sondern sie stützen sich auf die Wissenschaft, auf die Fachleute des Beirates, auf die volkswirtschaftliche Abteilung der Österreichischen Nationalbank, auf das Wirtschaftsforschungsinstitut, auf den Internationalen Währungsfonds, auf die Berichte der OECD und der EWG — also auf Einrichtungen, die sicher nicht irgendwie parteipolitisch gefärbt sind, sondern sich mit diesen Fragen

sehr ernst befassen. In den meisten europäischen Staaten bestehen sehr ähnliche Probleme, und es werden auch gleiche Wege eingeschlagen, womit ich sagen will, daß der von uns gewählte Weg zweifellos zumindest im wesentlichen richtig ist. Ich möchte gar nicht sagen, daß keine Fehler geschehen, aber es werfe der den ersten Stein, der selber keine macht.

Die Vorrangstellung für Wachstum, Bildung, Forschung und Schulen ist eindeutig aus dem Budget abzulesen. Ich möchte zu der sehr unfachlich und unsachlich genannten Ziffer von 8 Millionen Schilling sagen, daß sie den Zuwachs darstellt. Es werden aber 60 Millionen Schilling allein für die Atomforschung und zirka 40 Millionen für Zweckforschungen zur Verfügung stehen. Man darf daher nicht nur von diesem Betrag reden.

Ohne Steuermehrbelastung ist es nun gelungen — im Gegensatz zu manchen anderen Staaten, wo man diesen Weg gehen mußte —, durch einen mutigen Schritt, durch die Abkehr von der Objektförderung zur Subjektförderung und durch die Abgeltung für sozial Bedürftige und Kinderreiche, eine Lösung zu finden, die es einigermaßen tragbar erscheinen läßt, daß wir diesen Weg gehen. Natürlich, alle Tariferhöhungen und jeder Subventionsabbau stellen eine gewisse Belastung des Konsumenten dar. Das Konjunkturforschungsinstitut und andere Institute haben errechnet, daß nach dem neuen Warenkorb die Belastung ungefähr 1 Prozent der Lebenshaltungskosten ausmachen wird. Aber durch dieses rasche und mutige Eingreifen bleibt uns, Vernunft auf allen Seiten vorausgesetzt, der Weg der Arbeitslosigkeit, der einschneidenden Wirtschaftsmaßnahmen, des totalen Lohnstopps und der starken Konsumdrosselung erspart, den die Arbeiterpartei Wilsons in England nun gehen muß. (Hört! Hört! - Rufe bei der ÖVP.)

Professor Dr. Nemschak hat einmal vor vielen Jahren über die Subventionen in Österreich gesagt, man weiß nie, wer wen wo wann warum und womit stützt. Er hat damit richtig ausgedrückt, daß dieses Gewirr der undurchsichtigen Subventionen einmal geändert werden muß.

Ich möchte den wesentlichen Leitsatz wie folgt formulieren: Nicht was angenehm wäre, wenn ..., sondern was notwendig ist, weil ..., darf und muß unser Vorbild sein, wenn das Staatswohl über engstirniger Parteipolitik stehen soll. (Beifall bei der ÖVP.) Zweifellos hat in einem modernen Staatsgebilde auch der Staat Koordinatorenaufgaben zu erfüllen, aber nicht als allwissender Planer; als solcher hat er sich weder hier noch in anderen Ländern bewährt.

1998

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Mitterer

Meine Damen und Herren! Für 1968 ist eine große Steuerreform vorgesehen, die nur möglich sein wird, wenn es gelingt, das Wirtschaftswachstum zu sichern. Auch das muß man erkennen: Es geht nicht nur um die Reform, sondern auch um die Basis, damit eine solche Reform durchgeführt werden kann.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Rede eindeutig ausgeführt, daß es darum geht, entweder mehr Konsum oder mehr Investitionen zu finanzieren, und daß die Sicherung der Zukunft durch die Investitionen zweifellos gegeben ist. Wenn man nun sagt, es seien keine oder nur ganz minimale Investitionen vorgesehen, dann muß ich doch feststellen: In dem Budget sind „nur“ 22 Prozent mehr Investitionen enthalten. Man kann also weiß Gott nicht sagen, daß das nichts ist oder nur am Rande zu sehen ist.

Alle Wirtschaftswissenschaftler der Welt sind sich darüber einig. Auch die Wege, die man selbst in der Schweiz hinsichtlich der Sparsamkeit und der Einschränkung verschiedener Ausgaben geht, sind ein deutlicher Hinweis.

Ich möchte noch ein Wort zur Frage der Kosten- und der Preiserhöhungen bei Monopolbetrieben einschieben. Man kann sicher über die Frage, wieweit in einem Monopolbetrieb ein kostendeckender Preis berechtigt ist, verschiedener Meinung sein, weil ja die Kosten sehr problematisch sind. Aber wenn man sich nun zu kostendeckenden Preisen oder zu einem Weg zu diesen Preisen entschließt, muß ich doch eines in aller Klarheit feststellen: Wenn die Gemeinde Wien ihre Tarife erhöht — ich sage sogar dazu: erhöhen muß, ich spreche gar nicht davon, ob das richtig oder falsch ist, also erhöhen muß, unterstreichen wir das —, dann sagen Sie immer wieder, das ist eine notwendige Anpassung. In Ordnung. Aber wenn der Bund das gleiche tut, meine Damen und Herren, dann sind es unerträgliche Mehrbelastungen, die irgendwie abgegolten werden müssen. Und dieses Doppelspiel kann man ehrlicherweise nicht unterstützen! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie bedenken, daß die Preise von 1963 bis 1965 laut Statistik um 9 Prozent, die Löhne in der gleichen Zeit um 15 Prozent gestiegen sind — genau 15,6 Prozent —, so kommt das einer echten Reallohnsteigerung von rund 6½ Prozent beziehungsweise etwa 2,2 Prozent pro Jahr gleich.

Herr Präsident und Kollege Benya, den ich wegen seiner Sachlichkeit sehr schätze — er hat das heute, ein bißchen anders formuliert, wieder betont —, hat leider in einigen Reden von der möglichen Produktivitäts-

steigerung gesprochen, nicht aber von der tatsächlichen Produktivitätssteigerung, an der sich die Lohnpolitik orientieren soll. Meine Damen und Herren! Eines muß man feststellen, und das ist auch eine nüchterne Feststellung: Diese Hypothese gibt es in der Nationalökonomie nicht, und sie ist durch die Wissenschaft auch nicht gedeckt. Man kann natürlich alles sagen. Das bedeutet aber praktisch, daß die Lohnpolitik unbeschadet der Produktivitätssteigerung betrieben wird, und ich glaube, das ist doch ein sehr gefährliches Vorgehen.

Ich wiederhole das, was Herr Kollege Benya vorhin gesagt hat. Er hat gemeint, die Produktivitätssteigerung, das Wirtschaftswachstum sei mit etwa 4 Prozent angenommen, und es wäre doch ohneweiters mit 5,5 Prozent denkbar. Selbst wenn das stimmen würde, so muß ich doch sagen, daß sich die Lohnforderungen der letzten Monate weit über 10 Prozent bewegen, ja daß sie bis zu 20 Prozent gehen. Es steht also fest, daß sie fast doppelt so hoch sind wie selbst die angenommene Produktivitätssteigerung, von der Sie, Herr Kollege, gesprochen haben. Ich glaube, auch das soll man einmal aussprechen. (Abg. Ing. Kunst: *Herr Abgeordneter! Das stimmt ja nicht!*) Es stimmt schon, ich habe es Ihnen ja vorgerechnet, Sie können leicht das Gegenteil dazwischen schreien! (Abg. Ing. Kunst: *Es gibt Kollektivvertragslöhne und Ist-Löhne!*)

Die massiven Kostenerhöhungen führen uns zweifellos an den Abgrund, da Preisbewegungen, sowohl beim Export als auch im Inland, zu schweren Störungen führen.

Nun möchte ich ein offenes Wort zur großen Opposition sagen. Herr Kollege Czettel hat in sehr bewegten Worten seine Sorgen geschildert. Gestatten Sie, daß auch wir zu dieser Frage etwas sagen.

Sie sind ein schwieriger Partner — das wissen Sie selbst —, denn mit wem soll man eigentlich wirklich über die einzelnen Fragen verhandeln? Es gibt schon Partner, aber Herr Dr. Pittermann erklärte vor einigen Tagen eindeutig und klar — das ist keine Behauptung von mir, das können Sie überall nachlesen —: Keine außerparlamentarischen Gespräche mehr mit der ÖVP, keine Beteiligung an der Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft; einige Tage später jedoch, am Samstag: Doch Gespräche, doch Beteiligung. (Abg. Czettel: *Wo hat er erklärt: Keine Beteiligung?*) Das ist in allen Zeiten gestanden. (Abg. Weikhart: *In den Zeitungen! Aber das hat er nicht erklärt!*) Es ist von Ihnen nicht widersprochen worden. Qui tacet, consentire videtur! Hätten Sie

Mitterer

widersprochen! Sie haben es wohlweislich nicht getan.

Herr Generalrat Ausch, der ja heute schon mehrmals zitiert worden ist, hat sich in vielen Fragen — in allen natürlich nicht, aber in vielen Fragen — für das Budgetkonzept ausgesprochen. Auf der anderen Seite hat es Herr Kollege Staribacher im Fernsehen eindeutig in Grund und Boden verdorrt. Herr Kollege Hindels hat erklärt: Es trennt uns von der Kommunistischen Partei nur der demokratische Weg, Koref ist für die Öffnung zur Mitte, Czernetz wieder für einen Linksradikalismus, er hat es in „Der klassenlose Staat“ in seiner Zeitung eindeutig gesagt. In der nationalsozialistischen Zeit ist — daran erinnere ich mich genau — auf offener Bühne immer ein Applaus erfolgt, wenn der berühmte Satz gesprochen wurde: „Geben Sie Gedankenfreiheit, Sire!“ Misch hat sich nun auf die gleiche Ebene mit Marquis Posa begeben.

Verstehen Sie, meine Damen und Herren, daß wir dann natürlich Äußerungen mit einem gewissen Mißtrauen begegnen, daß wir nur konstruktive Vorschläge, nicht aber unreale optische Gegenvorschläge ernstlich prüfen und — siehe Hochwasser — auch akzeptieren können? Auch das möchte ich deutlich sagen.

Im Frühjahr haben Sie sich für einen anderen Weg entschieden. Ich nehme nicht an, daß Ihre zehn Damen und Herren, die dagegen waren, sich dabei gar nichts gedacht haben. Aber nun ist die Entscheidung gefallen, Sie haben die Opposition vorgezogen.

Ich möchte mit aller Deutlichkeit und Klarheit sagen: Wir werden immer mit Ihnen reden. Es ist nicht wahr, wenn Sie sagen: Wir überstimmen nur. Wir werden immer mit Ihnen reden und auch verhandeln. Aber ein koalitionsgewohntes Njet schon vorher wird es nicht mehr geben. Daran müssen Sie sich gewöhnen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Die von Ihnen behauptete kleine Mehrheit ist stimmenzahlmäßig ja weit größer als in England. Sie wissen genau, daß dort nur ein besonderes Wahlsystem einem relativ kleinen Stimmengewinn einen großen Mandatsvorsprung sichert. Wie die Regierung Wilson — bei anderer Gelegenheit haben wir das schon ausgesprochen — selbstverständlich das ganze englische Volk vertritt, so vertritt auch die Regierung Klaus das ganze österreichische Volk. Auch das sollen wir hier deutlich feststellen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Wo steht das in der Verfassung?)

Ob Sie das nun hören wollen oder nicht, meine Damen und Herren: Das Volk hat es

verstanden, und vor allem wünscht das Volk — ich glaube, auch das ist unter Beweis gestellt worden —, daß die Regierung nicht zaudert, nicht nichts macht, sondern entscheidet, und das hat sie in einer Reihe von Fällen tatsächlich getan.

Als Mitglied dieser Regierung hat der Herr Finanzminister das Budget vorgelegt. Es hat mich sehr überrascht, daß ein Kollege hier von Überheblichkeit gesprochen hat. Ich glaube, man kann dem Herrn Finanzminister alles mögliche vorwerfen, aber daß er überheblich ist, das hat er nicht unter Beweis gestellt, sondern das ist eine Behauptung. Natürlich vertritt derjenige, der ein solches Budget vorlegt, die Meinung, es sei richtig. Ja soll er denn sagen: Es ist falsch, was ich Ihnen heute hier vorlege? Er hat es mit der Überzeugung vertreten, daß er den richtigen Weg gegangen ist. Wir werden ja sehen, ob es der richtige Weg war. Aber zu behaupten, es sei präpotent oder überheblich, wenn man einen Weg, den man geht, als richtig bezeichnet, das ist doch ein bißchen weit hergeholt.

Das wachsende Handelsbilanzdefizit, von dem der Herr Vorredner gesprochen hat, macht sicher viel Sorgen. Der Fremdenverkehr hat enorme Leistungen vollbracht. Es ist ja bekannt, daß fast 12 Milliarden Schilling — wenn man die Devisen abrechnet, die Österreicher im Ausland verbrauchen —, also netto 12 Milliarden Schilling aufgebracht wurden. Ich glaube, daß das nicht genug gewürdigt werden kann. Leider wird in Österreich sehr selten davon gesprochen, wenn Wünsche der Fremdenverkehrswirtschaft geäußert werden.

Neben dem Kosten- und Preisproblem im Export sind die echten Diskriminierungserscheinungen im EWG-Raum immer mehr spürbar, denn der EWG-Raum bleibt nun einmal unser entscheidender Abnehmer. Darüber hinaus ist im EWG-Raum eine wachsende Verflechtung der Wirtschaft Europas festzustellen. Noch können wir auf den anlaufenden Zug aufspringen; in voller Fahrt werden wir es nicht mehr können. Das Arrangement mit dem EWG-Raum ist dringend, natürlich unter Beachtung unserer besonderen Lage; daher streben wir auch keine Vollmitgliedschaft an. Nur der große Markt ist unsere große Chance. Ich glaube, wir sollten das bedenken, was einige Kolleginnen und Kollegen von Ihrer Seite und von unserer Seite in Brüssel festgestellt haben.

Nun haben Sie, wie immer auf den Neidkomplex anspielend und ihm Rechnung tragend, wieder das alte Lied angestimmt. Früher waren es die Steuerrückstände bei

2000

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Mitterer

den Selbständigen. Seit die Verstaatlichte viel mehr Steuerrückstände hat als die Selbständigen, ist das geändert worden. Jetzt heißt es: Besteuer die Selbständigen, die zuwenig Steuer zahlen! Es ist ja hier wieder angeklungen: Was zahlen die einen Lohnsteuer, und was zahlen die anderen Einkommensteuer? (Abg. Benya: *Die Einkommensteuer habe ich nicht erwähnt!*) Sie haben aber gesagt: Sie sehen, was die Lohnsteuer mehr bringt, und der logische Schluß war dann ganz klar: wogegen die andere Steuer sehr wenig bringt. Daß Sie es vorsichtig formuliert haben, bestreite ich nicht. (Abg. Weikhart: *Aber es stimmt ja, wenn Sie sich die Zahlen ansehen!*) Es stimmt nicht ganz. Ich werde das für einen Teil Ihrer Erklärungen nachweisen. Lassen Sie mich nur am Wort.

Ein Unselbständiger in der Steuergruppe III/1 zahlt bei einem Einkommen von 60.000 S 3909 S — das ist jederzeit in der Steuertabelle nachzulesen —, ein alleinverdienender Selbständiger zahlt 9542 S, es sind also „nur“ 5633 S Differenz. Bitte das selbst zu überprüfen, es ist ja ohne weiteres nachprüfbar. So sind leider die Zahlen, und bei den Zahlen können Sie nicht sagen: Nein, das stimmt nicht. Sie sind nun einmal nachweisbar, und ich bitte Sie, sie selbst nachzulesen.

Nun zu der Frage der Einheitswerte beziehungsweise des Vermögens. Ich glaube, Sie waren es, Herr Präsident Benya — oder es war Ihr Vorredner, ich weiß es nicht mehr —, der gesagt hat, die Vermögensteuer sei hier viel zu klein, in Deutschland und in anderen Ländern würde wesentlich mehr Vermögensteuer berechnet. Vergessen Sie aber bitte nicht, meine Damen und Herren, daß hier auch andere Komponenten mitklingen. Bei der Berechnung der Einheitswerte, also der Vermögenschaften, bleibt in Österreich die Ertragslage unberücksichtigt. Es kann also niemand dabei überlegen, selbst wenn das Steueramt es wollte: Was trägt dieses Vermögen? Es haben nur absolute Begriffe Geltung. In anderen Ländern dagegen wird sowohl das Vermögen an sich als auch die Ertragslage des Vermögens als Basis für die Berechnung genommen, was eine völlig andere Ausgangsbasis ergibt. In der Bundesrepublik haben übrigens bis voriges Jahr Einheitswerte bestanden, die schon vor 15 Jahren in Geltung waren.

Sie haben auch angetont, daß das Einkommen im Ausland stärker besteuert wird, daß wir daher die Steuerschraube mehr anziehen sollten. Sie haben aber dabei verschwiegen, daß es in sehr vielen Ländern keine Gewerbesteuer und keine anderen zu-

sätzlichen Steuern gibt, wie wir sie in Österreich haben.

Bei größeren Einkommen wissen Sie so gut wie wir, daß ein Betrieb, der einen größeren Ertrag auslöst, diesen Betrag natürlich nicht entnehmen kann, weil dieser Betrieb sonst überhaupt zugrunde gehen müßte, sondern es muß ein Zubau erfolgen. Ich darf da eines in Erinnerung rufen: Es hat vor etwa einem Jahr anläßlich einer Amerikanisierung eines rein österreichischen Betriebes ein Journalist sehr richtig geschrieben: „Ein Unternehmer emigriert.“ Und er emigriert, intern nämlich. Der Journalist schreibt hier:

„In Österreich gilt zudem Verdienen als Schande, weshalb sich die Politiker aller Schattierungen eifrig bemühen, nur alles radicalwegzusteuern, was an privaten Einkommen den Eindruck des Überdurchschnittlichen erwecken könnte.“

Das sind dann die Konsequenzen, meine Damen und Herren, und daran muß man auch denken, daß Betriebe, die entsprechende Erträge haben, diese nicht zur Gänze abführen können, weil dann praktisch nichts mehr für den Ausbau übrigbleibt.

Auch das, glaube ich, sollte man etwas weniger demagogisch sehen, und ich würde mich daher sehr freuen, wenn auch hier in Österreich die Erkenntnis Platz greifen würde, die in Amerika schon lange vorhanden ist, daß es ohne Kapital und ohne Gewinn beim Unternehmen weder Investitionen noch Sozialleistungen noch gesicherte Arbeitsplätze geben kann und geben wird. Die amerikanischen Gewerkschafter schreiben das jeden Tag, wie Sie nachlesen können, nur bei uns ist das offenbar noch nicht durchgedrungen. (Abg. Rosa Weber: *Dort gibt es eine Steuerprogression bis 70 Prozent!*) Ja, ich komme auch auf das. Ich weiß genau, es sind ja immer die gleichen Argumente. Ich komme schon auf das zurück, ein bissel Geduld, es dauert nur ein paar Minuten. Ja, alle Jahre, ja ich weiß, das kommt alle Jahre, ich werde Ihnen alles gleich sagen.

Alles wollen Sie also durch überhöhte Steuern decken, wobei Sie sich über die Grenze manchmal selber nicht klar sind. Ich erinnere mich noch genau: Vor einigen Jahren — es sind schon ein paar Jahre her — haben wir in diesem Steuerausschuß beim Finanzminister über Fragen der Steuerpolitik und der Grenzwerte verhandelt. Hier hat nun einer Ihrer Kollegen gesagt, 100.000 S — und das war damals natürlich ein höherer Wert als heute —, das sei die richtige Norm. Einige Tage später kam der inzwischen ausgeschiedene Kollege Holzfeind und hat erklärt, er sei eher für 150.000 S. Warum? Er hätte ausgerechnet,

Mitterer

daß die ihm vor Augen schwebenden zwei Unselbständigen doch etwa an diese Einkommensgrenze herankämen.

So kann man doch Steuerpolitik nicht betreiben. Sie wissen doch eines, meine Damen und Herren, ganz genau: daß das Einkommen eine Pyramide darstellt und daß selbst bei totaler Konfiskation — die man selbst im Osten nur einmal machen kann, da bekanntlich dann nichts mehr da ist — die Erträge aus den Spitzeneinkommen zwar dem Neidkomplex Rechnung tragen würden, aber im Ertragsfaktor in der Budgetpolitik überhaupt keine Rolle spielen würden, es sei denn, daß Sie das Vermögen vollkommen inkamerieren. Es ist ja nicht so, daß die hohen Einkommen sehr wenig besteuert sind und die niedrigen sehr hoch. Wenn Sie nun sagen: In Amerika — und ich glaube, darauf spielen Sie an — gibt es Steuersätze bis zu 80, ja 85 und sogar 90 Prozent, ... (Abg. Rosa Weber: *Ich habe 70 Prozent gesagt!*) Ich sage sogar 90 Prozent, gnädige Frau, ich verbessere das sogar, es gibt nämlich solche in Sonderfällen. Aber, meine Damen und Herren, wann? Wenn ein einzelner 1 Million Dollar verdient. Ich glaube, da können wir ruhig mitgehen, denn einen solchen gibt es in Österreich überhaupt nicht. Im übrigen, meine Damen und Herren, ist es doch so, daß wir bei der neuen Steuerreform Überlegungen verschiedener Art werden anstellen können, wenn Sie der Meinung sind, daß das der richtige Weg sei. Wir sind allerdings der Auffassung, daß man auch den größeren Einkommen Raum geben muß, sonst wird es mit der Zeit überhaupt keine Großbetriebe in Österreich mehr geben. Nicht: Allen gleich wenig!, sondern: Dem Tüchtigen die Bahn!, das sollte doch die Maxime sein, die wir aus dem europäischen Raum gelernt haben.

Nun haben Sie gesagt — um noch auf der fiskalischen Seite zu bleiben; der Kollege Czettel ist leider hinausgegangen —, 25 Prozent Ermessensmöglichkeit bestehe für den Herrn Finanzminister in diesem Budget. Darf ich feststellen, wie es wirklich ist. Man kann nur sagen: Das war der Tratsch, und jetzt kommt die Wirklichkeit, um das bekannte Lied zu variieren. In Wahrheit heißt der Passus so, daß bei den gesetzlich festgelegten Ausgaben bis zu 25 Prozent erhöht werden kann. Also bei den gesetzlich festgelegten Ausgaben, wenn dort oder da die Ansätze nicht stimmen sollten, aber nicht bei den Ermessenskrediten! Daher ist diese Rechnung, die aufgestellt wurde, falsch, außerdem ist sie absolut keine Beschneidung der parlamentarischen Möglichkeiten, sondern in Wahrheit ... (Abg. Rosa Weber: *Da haben Sie nicht genau zugehört!*)

Ja, ich habe sehr genau zugehört; der Herr Kollege Czettel hat gesagt: Über 25 Prozent kann der Herr Finanzminister verfügen, 13 Milliarden sind das. Und der Zuhörer, der Budgetpolitik nicht kennt, muß die Meinung haben, da wird also in die Milliarden ausgegeben. In Wahrheit geht es um die festgelegten Beträge, um die gesetzlich festgelegten Ausgaben, zum Beispiel Arbeitslosenunterstützung oder ähnliches mehr, die ja von uns im Hause hier festgelegt wurden. Die Bewegung, die darauf fußt, ist also in ihrer Höhe nicht vom Finanzminister ausgelöst, sondern er kann nur dann höher dotieren, wenn die gesetzlichen Ergebnisse höher wären, als er sie präliminiert hat. (Abg. Rosa Weber: *Das ist ein Freibrief für falsche Budgetansätze!*) Nein, das ist kein Freibrief, gnädige Frau, aber wer hat denn schon eine total richtige Budgetziffer? Vielleicht wird das der Herr Vizebürgermeister Slavik einmal zusammenbringen, bisher ist es auch ihm nicht gelungen, obwohl er ja sicher ein Rechenkünstler ist. Ich glaube also, das kann man doch nicht als Hypothese unterstellen, daß man sagt: Da ist der Möglichkeit für falsche Ansätze Tür und Tor geöffnet. Es wird davon gar kein Gebrauch gemacht werden, wenn es sich nicht als notwendig erweist. In einem Jahr können Sie dann vielleicht die Behauptung aufstellen, aber dies schon jetzt zu unterstellen, ist wirklich ein starkes Stück.

Nun zu der Frage, die hier ja sehr oft und mit Recht angeklungen ist, zu der Frage der Strukturpolitik. Sicher ist die Strukturpolitik ein Europaproblem Nr. 1, und alle Damen und Herren, die bei der Reise nach Brüssel dabei waren, werden es ja selber konstatieren, wir konnten es dort gemeinsam auch feststellen. Leider werden wir in Österreich so wie in anderen, sogar kommunistischen Ländern, wenn Strukturänderungen notwendig sind — ich bringe nur das Stichwort Kohle, es wurde heute schon gesagt —, Betriebe reduzieren und vielleicht auch da und dort schließen müssen. Aber zusperren ist ja nicht das Konzept. Aber es kann auch nicht das Konzept sein, Betriebe aufrechtzuerhalten, wenn sie nicht mehr lebensfähig sind, sondern es muß ein neuer Weg gegangen werden, der aber nicht etwa so sein kann, wie wir es bisher in der Koalitionszeit gesehen haben, daß man einem guten verstaatlichten Betrieb, der absolut gut gebart und aktiv abschließt, als Mühlstein irgendeinen Defizitärbetrieb an den Hals hängt, damit beide Betriebe in eine hoffnungslose Situation kommen. Das ist keine Regelung und Lösung des Strukturproblems. (Zwischenrufe.) Ja, Sie haben es ja mitgefertigt und sehr wesentlich betrieben. Ich könnte Sie an einige solcher Fälle erinnern, es würde nur sehr weit

2002

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Mitterer

führen, und ich würde Ihre Zeit zu sehr in Anspruch nehmen.

Es gibt einen Rechnungshofbericht, der hat damals — unter Ihrem sozialistischen Parteifreund als Rechnungshofpräsident war das noch — festgestellt, in diesem Betrieb — ich möchte keinen Namen nennen — kostet der Arbeitsplatz dem Staatsbürger pro Jahr 240.000 S. Ich glaube, das ist doch ein bißchen zuviel.

Die positive Strukturproblemlösung, wie wir sie in der EWG gehört haben, ist wesentlich besser, ich möchte sagen, sie ist sogar beispielgebend. Ich bin nicht der Meinung, und ich muß Ihnen das auch ganz offen sagen, daß die Vergrößerung und die Vermehrung und die Verstärkung des Aufgabengebietes der Arbeitsämter ein Strukturproblem löst. Das ist eine andere Angelegenheit. Strukturprobleme muß man nationalökonomisch und nicht mit Büros lösen. Wenn wir gehört haben, daß man im EWG-Raum das so macht, daß man in den ersten Monaten 100 Prozent des Gehaltes auszahlt, in den weiteren vier Monaten 80 Prozent, dann 60 Prozent, daß man die Umschulungskosten trägt, dann ist das sicher ein guter Weg. Aber, meine Damen und Herren, niemand — ich gebe zu, es ist nicht Aufgabe der Opposition — hat davon gesprochen, daß erstmals 100 Millionen Schilling für solche Aufgaben aus dem ERP-Sektor von der Regierung vorgesehen wurden und daß hier der erste Weg unter der monokoloren Regierung beschritten wurde, um eine aktive Arbeitsmarktpolitik und eine echte Strukturpolitik zu beginnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir sollten aber auch über die Frage: Schließung oder Nichtschließung, reden. (Abg. Benya: Nur im Budget ist es nicht drinnen!) Ja das ist ja egal, wenn Sie sagen: Es gibt kein Konzept, die Regierung tut nichts. Sie haben ja nicht gesagt, im Budget tut sie nichts, Sie haben gesagt, „die Regierung“ tut nichts, und das betrifft auch andere Dinge, außer dem Budget. Ich glaube, das ist doch sehr eindeutig. Aufrechterhaltung oder Schließung von Betrieben, meine Damen und Herren, das kann man doch nicht zum Gegenstand irgendwelcher parteipolitisch verlockender oder gefährlicher Gespräche machen. Hier muß man von jeder Parteidoktrin absehen und nach nationalökonomischen Grundsätzen vorgehen und muß das soziale Element, daß dem Betroffenen Hilfe gewährt wird, voll und ganz berücksichtigen, aber durch Direkthilfen und nicht in Form der Aufrechterhaltung von defizitären Betrieben, was wir uns alle mit einander gar nicht leisten können.

Sie wissen, wir haben erst vor einigen Monaten eine solche Geschichte erlebt. In

Wirklichkeit sind in diesem Betrieb glücklich 11 Leute insofern arbeitslos geworden, als nämlich 8 davon in die Altersrente, in die Frührente gegangen sind und 3 von diesen Arbeitern vermittelt wurden. Alle anderen haben inzwischen lange die entsprechenden Arbeitsplätze gefunden. (Abg. Czettel: 70 km von Wiener Neustadt!) Nein, nein, Herr Kollege! Wenn Sie wieder darauf kommen, ich hätte nichts davon geredet, dann muß ich Ihnen eines sagen: Jahrelang, Herr Kollege Czettel, wurden zu dem Betrieb aus dem Raum Wien-Süd mit Autobussen Arbeitskräfte hingeführt und wieder zurückgeführt. Als man sie dort, wo sie herstammen, haben wollte, haben sie erklärt: Nein, wir bleiben bei dem anderen Betrieb. Dort hat man die Leute also künstlich hin und her transportiert, und in Wirklichkeit haben sie gar nicht dort gewohnt. Sie wissen das genauso gut wie ich und können das wohl nicht verleugnen. (Abg. Czettel: Wir haben doch 70.000 Pendler in Niederösterreich!) Ja, sicher, aber von dem Betrieb aus war es nicht, und deshalb mußte ich Ihnen so deutlich antworten. Ich kenne die Sorgen anderer Betriebe, die bitter notwendig Arbeitskräfte gebraucht hätten und nicht bekommen haben, um den Wohnraum dieser Arbeiter. So schaut das aus. So ganz ist das also nicht immer richtig. Dennoch: Man muß für die Betroffenen natürlich vorsorgen, aber in einer direkten Art und nicht, wie es bisher gemacht wurde, nach einer falschen Methode.

Es würde sehr weit führen, würde man über die Verbraucherpreise und über die Einkommen hier lange Statistiken vorlesen. Ich möchte aber doch noch zu diesem ganzen Komplex feststellen, daß die Reallöhne der Arbeitnehmer in Österreich eindeutig wesentlich gestiegen sind und daß es — natürlich von einzelnen Gruppen abgesehen, die gibt es in allen Bereichen des Lebens und wird es immer wieder geben — der Bevölkerung besser geht, als es ihr je gegangen ist. Man kann also nicht sagen, daß die Wirtschaftspolitik, die weitgehend von der ÖVP bestimmt wurde, hier schlecht war oder versagt hätte. (Abg. Benya: Zwanzig Jahre gemeinsamer Regierung!) Ja, sicher! Aber Sie werden doch zugeben, das haben Sie doch immer als besonders unangenehm dargestellt, daß die ÖVP die Leitlinie der wirtschaftlichen Ministerien bestimmt, und erklärt, das sei schlecht. Offenbar waren nicht so schlecht, sonst würden wir nicht heute auf diesem Resultat fußen.

Der OECD-Bericht — meine Damen und Herren, nicht der Bericht der ÖVP oder irgendwelcher böser kapitalistischer Einrich-

Mitterer

tungen — hat eindeutig und klar die Nachfrage-
drosselung und die Investitionsförderung emp-
fohlen, hat selbst davon gesprochen, daß es
notwendig sei, in verschiedenen Ländern, so auch in Österreich, diesen Weg zu gehen. Wenn Sie nun fragen: Was hat man konjunktur-
politisch im Zusammenhang mit dem Budget
alles geschaffen ?, dann muß ich feststellen,
daß dieser Spielraum — es wurde heute schon
einmal von einem Redner erwähnt — nicht
einmal mehr 10 Prozent beträgt, weil die
fixierten Ausgaben zwar de jure 88 Prozent
ausmachen, de facto aber durch verschiedene
Umstände im Budget — ich erwähne nur,
daß in den Ermessenskrediten die Verpfle-
gung der Soldaten enthalten ist et cetera,
was also praktisch einem fixen Ausgabeansatz
gleichkommt, wenn es auch nicht unter dem
rangiert — kaum mehr 10 Prozent offen-
bleiben.

Ich glaube, im Rahmen dieser Möglichkeiten
zeigt dieses Budget wohl eine wirkliche Be-
weglichkeit und eine aktive Konjunktur-
politik, wie man sie wahrscheinlich bei den
gegebenen Größenordnungen nicht anders be-
treiben kann. Was die sinkenden Erträ-
gisse betrifft, so werden Sie wissen, meine
Damen und Herren — ich möchte hier über
einzelne Betriebe und über die ganze Sache
nicht weiter reden —, daß auch bei guten
großen Betrieben der verstaatlichten, aber
auch der Privatwirtschaft rote Bilanzziffern
bevorstehen, weil die Erträge in allen
Ländern der Erde rückläufig sind und wir
durch besondere Kostenüberhöhung leider
zu sinkenden und negativen Ausweisen ge-
kommen sind. Von kommunistischen Län-
dern abgesehen, steht doch eines fest: Die
öffentliche Hand hat in keinem westlichen
Land der Erde alle Wohnungen gebaut,
alle Investitionen besorgt und alle Impulse
gesetzt. Ich glaube, daß der Weg erfolgreich
begangen wurde, dies weitgehend der Wirt-
schaft zu überlassen.

Keynes — ich meine, ich brauche nicht
zu sagen, aus welchem Lager Keynes kommt —
hat immer wieder bei seinen Vorträgen und
in seinen Schriften auf die Unternehmer-
erwartungen angespielt und erklärt, daß es
eindeutig ist, daß die Unternehmererwar-
tungen für die wirtschaftliche Gestaltung der
ganzen Volkswirtschaft entscheidend sind.

Wenn Sie es nicht glauben sollten, würde
ich Sie bitten, daß Sie eine sehr interessante
Schrift des Herrn Colin Clark lesen, der ein
Labour-Kandidat war und in der Schrift
„Taxmanship“ eindeutig das geschrieben hat.
Keynes hat ihm in einem Brief bestätigt,
daß er genau seine Theorie richtig ausgelegt
hätte. Andere Volkswirtschaftler haben, ge-

stützt auf diese Überlegungen, klar und deut-
lich gesagt, der Staat soll die Normen setzen,
aber er soll sich weder ständig einmischen
noch durch Kommissionen dirigieren. Die
Planifikation, die hier immer wieder durch-
klingt als das Idealziel, ist ja auch in Frank-
reich sanft entschlafen, und an ihre Stelle ist
die moderne dynamische Investitionspolitik
der Wirtschaft getreten, ob sie nun privat
oder verstaatlicht sein mag, denn noch immer
ist jener Wirtschaftsteil, der selber im Wirt-
schaftsleben steht, der bessere „Gestionierer“
eines Betriebes als irgendeine namenlose Kom-
mission, bei der alle zuständig sind und nie-
mand verantwortlich ist.

Es hat einmal einen Scherz gegeben, daß,
wenn man auf die Kommissionen warten
würde, wir heute noch jene Schischuhe er-
zeugen würden, die für den Telemarkstil zu-
ständig sind, denn bis die Kommission hier
draufkommt, dauert es ein bißchen länger.
(*Abg. Benya: Beim Unterrichtsministerium!*)
Nein, Herr Kollege Benya. Darf ich Sie an
etwas erinnern: In einem Rechnungshof-
bericht — ich müßte nachblättern, in welchem —
steht ausdrücklich drinnen, daß die von einer
Planungskommission empfohlenen Maschinen
nach vier Jahren noch unausgepackt in ihrem
Ölpapier weiter in diesem Betrieb gestanden
sind und nicht verwendet werden konnten.
Also mit den Kommissionen ist es auch nicht
so. (*Abg. Czettel: Entweder war es eine
schlechte Kommission oder eine schlechte
Maschine!*) Ja, eine schlechte Kommission, kann
man leicht sagen, Herr Kollege, es ist nur
die Frage, wer sie besetzt hat und wer dort
drinnen war. Aber das Aufsetzen eines Amts-
kappels beweist noch lange nicht die Fähigkeit
einer entsprechenden Persönlichkeit. (*Beifall
bei der ÖVP.*)

Ich möchte hier nun ein paar Worte auch
zur Besteuerung der Unternehmungen sagen,
weil heute wieder angeklungen ist, wie milde
sie sei, wie entgegenkommend hier die Steuer
sei und wie sehr alle anderen unter dem Steuer-
druck zu leiden hätten. Sie wissen genau,
meine Damen und Herren, daß die Progressions-
liste selbstverständlich jeden angeht. Daß
verschiedene Arbeitnehmergruppen das auf
Grund ihrer höheren Einkommen mehr zu
spüren bekommen, ist richtig, aber die Pro-
gression ist eine harte und bittere Angelegen-
heit, und es wird Aufgabe unserer Reform sein,
in den mittelständischen Einkommensbereichen
diese Progressionsliste etwas zu novellieren
und zu ändern. Natürlich trifft diese Progres-
sion sehr bitter jeden, aber ganz gleich, aus
welchem Titel er sein Einkommen bezieht.

Sie wissen genau, daß es viele Fragen gibt.
Wir werden ja bei dem Kapitel Finanzen

2004

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Mitterer

noch über die Generalbereinigung der Umsatzsteuer reden können, die nicht nur eine Gruppe interessiert, sondern die das ganze wirtschaftliche Leben angeht, weil es eine Anpassung und eine Harmonisierung zum großen EWG-Raum sein wird und sein muß und diese Mehrwertsteuer uns sicher große Schwierigkeiten bringen wird, wo es aber notwendig ist, auf ein vernünftiges System überzugehen, auch über die Valorisierung der verschiedenen Freibeträge, die Ungerechtigkeit der Haushaltsbesteuerung, die man durch ein Splitting-System ändern könnte und andere Dinge mehr, ich brauche sie im einzelnen nicht anzuführen: Gebührenrecht, Bewertungsgesetz, Erbschaftssteuer und Pauschalierungsfragen, und über das ganze Problem der Lohnsteuervereinfachung, das ja heute allen Betrieben sehr zu schaffen macht.

Nun sagen Sie, und das ist ja heute wieder durchgeklungen, die Wirtschaftswachstums gesetze sind Geschenke an die Unternehmer. Meine Damen und Herren! Erstens einmal wissen Sie, die sich mit diesen Dingen befassen, ganz genau, daß das bei der Investitionsbegünstigung nur einen Vorgriff auf später nicht mögliche Abschreibungen darstellt. Sie erinnern sich ganz genau, und das waren ja unsere besten Schützenhelfer, als es, noch in der Koalitionsregierung, manchmal gar nicht weitgegangen ist in diesen Fragen, daß sich die Sektion IV sehr massiv für die Investitionsbegünstigungsverlängerung eingesetzt hat, weil auch die verstaatlichte Wirtschaft ohne eine massive Förderung der Investitionen nicht mehr bestehen kann. Aber Sie können die Investitionsbegünstigung nicht in einen Topf mit den Wirtschaftswachstumsgesetzen werfen und diesen Betrag mit 1,5 Milliarden bewerten — ich weiß nicht, woher Sie diesen Betrag so genau errechnet haben —, denn darin enthalten sind jene Dinge, die Sie selber immer wieder gefordert haben, und ich glaube, wir sollten nicht so demagogisch sein und sagen, das ist der Wirtschaft geschenkt worden. In Wahrheit, meine Damen und Herren, gibt es ohne entsprechende Investitionsförderung keinen wirtschaftlichen Fortschritt. Alle modernen Länder des Westens haben sich dieser Methode verschrieben. Ich glaube, dann kann man nicht sagen, wir gehen einen falschen Weg, weil wir dieselben Methoden anwenden. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Aber sie nützen nicht viel! 40 Prozent sind Fehlinvestitionen!) Wenn Sie sagen, sie nützen nicht viel — Kollege Kreisky hat einmal ein Beispiel gebracht, ich möchte es nicht wiederholen, damit er nicht sagt, ich verwende Plagiate; es war allerdings auch nicht von ihm —, dann muß man fragen: Was wäre in der österreichischen Wirtschaft geschehen, wenn wir die Investitionsgesetze nicht gehabt hätten? (Abg. Czettel: Man

könnte viel mehr Effekt herausholen!) Ein Jahr haben wir sie einmal nicht gehabt, und die Investitionen sind bedeutend zurückgegangen, wir haben dieses Jahr noch in übelster Erinnerung. Auch Ihre Kollegen haben damals gesagt: Nie mehr ein Jahr ohne Investitionsbegünstigung! So ist das nicht. (Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)

Die Repräsentationskosten, meine Damen und Herren, sind ein beliebtes Thema in Versammlungen und überall, weil man da den Neidkomplex so richtig aufheizen kann. (Abg. Czettel: 300 Millionen!) Herr Kollege! Lesen Sie vielleicht doch das, was der Rechnungshofbericht über Jagden und andere Einrichtungen der Verstaatlichten gesagt hat. Es ist ja nicht so, daß das nur bei uns und bei Ihren Musterkindern nicht vorkommt. (Abg. Czettel: Wenn es so ist, gehört es auch abgestellt!) In Wahrheit gibt es gewisse Kosten, die ein Wirtschaftskörper haben muß. Es gibt auch Kosten, die unberechtigt sind. Sie haben aber über eine bestimmte Sache nicht gesprochen. Gehen Sie doch einmal, Herr Kollege, mit einer Betriebspflichtig mit! (Abg. Czettel: Haben wir schon gemacht!) Ich lade Sie dazu ein, bei mir können Sie das jederzeit tun. Ich habe das „gläserne Taschenprinzip“, ich habe keine Geheimnisse. Es wird Ihnen kein Schilling anerkannt, den Sie auch noch so gebucht und belegt haben, wenn Sie nicht nachweisen, daß die betreffenden Ausgaben im Zusammenhang mit Ihrem wirtschaftlichen Betrieb notwendig waren. Und die Finanzbeamten sind hier weiß Gott nicht sehr entgegenkommend. (Abg. Horejs: Das glauben wir nicht! — Abg. Gertrude Wondrack: Wir wissen, daß es nicht so ist!) Sie wissen ganz genau, daß es so ist. Sie haben ja auch Freunde in der Finanzverwaltung, die das dann immer wieder hochspielen, sie werden es Ihnen bestätigen. (Abg. Gertrude Wondrack: Wir wissen, daß es nicht so ist!) Daß es ja so ist, gnädige Frau! Aber bitte, Sie behaupten es. Aber die Gegenbehauptung ist ja nur dadurch zu erbringen, daß sich der ganze Betrag, der natürlich nicht so hoch ist — Sie sprachen von 300 Millionen, das stimmt also nicht, er ist wesentlich niedriger —, gemessen an dem wirtschaftlichen Umfang aller österreichischen Betriebe in sehr mäßigen Grenzen hält. Man kann nämlich nicht mit absoluten Zahlen operieren.

Sie haben immer wieder, als es bei der verstaatlichten Industrie um die Steuerleistung gegangen ist, gesagt, daß sie soundso viele Milliarden gezahlt haben. Aber, meine Damen und Herren, 100 Millionen Schilling können sehr viel und sehr wenig sein. Sie müssen vielmehr sagen, was der wirtschaftliche Umfang des ganzen Konvoluts war, und dann können Sie beurteilen, ob die Steuerleistung hoch oder

Mitterer

niedrig war. Aber mit absoluten Ziffern kann man den Neidkomplex, nicht aber die Realität beweisen. (*Abg. Czettel: Für das Budget sind 300 Millionen viel! Das wissen Sie!*) Ja, das weiß ich. Für das Budget ist jeder Betrag viel, auch 1 Million. Allerdings ist die Frage zu prüfen, ob er notwendig ist oder nicht. Wenn Sie der Meinung sind, daß er nicht notwendig ist, dann treten Sie doch einmal Beweise an und reden Sie mit Ihren Freunden in der verstaatlichten Wirtschaft! Das wird sehr notwendig sein, denn die holen ja auch nicht das Essen vom Himmel herunter, und Manna fällt auch im Restaurant Ihrer Kollegen nicht.

Was die Frage des Stabilisierungsfaktors anlangt, den die Restriktionen der Nationalbank ausgelöst haben, muß ich doch sagen, daß wir alle natürlich infolge dieser Kreditbremse mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Sicher ist das ein großes Problem, und sicher ist dieses Problem fast weltweit. In der ganzen Welt ist das Geld knapp geworden. Ausch hat es sehr klar ausgedrückt und darüber sehr deutlich geschrieben. Ich zitiere es aber nicht, denn Sie werden sehr allergisch, wenn man ihn zitiert, und ich hoffe auch, er kommt nicht auf die Sperrliste.

Die Inflationsbremse, die durch die Nationalbank in Form der Kreditrestriktionen ausgelöst werden mußte, schafft manche Schwierigkeiten. Aber es gibt eben kein anderes und kein probateres Mittel, in dieser Frage eine Lösung zu finden. Es wird nur ein Weg gesucht werden müssen, daß zumindest auf dem Exportsektor durch entsprechende Maßnahmen eine Möglichkeit entsteht, weitere Kredite zu eröffnen. Denn es ist ja das Wesen der Restriktionen, daß sie zwar für den Betrieb unangenehm und peinlich sind, aber inflationshemmend wirken.

Was sagen nun die anerkannten Fachleute? Sie zitieren ja immer wieder sehr oft Fachleute. Gestatten Sie, daß ich aus dem Buch „EWG und die Folgen“ nur einige Schlagzeilen aus dem Kapitel „Wachstums- und Konjunkturpolitik“ bringe. Es ist von Unterlassungen die Rede, die heute begangen werden. Der Verfasser dieses Artikels schreibt nicht in einem österreichischen Buch, sondern in dem Buch über Wachstums- und Konjunkturpolitik in der EWG, eine angemessene Infrastruktur sei die Voraussetzung für das künftige Wachstum. Es wird auf die Folgen hingewiesen, die das Fehlen einer wachstumsfördernden Politik nach sich zieht.

Sie wissen ja: Das Paket der Wachstums gesetze ist jahrelang hier gelegen und konnte durch Ihr Njet leider nicht verwirklicht werden. Wäre es damals geglückt, würden wir heute vielleicht manche Fragen wesentlich einfacher

lösen können. Und nun schreibt der Verfasser sehr richtig, daß der relative Abstand vielleicht gleich bleiben kann, aber der absolute immer größer wird.

Die restriktiven Maßnahmen zur Stabilität empfiehlt der Verfasser dieses Buches auch dann, wenn sie zu einer vorübergehenden Schmälerung des Wachstums führen könnten. Wenn heute gefragt wurde: Warum nicht ein Wachstum von 4, 5 oder 6 Prozent?, so ist dazu zu sagen: Natürlich jede Höhe, aber niemals unter Gefährdung des Geldwertes!

Die liberale Importpolitik, die empfohlen wurde — es wurde auch das immer wieder angekreidet —, ist, glaube ich, in Österreich weitestgehend gegeben. Die Importbeschränkungen bestehen ja nur mehr hinsichtlich einiger besonderer Länder. Darüber hinaus, schreibt dieser Verfasser, sei die Finanzierung durch steuerpolitische Maßnahmen und Tarife leider nicht zu umgehen. Es wird daher notwendig sein, in manchen Fragen eine harte Gangart einzulegen.

Die Wachstumspolitik, und auch das ist sehr wichtig, ist nicht nur die Ausnutzung der entsprechenden Möglichkeiten, wie wir sie sonst kennen, sondern die Ausnutzung brachliegender Kräfte, also auch hier eine gewisse Umstrukturierung, daß nämlich nicht in gewissen Betrieben Arbeitskräfte thesauriert werden, die in anderen Betrieben dringend benötigt werden.

Der Welthandel — und auch das darf ich feststellen — hat sich im Westen, wo keine Plan- und Kommandowirtschaft besteht, in 15 Jahren verdreifacht. Ich glaube, das ist der beste Beweis dafür, daß es eine richtige Politik war, wenn man bedenkt, daß er in den Jahren 1928 bis 1938 halbiert wurde.

Zusammenfassend darf ich sagen: Wir sehen, daß all das, was im Rahmen des Budgets möglich war — möglich war, betone ich, nicht das, was sehr schön hätte sein können, wenn ... —, getan wurde, nicht im Sinne eines Gefälligkeitsstaates, nicht mit Optimismus oder Pessimismus, sondern mit Realismus. Man ist den Weg der vernünftigen Mitte gegangen.

Die Steueransätze sind im Vertrauen auf das erhoffte Wirtschaftswachstum relativ hoch; zugegeben. Aber was würden Sie sagen, wenn wir sie niedrig angesetzt hätten? Dann würde man sofort sagen: Sie erwarten also ein Sinken des Wachstums. Wenn man sie hoch ansetzt, ist es wahrscheinlich auch nicht recht. Es ist wie in der bekannten Eselslegende.

Ich darf zusammenfassend und beendend sagen: Wenn wir heute sparen und morgen verbrauchen, wird das besser sein, als heute ad infinitum zu verbrauchen und morgen wehzuklagen. Im ganzen gesehen ist es ein

2006

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Mitterer

mutiges Budget auf neuen Wegen, das wir bejahren, weil wir an die Zukunft glauben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Finanzminister hat vorgestern in der bisher wortreichsten Budgetrede dem Hohen Hause mitgeteilt, daß die Bundesregierung mit der Vorrage dieses Budgets ihr Bestes gegeben habe. Das bedeutet noch lange nicht, daß dabei etwas Gutes herausgekommen ist.

Wir haben erst heute die Generaldebatte über das Budget eröffnet. Die erste Abstimmung über das Budget 1967 fand aber bereits am vergangenen Samstag statt, als sich in den Landeshauptstädten Österreichs zehntausende Kriegsopfer versammelten und zu diesem Budget Stellung nahmen. Meistens wurde ihnen das Budget von Abgeordneten der Volkspartei, also der Regierungspartei, vorgetragen. Und jedesmal, wenn der Name des Finanzministers Schmitz gefallen ist, ertönte ein zehntausendfaches „Pfui“ der österreichischen Kriegsopfer! Das war die Meinung des Volkes draußen, Herr Abgeordneter Machunze. Da können Sie von der Regierungspartei heute dem Finanzminister noch so viel applaudieren — das war die Meinung des Mannes auf der Straße, das war die Meinung der Kriegsopfer zu dem Budget, das die Regierung Klaus und Schmitz vorgelegt hat.

Ich darf aber auch auf eine unabhängige Wochenzeitung hinweisen, die ihren Bericht über die Budgetrede überschreibt: „Schmitz bittet zur Kasse“ — in Anlehnung an jene Fernsehkriminalserie „Die Gentlemen bitten zur Kasse“. (*Heiterkeit.*) Im Fernsehkrimi allerdings wird der Postzugraub der englischen Posträuber behandelt, in diesem Artikel der Raubzug der österreichischen Regierung auf die Taschen des kleinen Mannes, der „Familie Österreicher“, Herr Kollege Machunze, die Sie heute so oft hier zitiert haben.

Herr Kollege Machunze von der ÖVP, Sie haben heute hier gesagt: Die Regierung ist erst sechs Monate im Amt, sie kann in einem Jahr doch nicht alles unterbringen. Nun, ich muß sagen: Hut ab! Die Regierung Klaus-Schmitz hat in diesem ersten Jahr, in diesen wenigen Monaten schon sehr viel für die „Familie Österreicher“ untergebracht. In diesem ersten Jahr hat sie für die „Familie Österreicher“ den Benzinpreis und damit das Reisen und den Transport verteuert. In diesem ersten Jahr hat die Regierung Klaus-Schmitz die Bahn tarife hinaufgesetzt; in diesem ersten Jahr hat die Regierung Klaus ein Notopfer für das ganze

Volk eingeführt; die Posttarife werden für die „Familie Österreicher“ sehr wesentlich hinaufgesetzt, die Telephongebühren werden wesentlich hinaufgesetzt, die Grundnahrungsmittel werden wesentlich verteuert. Ja, meine Damen und Herren, was wollen Sie im ersten Jahr noch mehr von der Regierung Klaus?

Der Finanzminister hat gesagt, Sie hätten Ihr Bestes gegeben. Aber Sie haben noch viel mehr getan: Sie haben dem Volk das Beste genommen. Wo immer Sie eine Möglichkeit sehen, nehmen Sie dem Volk. Sie nehmen, Sie denken nicht an das Sparen. Wo wird in diesem Budget gespart? In wenigen Monaten wird sich eine Verteuerung um 5, 6 und 7 Prozent herausstellen, die der kleine Mann, die „Familie Österreicher“ wird bezahlen müssen. Das allein sind genügend Gründe dafür, daß wir Freiheitlichen zu diesem Budget ein eindeutiges Nein sagen werden. (*Ruf bei der ÖVP: Das haben wir vorher schon gewußt!*)

Ich habe zuvor die Kriegsopfer zitiert und darf vielleicht noch einige Ziffern hinzufügen, und zwar deswegen, weil wir ja alle, glaube ich, einen Brief der Kriegsopfer bekommen haben. Sie haben sich hilfesuchend an die Damen und Herren Abgeordneten gewendet, ich verstehe nur nicht, daß Sie von der Regierungspartei, wenn Ihnen etwas unangenehm ist, immer so wenig davon wissen wollen. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Doch! Ja! Da darf ich Ihnen den Brief aber vorlesen, falls ihn vielleicht der eine oder andere nicht kennt. Ich kann nicht verstehen, warum Sie zuvor zur Politik eines Klaus und eines Schmitz so applaudiert haben, wenn Sie diesen sehr ernsten und tragischen Worten der Kriegsopfer beider Weltkriege nur einigermaßen Bedeutung zumessen. Ich darf Ihnen nur zuerst den Brief und dann einige Ziffern in Erinnerung rufen, nur damit Sie sehen, wie man die Kriegsopfer in Österreich behandelt. Das hat gar nichts mit dem Geld zu tun. Der Finanzminister kann sagen: Man hat kein Geld. Aber die Einstellung, die man gegenüber den Soldaten des ersten und des zweiten Weltkrieges an den Tag legt, die sehen Sie aus einem Satz in diesem Brief, der übrigens von einem ÖVP-Abgeordneten unterschrieben ist. Der ÖVP-Abgeordnete wird ja hoffentlich auch Ihnen geschrieben haben, nicht nur uns Freiheitlichen. Er schreibt hier:

„Trotz dieser zweifellos positiven Zusagen ist der Vorstand der Zentralorganisation zufrieden bestürzt, daß der Herr Bundesminister für Finanzen ... trotz seiner schriftlichen Zusage nicht bereit war, die Vertreter der Kriegsopfer zu empfangen.“

Das wäre ein Grund, daß der Herr Finanzminister oder Sie von der Regierungspartei

Zeillinger

dazu Stellung nehmen. (Abg. Pölz: Grüner Wimpel! — Weitere Zwischenrufe.) Da geht es nicht nur darum, ob man den Kriegsopfern Geld gibt, sondern ob man nur die Haltung aufbringt, überhaupt mit den Kriegsopfern zu reden. Aber Sie haben es wenige Monate nach der Wahl, die Ihnen ja die absolute Mehrheit gebracht hat, sodaß Sie nun auf dem Standpunkt stehen, Sie können in diesem Staate tun und lassen, was Sie wollen, gar nicht mehr notwendig, die Kriegsopfer auch nur anzuhören, obwohl darunter Abgeordnete Ihrer eigenen Partei sind. Die Kriegsopfer schreiben uns Abgeordneten:

„Die Zentralorganisation der Kriegsopferverbände Österreichs, in welcher alle Landesverbände vertreten sind, hat mit Befremden festgestellt, daß in dem vom Ministerrat am 7. Oktober 1966 verabschiedeten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1967 für die Verbesserung der österreichischen Kriegsopfersversorgung derart geringe Mittel vorgesehen sind, daß damit nicht einmal die dringendsten Bedürfnisse der Kriegsopfer befriedigt werden können.“

Da geht der Kollege Machunze hinaus. (Heiterkeit.) Sie haben zuvor gesagt, daß gerade die Kriegsopfer sehr zufrieden sein müssen, weil die Regierung Klaus ihnen genügend gibt, und die Kriegsopfer sagen, daß nicht einmal mehr die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden können. Darf ich Sie daran erinnern, daß die Kriegsopfer die letzte Gruppe sind, deren Renten noch nicht dynamisiert worden sind? (Abg. Machunze: Herr Kollege Zeillinger! Sie haben mich falsch zitiert!) Ich zitiere Sie gerne richtig, Herr Kollege! Sie dürfen sich selber zitieren! (Heiterkeit.) Bitte, was wünschen Sie, daß ich zitiere? (Abg. Machunze: Ich habe nie gesagt, daß die Kriegsopfer mit diesem Budget zufrieden sein müssen!) Sondern? (Abg. Machunze: Nein!) Sie sind also auch der Ansicht, daß die Kriegsopfer ein Recht haben, „Pfui Schmitz!“ zu sagen — nach diesem Budget? (Lebhafte Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP. — Zwischenrufe des Abg. Machunze. — Abg. Prinke: Das ist Rabulistik!) Was ist jetzt richtig? Es wird so weitergehen, und ich möchte die Damen und Herren auf etwas aufmerksam machen — vielleicht wissen sie gar nicht, was die Regierung noch für Anschläge gegen die Kriegsopfer vorhat —:

„Vom Finanzministerium ist überdies für bedürftige Kriegsopfer eine Verschlechterung des bestehenden Rechtes beabsichtigt.“ (Abg. Machunze: Wo denn?) Hier (der Redner zeigt ein Schriftstück vor), ich darf Ihnen sagen, der ÖVP-Abgeordnete Ing. Josef Weiser,

Landesobmann des Salzburger Kriegsopferverbandes, hat das allen Abgeordneten geschickt, analog den Zuschriften, die auch Sie in den anderen Ländern bekommen haben. Darf ich bitten, das vielleicht parteiintern zu klären. Ich darf Ihnen also hier noch vorlesen, was der ÖVP-Abgeordnete Weiser den Abgeordneten mitteilt (Zwischenruf bei der ÖVP — Abg. Melter: Fragen Sie die Frau Sozialminister!):

„Dies ist umso bedauerlicher, wenn man berücksichtigt, daß Österreich ohnehin die weit- aus schlechteste Kriegsopfersversorgung in Europa gewährt.“

Für den Fall, daß Sie auch das wieder vergessen haben sollten, habe ich mir erlaubt, einige Ziffern herauszuschreiben und Ihnen zur Kenntnis zu bringen, damit wir einen Vergleich haben, damit wir sehen, wie andere Staaten für ihre Kriegsopfer sorgen und was Österreich für seine Kriegsopfer macht, und damit wir verstehen, warum heute zehntausende Kriegsopfer gegen diese Regierung Stellung nehmen ... (Widerspruch bei der ÖVP.) Das ist ganz gleichgültig! Hinter mir sind Leute gesessen, die das ÖVP-Abzeichen trugen, und sie haben mit Begeisterung „Pfui Schmitz!“ gerufen — zwanzigmal in dieser Kundgebung! Darf ich Ihnen also hier nur einen Vergleich vorlesen:

Bei Verlust eines Auges beispielsweise bekommt der englische Kriegsversehrte 1330 S, in Frankreich bekommt der Kriegsversehrte 806 S, in Italien 416 S, in Deutschland 292 S, in Österreich 90 S; bei Verlust einer Hand in England 2000 S, in Frankreich 1605 S, in Italien 585 S, in Deutschland 520 S, in Österreich 216 S; bei Verlust eines Beines in England 2717 S, in Frankreich 2515 S, in Italien 1001 S, in Deutschland 901 S, in Österreich 480 S.

Verstehen Sie nun, meine Damen und Herren, warum die Kriegsopfer empört sind, ganz gleichgültig, welcher Parteirichtung sie angehören? Ich möchte Sie hier nicht mit Zitaten aufhalten und nur hervorheben, Welch scharfe Worte — ich anerkenne das hier — der ÖVP-Abgeordnete als Kriegsopferfunktionär gegen diese Regierung, die nicht nur auf diesem Gebiet, aber auf diesem Gebiete besonders ver sagt hat, gebraucht.

Ich muß sagen: Eine Regierung, die die Kriegsopfer seiner vergangenen Kriege so behandelt wie die Regierung Klaus-Schmitz, eine solche Regierung hat sich selbst gerichtet. Darf ich Ihnen aber sagen, warum die Kriegsopfer die Ungerechtigkeit besonders hart empfinden: Wenn ein Soldat des Bundesheeres beispielsweise sein Auge verliert, so kann er aus der Unfallrente bis zu 1540 S bekommen.

2008

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Zeillinger

Das heißt also: Das Auge des Soldaten, das heute verlorengeht, ist 1540 S wert, das Auge des Soldaten des ersten oder zweiten Weltkrieges ist 90 S wert. Vielleicht illustriert uns das und macht es uns begreiflich, warum die Kriegsopfer so besonders empört sind und warum die Kriegsopfer in einer so scharfen Stellungnahme gegen die Regierung Klaus und im besonderen gegen Schmitz, dem sie jede Menschlichkeit absprechen, auftreten. Ich möchte fast sagen, daß ich einen Ordnungsruf des Präsidenten riskieren würde, wenn ich zitierte, welch harte Worte gegen die Regierung Klaus-Schmitz bei diesen Kundgebungen gefallen sind. Das ist die Meinung des Volkes draußen, das ist die Meinung des „Herrn Österreicher“, das waren keine irgendwie von Parteien gelenkten Frauen und Männer, das waren Frauen und Männer der Volkspartei, der Sozialistischen Partei, der Freiheitlichen Partei, wahrscheinlich auch völlig Parteilose, die ein eindeutiges Urteil über die Regierung und über das Budget, das Sie nun mit Mehrheit beschließen werden, abgegeben haben. Ich bin überzeugt, auch in Ihren Reihen sitzen Leute, die es ganz anders haben möchten, aber sie können ihre Meinung nicht frei äußern, sie haben das nach dem Parteidiktat, wie der Parteobmann Klaus es befiehlt, zu beschließen und die Kriegsopfer hier in Österreich zu Menschen zweiter Klasse zu erklären. (Widerspruch bei der ÖVP.)

Darf ich Ihnen vielleicht eine andere Ziffer sagen. Wir haben jetzt erfahren, daß die Posttarife nach dem Willen der Regierung Klaus-Schmitz, die ja alle Möglichkeiten ergreift, aus dem Volke mehr herauszuziehen, die „Familie Österreicher“, den kleinen Mann in der Tasche leichter zu machen, und die nur ja nicht irgendwo vielleicht mit der Sparsamkeit beginnt — auch darüber werde ich Ihnen gleich eine Ziffer sagen —, stark erhöht werden sollen. Wenn die Postreform durchgeführt sein wird, dann werden wir einen stolzen Rekord halten: neben Schweden haben wir dann die höchsten Brieftarife in ganz Europa. Na, das ist immerhin eine Leistung, Herr Kollege Machunze, merken Sie sich das für Ihre nächstjährige Budgetrede vor. Das ist immerhin auch eine stolze Leistung der Regierung Klaus-Schmitz, daß es ihr in so kurzer Zeit gelingt — zumindest bei den Brieftarifen —, bis an die europäische Spitze vorzustoßen.

Der Herr Finanzminister hat uns eine graphische Darstellung gegeben, die sehr interessant ist; Sie werden sie ja schon kennen, Herr Kollege Machunze. Ich möchte Ihnen aber nur sagen, man muß sie sich auch einmal ein bißchen anschauen, weil ja einige

den Kopf geschüttelt haben, wie ich zuvor gesagt habe, die Regierung denke gar nicht daran, irgendwo Sparsamkeit zu üben. Diese sehr stolze Tabelle, die ich Ihnen hier vorweise, bezieht sich nicht etwa auf das Nationalprodukt, Herr Kollege. (Der Redner zeigt eine graphische Darstellung vor.) Was auf dieser Tabelle so weit hinaufreicht, so daß das Papier fast zu kurz wird, das ist das Wachstum der Gesamtausgaben. Dieser letzte hohe Strich zeigt das Verdienst der Regierung Klaus-Schmitz und ihrer Männer, die Sie hier zum Teil noch sitzen sehen, die alles getan haben, um die Gesamtausgaben in diesem Staate zu vergrößern. (Abg. Dr. Hauser: Das ist die Investitionsförderung der öffentlichen Hand!) Herr Kollege! Es ist doch keine Entschuldigung, wenn Sie sich dauernd ausreden, daß Sie jetzt mehr leisten müssen, weil die Gesetze, die Sie vorher gemeinsam mit den Sozialisten beschlossen haben, so schlecht waren. Sie waren doch damals nicht entmündigt, es hat kein Vormund ohne Ihr Wissen für Sie gehandelt. Sie haben als Partei, die immer die stärkste im Hause war und die die Möglichkeit gehabt hätte, mit uns Freiheitlichen jederzeit eine freie Abstimmung zu machen, mit den Sozialisten Gesetze gemacht, über die Sie heute dauernd klagen. Wie lange wollen Sie sich denn noch auf diese Koalition ausreden? (Beifall bei der FPÖ.) Wann werden wir endlich einmal jene Politik erleben, welche die Österreichische Volkspartei dem Volke versprochen hat? Dieses Hinaufschneiden der Ziffer — es handelt sich nicht etwa um ein Industrieunternehmen, es betrifft nicht Exporte oder eine Produktion, was eine sehr stolze Ziffer wäre —, dieses Hinaufschneiden betrifft die Staatsausgaben, die wir jetzt vorgelegt bekommen, und dafür muß das Volk bezahlen, nicht etwa für die Kriegsopfer. Das ist genau dasselbe wie bei den Notopfern: Nicht für die Geschädigten draußen muß bezahlt werden, die kriegen nur 25 Prozent; 65 Prozent steckt der leider wieder einmal nicht anwesende Herr Finanzminister von dem ein, was das Volk für die Geschädigten gibt. Wie wir aus der Budgetrede gehört haben, ist bereits der Großteil dieses Notopfers im Budget vereinnahmt. Das ist ein stehender Posten geworden.

Herr Kollege! Ich muß Ihnen sagen: Es ist schon einmal, und zwar nicht von uns Freiheitlichen, sondern von den unabhängigen Zeitungen gesagt worden, daß Klaus der teuerste Finanzminister war, daß Klaus der teuerste Kanzler ist, daß die Regierung Klaus die teuerste Regierung ist, die Österreich je hatte. Das Volk muß für seine Entscheidung vom 6. März bezahlen. Das Bedauerliche ist nur, daß auch jene die Regierung mitbezahlen

Zeillinger

müssen, die sie nicht gewählt haben. (Abg. Dr. Hauser: Welche Ausgaben senken Sie denn, Herr Zeillinger? — Zwischenrufe.) Sehr einverstanden! Herr Kollege Hauser, ich mache einen Vorschlag. Erklären Sie aber vorher folgendes: Gehen Sie da herunter und sagen Sie, daß Sie ebenso wie wir die Möglichkeit haben, am Budget Änderungen durchzuführen, daß Sie noch so weit frei gewählter Abgeordneter sind, daß wir für vernünftige Grundsätze, die wir im Ausschuß erarbeiten, gemeinsam stimmen. Haben Sie doch einmal, ein einziges Mal den Mut, Herr Kollege Hauser, und stimmen Sie dann, wenn Sie überzeugt sind — und Sie sind manchmal überzeugt, daß nicht alles gut ist, was von der Regierung kommt —, gegen die Regierung und ändern Sie hier im Haus etwas! Ich bin neugierig, ob wir nach den wochenlangen Budgetberatungen sagen werden: Hut ab vor dieser ÖVP-Fraktion, sie hat bewiesen, daß sie die Interessen des Volkes wahrt!, oder ob wir sagen müssen: Sie sind genauso treue Diener der bündischen Koalition, wie sie es vorher gegenüber der schwarz-roten Koalition waren. Herr Kollege! Die Rednertribüne steht Ihnen offen. Sie können eine Erklärung abgeben. (Abg. Doktor Hauser: Nennen Sie einige unnötige Ausgaben in dem Budget! Das ist ein Budget für alle Österreicher! Also nennen Sie jene Österreicher, in bezug auf die unnötige Ausgaben gemacht werden! — Abg. Dr. Pittermann: Für die einen die Groschen, für die anderen die Schillinge!) Ich könnte jetzt demagogisch anfangen. (Zwischenrufe.) Nein! Wenn Sie es hören wollen: So oft haben wir im Parlament Einsparung der Personalausgaben beschlossen. Es war ein einstimmiger Beschuß des Parlaments. Sie haben zugesagt. Aber jedes Jahr sehen Sie zu, daß die Regierung noch weitere Posten plant und immer noch mehr Beamte und mehr Beamte hereinpumpt. Ich könnte zum Beispiel fragen: Muß jeder Minister zwei Dienstautos haben? Davon eines, das die Gattin zuschanden fährt, worauf das Ministerium die Rechnung bezahlen muß. 16.000 S! Wollen Sie nähere Details haben? Wollen Sie die Kontonummer, unter der das bezahlt worden ist? Diese 16.000 S, die die Frau eines Ministers im Auto zusammengefahren hat, muß das österreichische Volk jetzt dem Herrn Finanzminister Schmitz bezahlen, damit er wieder diese Rechnung bezahlen kann. Wir können uns über Details weiter unterhalten. Ich bin nur der Ansicht, daß wir jetzt eine Generaldebatte haben, aber wir können auch ins Spezielle gehen. Aber zuerst geben Sie eine Erklärung ab, daß Sie dann, wenn Sie etwas für richtig halten,

auch den Mut haben, einmal der Regierung zu sagen: Hier bist du zu weit gegangen!

Ich kann mir beispielsweise gar nicht vorstellen, daß die Funktionäre des Kriegsopferverbandes wirklich der Ansicht sind, daß die Art und Weise, wie die Kriegsopfer behandelt worden sind, zu Recht besteht. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Ist das auch Ihre Auffassung, Herr Kollege? Wenn es auch Ihre Auffassung ist, dann bin ich neugierig, ob Sie bei der Schlußabstimmung bereit sind, die Ansätze für die Kriegsopfer, in bezug auf welche die Kriegsopfer Ihnen vielleicht genauso geschrieben haben wie uns, zu ändern.

Ich habe schon erklärt, daß dieses Budget kein Budget der Sparsamkeit ist. Im Gegenteil, es ist ein Budget der weiteren Ausgabenwirtschaft. Der Herr Finanzminister hat uns zwar hier einen Vortrag gehalten, daß er auf die möglichst große Kapitalschonung Wert legen wird. Herr Kollege Hauser! Als Mann, der mit beiden Füßen im Wirtschaftsleben steht, werden Sie mir zugeben: Wenn die Regierung das Budget erfüllen will, dann muß sie sämtliche Kapitalmöglichkeiten des In- und Auslandes bis zum letzten Groschen, soweit es für sie noch erreichbar ist, ausschöpfen, sonst kann sie entweder ihr Programm nicht erfüllen oder sie kann eben gerade den Kapitalmarkt nicht schonen. Das heißt aber mit anderen Worten, und das wollen wir auch der Wirtschaft einmal ganz offen sagen: Wenn dieses Programm der Regierung Klaus verwirklicht wird, dann werden ungezählte Millionen der Wirtschaft fehlen, denn das ist gerade kein das Kapital schonendes, sondern ein das Kapital bis zum letzten Schilling ausnützendes Budget, das keinen Spielraum mehr für die Wirtschaft brachte.

Diese Regierungserklärung brachte auch keinerlei Maßnahmen zur Dämpfung des sprunghaft angestiegenen Außenhandelsdefizits. Wir haben zum Beispiel — ich darf Sie daran erinnern — Beratungen im Ausschuß aus den letzten Wochen, in denen von allen Seiten geklagt wurde, daß es noch immer keinen Energieplan gibt. Wirtschaftsführer haben erklärt: Wenn der Energieplan nicht bald kommt, dann sind wir an den Rand des Ruins geführt! Diesbezüglich findet sich nicht ein Satz. Es ist kein Kohleplan vorhanden. Wir sehen eine Konzeptlosigkeit der Regierung Klaus auf allen Gebieten und gar nicht den Versuch, irgendwo Ansätze zu diesem Konzept aufzuzeigen.

Dieses Budget wird uns zwar keinen Schritt näher zu Europa, aber unweigerlich zu großen Preissteigerungen führen. Wir Freiheitlichen

2010

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Zeillinger

sagen zu dem Budget 1967, das nichts anderes als einen Angriff auf die Taschen des Kleinen Mannes darstellt, das familienfeindlich ist, das kinderfeindlich ist, das eine Kampfansage an die Kriegsopfer ist, selbstverständlich nein! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gertrude Wondrack. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Gertrude Wondrack (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zum zweitenmal nach dem 6. März sitzen wir hier beisammen, um den Haushaltspunkt der Regierung zu beraten. Wir haben heute bereits gehört, daß es schnell gegangen ist, und wir haben einige Redner gehört, die das Ergebnis dieser schnellen Arbeit bereits beweihräuchert haben. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in diesen Lobeshymnus einzustimmen, denn wir müssen ja mit Ehrlichkeit und Offenheit an die Analyse dieses Budgets herangehen.

Wir müssen feststellen, daß der Subventionsabbau nur auf Kosten der Konsumenten gehen soll, daß dabei vor allem die Familien besonders belastet werden und daß die Abgeltung, die im Budget vorgesehen ist, keineswegs ausreicht, diese Verteuerung wettzumachen. Die Belastung für eine vierköpfige Familie macht auf Grund der Erhöhungen bei Milch und Mehlpunkten rund 60 S aus. Sie erreicht auf Grund des alten Index II eine Steigerung von nahezu 3 Prozent. Der neue Index setzt diese Waren in einem anderen Gewicht ein. Nach diesem neuen Index macht es nur 1,15 Prozent aus. Es ist also ein Glück für die jetzige Regierung, daß gerade jetzt eine Umwertung des Index erfolgt.

Aber ich möchte nur fragen, ob sich der Herr Finanzminister auch überlegt hat, was mit diesen 10 S, die für die Kinder gegeben werden, in Wirklichkeit bezahlt werden kann. Das sind nämlich die Mehrkosten für einen Viertelliter Milch, für zwei Schnitten Brot und für eine halbe Semmel. Dieses Kind darf also nicht mehr als einen Viertelliter Milch verbrauchen und nicht eine ganze Semmel essen, sonst ist das, was die Regierung den Familien mit Kindern an Abgeltung bietet, bereits überschritten. Das ist nicht eine Erkenntnis, die wir allein geschöpft haben. Da so gern zitiert wird, darf auch ich zitieren. Ich zitiere sogar ein Mitglied dieser Regierung, und zwar hat Herr Staatssekretär Taus auf eine Frage erklärt, daß die Erhöhung ungenügend ist und daß sie ja nicht einmal für die Milchpreiserhöhung ausreicht.

Es sind auch andere Ansätze in diesem Budget geändert worden, worauf sicherlich

in der Spezialdebatte hingewiesen werden wird. Es wird uns vielleicht gesagt werden, daß beispielsweise das Karenzurlaubsgeld von 400 S auf 500 S erhöht wurde. Aber wenn wir uns das genau anschauen und feststellen, daß seit dem Jahre 1960 auf diesem Gebiet nichts geschehen ist und daß dieser Betrag, wenn man jetzt nur die Relation zu 1960 wiederherstellen wollte, in Wirklichkeit auf 675 S erhöht werden müßte, dann sehen wir, daß auch hier nichts Außergewöhnliches, nichts Besonderes geleistet wurde.

Außerdem fehlt auch die Erhöhung der Einkommensgrenze für die Karenzurlaubsgeldbezieherinnen, die ebenfalls unverändert ist. Wir stellen fest, daß ein großer Teil der Dienstnehmer inzwischen nicht mehr in den Genuss des erhöhten Karenzurlaubsgeldes kommt, weil inzwischen die Ansätze nicht mehr dem früheren Wert entsprechen, sie sind abgewertet worden — das alles unter der Bezeichnung einer „familienfreundlichen“ Politik.

Wir Sozialisten glauben, daß der Wertverfall gerade bei diesen Beihilfen für die Familien und die Mütter erstens einmal ausgeglichen und vor allem auch für die Zukunft verhindert werden muß. Man kann nicht immer nur in Sonntagsreden alles mögliche versprechen — weihevolle Reden und Versprechungen haben wir in Hülle und Fülle gehört —, sondern es muß endlich auf diesem Gebiet etwas geschehen, noch dazu, wo vor allem die Mittel für die Erfüllung dieser wichtigen familienpolitischen Maßnahmen zum überwiegenden Teil, nämlich zu rund 90 Prozent, aus dem Lohnverzicht der Arbeitnehmer stammen und diese sich in Wirklichkeit die Erhöhung all dieser Leistungen selbst bezahlen. Wir glauben daher, daß man sich diese Ziffern im Budget ganz besonders gut anschauen muß.

Wenn Herr Abgeordneter Machunze — er ist leider nicht hier — davon spricht, daß wir eine Familie sind und daß der Familienvater Staat für seine Kinder sorgt, dann können wir nur feststellen, daß dieser Vater nicht sehr gerecht ist, daß er Lieblingskinder und Stiefkinder kennt und daß man es sich sehr leicht macht, gerade jenen, von denen man glaubt, daß man sie schlecht behandeln kann, ganz einfach etwas aus der Tasche zu nehmen, ohne ihnen wirklich Abgeltungen zu geben, obwohl man in der Öffentlichkeit behauptet, es würde, es werde, es soll abgegolten werden.

Wir sollen uns immer mit Versprechungen begnügen! Es heißt: Bei der kommenden Lohnsteuerreform wird schon darauf Rücksicht genommen werden. Es heißt, daß bei

Gertrude Wondrack

den Witwenpensionen — und das ist seit vielen Jahren auch von Ihrer Seite gefordert, und es ist bestätigt worden, daß es zu Recht erfolgt —, vor allem für diese Menschen, die dann plötzlich auf die Hälfte ihres bisherigen Lebensstandards gesenkt werden, etwas geschehen soll. Es wurde immer wieder gesagt: Ja, ja, das ist richtig, es soll etwas geschehen, die Witwenpension soll auf 60 Prozent erhöht werden. Das wird seit Jahren gefordert, es wird immer wieder anerkannt und des öfteren versprochen. Es klingt aber dann, meine sehr Verehrten, wie eine Verhöhnung, wenn uns der Herr Finanzminister hier erklärt: Sobald die Höhe der Steuernsenkung 1968 feststeht, wird man an eine stufenweise Aufstockung dieser Witwenpensionen denken! Man wird das Gefühl nicht los, daß man vielleicht knapp vor den nächsten Wahlen eine Stufe verwirklichen wird, damit man diesem Personenkreis auch einreden kann, daß diese Regierung für alle Österreicher, also auch für die Witwen, für die Alleinstehenden, da sei.

Wenn Herr Abgeordneter Machunze hier Schweden wegen der Schließung oder der Umstellung von Textilbetrieben anzieht, darf ich dazu wohl sagen: Da dürfte man auch die Großzügigkeit nicht übergehen, mit der man dort wirklich vorsorgt. Wenn man vorsorgt, wenn man Arbeitsplätze schafft, wenn man das Wohnungsproblem löst, wenn man dort den Menschen, die ein Eigenheim haben, auch eine entsprechende Abgeltung gibt, damit sie übersiedeln können, dann kann man auch über so etwas sprechen.

Man darf diese Fragen nicht nur von einem Gesichtspunkt aus lösen wollen. Es geht hier nicht nur darum, ob wir momentan Gewinne machen können oder nicht. Es wäre wirklich notwendig, etwas mehr in die Zukunft zu blicken und den Gewinn auf weitere Sicht im Auge zu behalten; ich meine die Erhaltung und die richtige Einsetzung der Arbeitskräfte.

Ich habe einiges über Schweden gesagt und erklärt, daß man dort in großzügiger Weise auch die Frage der Wohnung für die Dienstnehmer in Angriff nimmt und löst, wenn es zur Umsiedlung kommt. Bei uns haben wir wieder Versprechungen. In der Regierungserklärung wurde gesagt, die Frage der Wohnungsmisere müßte in Angriff genommen, soll gelöst werden, es soll Gerechtigkeit einziehen. (Abg. Guggenberger: *Alles auf einmal?*) Nicht alles auf einmal! Aber nicht in der Form, daß man im Jahre 1965, in dem es noch ein Budget der Koalition gegeben hat, noch 50 Millionen Schilling für jeden der beiden Wohnbaufonds eingesetzt, es aber diesmal nicht für notwendig befunden hat,

auch Budgetmittel für diesen Zweck bereitzustellen. Man beschränkt sich darauf, zu sagen: Die rückfließenden Einnahmen sollen für den Wohnungsbau verwendet werden.

Es ist ein großer Unterschied zwischen dem, was versprochen wird, und dem, was nun gehalten werden soll. Wo ist denn hier die Ausweitung, wo ist hier eine Lösung angedeutet? Wir suchen vergeblich nach dieser Lösung.

Wenn hier erklärt wurde, daß auf Grund des Eigentumswohnungsbaues eine ganze Reihe junger Ehepaare und auch andere wohnungssuchende Personen zu Wohnungen gekommen sind, so ist das richtig. Aber das ist ja nicht nur ein Verdienst der ÖVP. Ich weiß ganz genau, daß es eine Reihe von Genossenschaften gibt, die ebenfalls Wohnungen errichtet haben, in denen ebenfalls junge Ehepaare und Menschen, die Wohnungen gesucht haben, untergekommen sind. Aber all das ist zuwenig.

Wenn Sie sich wirklich einmal mit dem Wohnungsproblem befassen, müssen Sie zu der Erkenntnis kommen, daß die Wohnung eine Grundforderung der Menschen ist, daß sie mit Recht eine Grundforderung ist und daß man sich hinter diese Forderung mit aller Kraft stellen muß und daß man dafür wirklich vorsorgen soll. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Wenn man hier sagt, wir Sozialisten ständen auf dem Standpunkt, daß die Wohnung nichts kosten darf, dann möchte ich das verbessern: Wir stehen auf dem Standpunkt, die Wohnungen sollen kein Schacher und kein Gewinnobjekt sein! (*Beifall bei der SPÖ.*) Dazu stehen wir!

Ich möchte, dieses Kapitel abschließend, sagen: In der Rede des Finanzministers ist das Wohnungsproblem mit etwas mehr als acht Zeilen abgetan gewesen.

Nun noch ein Wort — ich möchte nicht allzuviel dazu sagen, es wurde hier schon sehr viel davon gesprochen — zur Frage der Kriegsopfer. Ich erinnere an die Rede meiner Kollegin, der Frau Abgeordneten Weber, zur Regierungserklärung. Sie stellte fest, daß für die Kriegsopfer zwar Verbesserungen versprochen, dazu aber sehr vage und ungenaue Andeutungen gemacht werden.

Wie sieht es nun in diesem Budget aus? Ich möchte zu den Zahlen nichts sagen, aber etwas möchte ich hier aussprechen: Ich gehöre nicht der Partei an, die die Regierung stellt, ich gehöre nicht zu dieser Regierung, aber glaube Sie mir: Dafür, daß der Finanzminister, wie in diesem Brief gestanden ist, sich nicht einmal Zeit genommen hat, nicht einmal die Gelegenheit gegeben hat, daß dieser Personenkreis mit ihm reden kann,

2012

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Gertrude Wondrack

habe ich mich als Mitglied dieses Hauses geschämt! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Ruf bei der SPÖ: Das wahre Gesicht der ÖVP!*)

Und nun einige Worte zu den aufgeworfenen Terminen. Es werden hier immer wieder Versprechungen gemacht, und sie werden in mancher Richtung sogar terminisiert. Das ist zwar ganz selten, meistens wird kein Termin genannt. Aber ich erinnere mich an eine Diskussion in diesem Hohen Hause, wo darüber gesprochen wurde, ob wirklich die Heizölverbraucher den Straßenbau mitfinanzieren sollen. Es wurden damals Versprechungen gemacht, der Herr Abgeordnete Dr. Hauser hat sich damals verpflichtet. Er hat uns zwar aufgefordert, ihn zu unterstützen, damit wir gemeinsam die Regierung unter Druck setzen können, dann aber gesagt: Wenn wir auch nicht mitstimmen, er verpflichtet sich, allein dafür zu sorgen, daß die Heizölbezieher aus der Mineralölsteuer herausgenommen werden.

Nun, Herr Abgeordneter Hauser, auch Sie haben hier leichtfertig ein Versprechen gegeben und konnten es nicht halten. (*Abg. Dr. Hauser: Sie haben es ja in dem Bericht, Frau Kollegin!*) Wir haben schon den Bericht, aber Sie haben damals ein Datum genannt. (*Abg. Dr. Pittermann: Bis 30. September eine Regierungsvorlage! Den Arbeitnehmer haben Sie auch hineingelegt!*) Sie haben damals gesagt: 30. September. Der ist längst vergangen. Es ist jetzt wohl ein Entwurf da, aber schauen Sie sich den Entwurf an: Er strotzt von bürokratischen und schikanösen Bestimmungen, mit denen man versuchen will, diesen Personenkreis zu binden, nur bei bestimmten Händlern einkaufen zu dürfen, und so weiter. (*Abg. Dr. Pittermann: So wie in Deutschland! Genauso! Ganz einfach!*) Darüber wird also auch noch gesprochen werden. Und die Heizölbezieher werden zahlen, denn die Heizperiode hat bereits begonnen! In diesem Hohen Haus ist bereits eingeheizt, damit uns nicht friert, und das, was hier geschieht, müssen wir auch den privaten Haushalten zubilligen; auch dort wird bereits geheizt, dort muß Heizöl gekauft werden (*Abg. Dr. Pittermann: Mit Zuschlag!*), und es wird die Mineralölsteuer mitbezahlt.

Herr Abgeordneter Hauser. Sie haben also nicht umsonst an uns um Mithilfe appelliert; Sie haben es allein nicht geschafft. (*Abg. Dr. Hauser: In einigen Wochen werden wir es hier beschließen!*) Abwarten! (*Abg. Doktor Pittermann: Da haben sie es schon bezahlt für diesen Winter!* — *Abg. Dr. Hauser: Sie haben noch nicht viel geheizt zu Hause!* — *Abg. Dr. Pittermann: Ich habe es Gott sei Dank deswegen leicht, weil ich einen Gaskamin*

habe!) Herr Abgeordneter Hauser, ich würde an Ihrer Stelle nicht so großzügig mit Versprechungen sein. Wir werden nach Abschluß des Winters sehen, wie lange die Heizölbezieher Mineralölsteuer bezahlen mußten. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Ich glaube, wir brauchen darüber nicht zu streiten. Wir sind ja einer Meinung. Sie sind ja auch der Auffassung, daß es herausgenommen werden soll. Wir werden nachher Bilanz ziehen, das ist ja unser Recht, und werden dann sagen, was in Wirklichkeit bei all dem herausgekommen ist, was vorher sehr großzügig versprochen wurde.

Gestatten Sie mir noch ein Wort. Wenn man hier aufzeigt, welche Politik gemacht wird — daß man den kleinen Leuten Belastungen auferlegt und ihnen noch dazusagt: Diese Belastungen sind vertretbar, die muß ihr verkraften, da darf ihr nicht einmal eine Abgeltung verlangen, eine Lohnerhöhung wäre ungerechtfertigt, wenn sie verlangt wird! —, dann wird einem sofort entgegengehalten, man wolle Neidkomplexe wecken. Dazu muß ich schon feststellen: Es ist eine etwas eigenartige Formulierung, den einen zu sagen: Seid nur schön still, wenn man euch etwas weg nimmt; ihr darf euch nicht wehren; das, was ihr hier als Gegenargument vorbringt, sind Neidkomplexe!

Ich muß Ihnen für meine Person sagen: Ich möchte nicht in einem Lande leben, und wenn es mir noch so gut ginge, wo es mir allein gut geht und ich um mich herum nur Not und Elend sehe. Ich glaube, es müßte das Bestreben aller hier im Hause vertretenen Parteien sein, daß wir gemeinsam trachten, dahin zu kommen, daß es keine Neidkomplexe geben muß, weil der Vater Staat eben nicht Lieblingskinder und Stiefkinder hat. (*Abg. Dr. Pittermann: Und Protektionskinder auch!*) Wir wissen schon, daß nicht alle das gleiche Einkommen haben können, aber es soll gerecht zugehen, es soll nicht ungerecht sein. Ich glaube, hier müßten wir uns eigentlich finden können.

Ich komme schon zum Schluß. Vom Finanzminister wird behauptet, daß dieses Budget wachstumsfördernd ist. Es ist bereits von anderer Seite auf diese Behauptung genügend eingegangen worden. Diese Behauptung wurde widerlegt, und die Tatsachen werden ja dann für sich sprechen. Aber wenn der Finanzminister so in einem Nebensatz meint, daß dieses Budget ein Budget des sozialen Fortschrittes sei, dann kann man sich wirklich nur wundern, denn dieses Budget ist bestens ein Budget der Erfüllung von gesetzlichen Verpflichtungen, die schon vorher beschlossen wurden und hinsichtlich derer die

Gertrude Wondrack

Sozialisten dafür eingetreten sind, daß sie im Gesetz verankert werden.

Wir haben heute hier so zwischendurch gehört, wie sehr man es bedauert, daß das alles schon festgesetzt, daß es gesetzlich verankert ist. Man hat so leicht das Gefühl bekommen, daß es doch ganz angenehm wäre, wenn man bestimmte soziale Verpflichtungen nicht mehr erfüllen müßte. Es sieht so aus, als ob, wenn es die gesetzlichen Verpflichtungen nicht gäbe, ein Absinken der Leistungen auf dem sozialen Sektor nicht zu verhindern wäre. Die gesamte österreichische Öffentlichkeit, alle Österreicher, auch die Österreicher, die Sie gewählt haben, danken es den Sozialisten, der Politik der Vergangenheit, daß es dazu nicht gekommen ist! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grundemann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Grundemann-Falkenberg** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn ich heute die Ehre habe, namens der österreichischen Land- und Forstwirtschaft zur Generaldebatte des Bundesbudgets für 1967 sprechen zu dürfen, möchte ich mich bemühen, diesen Beitrag im Sinne eines Appells des Verständnisses für diese Berufsgruppe, aber auch im Sinne der Bemühungen unserer Vertreter bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung zu leisten.

Meine Frau Vorrednerin hat gemeint, es gibt Stiefkinder und Lieblingskinder. Diesmal haben wir bei der Landwirtschaft nicht ganz das bisher immer dagewesene Gefühl der Stiefkinder, wohl aber auch nicht das der absoluten Lieblingskinder. Wir erheben aber auch keinen Anspruch darauf, von Ihnen in der Zukunft als Lieblingskinder angesehen zu werden.

Österreichs Landwirtschaft — und für die möchte ich zuerst einmal sprechen —, die Bauern unseres Landes und deren Familien kommen leider, und das ist keine österreichische, sondern eine absolut europäische Erscheinung, immer mehr und mehr zu der Auffassung, sie wären Menschen eines Standes, der nur in Notzeiten zu Bedeutung, hier allerdings zu einer überragenden Bedeutung gelangt, in den Zeiten des sogenannten Wirtschaftswunders aber, also in der industriellen und finanziellen Blüte der einzelnen Staaten, in einer Reservestellung zu verbleiben hat, die sich etwa so ausdrückt: Man braucht sie, weil sie die Voraussetzungen für die Lebensgrundlage liefern, aber sie sollen schön dankbar sein, wenn sie da und dort einmal etwas bekommen können.

Die Bauern haben das Gefühl, ständig im Kreuzfeuer der Angriffe zu stehen, auch jetzt

wieder ein bißchen; sie sollen zwar Sorge für die Lebensgrundlage der Bevölkerung tragen, dazu sind sie ja schließlich da, das ist ja ihre Aufgabe, aber fordern, ja fordern, dazu haben sie wenig Recht, es geht ihnen ohnehin nicht so schlecht, sie haben, was sie wünschen. Der Lebensstandard wird meist nach den gut gelegenen bäuerlichen Gegend, also nach jenen bäuerlichen Grundbesitzern bemessen, die einen Mercedes fahren, und sei es auch nur ein Diesel 180.

Meine Damen und Herren! In den Zeiten, in denen Österreichs Bevölkerung furchtbaren Hunger litt, als die Wiener praktisch nur von den Eßengeschenken der Russen und nebenbei vom Schwarzen Markt am Karlsplatz lebten, bestand für die Bauern sichtliches Interesse. Heute kann man natürlich mit den erforderlichen Geldmitteln die Defizite der landwirtschaftlichen Produktion, wenn man will, ohne weiteres ausgleichen. Man kann es nicht nur, man tut es auch. Wo immer ein Engpaß in der Versorgung entsteht, sei er durch eine Elementarkatastrophe oder durch den natürlichen Ablauf der klimatischen Verhältnisse verursacht, kann man ihn mit Geldmitteln ohne weiteres ausgleichen, man kann den Wünschen der Bevölkerung eines Landes, das durch kluge Maßnahmen seiner Regierung immer wieder den Anschluß an das Wirtschaftswunder anderer Länder fand, durch entsprechende Importe genügen.

Österreichs Landwirtschaft aber muß mit unserer klimatischen Situation rechnen. Wir müssen begreifen, daß auf unserem Breitegrad Obst und Gemüse eben zu anderen Zeiten reif werden, als dies etwa in Sizilien der Fall ist. Die Wünsche der Bevölkerung sind eben anders. Trotzdem bildet Österreichs Landwirtschaft — das sollte man nie vergessen, meine Damen und Herren — die sichere Grundlage dafür, daß auch in Zeiten europäischer und weltwirtschaftlicher Not die Landwirtschaft zum überwiegenden Teil — siehe 1945 und 1946 — die Existenz des Lebens der Bevölkerung garantiert.

Heute aber, in der Zeit der Technik, mit ihren Forderungen und Wünschen, betrachtet man allem Anschein nach die Landwirtschaft als selbstverständliche Nebensächlichkeit, der nur die Aufgabe zukommt, die Lebensmittelversorgung Österreichs nach besten Kräften zu garantieren. Und wenn diese besten Kräfte nicht reichen, wird man eben mit allem Nachdruck dafür sorgen, daß durch Importe aus anderen Ländern die Wünsche der Menschen in Österreich — und nicht nur in unserem Land, es ist überall das gleiche, in allen Ländern Europas — erfüllt werden, gleichgültig, ob der Bauer in Österreich oder in den anderen

2014

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Grundemann-Falkenberg

Ländern in Schwierigkeiten kommt. Die unendlichen Mühen um eine Akkordierung der europäischen Landwirtschaft sind ein absoluter Beweis dafür. Ich möchte keineswegs sagen, daß das ausschließlich eine österreichische Erscheinung ist; die Ereignisse in Frankreich oder in England zeigen genau dieselben Merkmale.

Meine Damen und Herren! Wir haben nun das Budget 1967 vor uns. Die Meinung eines Teiles der Opposition ist mir bekannt: Sie besteht darin, den Agrariern mehr Mittel zu beschaffen, den Konsumenten Lasten aufzubürden, die aus der Verringerung der Stützungsmittel erfließen. Sehen Sie, die Maßnahme des Abbaues der Stützungsmittel für die agrarischen Produkte ist genau der Beweis für die Behauptung, die die Bauern schon immer aufgestellt haben, daß diese Stützungsmittel des Staates nicht dem Produzenten, sondern dem Konsumenten zugute kamen. Jetzt, wo es zum Abbau dieser Stützungen kommt, zeigt es sich ja eindeutig, daß die Bauern aus ihnen keinerlei Vorteile gezogen haben, daß diese Methode dem Interesse der Konsumenten gewidmet war. Die Bauern stehen daher auf dem Standpunkt: Wenn der Finanzminister der Meinung ist, daß die Grundnahrungsmittel — also Milch und Getreide — endlich einmal von staatlichen Interventionen befreit werden sollen, so ist diese Meinung nicht als abwegig zu bezeichnen, zumal diese Maßnahme auf dem agrarischen Sektor in Etappen vorgenommen werden soll, um den Eintritt Österreichs in die EWG und die Möglichkeit der Harmonisierung der österreichischen Landwirtschaft mit der EWG zu gewährleisten.

Aus den nicht anzuzweifelnden Ziffern des agrarischen Berichtes, der Ihnen allen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, vor einigen Tagen zuging, sind unter anderem auch die Einkommensverhältnisse der österreichischen Bauernschaft zu ersehen. Diese Ziffern sind unangreifbar. An ihnen hat eine Reihe von Organisationen, auch die Arbeiterkammer, auch der Gewerkschaftsbund, mitgewirkt. Nach dieser Aufstellung beträgt gegenwärtig das Durchschnittseinkommen der Bauern in Österreich weniger als 24.000 S, knapp über 23.000 S im Jahr, und dies nicht nur als Abgeltung der Arbeitsleistung, sondern auch als Rente der bäuerlichen Betriebe.

Wenn Sie nun diese etwas mehr als 23.000 S auf ein Vierzehntel, also auf den Monatslohn umrechnen, ergibt sich ein solcher von etwas mehr als 1600 S im Monat, und das für Menschen, die zweifellos als Facharbeiter gelten können. Natürlich gibt es auch Unterschiede, zugegeben. Die Situation der Bergbauern ist aber sicher wesentlich ungünstiger.

Vielleicht würde der eine oder der andere dazu meinen, diese Art von Betrieben hätte keine Existenzberechtigung mehr. Es wurden auch Reden gehalten, wonach eine bestimmte Betriebsgröße, wahrscheinlich nach dem landwirtschaftlichen Grund gerechnet, minimalst die Existenzsicherung der bäuerlichen Betriebe gewährleisten kann. Das würde also bedeuten, daß bergbäuerliche Betriebe aufzugeben wären.

Meine Damen und Herren! Man wundert sich oft überhaupt, daß diese Menschen bei der unendlich schweren Arbeit, die sie zu leisten haben, und dem minimalen Verdienst noch auf ihren Höfen bleiben. Treue zur Familie, Treue zum Herrgott und Treue zu ihrer Heimat ist der Grund. Dankbar müssen wir ihnen sein, daß sie sich noch diesen Idealismus bewahren, helfen muß man ihnen, damit sie nicht verzweifelt abwandern, stützen muß man sie, nicht ihnen den Existenzverlust prophezeien. Das ist in allen Gebirgsländern so und nicht nur bei uns. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Leider müssen immer mehr Bauern wegen Existenzschwierigkeiten die Scholle verlassen. Aus dem Bauernland wird ein Industrieland. Man fragt sich nur: Soll die Zukunft der Menschen darin bestehen, daß sie in ein paar Jahrzehnten nur noch von Ernährungssuppen leben? Düster ist die letztthin ausgegebene Prognose der FAO. Die Weltbevölkerung stieg im letzten Jahr um 70 Millionen Menschen, die Nahrungsmittelproduktion hat jedoch keine Zunahme erfahren. Das bedeutet, daß die Pro-Kopf-Erzeugung um 2 Prozent zurückging. Da können wir nur sagen: Gottlob, in unserem Land ist es noch nicht so weit. Jeder einzelne Bauernbetrieb aber ist für die Zukunft ein Scheck auf die Erhaltung der Menschheit.

Wenn also etwa damit argumentiert wird, daß die Bauern durch die Erhöhung der Mittel des Grünen Planes mehr bekommen, so können wir dem nur entgegenhalten, daß diese Erhöhungsmittel nicht dazu dienen, um etwa den Bauern mehr Geld in die Hand zu geben, sondern zum Zwecke der Verbesserung der Produktionsmöglichkeiten und der Verbesserung der agrarischen Struktur eingesetzt werden sollen. Darunter fallen etwa verstärkte Maßnahmen beim Güterwegebau, die Restelektrifizierung der österreichischen Höfe, Ent- und Bewässerungsanlagen und dergleichen mehr. Der Einsatz dieser Mittel dient vor allem dazu, die bäuerlichen Betriebe krisenfest zu machen und sie für die kommende Konkurrenz bei der Assozierung Österreichs mit der EWG vorzubereiten. Bei dieser Assozierung muß unser Land natürlich darauf gefaßt sein, daß es in

Grundemann-Falkenberg

Europa nicht nur eine Harmonisierung der Löhne, sondern auch eine solche der Produktenpreise geben wird.

Heute schon sehen wir — wie bereits erwähnt — in den EWG-Ländern die ungeheuren Schwierigkeiten dieser Harmonisierung gerade bei der Landwirtschaft. Sollen wir da vielleicht in Österreich mit den Vorbereitungen zurückstehen und warten, bis wir vor fertigen Tatsachen stehen? Dann würde eine Bereinigung dieser ganzen Frage für Österreich ein wesentlich schwierigeres Problem bedeuten, als wenn man eine solche Harmonisierung etappenweise vorbereitet.

Aus den uns vorliegenden Ziffern ist aber ebenso ersichtlich, daß sich die Produzentenpreise der bäuerlichen Betriebe im Laufe der letzten Jahre kaum geändert haben, jedenfalls nicht beim Getreide; ein wenig bei der Milch, das geben wir zu. Bei einer Reihe von Produkten wurden die österreichischen Preise sogar billiger; jedenfalls halten sie den Vergleich mit denen der anderen europäischen Staaten aus.

Die Bauern waren daher beim Wunsch nach Erhöhung des Einkommens gezwungen, die Betriebe weitgehend zu rationalisieren, zumal auch die Zahl der Arbeitskräfte von Jahr zu Jahr abnimmt. Für das vergangene Jahr wird die Abwanderung mit 24.000 Menschen angegeben. Die Kosten für die erforderlichen Maschinen, die Kosten auf dem Bausektor sind aber von Jahr zu Jahr enorm gestiegen, ganz zu schweigen von den natürlich alle Jahre eintretenden Lohnerhöhungen. Die Disparität zwischen Einkommen und Produktionskosten wird alle Jahre größer.

Um den Bauern die Möglichkeit einer Rationalisierung geben zu können, sind Voraussetzungen erforderlich, die der bäuerliche Betrieb unmöglich allein bestreiten kann. Diese Voraussetzungen zu schaffen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Grünen Planes. Natürlich sind in diesem Grünen Plan auch Mittel inbegriffen, die der Qualitätsverbesserung der Produkte dienen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir auch hinsichtlich der Qualität in Zukunft einer schweren Konkurrenz gegenüberstehen werden. Das gilt vor allem auf dem Gebiet der Milch und Milchprodukte.

Ähnliches muß auch beim österreichischen Weinbau erfolgen. Gestatten Sie ein Wort auch zu diesem: 75.000 Familien betreiben in Österreich den Weinbau, etwa die Hälfte hauptberuflich. Der Jahresproduktionswert beträgt je nach Menge und Preis 1 bis 2 Milliarden Schilling. Zu einem beachtlichen Prozentsatz wird der Weinbau auf Grenzertragsböden, auf Steilhängen be-

trieben, die sonst höchstens forstlich genutzt werden könnten, und das wohl mit einem Umlauf von hundert Jahren. Sicher ist aber, daß der österreichische Wein dank intensivster Betriebsverbesserungen mit einem erfreulichen Prozentsatz von Spitzenqualitäten durchaus Zukunftschancen hat. Auch da muß äußerst vorsichtig gewirtschaftet werden. Preisschwankungen sind auszugleichen, um eventuelle Notverkäufe hintanzuhalten. Selbstverständlich ist auch die Produktionsstabilisierung zu beachten, und dazu müssen Mittel eingesetzt werden, um die Krisenfestigkeit und die Konkurrenzfähigkeit im europäischen Großraum zu erhalten. Der Weinbauer fürchtet diesen Großraum nicht, aber gleiche Chancen wie dem ausländischen Kollegen muß man ihm schließlich zubilligen. Eines wäre für unsere Weinbauern tödlich: Auslandspreisverhältnisse und keine Unterstützung im Inland. Aber mit diesen Fragen wird sich ja sicherlich einer meiner Fraktionskollegen im Laufe der Budget-debatte befassen.

Noch eine Sparte der österreichischen Agrarwirtschaft bedarf größter Beachtung und Unterstützung, um wettbewerbsfähig zu bleiben: die österreichische Gartenbauwirtschaft. Hier ist unser Land besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt, wenn man bedenkt, daß die Länder im Süden von uns alles Interesse haben, ihre unter ganz anderen klimatischen Verhältnissen erzeugten Produkte nach Österreich zu exportieren. Man sollte da wohl auch die Auffassung vertreten, daß die Erhaltung der Gartenbaubetriebe nicht nur als im Interesse dieser Gruppe, sondern insbesondere auch im Interesse der Konsumenten liegend anzusehen ist.

Wenn heute die Hausfrauen Klage über teures Gemüse oder über teures Obst führen, so ist das zu einem erheblichen Maß auf die Preise der Importprodukte zurückzuführen. Ich glaube nicht, daß man behaupten kann, daß österreichische Ware qualitätsmäßig schlechter wäre als die ausländische. Es gibt nur, jahreszeitlich bedingt, bei der Anlieferung an die Märkte Schwierigkeiten. Zu beobachten ist auch leider — und dem stimmt man wohl von allen Seiten zu —, daß die Wünsche eines Großteils der Konsumenten immer dann laut werden, wenn das eine oder andere Produkt eine Mangelware darstellt. Das läßt sich nicht nur beim Gemüse behaupten, auf dem Fleischsektor haben wir ganz ähnliche Erscheinungen.

Außer den im Grünen Plan vorgesehenen Erhöhungen der Dotierung der im Budget dafür verankerten Beträge ist auch eine Erhöhung für die verbilligten Treibstoffe in der Landwirtschaft vorgesehen. Und dies nicht

2016

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Grundemann-Falkenberg

etwa — das muß man doch auch einmal sagen — der Treibstoffe zum Betrieb der Personenautos, wie manche zu glauben scheinen, sondern ausschließlich für den Betrieb landwirtschaftlicher Maschinen, vor allem der Traktoren. Dabei ist zu bedenken, daß die Arbeit der Traktoren vorwiegend nicht auf den Straßen, sondern auf den Feldern und Wiesen erfolgt. Man möge aber auch nicht außer acht lassen, daß solche Methoden in ganz Europa gang und gäbe sind, zum Beispiel in Frankreich, wo der Treibstoffpreis für die Landwirtschaft trotz der Ermäßigung für den österreichischen landwirtschaftlichen Treibstoff noch immer wesentlich geringer ist als bei uns. Ich darf aber auch besonders darauf aufmerksam machen, daß durch die Erhöhung der im Budget vorgesehenen Mittel nicht etwa eine größere Preisermäßigung für die bisher benützten Fahrzeuge erfolgt, sondern daß diese Erhöhung infolge des Ansteigens der Zahl der verwendeten Maschinen notwendig erscheint, um die bisherige Ermäßigung in der Punktezahl halten zu können.

Noch auf einem Sektor erfolgen Verbesserungen: bei der Düngemittelstützung, bei einem Produkt, welches eine unerlässliche Voraussetzung für die Produktionssteigerung bildet.

Meine Damen und Herren! In einem Artikel einer unserer Zeitungen heißt es: „Die Landwirtschaft hat es verstanden, die sich abzeichnende Niederlage noch einmal in einen Sieg umzumünzen und die Staatskassen erneut kräftig anzupfen. Solange die Agrarfunktionäre jubilieren, solange sie nicht mindestens ebenso unzufrieden sind wie die Konsumenten in Stadt und Land, ist Mißtrauen durchaus am Platz.“ — Um zu versuchen, dieses Mißtrauen zu beruhigen, müßte ich dem Herrn Artikelschreiber sagen, daß uns die Degradierung der Landwirtschaft nicht nur bei uns, sondern auch in unseren Nachbarstaaten in Europa, wenn auch nicht überall, gelehrt hat, daß man dankbar sein muß und nicht immer raunzen soll, wenn man etwas bekommen hat. Wir sind sicher dafür dankbar, daß es möglich war, im Budget für die Nöte der Landwirtschaft etwas vorzusorgen und uns damit die Möglichkeit zu geben, der schwer ringenden österreichischen Landwirtschaft etwas mehr helfen zu können.

Wenn aber von Jubilieren gesprochen wird, muß ich wohl sagen, daß durchaus nicht alle Wünsche der Landwirtschaft erfüllt wurden. Eine ganze Reihe hochwichtiger Probleme steht noch offen, eine Bedeckung für die Erfordernisse war im Budget nicht zu finden. Da hoffen wir auf die Zukunft. Wenn andere Gruppen ihre Wünsche auch so rationieren

würden wie die Landwirtschaft, hätte der Finanzminister sicher etwas weniger Sorgen. Darf ich mir dazu zu bemerken erlauben, daß wir auf sozialem Gebiet noch eine ganz schöne Zahl offener Wünsche haben, auch wenn für den Hilflosenzuschuß in der Landwirtschaft im zweiten Halbjahr 1967 Mittel bereitgestellt werden konnten. Die von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern aus Gerechtigkeitsgründen mit Nachdruck verlangte Ausgleichszulage zur Zuschußrente findet im Budget keine Deckung, ebensowenig die Nachziehung der bäuerlichen Unfallsrenten im Zusammenhang mit einer Neuregelung der Finanzierung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

Gestatten Sie mir auch, auf die Kriegsopfersversorgung besondere Betonung zu legen, auch wenn ich dazu nicht in dem Sinne spreche wie alle meine Voredner. Ich darf vom Standpunkt der Landwirtschaft aus nur sagen, daß wir die Berücksichtigung der bäuerlichen Kriegsopfer bei der kommenden Novelle wünschen, insbesondere eine gerechte Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Einkommens durch Novellierung des § 13 Abs. 4 des Kriegsopfersversorgungsgesetzes. Hier befinden sich die bäuerlichen Kriegsopfer schwer im Nachteil, aber auch dazu wird wohl einer meiner Kollegen im Verlauf der Debatte diesen unseren Standpunkt im einzelnen präzisieren können.

Die für die Krankenversicherung der Bauern gegenwärtig erforderlichen Mittel enthält das Budget dank der gesetzlichen Bestimmungen, und darüber sind wir befriedigt. Sorge macht uns nur der vertragslose Zustand mit den Ärzten, aber das gehört nicht hieher, ich bitte um Pardon, wenn ich das eingeflochten habe.

Auch die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft finden im Budget durch Erhöhung der Mittel für den Wohnungsbau eine kleine Verbesserung. Hier stehen wir aber auf dem Standpunkt, daß diese Dienstnehmer ebenso das Recht auf soziale Löhne haben, wie jeder andere im Staat es für sich beansprucht, ja ich möchte fast sagen, angesichts der Schwere der Arbeit haben sie sogar noch Anspruch auf mehr. Wie dies zu leisten wäre, ist aber angesichts des Rückgangs der Ertragslage der Betriebe die große Frage. Ich möchte mir daher auch diesbezüglich erlauben, an das Hohe Haus zu appellieren, zu verstehen, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft geschaffen werden müssen, damit wir auch auf diesem Gebiet etwas mehr tun können als bisher.

Für die Berufsausbildung der Landarbeiter ebenso wie für die der Bauern, die eine

Grundemann-Falkenberg

selbstverständliche Voraussetzung für Gedeihen und Bestehen unserer Landwirtschaft ist, werden natürlich auch finanzielle Mittel benötigt. Sie sind im Budget ebenfalls vorgesehen.

Mit einer Frage, die immer wieder angeschnitten wird, gestatten Sie mir, mich auch zu befassen: mit der ewigen Beschuldigung, der Bauer zahle keine Steuer. Was der Grundsteuermeßbetrag ist, ist allgemein bekannt. Daß aber auf diesem Grundsteuermeßbetrag eine ganze Reihe sehr erheblicher Abgaben liegen, wissen manche nicht: Grundsteuer: selbst: 400 Prozent, Unfallversicherung: derzeit 420 Prozent, Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben — LZVG. —: 225 Prozent, abgesehen vom personnelten Beitrag, Familienlastenausgleichsfonds: 125 Prozent des Grundsteuermeßbetrages; also allein aus diesen vier Abgaben 1170 Prozent Belastung des Grundsteuermeßbetrages. Dazu kommt noch die darauf basierende Kammerumlage, die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich ist, im Schnitt aber ungefähr 250 Prozent beträgt, und schließlich ist noch die Kirchensteuer ebenfalls auf dieser Grundlage aufgebaut. Wenn Sie das alles summieren, kommen Sie sehr nahe an eine Belastung von 1500 Prozent des Grundsteuermeßbetrages für die Bauern. Ich glaube, da kann man wohl nicht sagen, daß die Bauern nichts zahlen.

Nun gestatten Sie mir noch ein paar Worte hinsichtlich der Forstwirtschaft — ich kann es als Forstwirt eben nicht unterlassen. Ich habe neulich schon mit Ziffern aufwarten können, die mir ein Wiederholen ersparen. Hier aber im Zusammenhang mit dem Budget darf ich doch einmal bemerken, daß die derzeitigen Holzpreise, auf die immer und immer wieder hingewiesen wird, seit zehn Jahren ungefähr gleich hoch sind, daß aber in diesem Zeitraum die Löhne um 70 Prozent und die auf dem Grundsteuermeßbetrag basierenden Belastungen um 65 Prozent angestiegen sind. Ich rede gar nicht von den sonstigen Produktionskosten in der Forstwirtschaft.

Man kann mit Recht behaupten, die Forstwirtschaft befindet sich gegenwärtig in einer Krise. Auch hier sollten Investitionen und Aufwendungen für die zukünftige Waldentwicklung erfolgen, die einfach nicht mehr herauszuwirtschaften sind. Vor kurzem hat ein Vertreter des Ministeriums in Bonn bei einer Tagung erklärt, daß 60 bis 70 Prozent der deutschen Waldflächen nicht mehr mit einer aktiven Bilanz zu bewirtschaften sind. In Österreich ist beiläufig der gleiche Fall eingetreten. Was wären da für Investitionen notwendig, wenn ich etwa auf die neulich bei der Hochwasserdebatte so oft angezogenen

Ödlandaufforstungen im Gebirge zu sprechen kommen oder an die Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser und Lawinen oder an die Erholungsfunktion des Waldes beziehungsweise an seine Funktion als Wasserspeicher erinnern darf. Bisher wurde der weitaus größte Teil der Erfordernisse von den forstwirtschaftlichen Betrieben aus eigener Kraft getragen. Ich sage ausdrücklich: der weitaus größte Teil, denn bei den Ödlandaufforstungen gab es staatliche Zuschüsse. Ich will gar nicht etwa einen Vergleich mit Holland ziehen, wo pro Hektar Wald jährlich ein Betrag von 60 S aus Staatsmitteln zur Verfügung gestellt wird, nur um die Erholungsfunktion des Waldes zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren! Alle die Themen auszubauen oder auch noch weitere hinzuzufügen, würde keine Schwierigkeiten bedeuten. Im einzelnen werden sie im Laufe der Debatte ohnehin noch untersucht werden, aber eine Zusammenfassung erlauben Sie mir doch:

Ich habe bereits betont: Wir anerkennen, daß es möglich war, im Budget wenigstens einen Teil unserer Wünsche, insbesondere hinsichtlich einer besseren Dotierung des Grünen Planes, der Treibstoffverbilligung und der Sicherung der Handelsdüngerpreise, einzubauen. Auch der Baukredit für landwirtschaftliche Schulen ermöglicht eine zügige Weiterführung. Ich darf aber bezüglich der Mittel des Grünen Planes eine gestrige Bemerkung des Herrn Landwirtschaftsministers anbringen: Es ist utopisch, zu glauben, daß wir in acht, geschweige denn in fünf Jahren mit der Verkehrserschließung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Österreich fertig werden können; zuviel ist hier zu leisten.

Zum Schluß noch einige Anfügungen. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttonationalprodukt ist neuerlich empfindlich, und zwar auf 8,5 Prozent, zurückgegangen, das Betriebsinkommen gesunken. Der Index der Betriebseinnahmen erfuhr eine Verminderung um 0,7 auf 126,3 Punkte, jener der Ausgaben eine Erhöhung um 1,9 auf 142,2 Punkte. Die Disparität hat demnach weitere Fortschritte erfahren. Die Differenz beträgt nunmehr 12,6 Punkte! Wenn wir die Existenz der Landwirtschaft Österreichs sichern wollen — und ich hoffe doch, daß die Einsicht dazu vorhanden ist —, stehen uns noch Aufgaben bevor, die nicht nur eine ungeheure Arbeit, sondern auch den Aufwand erheblicher Mittel bedeuten. Wenn wir für eine Verbesserung sorgen, ist das nicht nur im Interesse der Bauernschaft, sondern des ganzen Volkes und nicht zuletzt im Interesse der Konsumenten. Daß wir hier aber etwas tun müssen,

2018

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Grundemann-Falkenberg

zeigt die Untersuchung der CEA aus der allerletzten Zeit, nach welcher die Kaufkraft der österreichischen Agrarprodukte seit 1952 gegenüber allen anderen Ländern am meisten absank. Ich glaube, daß nicht nur die Bauern, sondern alle Österreicher es in Zukunft zu bereuen hätten, wenn wir nicht immer wieder Sorge für die Existenzsicherung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft tragen würden. Wir dürfen als Agrarier und insbesondere als agrarische Abgeordnete nie erlahmen, unserer gesamten Bevölkerung die Situation der Land- und Forstwirtschaft eindringlich vor Augen zu führen. Wir haben hier eine Aufgabe zu erfüllen, die nicht nur in Notzeiten, sondern auch in Wohlstandszeiten unabweslich ist.

Zum Jubilieren, meine Damen und Herren, haben wir keinen Grund. Aber wir haben von Jugend auf gelernt, danke schön zu sagen, wenn wir etwas bekommen oder wenn man uns Verständnis zeigt. Und dieses Dankeschön möchten wir heute auch sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jede Budgetdebatte gibt Gelegenheit, auch über das Gesamtverhalten einer Regierung oder einzelner ihrer Minister zu sprechen; im besonderen wenn es sich hiebei um das Verhalten gegenüber dem Souverän dieses Staates, nämlich der Volksvertretung, handelt. Ich sehe mich daher heute veranlaßt, im Rahmen dieser Budgetdebatte einen besonderen Fall der Mißachtung, den eines der Mitglieder der Bundesregierung dem Nationalrat gegenüber zu verantworten hat, hier zur Sprache zu bringen.

Am 15. Juni dieses Jahres hat die freiheitliche Fraktion an den Bundesminister für Unterricht eine schriftliche Anfrage unter Nummer 43/J, betreffend die Brückierung der Deutschen Sporthochschule Köln, eingebracht. Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, den Wortlaut dieser Anfrage, weil er für das Verständnis des Folgenden wesentlich ist, in Erinnerung rufen. Sie lautete:

„Seit mehr als zehn Jahren hielt die weltberühmte Deutsche Sporthochschule in Köln ihre alljährlichen Schilehrgänge im staatlichen Schiheim Obergurgl im Ötztal ab. Etwa 100 Studenten und Studentinnen erhielten hier einen eindrucksvollen Anschauungsunterricht über den österreichischen Schibetrieb in unseren Hochalpen. Selbstverständlich war das ein Anreiz für die Teilnehmer, selbst und mit Schülern und Bekannten später wieder nach Österreich zu kommen. Da an der Kölner

Hochschule auch viele Ausländer (sogar aus dem Fernen Osten) studieren, war somit diese Werbung für Österreich nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt.

Die Verbindung zwischen Obergurgl und Köln hatte der frühere Heimleiter von Obergurgl, Professor Dr. Wolfgang Burger, hergestellt, indem er bald nach Eröffnung des Heimes in ehemaligen Gebäuden der österreichischen Zollwache den damaligen Rektor der Kölner Hochschule, Professor Dr. Karl Diem, nach Obergurgl einlud. Seitdem verliefen die Lehrgänge klaglos zur beiderseitigen Zufriedenheit. Jeder Heimleiter würde sich glücklich schätzen, eine so große und angesehene Hochschule als „Stammgast“ zu haben, und würde alles tun, um sie an das Heim zu fesseln.“

Jetzt bitte ich Sie, meine Damen und Herren, sich den folgenden Satz aufmerksam anzuhören, weil er das crimen der Angelegenheit sein soll.

„Anders aber der Nachfolger Dr. Burgers, Professor Franz Hoppichler, ein Schwiegersohn des Heimleiters von St. Christoph am Arlberg, Professor Stefan Kruckenhauser, der durch seine politischen Beziehungen 1934 bis 1938 auf den Arlberg kam und dort wieder seit 1945 wirkt.“

Die Anfrage fährt fort:

„Beim letzten Lehrgang waren die Kölner mit 130 Teilnehmern gekommen. Die organisatorische Leitung hatte ein Mitglied der Prüfungskommission für Schilehrer, die fachliche ein für das Schifahren besonders befähigter Studienrat, die Frauen wurden von einer langjährigen Lehrerin der Sporthochschule betreut. Auch dieser Lehrgang verlief ohne eine zum Ausdruck gebrachte Beschwerde des Heimleiters an die Kölner Verantwortlichen. Am Schluß wurde der Austausch von Filmen zwischen Köln und Obergurgl besprochen sowie einige Einzelheiten für den nächsten Lehrgang. Allerdings fiel auf, daß der Heimleiter — nämlich Professor Hoppichler — überhaupt keine Fühlung mit den Gästen suchte und am Schluß nicht einmal dadurch das Mindestmaß an Umgangsformen aufbrachte, da er dem Abschiedsabend fernblieb und auch keine Abschiedsworte für die Gäste fand, wohl aber kleine Geschenke annahm.“

Kaum aber waren die Gäste abgereist, beantragte Professor Hoppichler bei der BundesSportverwaltung in Wien, die Kölner nicht mehr aufzunehmen. Hauptgrund: Die Kölner seien schon lange im Heim, jetzt solle ... Abwechslung sein. Außerdem wurden von ihm auf einmal Verstöße gegen die Heimordnung entdeckt, von denen in Anwesenheit der Gäste“ früher „nie die Rede war, so: eine

Dr. van Tongel

große Zahl von Studenten drücke sich von den Übungen, die Zahl der angeblich „Verletzten“ sei sehr groß, desgleichen der Alkoholverzehrer, manche seien frech und so weiter. Das waren also lauter Behauptungen, die sofort mit den Verantwortlichen hätten geklärt und, wenn nötig, abgestellt werden müssen. Auf keinen Fall durfte der Heimleiter zuerst nichts sagen und später die Gäste beim Ministerium anschwärzen.

Der Antrag des Heimleiters wurde an das Unterrichtsministerium weitergeleitet, und ein Ministerialbeamter hat nicht etwa zuerst eine Äußerung der Kölner über die angeblichen Verstöße eingeholt, wie dies die primitivsten Regeln des Anstandes verlangen, sondern er entschied, daß die Kölner Sporthochschule im kommenden Winter in den staatlichen Heimen“ in Österreich „nicht zu berücksichtigen ist.

Selbstverständlich nahm der Rektor der Sporthochschule Köln, Professor Dr. Werner Körls, der selbst oft in Obergurgl weilte, diese beleidigende Behandlung einer deutschen Hochschule durch einen Ministerialbeamten“ des österreichischen Unterrichtsministeriums „nicht ruhig hin, sondern berichtigte auf Grund der Darstellungen seiner Mitarbeiter die maßlos übertriebenen und zum Teil unwahren Anwürfe und verwahrte sich gegen die unsachliche Erledigung der Anzeige des Heimleiters, Professor Hoppichler.

Das „österreichische“ Unterrichtsministerium aber antwortete dem Rektor in Köln überhaupt nicht, worauf die Sporthochschule Köln in die Schweiz übersiedelte. Außerdem lehnte“ der Rektor in Köln „die Einladung eines österreichischen Hochschulinstitutes ab, einen Vortrag in Österreich zu halten, solange sich das“ österreichische „Unterrichtsministerium derart unfreundlich verhalte.“

Das ist der Tatbestand, meine Damen und Herren! Die freiheitlichen Abgeordneten haben daher am 15. Juni den Unterrichtsminister Dr. Piffl-Perčević wie folgt gefragt:

„1. Sind Ihnen, Herr Minister, die geschilderten Vorgänge und das Verhalten des Heimleiters, Professor Hoppichler, sowie eines Beamten Ihres Ministeriums bekannt?“

2. Was gedenken Sie zu tun, falls das geschilderte Verhalten der österreichischen Stellen tatsächlich die Ursache des Wegganges der Sporthochschule Köln aus Österreich ist?“

3. Sind Sie bereit, alle Versuche zu unternehmen, um den Zwischenfall zu bereinigen, damit die Wiederaufnahme der Schilehrgänge in Obergurgl seitens der Kölner Sporthochschule erreicht wird?“

Ich erspare mir Worte der Begründung, Hinweise auf Fremdenverkehr und ähnliches mehr. Ich stelle nur folgendes fest:

Die Anfrage wurde am 15. Juni eingebracht. Für die Beantwortung oder die Begründung der Nichtbeantwortung sieht die Geschäftsordnung eine zweimonatige Frist vor.

Als Anfang September die Hochwassersitzung des Nationalrates in Aussicht gestellt war, haben wir an den Herrn Präsidenten des Nationalrates — es sind andere Anfragen auch nicht termingemäß beantwortet worden — unter anderem auch diese Nichtbeantwortung urgierend festgestellt. Der Herr Präsident des Nationalrates Dr. Maleta hat uns geantwortet, er habe die in Betracht kommenden Ministerien, daher auch das Unterrichtsministerium, auf die Angelegenheit hingewiesen.

Nun kommen wir zum eigentlichen Gegenstand meiner Vorbringung. Vor vier Tagen, am 15. Oktober, langte vom Bundesminister für Unterricht folgendes Schreiben, datiert mit 4. Oktober 1966, an die Kanzlei des Präsidenten des Nationalrates ein:

„Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich die Anfrage der Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen Nr. 43/J gemäß § 71 Absatz 3 des Bundesgesetzes über die Geschäftsordnung des Nationalrates nicht beantworte, und zwar aus folgendem Grund:

Der Versuch der Anfrage, meinen Mitarbeiter im Ressort, Professor Franz Hoppichler, dadurch offenkundig abwertend charakterisieren zu wollen, daß er ein Schwiegersohn des Heimleiters von St. Christoph am Arlberg sei, der durch seine politischen Beziehungen 1934 bis 1938 auf den Arlberg kam und dort wieder seit 1945 wirkt, kennzeichnet ihr Niveau, auf welches sich einzustellen einem österreichischen Minister nicht zugemutet werden kann.“ Unterschrift: Dr. Piffl.

Meine Damen und Herren! So etwas war weder in der Ersten noch in der Zweiten Republik jemals der Fall. Ein Minister, der überdies Mitglied dieses Hauses ist, schreibt: Eine Passage in der Anfrage, die ich Ihnen ausdrücklich zur Kenntnis gebracht habe, mit der auch gar nicht die Absicht verfolgt wurde, jemanden abwertend zu charakterisieren — diese Behauptung ist eine Unterstellung des Unterrichtsministers —, „kennzeichnet ihr Niveau, auf welches sich einzustellen einem österreichischen Minister nicht zugemutet werden kann.“ Abgesehen von der Fristversäumnis — um diesen Schrieb loszulassen, brauchte man nicht vier Monate zu warten und die Geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebene Frist zu verletzen; das hätte man am 17. Juni entdecken können, wenn das Niveau dieser Anfrage angeblich so arg ist.

Ich möchte mir ersparen, darauf hinzuweisen, welches Niveau durch diese Anfrage-

2020

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Dr. van Tongel

beantwortung charakterisiert wird. Ich gehe darauf nicht ein. Ich frage aber den Hohen Nationalrat, ob er gewillt ist, sich derartiges sagen zu lassen, denn es ist nicht nur eine Beleidigung meiner Fraktion, sondern aller Mitglieder dieses Hauses, wenn ein Minister die Nichtbeantwortung einer Anfrage in einer solchen Form zu begründen versucht.

Zum Gegenstand selbst: Hier wird ausgewichen, um nicht ein anderes, schärferes Wort zu gebrauchen. Wenn das wahr ist, was wir in unserer Anfrage gesagt haben, dann hat man dazu Stellung zu nehmen. Wenn dem Herrn Minister der Satz mit dem Schwiegersohn nicht gepaßt hat, hätte er ruhig in einer Passage seiner Beantwortung sagen können: Ich weise das zurück!, oder: Ich halte das für überflüssig!, oder sonst irgendwie. Das hätte man als Zensur ohne weiteres zur Kenntnis genommen. Aber sich die Sache so einfach zu machen und nicht zu antworten, die konkreten Fragen nicht zu beantworten und nicht festzustellen, ob das alles wahr ist, was hier behauptet wurde, das ist ein derartiger Mißbrauch der Stellung eines Ministers gegenüber einer anfragenden Fraktion, daß dies nicht hingenommen werden kann.

Wir werden unser Verhalten der Bundesregierung gegenüber im gesamten davon abhängig machen, ob sie sich von dieser skandalösen Antwort distanziert oder nicht. Das Wort dazu hat die Gesamtregierung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Anläßlich der Generaldebatte zum Budgetentwurf 1966 hatte ich die wenig erfreuliche Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß der Allgemeine Teil des Bundesfinanzgesetzes 1966 in mehrfacher Hinsicht verfassungswidrig sei. Das Bundesfinanzgesetz 1966 ist aus diesem Grunde in der Zwischenzeit beim Verfassungsgerichtshof angefochten worden.

Mit Bedauern muß ich nun neuerlich feststellen, daß es die Bundesregierung mit der Einhaltung der Verfassung nicht eben sehr genau nimmt, denn auch der Allgemeine Teil des Bundesfinanzgesetzes 1967 ist nicht verfassungskonform und sieht eine wesentliche Einschränkung der Budgethoheit des Nationalrates vor, der Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, sicherlich Ihre Zustimmung geben werden, obwohl Sie in letzter Zeit sehr oft von der „Aufwertung des Parlaments“ gesprochen haben.

Bezeichnend ist auch, daß Sie, Herr Finanzminister, in Ihrer Rede zum Budget 1965

noch vom Bestreben, ein neues Haushaltrecht zu schaffen, gesprochen haben — seither ist allerdings Ihr Interesse an diesem Haushaltrecht sehr spürbar erlahmt. Mit dieser Vorgangsweise scheint die Bundesregierung, deren Vertreter bei diversen Sonntagsreden so gerne von der „Rechtsstaatlichkeit“ sprechen, es sich zur Regel zu machen, dort, wo es unbequem ist, die Verfassung, auf die Sie ja alle, meine Herren, einen Eid abgelegt haben, zu beugen oder zu umgehen.

Als Opposition ist es unsere Pflicht, gegen diese Vorgangsweise schärfstens zu protestieren und die Bundesregierung aufzufordern, künftig die Verfassung viel strikter einzuhalten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Das Budget 1967 ist nunmehr das dritte Budget, das Sie, Herr Finanzminister, unter der Marke „Währungsneutralität“ anbieten. Käufer hiefür finden Sie jedoch wahrscheinlich nur in einem Teil Ihrer Partei, denn ich kann nicht glauben, daß Fachleute, wie zum Beispiel Herr Staatssekretär Dr. Taus — schade, daß er nicht da ist —, bereit sind, Ihnen diesen ökonomischen Widersinn abzunehmen. Ganz abgesehen nämlich von der Tatsache, daß es den Begriff der Währungsneutralität in der Finanzwissenschaft gar nicht gibt, worauf ich schon anläßlich der letzten Budgetdebatte hingewiesen habe, und sich dieser Begriff auch nicht aus der Formel des Herrn Finanzministers: „Schulden-tilgung = Neuverschuldung“ ableiten läßt, worauf Sie, Herr Finanzminister, in einer kürzlich unter Ihrem Namen erschienenen Broschüre „Budget und Konjunktur“ hinweisen, haben Sie den Mut, diese Ihre eigene Formel jährlich ad absurdum zu führen.

Im Budget 1965 war der Nachweis der Währungsneutralität gegeben, weil die Neuverschuldung den Schuldentilgungen und tilgungsgähnlichen Maßnahmen entsprach. Im Jahre 1966 war diese Währungsneutralität in Ihren Augen ebenfalls gegeben, weil die Neuverschuldung der Schuldentilgung und den tilgungsgähnlichen Maßnahmen entsprach, darüber hinaus wurden jedoch Kredite für Waffenkäufe im Ausland in der Höhe von 500 Millionen Schilling aufgenommen, was einer Nettoneuverschuldung von einer halben Milliarde Schilling entspricht.

1967 schließlich ist die Währungsneutralität Ihrer Meinung nach dadurch gegeben, daß der Schuldenaufnahme in der Höhe von 3,6 Milliarden Schilling Schuldentilgungen in der Höhe von 2,7 Milliarden, tilgungsgähnliche Maßnahmen in der Höhe von 0,5 Milliarden und Waffenkäufe in der Höhe von 0,4 Milliarden Schilling gegenüberstehen.

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihns

Ich darf aber dazu noch bemerken, daß Sie sich noch Überschreitungsermächtigungen im Allgemeinen Teil des Bundesfinanzgesetzes im Ausmaß von 300 Millionen Schilling, die zum Beispiel in der Höhe von 100 Millionen Schilling wieder für ausländische Waffenkäufe dienen, geben haben lassen.

Meine Damen und Herren! Diese Gegenüberstellung zeigt sehr deutlich, daß Ihre Maßnahmen, Herr Finanzminister — und nun bin ich wohl etwas hart, ich gebe das zu, aber gerecht —, durchwegs auf die Täuschung der Öffentlichkeit über ein währungsneutrales Budget abzielen, sie zeigt aber auch ferner, wie sehr flexibel Sie selbst in Ihrer Auffassung sind. Es wird sich zeigen, ob sich die Bevölkerung dadurch über die Tatsache hinwegtäuschen läßt, daß wir unter Ihrer Ministerschaft, Herr Finanzminister, die bisher größte Geldentwertung, verbunden mit ständig sinkenden Wachstumsraten, hinnehmen müssen. Sie steigen sich noch — aus Ihrer Budgetrede 1967 klar ersichtlich — zu einer weiteren kühnen Behauptung: daß nämlich die Steuer- und Tariferhöhungen währungsneutral seien. Ganz abgesehen davon, daß Ihnen heute hier bereits mehrmals nachgewiesen wurde, daß nur ein geringer Teil der Mehreinnahmen für Investitionszwecke verwendet wird, scheinen Sie als bedeutender Nationalökonom noch nichts von einer kosteninflatorischen Wirkung gehört zu haben. Sie dürfen nicht glauben, Herr Finanzminister, daß Sie durch diese Ihre Maßnahmen ungestraft eine Preiserhöhungswelle induzieren können, ohne daß Ihnen sehr bald die Quittung dafür serviert wird.

In Ihrer Budgetrede haben Sie, Herr Finanzminister, die kühne Behauptung aufgestellt, daß durch einen Stützungsabbau bei landwirtschaftlichen Produkten die Konsumkraft abgeschöpft wird, um diese Erhöhungen für Investitionen zu verwenden. Daß eine Erhöhung der Investitionen eine zwingende Notwendigkeit darstellt, haben wir Ihnen bei der letzten Debatte zum Budget 1966 sehr eindringlich vor Augen geführt, dies vor allem deshalb, weil wir der Meinung sind, daß zur Ausweitung des Wirtschaftswachstums Investitionen der öffentlichen Hand dringend erforderlich sind. Mit Befriedigung können wir nun feststellen, daß Sie sich inzwischen dieser unserer Auffassung, der sozialistischen Auffassung, angeschlossen haben — allerdings sprechen Sie nur davon, handeln aber leider nicht danach.

Ich darf dies ganz kurz erläutern: In Nummer 8, 1966, der Zeitschrift „Der Unternehmer“, herausgegeben von der Bundeswirtschaftskammer, haben Sie, Herr Finanzminister, grundsätzlich dargelegt, daß die

Koordinierung der Finanzpolitik mit der gesamten Wirtschaftspolitik und mit der Politik der Wirtschaftspartner — ich betone ausdrücklich: der Wirtschaftspartner — notwendig ist, wenn Stabilität und Wachstum gesichert werden sollen. So haben Sie geschrieben, und so war es in dieser Zeitschrift zu lesen. Aber wie haben Sie gehandelt? Und wie haben Sie sich in Wirklichkeit daran gehalten? Sie bauen, ohne — zumindest ohne einen Teil der Wirtschaftspartner, ich meine hier die Arbeitnehmerseite — zu fragen, einen beträchtlichen Teil der Preisstützungen ab.

Der Abbau der Preisstützungen ergibt rund 800 Millionen Schilling, wozu Sie Mehreinnahmen auf der Einnahmenseite von über 220 Millionen Schilling aus der Abschöpfung durch die Erhöhung der Verbraucherpreise und der Lagerbestände per 31. 12. 1966 vorschreiben. Hier haben Sie sich allerdings nur der Lagerbestände bei Brotgetreide bedient und 220 Millionen Schilling eingesetzt. Sie haben die Lagerbestände bei Milch und Milchproduktionsvollständig ignoriert. Vielleicht ist Ihnen der Betrag zu gering gewesen, oder Sie wollen das dann später beim Budget als Mehreinnahme deklarieren, um selbst in eigener Regie darüber zu verfügen.

Man müßte also auf Grund dieser Tatsache damit rechnen, daß Sie 1 Milliarde Schilling zusätzliche Investitionen der öffentlichen Hand nur aus diesem Titel bereitstellen könnten. Die Wirklichkeit sieht allerdings ganz anders aus. Sie schöpfen an Kaufkraft der Bevölkerung aus diesem Titel 800 Millionen Schilling ab. Bei der Milch und den verschiedenen Milchprodukten schröpfen Sie die Bevölkerung um rund 567 Millionen Schilling und beim Brotgetreide um über 230 Millionen Schilling. Dagegen aber haben Sie 190 Millionen Schilling mehr für den Grünen Plan zur Verfügung gestellt, erhöhen weiters die Treibstoffverbilligung um 40 Millionen Schilling, subventionieren die Düngemittel um weitere 30 Millionen Schilling.

Nach dieser Ihrer Rechnung treffen Sie nun ohne Rücksicht auf die Lebenshaltung gerade den kleinen Verdienst und nehmen eine Umverteilung des Einkommens von 260 Millionen Schilling zugunsten der Landwirtschaft vor. Durch den Abbau der Preisstützungen ... (Abg. Kern: Habt ihr keine Lohnerhöhungen gehabt? — Abg. Fachleutner: Vor einigen Monaten haben Sie bedauert, daß wir zuwenig bekommen haben!) Die Preisstützungen sind, Herr Kollege, nicht nur Beträge, die der Konsument zu tragen hat, das sollten Sie schon langsam erfahren haben! (Abg. Staudinger: Wir reden vom Grünen Plan!) Wir reden von den Preisstützungen,

2022

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihns

Herr Kollege. Aber ich bin gerne bereit, über die Frage „Preisstützungen“ und andere Dinge mit Ihnen zu konferieren.

Durch den Abbau der Preisstützungen, Herr Minister, bewirken Sie, wie Sie sich selbst auszudrücken belieben, eine „Umschichtung der Konsumausgaben zu Investitionszwecken“. So in Ihrer Rede selbst zu lesen. Als Ausgleich für die Konsumenten und der daraus erwachsenden Belastungen schen Sie eine Erhöhung der Kinder- und Familienbeihilfe — das wurde heute schon gesagt — um 10 S vor.

Abgesehen von der Frage, inwieweit diese Mehrbelastung dadurch abgegolten wird, müssen Sie nur 42 Millionen Schilling von den rund 320 Millionen Schilling aus Budgetmitteln selbst bezahlen, da die Kinder- und Familienbeihilfen aus den betreffenden Fonds gezahlt werden, die, was ja kein Geheimnis ist, von den Arbeitnehmern selbst finanziert werden. Damit stehen Ihnen also von den 800 Millionen Schilling in Wirklichkeit rund 760 Millionen Schilling für Investitionen zur Verfügung. Dieser Betrag wird aber keinesfalls für die Ausweitung des Investitionsvolumens verwendet, sondern dient lediglich dazu, Ihr Loch im Budget zu stopfen.

Die mehr als kühne Behauptung, Herr Finanzminister, die Sie aufgestellt haben, daß zur Abgeltung der erhöhten Preise der Grundnahrungsmittel die 10 S ausreichen, hat Ihnen meine Kollegin bereits als Milchmädchenrechnung nachgewiesen.

Nach Ihrer Auffassung sind alle diese Maßnahmen, die Sie durch das Budget 1967 getroffen haben und die eine ungeheure Belastung gerade der einkommensschwachen Schichten nach sich ziehen, eine besonders soziale Tat. Eine Belastung der Millionäre unseres Landes durch die Erhöhung der Vermögensteuer, wie dies die Sozialisten anlässlich des Notopfers für die Hochwasserhilfe gefordert haben, lehnten Sie und die ganze Bundesregierung als unsozial ab. Sie haben im Zusammenhang mit der Vermögensteuer von klassenkämpferischen Forderungen der Sozialisten gesprochen, praktizieren aber selbst mit diesen Ihren Maßnahmen reinsten Klassenkampf. (Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)

Einen besseren Beweis für die unsoziale Gesinnung unserer Regierung und des Finanzministers als das Budget 1967 könnten Sie uns gar nicht liefern. Aber ich darf bemerken: Das ist nicht allein unsere Auffassung, Herr Minister! Vor mir liegt ein Fernschreiben, in dem es heißt:

„Der Abbau der Preisstützungen bei der Neuordnung des Budgets für 1967 sei grundsätzlich zu begrüßen, aber die kleinen und

mittelverdienenden Arbeitnehmer und ihre Familien würden dadurch in unzumutbarer Weise belastet, stellte die am Wochenende in Innsbruck tagende Herbstkonferenz der Katholischen Arbeiterbewegung Österreichs fest.“ (Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach.) Die Katholische Arbeiterbewegung Österreichs ist ganz unserer Auffassung, wie Sie sehen, Herr Altkanzler! (Ruf bei der ÖVP: Neutral!) Sehr neutral ist das. (Heiterkeit.)

Es heißt weiterhin: „Die Konferenz forderte laut „Kathpreß“ die zuständigen Stellen auf“ — also ich glaube, Sie, Herr Finanzminister, werden ad personam ersucht — „diesen Fragenkomplex nochmals genau zu überprüfen beziehungsweise die Erhöhungen zurückzustellen.“

Weiter heißt es dort:

„Die angebotene Erhöhung der Kinderbeihilfen stelle, so wurde betont, keineswegs eine ausreichende Abgeltung der durch die Teuerung entstehenden Mehrbelastung der kinderreichen Familien dar.“

Vielleicht, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, glauben Sie Ihren eigenen Leuten mehr als uns. Es heißt weiter: „Die Konferenz schlägt in diesem Zusammenhang vor, eine Dynamik der Kinderbeihilfen einzuführen. Weiters“ — jetzt kommt das für Sie Interessante, Herr Minister — „wurde an den Bundesminister für Finanzen der Appell gerichtet, die groß angekündigte Lohnsteuerreform schon mit 1. Juli 1967 durchzuführen.“ (Beifall bei der SPÖ.) Ich glaube, die haben uns bei unseren Beratungen belauscht. (Abg. Weikhart: So weit scheint der Glaube des Herrn Finanzministers nicht zu gehen! — Abg. Reich: Ihr glaubt ja auch nicht an den Ausch! — Heiterkeit.) Aber er ist ein Regierungsmitglied und deshalb müßte man ihm mehr glauben! (Heiterkeit. — Abg. Weikhart: Ausch ist nicht Finanzminister! Da sitzt der Finanzminister! Ausch macht kein Budget, aber der Finanzminister macht es! Der Ausch streicht nicht die Preisstützung, aber der Finanzminister macht es!) Und an dieses Budget sollte die ganze österreichische Bevölkerung glauben, meine Damen und Herren! (Unruhe.) Darf ich nun mit Genehmigung des Hohen Hauses in meinen Erläuterungen fortfahren. (Abg. Glaser: Die eigenen Leute müssen zuerst still sein!) Die sind schon lange ruhig, mit denen werde ich schon fertig, allerdings mit Ihnen auch. (Heiterkeit.)

Auch Ihre Feststellung, Herr Finanzminister, daß die große Masse der kleinen Einkommensbezieher durch die Vorteile der ersten Etappe der Einkommen- und Lohnsteuerreform eine fühlbare Entlastung ihres infolge der Preis erhöhung der Grundnahrungsmittel geschmä-

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihns

lerten Realeinkommens verzeichnen wird, ist reichlich problematisch, um mich sehr höflich auszudrücken. Sie stellt eine absolut unbewiesene Hypothese dar.

Meine Damen und Herren! Die Sozialisten neiden der Landwirtschaft — und nun komme ich auf Sie zurück, meine Herren — keineswegs, daß sie allein aus dem Titel Grüner Plan und Treibstoffverbilligung 230 Millionen Schilling mehr erhält und nicht einen Schilling zum Stützungsabbau beiträgt, obwohl es unbestritten ist, daß ein großer Teil der Subventionen auch zu Lasten der Landwirtschaft hätte gehen müssen. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.*) Herr Zittmayr, ja.

Sie meinen doch wirklich nicht, meine Damen und Herren, daß es sich bei diesen Maßnahmen um eine sinnvolle Strukturpolitik handelt, von der Sie so viel sprechen. Dann wenn Sie die Düngemittel und den Treibstoff verbilligen, so, glaube ich, pflichten Sie mir bei, daß das keine Strukturverbesserung ist.

Die Abschaffung der Subventionen ist nach den modernen finanzwissenschaftlichen Erkenntnissen, auf die Sie sich, Herr Finanzminister, so oft berufen und deren Exponent zu sein Sie vorgeben, nichts anderes als die Einführung von massiven indirekten Steuern auf Grundnahrungsmittel.

Meine Damen und Herren' Kollege Mitterer hat hier die Situation des Fremdenverkehrs beklagt und in diesem Zusammenhang auch die österreichische Zahlungsbilanz ganz kurz gestreift. Gestatten Sie mir, dazu auch einige Bemerkungen zu machen. Nachdem die österreichische Zahlungsbilanz jahrelang beträchtliche Überschüsse gebracht hat — man sprach bereits von einer importierten Inflation —, sehen wir uns nunmehr mit der Tatsache konfrontiert, daß die Zahlungsbilanz seit dem Vorjahr passiv ist und daß dieses Passivum immer bedenklichere Ausmaße annimmt. Das Besorgnisregende der Situation besteht vor allem darin, daß die Steigerungsrate der Importe wesentlich höher ist als die Steigerungsrate der Exporte und daß dadurch das Handelspassivum beträchtlicher ansteigt und durch die Leistungsbilanz — in erster Linie durch den Fremdenverkehr in Österreich — nicht mehr ausgeglichen werden kann, weil auch die Steigerungsrate des Zuwachses des Fremdenverkehrs auf einer abgleitenden Bahn ist. Wir müssen daher sehr ernsthaft alle Anstrengungen unternehmen, die Exporte auszuweiten, und diese Exporte auf eine viel breitere Basis stellen, als dies heute der Fall ist.

Man könnte sich vorstellen, daß sich als erster Schritt dazu eine Novellierung des Ausfuhrförderungsgesetzes als dringend not-

wendig erweisen würde, um der internationalen Konkurrenz auf diesem Gebiet gerecht zu werden. Wir denken insbesondere an eine Ausweitung der Mittel zur Förderung unserer Exporte und an eine Verlängerung dieser Kredite auf Laufzeiten bis zu 15 Jahren, mit Zinssätzen zu 5 bis 5,5 Prozent, um mit den derzeit bestehenden Maßnahmen vieler ausländischer Staaten auf diesem Gebiet Schritt halten zu können.

In diesem Zusammenhang — das ist ja eigentlich klar — müßte eine Verstärkung der Mittel für Kredite im Rahmen der Entwicklungshilfe erwogen werden. Nur bei Ausweitung der Exportförderungsmaßnahmen wird es der österreichischen Wirtschaft, für die die Exporte eine Lebensfrage sind, möglich sein, die Konditionskonkurrenz auf den ausländischen Märkten erfolgreich zu bekämpfen.

Meine Damen und Herren! Ich bin schon am Schluß und will Sie nicht länger ermüden. Wir Sozialisten haben das Budget 1967 abgelehnt, weil es, wie ich erwähnte, verfassungsbedenklich ist, weil es kaum wesentliche Impulse für ein ausgedehntes Wirtschaftswachstum gibt, obwohl von der Regierungssseite das Gegenteil behauptet wird, weil es keinesfalls währungsneutral ist, weil es durch eine Umverteilung in den Einkommensverhältnissen eine schwere Belastung für die niederen und mittleren Einkommensbezieher bringt, während anderen Teilen unserer Bevölkerung wesentliche Vorteile gewährt werden, und weil es letztlich ausgesprochen familienfeindlich ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Ich weise die Regierungsvorlage dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

2. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (205 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem für den Nationalfeiertag im Jahre 1966 eine Sonderregelung getroffen wird (209 der Beilagen)

Präsident Wallner: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Sonderregelung für den Nationalfeiertag im Jahre 1966.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kabesch. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter Kabesch: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Bundesregierung hat am 7. Oktober im Nationalrat den Entwurf eines Bundesgesetzes eingebracht, mit dem für den Nationalfeiertag im Jahr 1966 eine Sonderregelung getroffen werden soll.

2024

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Kabesch

Im Text dieses Gesetzentwurfes wird normiert, daß der 26. Oktober 1966 als Feiertag im Sinne des Feiertagsruhegesetzes 1957, BGBl. Nr. 153, gilt.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 17. Oktober 1966 der Vorberatung unterzogen. (Rufe: Lauter! — Abg. Peter: Gebt ihm mehr Gas!)

Von den Abgeordneten Altenburger und Sekanina wurde ein Abänderungsantrag zur Regierungsvorlage eingebracht, der vom Ausschuß mit Stimmenmehrheit angenommen wurde und dem Ausschußbericht beigedruckt ist.

Die Abänderung betrifft den Artikel II, in den ein Abs. 1 mit folgendem Wortlaut eingefügt wird:

„(1) Dieses Bundesgesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft.“

Der bisherige Text des Artikels II erhält die Absatzbezeichnung 2.

Die Regierungsvorlage wurde unter Berücksichtigung dieses Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ich beantrage namens des Ausschusses für soziale Verwaltung, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (205 der Beilagen) mit den dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

In formeller Hinsicht beantrage ich, falls Wortmeldungen vorliegen, General- und Spezialdebatte in einem abzuführen.

Präsident Wallner: Es ist beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen. — Ein Einwand hiegegen wird nicht erhoben. General- und Spezialdebatte wird daher unter einem vorgenommen.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die ablehnende Stellungnahme, welche die Freiheitliche Partei zu dem vorliegenden Antrag des Sozialausschusses einnimmt, hat sie schon im Ausschuß selbst bekannt. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß meine Fraktion keineswegs gewillt ist, durch eine Zustimmung zu der gegenständlichen Vorlage die Miterantwortung in diesem traurigen Ringel-Kringel-Spiel, das sich um den sogenannten Nationalfeiertag seit dem 25. Oktober des vergangenen Jahres vor der österreichischen Öffentlichkeit vollzogen hat, zu übernehmen.

Es braucht nicht betont zu werden, daß jeder Abgeordnete meiner Fraktion so wie die

Abgeordneten der anderen Fraktionen dieses Hauses ein bedingungsloses, vorbehaltloses Ja zur österreichischen Eigenstaatlichkeit sagt. Aber ebenso entschieden müssen wir ablehnen, zurückweisen und kritisieren, was sich seit Jahresfrist rund um diesen Komplex abgespielt hat. War schon im vergangenen Jahr beschämend das Feilschen um die Wahl des Tages, so ist dieses Feilschen, das damals mit einem in jeder Richtung unbefriedigenden Provisorium geendet hat, nunmehr fortgesetzt worden mit dem Feilschen darum, ob man aus diesem sogenannten Nationalfeiertag wirklich einen Feiertag machen soll und wer allenfalls die Kosten und Lasten — die materiellen Kosten und Lasten — dieses Tages zu tragen habe. Es ist in diesem Hause — nicht von unserer Fraktion, sondern von einem Abgeordneten einer anderen Fraktion — der Nationalfeiertag des Jahres 1965 als ein „Honoriatorenfeiertag“ bezeichnet worden, und das mit Recht. Er hat auch dementsprechend ausgesehen und ist, von der österreichischen Öffentlichkeit kaum bemerkt, vorübergegangen.

Diese Form, einen für uns — wie wir glauben — durchaus wichtigen Tag auf Raten zu feiern, kann natürlich keine andere Auswirkung in der österreichischen Öffentlichkeit haben als die gegebene. Man wird diese Auswirkung auch nicht dadurch verbessern, daß man den Herrn Udo Jürgens, einen zweifellos sehr tüchtigen Schlagersänger, einlädt, um diesen Nationalfeiertag für die österreichische Jugend erhebender zu gestalten. Gott sei Dank war der sangesfreudige Mann anderweitig verpflichtet, und wir werden des Vergnügens entraten müssen, Herrn Udo Jürgens am 26. Oktober in der Stadthalle zu hören. (Abg. Hartl: Gehn S' doch hin? — Heiterkeit. — Abg. Peter: Wenn uns der Klaus hineinläßt, gehen wir hin!)

Es geht uns aber bei der Debatte um die Bezahlung dieses Feiertages auch darum, noch einmal klar und unmißverständlich unsere grundsätzliche Haltung zu diesem Feiertag zu umreißen. Es hat sich ja so viel ereignet. Wir können feststellen, daß in den letzten Tagen sogar die Kommunistische Partei Österreichs zum enragiertesten Verteidiger des Konkordates mit dem Vatikan geworden ist. Das ist vielleicht nur die extremste Auswirkung in der Vorgeschichte zu diesem wahrhaft denkwürdigen Tag. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Man kann Kardinal König zustimmen, daß ein solcher Tag nur einen Sinn haben und seine Aufgabe erfüllen kann, wenn er einmütig und nach einer entsprechenden geistigen Vorbereitung vollzogen wird. Wie ist aber eine

Dr. Scrinzi

geistige Vorbereitung möglich, wenn sich bisher alles — im Jahre 1965 noch im Koalitionsstreit — um die Frage erschöpft hat, ob 12. November, ob 1. Mai, ob 8. Mai, ob 26. Oktober, und nunmehr ein wochenlanges, auch in der Welt mit Gelächter quittiertes Feilschen um den Austausch eines kirchlichen Feiertages für diesen Tag vor sich gegangen ist?

Es wird auch keineswegs dazu dienen, diesen Tag zu einem Tag aller Österreicher zu machen, wenn man ihn im Geiste einer unmißverständlichen Geschichtsklitterung begehen will, die von einer kleinen linksgedrallten Minderheit in Österreich betrieben wird und der ein klares und unmißverständliches Nein entgegenzusetzen man offensichtlich in der heutigen Bundesregierung nicht Manns und Muts genug ist. Dabei übersieht man, welchen Bären Dienst man unserem Vaterland Österreich mit dieser Haltung wirklich erweist.

Daß Österreich — meine Damen und Herren, ich muß das noch einmal betonen, um jedem bös willigen Mißverständnis vorzubeugen — ein unabhängiger, freier, souveräner Staat sein muß und sein will, das steht auch für uns außerhalb jeden Zweifels. Aber ebenso steht für uns wie auch für die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung außerhalb jeden Zweifels, daß Österreich auch ein deutscher Staat ist. (Abg. Dr. Kummer: *Jetzt sind wir dort!*) Das sind wir.

Ich werde Ihnen jetzt zitieren, was Herr Hantsch, Ordinarius für österreichische Geschichte, im Vorwort des ersten Bandes der „Österreichischen Geschichte“ schreibt. Sie werden ihn nicht verdächtigen, daß er etwa der FPÖ nahesteht oder gar ein Neonazi ist, denn immer, wenn man hier in Österreich betont, daß man sich dem deutschen Volk, der deutschen Kultur und der deutschen Sprache zugehörig fühlt, wird man von Ihnen verdächtigt und denunziert. (Abg. Dr. Kummer: *Aber nur der deutschen Sprache!*) Sie vielleicht nur der deutschen Sprache, das belasse ich Ihnen. Aber die Mehrheit der Österreicher fühlt sich auch heute noch dem deutschen Volk zugehörig, daran werden Ihre ganzen Versuche nichts ändern. (Abg. Lanc: *Insbesondere wenn man Scrinzi heißt!* — Heiterkeit.)

Hantsch schreibt im Vorwort zum ersten Band der „Österreichischen Geschichte“, die vor wenigen Jahren erschienen ist: „Österreich verdankt die Entstehung und die Fundamente seines kulturellen Besitzes dem deutschen Volk. Alles andere hat mit Wissenschaft gar nichts mehr zu tun.“

Es hat nichts mit Wissenschaft zu tun, wenn etwa ein Abgeordneter dieses Hauses

hier vor zehn Jahren festgestellt hat, daß Österreich ein slawischer Staat mit deutscher Überfremdung sei. Fragen Sie einmal das Volk, ob es dieser Auffassung und Meinung ist. Es war ein Abgeordneter aus Ihren Reihen, Herr Dr. Kummer, der das behauptet und geschrieben hat! (Abg. Dr. Kummer: *Ich weiß nicht, wer es war!*)

Aber ich zitiere einen anderen Abgeordneten aus Ihrem Lager, der auch den Rang eines angesehenen Wissenschaftlers hat, es ist Professor Gschmitz. (*Der Redner sucht in seinen Unterlagen. — Abg. Fachleutner: Ist er durchgegangen?*) Nein, er ist nicht durchgegangen. (Abg. Gram: *Wir haben ja Zeit!*)

Professor Gschmitz sagt: „Es ist lächerlich, die Zugehörigkeit Österreichs zur deutschen Nation zu leugnen, was aber nicht hindert, einen eigenen Staat zu bilden.“ Genau auf dem Standpunkt Professor Gschmitz stehend auch wir.

Ich möchte es mir ersparen, die Vertreter Österreichs, die großen Österreicher des Kultur- und Geisteslebens zu zitieren, die genau die gleiche Auffassung vertreten. Diese Reihe geht von Grillparzer über Stifter bis zu Hofmannsthal, Wildgans und Weinheber. Daran wird nichts ändern, daß der Herr Dr. Jambor die Schallplattezensuriert und die gravierenden und entscheidenden Stellen aus diesem Vermächtnis eines österreichischen Dichters herausgeschnitten hat.

Aber ich könnte Ihnen auch Politiker aller Parteien zitieren, die genau denselben Standpunkt einnehmen, den wir hier vertreten. Lueger, Renner, Seipel, Miklas, sogar Dollfuß und Schuschnigg haben einwandfrei diesbezügliche Bekenntnisse abgelegt, aber auch Raab und Schärf.

Ich darf Ihnen wieder, weil gerade Sie mich hier provozieren, einen Mann aus Ihren Reihen nennen, den ÖVP-Landeshauptmannstellvertreter der Steiermark, Professor Koren. Was hat er am Vorabend der Diskussion zum Thema „Nationalfeiertag“ in der „Südost-Tagespost“ vom 11. April 1964 geschrieben? „Wer sagt, daß es unserer Jugend völlig gleich ist, ob sie deutsch oder andersvölkisch, ob sie dem deutschen oder einem anderen Volke angehört, der übersehe nicht, daß einer solchen Jugend auch Österreich gleichgültig wäre.“ So Koren. (Abg. Gabriele: *Was folgert daraus?*)

Meine Damen und Herren! Was folgert daraus? Wenn es nur darum ginge, ob wir den 26. Oktober oder einen anderen Tag zu einem Gedenktag der staatlichen Eigenständigkeit, der Unabhängigkeit Österreichs, seiner Befreiung von Diktatur, von Krieg, von Not, von Besatzung machen, wenn die Frage der

2026

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Dr. Scrinzi

Bezeichnung dieses Tages nur eine gewisse Fahrlässigkeit in der Terminologie wäre, dann bräuchten wir uns hier nicht auseinanderzusetzen. Aber hinter der Wortwahl des Nationalfeiertages sind Kräfte wirksam — vielleicht sind sie Ihnen gar nicht bewußt geworden —, die zweifellos nicht dem Wohle und dem Interesse Österreichs dienen.

Wenn wir hier in diesem Hause den Begriff der Staatsnation einführen, dann frage ich Sie: Von welchem Fundament aus werden wir argumentieren, wenn wir uns der Angelegenheiten der deutschen Südtiroler anzunehmen haben? Aber umgekehrt auch: Von welchem Fundament aus werden wir die Minderheiten in Österreich behandeln, die wir tolerant, die wir großzügig behandeln wollen, mit denen wir in Frieden leben wollen (*Abg. Doktor Pittermann: Das sind doch Österreicher, Herr Kollege!*), wenn wir einen Nationsbegriff konstruieren, der eine österreichische Nation schafft, zu der natürlich die Slowenen Kärtents genauso gehören wie die anderen? Das ist unseres Erachtens eine gefährliche Entwicklung, der wir hier Vorschub leisten. (*Abg. Dr. Kummer: Wieso gefährlich?*)

Worauf es hinauskommt, worauf die Schöpfer der österreichischen Nation hinauswollen, das darf ich Ihnen auch zitieren. Ein Hauptsprecher schreibt im Juni 1961 in der „Furche“ unter „Die österreichische Nation“: „Die Initiative zur Neuordnung des Donauraumes durch Föderation freier Nationen könnte diesmal nur von Rußland ausgehen, das ja auch dem Staatsvertrag von 1955 Pate gestanden ist. Erfolgt dieser Völkerbund im mittleren Donauraum nicht, so ist Südosteuropa eines Tages abermals dem Zugriff Deutschlands ausgesetzt. Rußland könnte der Sache willen bedeutende Konzessionen machen.“ Und im Satz vorher heißt es, daß eine der größten Gefahren, die uns droht, die deutsche Wiedervereinigung ist.

Meine Damen und Herren! Wir hatten vor nicht allzu langer Zeit in Straßburg Gelegenheit, die Meinung der freien Völker Europas hiezu zu hören. Die lautet ganz anders. Die betrachtet die Tragödie und die Tragik der deutschen Teilung als ein Unglück für ganz Europa. Das tun auch wir, obwohl wir — wie ich noch einmal wiederhole — unmißverständlich auf dem Boden österreichischer Eigenstaatlichkeit stehen. (*Abg. Horr: Sehr zweideutig!*) Für Sie vielleicht. — Das ist auch der Grund, warum wir schon im vergangenen Jahr hier in diesem Hause bei der Wahl des Namens „Nationalfeiertag“ unsere Bedenken angemeldet und unsere Ablehnung im Ausschuß auch zum Ausdruck gebracht haben.

Wir sind ehrlich bestrebt und bemüht, zusammen mit den übrigen Parteien des Hauses,

diesen Tag würdig zu gestalten und ihn wirklich zu einem Bekenntnis für den österreichischen Staat zu machen — aber nicht unter den Voraussetzungen, die im vergangenen Jahr von der Koalition und nunmehr von der Regierungspartei geschaffen wurden. Das ist auch der Grund, warum wir der vorliegenden Regierungsvorlage unsere Zustimmung nicht geben.

Wir fordern Sie auf, wir empfehlen Ihnen: Fragen Sie doch einmal das Volk, den Österreicher, die österreichische Öffentlichkeit, welchen Tag sie als jenen betrachten, den sie gerne zu einem Tag allgemeiner Feier, zu einem Tag des Bestandes der österreichischen Republik, des österreichischen Staates erhoben sehen möchten! Warum wenden wir hier die Demokratie nicht an, wenn man sich schon selbst so wenig einigen konnte und die Einigung schließlich nur durch einen fraglichen Kompromiß herbeigeführt werden konnte? Denn daß man den Tag der österreichischen Neutralitätserklärung gewählt hat, das war für den, der die Geschichte kritisch betrachtet, sehr, sehr problematisch. Auch hier könnte ich Stimmen aus Ihren Lagern zitieren, was man dazu meint. Zum Beispiel den Herrn DDr. Günther Nenning, der sich sehr ausführlich darüber verbreitert hat.

Damit will ich nur zum Ausdruck bringen, daß hier die Meinungen durchaus durch alle Lager gehen und unterschiedlich sind und daß wir uns gegen eine Minderheit, die in geschichtswidriger Weise und entgegen den Erkenntnissen der Wissenschaft eine österreichische Nation konstruieren will, zur Wehr setzen. (*Abg. Hartl: Das ist allerhand, was Sie da sagen, Herr Professor!*) Das ist nicht allerhand, das stützt sich nur auf die Ergebnisse der jetzigen wissenschaftlichen und geschichtlichen Forschung! (*Abg. Hartl: Das führt dann wieder zu jenen Debatten, die Sie nicht haben wollen!*) Herr Kollege Hartl, hier unter meinen Papieren liegt auch eine wissenschaftliche Arbeit, verfaßt von einem sehr angesehenen Abgeordneten dieses Hauses, allerdings vor 25 Jahren. Ersparen Sie es mir, daß ich sie zitiere, ersparen Sie es mir, daß ich hier zitiere, was er des langen und breiten zu dem Thema ausgeführt hat. Ich stehe nicht auf seinem Standpunkt. Aber wir werden uns dagegen wehren, daß wir von Ihnen verleumdet und verdächtigt werden, wenn wir uns hier in diesem Hause als zum deutschen Volk gehörig bezeichnen, und daß wir dann von Ihnen wieder in Patrioten zweiter oder dritter Klasse eingeteilt werden. (*Abg. Machunze: Das hat doch mit dem Nationalfeiertag nichts zu tun!*) Das hat mit dem Nationalfeiertag sehr viel zu tun (*Abg. Horr: Gar nichts!*), weil wir eben einen

Dr. Scrinzi

Nationalfeiertag, mit dem man eine nicht-existente österreichische Nation instradieren will, nicht mitfeiern werden, so wie viele andere auch. (*Widerspruch bei der ÖVP.*)

Ich habe Sie jetzt etwas in Wallung gebracht (*Abg. Dr. Withalm: Nein, wir wundern uns nur!*), vielleicht ist diese Wallung geeignet, auch Sie einmal über die Thematik, die ich angeschnitten habe, zum Nachdenken zu bringen. (*Abg. Dr. Pittermann: Herr Dr. Scrinzi! Morgen am Parteidag halten Sie das Referat, dort gehört es hin!*) Nein. Ich bin nur neugierig, Herr Kollege Pittermann, welches Referat Sie am 29. Jänner 1967 halten werden. Ich habe diesbezüglich keine Sorgen mit meinem Parteidreferat. (*Abg. Doktor Pittermann: Ich brauche nicht neugierig zu sein!*) Es wird wahrscheinlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen. (*Abg. Dr. Pittermann: Nein!*) Nein? Ich hoffe, daß wir eine Einladung bekommen. (*Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Minkowitsch: Nur wenn Sie dabei nicht reden wollen!*)

Meine Damen und Herren! Ich schließe wiederum mit einem Zitat des schon genannten Herrn Universitätsprofessors Koren, ÖVP-Landeshauptmannstellvertreter der Steiermark. Er hat in dem gleichen Artikel geschrieben:

„In einer Zeit, in der der Boden eines Volkes, das eine gemeinsame Sprache spricht, so von Mauern und Gräben, von Stacheldrähten und Grenzen durchzogen und zerrissen ist wie nie noch seit dem Dreißigjährigen Krieg, ist diese Freiheit, die wir am 26. Oktober feiern, auch ein Stück der deutschen Freiheit.“

Sehen Sie, in diesem Sinne könnten auch wir den 26. Oktober mitfeiern. Wir feiern an ihm nicht nur das Wiedererstehen eines freien und weitgehend souveränen Österreich, wir feiern damit zugleich auch das Wiedererstehen eines freien Österreich deutscher Nation. Da werden wir uns durchaus, glaube ich, mit der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung auf der gleichen Linie finden. (*Abg. Dr. Kummer: Da irren Sie schwer!*)

Er schreibt dann weiter:

„Lassen Sie diesem Tag und seinem Bekenntnis den ganzen Wert und den ganzen Sinn“ — und dafür haben wir hier gesprochen —, „indem auch Sie ihm Ihre Zustimmung nicht versagen. Glauben Sie mir, mit diesem Bekenntnis wird auch jenes andere Bekenntnis realistischer und glaubwürdiger: das Bekenntnis zu den unvergänglichen Werten deutscher Kultur und deutschen Volkstums, die in die Grundfesten Österreichs eingemauert sind.“

Stimmen Sie nun mit Ihrem Parteidfreund Koren überein, oder dürfen wir mit ihm über-

einstimmen? (*Abg. Dr. Withalm: Sie können mit uns stimmen!*)

Ich zitiere weiters nicht einen Nationalisten, sondern einen Ihnen sehr nahestehenden Mann der „Österreichischen Finanznachrichten“. Er hat zum heutigen Thema einen Artikel mit der Überschrift „Affentheater“ geschrieben.

Meine Damen und Herren! Das ist die Vorgeschichte zu dem Tag, nicht von uns provoziert, wir haben uns bisher kaum zu Wort gemeldet, aber als Reaktion auf das, was sich hier in den letzten Monaten vollzogen hat. (*Abg. Dr. Withalm: Sie reden ja zu etwas ganz anderem!*) Ich rede zu nichts anderem (*Abg. Dr. Withalm: Wozu Sie reden, das verstehen wir alle sehr gut!*), denn es geht ja schließlich nicht darum, ob man den Leuten in dem vor zwei Tagen vorgelegten Budget ein weiteres materielles Opfer von 0,3 Promille zumutet. Die Verteidigung dessen mag ruhig Ihre Angelegenheit bleiben. Uns geht es auch um den geistigen Gehalt dieses Tages, wenn darüber entschieden wird. (*Abg. Dr. Withalm: Ihnen geht es um etwas anderes, das wissen wir ganz genau!*)

Wir würden es begrüßen, wenn hier dieses leidige Provisorium — auch heuer werden Sie mit Ihrer Mehrheit nur ein Provisorium schaffen, nachdem wir das Provisorium 1965 glücklich hinter uns gebracht haben — beendet würde. Sie können nicht erwarten, daß bei diesem Spiel auf Raten meine Fraktion der Vorlage ihre Zustimmung geben kann. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sekanina. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Sekanina** (SPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem, wie ich wohl feststellen darf, eher wissenschaftlichen Vortrag meines verehrten Herrn Vorredners (*Abg. Dr. Kummer: Pseudowissenschaft!*) darf ich jetzt im Namen der Sozialistischen Partei zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung nehmen.

Ich bin der Auffassung, meine Damen und Herren, daß die überwältigende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung nicht erwartet hat, daß die Frage des Nationalfeiertages auch in diesem Hohen Hause eine derart umfangreiche Diskussion und Auseinandersetzung auslöst. Ich glaube auch richtig zu formulieren, wenn ich zum Ausdruck bringe, daß es für die gesamte österreichische Bevölkerung ein Bedürfnis ist, diesen 26. Oktober eines jeden Kalenderjahres feierlich zu begehen in Erinnerung daran, daß an diesem Tage im Jahre 1955 der letzte Besatzungssoldat unser Land verlassen hat. Und wenn mein hochver-

2028

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Sekanina

ehrter Herr Vorredner zu dem Begriff österreichische Nation Stellung bezogen hat — ich möchte mich hier nicht in eine persönliche Diskussion einlassen —, darf ich auch in diesem Zusammenhang zum Ausdruck bringen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß nicht nur die überwältigende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, sondern sicherlich auch die überwältigende Mehrheit dieses Hohen Hauses sich als Österreicher fühlen, Österreicher bleiben will und vor allem auf dem Boden der immerwährenden Neutralität diese staatliche Entwicklung mitgestalten möchte. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Ich darf zum Ausdruck bringen, daß es natürlich im Zusammenhang mit der Feier dieses 26. Oktober und mit seiner Installation als gesetzlicher Feiertag eine Reihe von Diskussionen und Auseinandersetzungen geben hat. Ich möchte daher bei meinen Ausführungen hier den Standpunkt der Sozialistischen Partei vortragen.

Als dieses Hohe Haus im Jahre 1965 beschlossen hat, den 26. Oktober zum Nationalfeiertag zu erklären, wurde diese Regelung für einen unbestimmten Zeitraum getroffen. Nicht geregelt wurde, wie dieser Feiertag letztlich für die arbeitende Bevölkerung seine Auswirkungen finden soll. Die damaligen Regierungsparteien haben zum Ausdruck gebracht, daß dieser Staatsfeiertag 1965 ein Arbeitstag sein soll und daß man sich im Laufe der Zeit bemühen werde, hier eine andere Regelung zu finden.

Es war unsere Auffassung als Sozialisten und Sozialistische Partei, daß es möglich sein muß, im Rahmen einer entsprechenden gesetzlichen Regelung diesen 26. Oktober nicht nur zum Nationalfeiertag zu erklären, sondern daß die gesamte Bevölkerung, das heißt auch die Arbeitnehmer dieses Staates, die Möglichkeit hat, diesen Tag feierlich zu begehen, daß sie arbeitsfrei haben und daß für sie aus dieser gesetzlichen Regelung kein finanzieller Verlust entsteht. Wir haben diese Meinung auch noch bei den Beratungen im Sozialausschuß geäußert, und ich möchte hier im speziellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf einen Umstand hinweisen, der in der letzten Zeit immer wieder primären Charakter in der Diskussion hatte, wobei ich meine, daß diese Argumentation doch nicht ganz zutrifft. Es wurde vor allem erklärt, man könne keine Regelung für die nächsten Zeiträume treffen, sondern nur eine für 1966, weil unter anderem auch wirtschaftliche Überlegungen und Momente eine Rolle spielen, die es nicht erlauben, daß zu den bisherigen 12 bis 13 Feiertagen auch noch ein 14. hinzukommt.

Erlauben Sie mir dazu eine wenn auch kurze, wie ich aber hoffe, doch zutreffende Bemerkung. Wir bestreiten nicht, daß die Einführung eines zusätzlichen Feiertages die Wirtschaft natürlich in einem gewissen Ausmaß belastet. Wir bestreiten nicht, daß es notwendig ist, Überlegungen anzustellen, ob diese Belastung für die österreichische Wirtschaft im konkreten auch tatsächlich zu übernehmen ist.

Darf ich aber im Zusammenhang mit dem Nationalfeiertag 1966 und auch für die folgenden Jahre folgendes sagen: Wenn Sie das Kalendarium verfolgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden Sie feststellen, daß der 1. Mai 1966 auf einen Sonntag gefallen ist, Sie werden feststellen, daß der zweite Weihnachtsfeiertag 1966 auf einen Sonntag fällt, Sie werden feststellen, daß der 1. Jänner 1967 auf einen Sonntag fällt, und ich könnte Ihnen in diesem Zusammenhang noch einige Tage für die Jahre 1966 bis 1969 vortragen.

Ich darf auch Ihre Aufmerksamkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, darauf lenken, daß Sie ja — heute war das auch Diskussionsgegenstand — im Frühjahr dieses Jahres die sogenannten Wirtschaftswachstumsgesetze beschlossen haben. Ich möchte nun nicht im Detail eine wirtschaftliche Rechnung aufstellen, darf aber doch zum Ausdruck bringen, daß anzunehmen ist, daß nach einer vierjährigen nicht vorhandenen Belastung der österreichischen Wirtschaft doch auch die Auswirkungen der von Ihnen beschlossenen Wachstumsgesetze so weit sein müßten, daß diese in Promille auszudrückende Belastung für die österreichische Wirtschaft tragbar ist.

Ich darf hier sagen: Die überwältigende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung lehnt es ab, daß hier lange Diskussionen über diesen Nationalfeiertag geführt werden, und die österreichische Bevölkerung ist sicherlich der Auffassung, man soll sich etwa zurückrinnern, was in den Jahren 1945 bis 1955 geschehen ist und unter welchen Opfern — und hier darf ich auch hinzufügen, unter welchen Opfern die Arbeitnehmer dieses Staates mitgeholfen und mitgewirkt haben, in Zusammenarbeit mit den anderen Bevölkerungsgruppen — die Freiheit und Demokratie und die Selbständigkeit dieses Staates errungen wurden. Daher erscheint es nicht zweckmäßig, heute Diskussionen zu führen, ob dieser Feiertag noch zusätzlich übernommen werden kann oder nicht. Ich gehe nicht fehl in meiner Argumentation, wenn ich zum Ausdruck bringe: Wir als Sozialisten und Sozialistische Partei stehen positiv zu diesem Staatsfeiertag. Er

Sekanina

ist für uns kein Diskussionsgegenstand, und wenn es auch Meinungsäußerungen über das Datum gegeben hat, meine Damen und Herren: Der 26. Oktober eines jeden Kalenderjahres ist für uns Nationalfeiertag. Wir erwarten aber, daß man auch eine Regelung findet, die eine einheitliche Behandlung dieses Tages nicht nur für 1966, sondern auch für die folgenden Jahre ermöglicht.

Ich darf daher darauf verweisen, daß die Abgeordneten Häuser, Horr und Herta Winkler einen Abänderungsantrag zur Regierungsvorlage, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem für den Nationalfeiertag im Jahre 1966 eine Sonderregelung getroffen wird (205 der Beilagen), in der Fassung des Ausschußberichtes (209 der Beilagen), eingebracht haben. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen gemäß § 46 Abs. 3 der Geschäftsordnung zu der oben bezeichneten Regierungsvorlage nachstehenden Abänderungsantrag, den ich dem Hohen Hause zur Kenntnis bringen möchte.

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Artikel I der Regierungsvorlage soll lauten:

„Der Nationalfeiertag (26. Oktober) gilt als Feiertag im Sinne des Feiertagsruhegesetzes 1957, BGBl. Nr. 153/1957.“

2. Artikel II der Regierungsvorlage wird zu Artikel III;

ein neuer Artikel II soll lauten:

„Im Bundesgesetz vom 25. Oktober 1965 über den österreichischen Nationalfeiertag, BGBl. Nr. 298/1965, entfällt der Absatz 2 des Artikel II.“

Ich habe schon darauf verwiesen, daß die Abgeordneten der Sozialistischen Partei bei den Beratungen im sozialpolitischen Ausschuß auf diesen Antrag verwiesen und ihn begründet haben. Ich möchte daher abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Ausdruck bringen: Beenden wir diese Diskussion über den österreichischen Nationalfeiertag, machen wir ihn zu einem echten Feiertag und zu einer echten Angelegenheit der gesamten österreichischen Bevölkerung! Sorgen wir aber auch dafür — und dieses mein Ersuchen geht an Ihre Adresse, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei —, daß dieser Feiertag nicht nur 1966 ein Feiertag auch für die Arbeitnehmer dieses Staates wird, sondern auch für die folgenden Zeiträume, und mein Ersuchen geht auch noch zusätzlich in die Richtung, daß auch Sie die Möglichkeit finden mögen, diesem Abänderungsantrag der von mir genannten sozialistischen Abgeordneten Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Gruber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Josef Gruber (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Sekanina eigentlich zunächst nur in einem Punkt widersprechen, wo er am Anfang gesagt hat, daß sich der Abgeordnete Dr. Scrinzi in wissenschaftlicher Art mit dem Problem auseinandergesetzt hat. Ich glaube, er hat das in durchaus politischer Art getan und in einer Art, wie wir es von der Freiheitlichen Partei eigentlich nicht anders erwartet haben. Daß hier in der Argumentation des Herrn Abgeordneten Scrinzi ein gewisser Eiertanz aufgeführt wurde, das ist verständlich, wenn man weiß, daß sie sich von hier zu ihrem Bundesparteitag begeben und doch den Nachweis erbringen müssen, wie sehr sie gegen den sogenannten Nationalfeiertag hier im Hohen Haus zu Felde gezogen sind. Ich möchte hier eindeutig feststellen: Für uns von der Österreichischen Volkspartei ist das kein „sogenannter“ Nationalfeiertag, sondern der österreichische Nationalfeiertag! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kleiner: Nicht nur für die Volkspartei!) Ich nehme das als selbstverständlich gern zur Kenntnis, ich kann mich nur nicht zum Sprecher der Sozialistischen Partei machen.

Ich glaube, in einem Punkt hat der Herr Abgeordnete Scrinzi vollkommen recht: Es war nicht ein Flüchtigkeitsfehler in der Namensgebung, sondern es wurde bewußt der Ausdruck „Nationalfeiertag“ gewählt, und dazu stehen wir heute genauso wie vor einem Jahr. (Abg. Dr. Pittermann: Es war ja eine gemeinsame Regierungsvorlage!)

Es ist eigentlich gar nicht nötig, heute Grundsätzliches über den Sinn und die Notwendigkeit des österreichischen Nationalfeiertages zu sagen. Das, was der Herr Abgeordnete Scrinzi gesagt hat, das hätte zu der vorjährigen Debatte gepaßt. (Abg. Dr. Pittermann: Da war er nicht da, da hat er noch Scheuch geheißen!) Das steht hier wieder nicht zur Debatte, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann. Was im Vorjahr an Argumenten vorgebracht wurde, das gilt heuer ebensosehr, und es steht also jetzt nicht der Nationalfeiertag als solcher zur Debatte und auch nicht der Termin des 26. Oktober. Darüber haben wir uns schon früher geeinigt. Die Diskussion darüber ist geschlossen.

Der Beschuß des Vorjahres lautete — keineswegs allerdings nur mit den Stimmen der ÖVP —: für den 26. Oktober gilt keine Arbeitsruhe. Und nur dieses Faktum ist heute Gegenstand unserer Diskussion. Aber obwohl es im vergangenen Jahr offiziell keine Arbeitsruhe gegeben hat, gab es sie praktisch

2030

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Dr. Josef Gruber

doch: so natürlich in den Schulen, in verschiedenen Ämtern, in verschiedenen Betrieben, und es ist daher verständlich, daß die Reaktion der Öffentlichkeit, auf diese Art den Nationalfeiertag zu feiern, ziemlich eindeutig in der Richtung war, daß das als keine befriedigende Lösung angesehen werden könnte, deswegen nicht als eine befriedigende Lösung, weil der eine Teil der Bevölkerung gefeiert hat, ein anderer Teil der Bevölkerung arbeitsfrei gehabt hat — und ich möchte hier schon deutlich unterscheiden, denn es ist ein Unterschied, ob man einen Tag mitfeiert oder ob man ihn halb arbeitsfrei begeht — und ein dritter Teil der Bevölkerung arbeiten mußte.

Es war klar, und ich glaube, es ist uns allen jetzt umso mehr klar, daß eine Lösung anzustreben war, die eine Feier dieses Tages ermöglichen wird. Daher die Regierungsvorlage: Für 1966 wird der 26. Oktober zum Feiertag erklärt.

Ich möchte hier doch auch auf die Frage eingehen, warum nur für 1966. Es hat in der Diskussion, die in diesem Zusammenhang entstanden ist, ein heftiges Für und Wider gegeben. Wir sollten aber bemüht sein, die Argumente, die von dieser und jener Seite kommen, ernst zu nehmen. Ich glaube, sie sind so ernster Natur, daß es noch zu keiner Dauerlösung kommen konnte, die von allen Gruppen hätte akzeptiert werden können.

Es wäre aber ein schlechter Dienst am Nationalfeiertag und auch am österreichischen Staatsbewußtsein, wenn wir eine Gruppe in eine innere Gegnerschaft drängen oder sie in ihr belassen würden. Das wäre eine unheilvolle Spaltung, die, glaube ich, nicht im Interesse Österreichs gelegen sein kann. (Abg. Weikhart: Welche Gruppe?) Die Gruppe immerhin der Wirtschaft, Herr Staatssekretär, und das ist eine nicht unwesentliche Gruppe. (Abg. Czettel: Gegen das Staatsbewußtsein?) Nein, nicht gegen das Staatsbewußtsein, aber sie soll auch innerlich ja sagen können dazu, Herr Minister Czettel.

Man sollte die Gründe, die die Unternehmer hier vorgebracht haben, daß ein neuer zusätzlicher Feiertag die österreichische Wirtschaft belastet, doch ernst nehmen. Ich glaube, das ist auch von Ihrer Seite nicht bestritten worden, und der Herr Abgeordnete Sekanina hat es auch ausgesprochen, daß ein solcher Feiertag natürlich etwas kostet. Es kann ja eine Diskussion nur darüber geben, ob dieses Mehr-Kosten zumutbar ist oder nicht. Man soll aber nicht von vornherein über eine solche Argumentation mit einem Achselzucken oder mit der Geste des besseren Österreichers hinweggehen, sondern man soll auch dieses Argument ernst nehmen. (Zustimmung bei der

ÖVP.) Es ist nicht unpatriotisch, wenn man sich Gedanken und auch Sorgen macht um die Zukunft der österreichischen Volkswirtschaft, die auch die Zukunft österreichischer Arbeitsplätze mit einschließt. Ich habe sogar einmal ein Argument gehört, es sei nicht unpatriotischer, für Österreich zu arbeiten, als für Österreich zu feiern. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Nun muß man natürlich nicht diese Ansichten teilen, und man kann durchaus zu anderen Auffassungen kommen, eben zu der, daß das ein Feiertag wäre, der auch von der österreichischen Wirtschaft noch ertragen werden könnte. Ich sage: Man kann zu der Auffassung kommen. (Abg. Wodica: Die einen feiern, die anderen nicht!) Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren von der linken Seite: Solange die Diskussion in einem so wesentlichen Punkt nicht abgeschlossen ist, kann man hier nicht eine Dauerlösung dekretieren, die, wie ich gesagt habe, einen Teil der österreichischen Bevölkerung in eine innere Gegnerschaft drängen würde. Das verträgt gerade der österreichische Nationalfeiertag nicht. Man sollte daher aufhören, immer auf eine Gruppe mit dem Finger hinzuzeigen: Seht, das sind die schlechteren Österreicher!

Die Regierung mußte aber nun in einer Situation, die noch nicht ausgegoren ist, in einer Situation, wo die Diskussion noch nicht abgeschlossen ist, eine Regelung für 1966 vorschlagen. Diese Regelung lautet, so wie wir uns das vorgestellt haben, daß eben dieser 26. Oktober ein arbeitsfreier Tag ist. Aber ob das im gleichen Sinn und im gleichen Ausmaß auch für ein anderes Jahr gelten kann, darüber ist, wie gesagt, die Diskussion noch nicht abgeschlossen, und wir hoffen, daß in absehbarer Zeit — und da möchte ich sagen: Nicht erst unter dem Zeitdruck im Herbst 1967! — eine Regelung der Feiertagsfrage gefunden wird. Ich habe von der Frau Minister Rehor bereits vernommen, daß sie persönlich bestrebt ist, sehr rasch und sehr bald auf eine endgültige Regelung dieser Frage zu drängen. Ich würde daher glauben, daß wir es bei der heutigen Regierungsvorlage ohne Gefährdung im Sinne einer Vorwegnahme der künftigen Regelung doch belassen können. Ich glaube, daß es daher nicht notwendig ist, daß uns die Damen und Herren von der sozialistischen Seite heute schon unter allen Umständen eine Dauerlösung aufzwingen wollen.

Ich glaube, es soll eine Regelung gefunden werden, die das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht belastet, aber auch eine Regelung, die die Zustimmung beider Sozialpartner bekommt.

Dr. Josef Gruber

Es wird nun aber auch die Frage zu erörtern sein: Wie soll ein arbeitsfreier Nationalfeiertag denn gefeiert werden? Meiner Meinung nach wäre es zuwenig, wenn wir einfach nur einen arbeitsfreien Tag mehr hätten. Das würde nicht dem Sinn des Nationalfeiertages entsprechen. Ich verweise diesbezüglich insbesondere auf das nicht gerade ermutigende Beispiel des 17. Juni in der deutschen Bundesrepublik. Man hat diesen Tag auch in Erinnerung an ein nationales Ereignis zum arbeitsfreien Tag erklärt. Was ist das Ergebnis? Die Leute fahren irgendwohin ins Grüne, und kein Mensch denkt mehr daran, warum dieser Tag überhaupt arbeitsfrei ist. Das, glaube ich, ist nicht der Sinn dieses Tages.

Es soll aber auch ausgesprochen werden, daß es uns zuwenig erscheint, wenn die Lehrer und die Offiziere ihre Pflichtübung absolvieren und die übrige Bevölkerung über diesen Tag hinweg zur Tagesordnung übergeht.

Ich möchte aber auch vor einem etwaigen Zuviel warnen. Wollte man den Versuch unternehmen, das ganze Volk sozusagen auf dem Appellplatz antreten zu lassen, um die Menschen mit patriotischen, vaterländischen, nationalen Reden zu bedienen, dann wäre das auch nicht der richtige Weg.

Es wird sicherlich kluger — und gar nicht leichter — Anstrengungen bedürfen, über den Kreis der Schuljugend, der Jugendverbände, der Jungmänner des Bundesheeres und anderer hinaus die Bevölkerung für eine innere Anteilnahme zu gewinnen. Das aber ist die Aufgabe.

Wir bitten daher alle Institutionen, besonders die der Erwachsenenbildung, die Presse, den Rundfunk, das Fernsehen, die Theater und alle, die einen bildnerischen Einfluß haben, sich des Anliegens „Nationalfeiertag“ anzunehmen. Es geht nicht nur um die Jungbürger, es geht um alle Staatsbürger.

Es gab einmal eine Richtung in Theorie und Praxis der Volksbildung, die Volksbildung als Volkbildung verstand. Man ist natürlich längst davon abgekommen; Gott sei Dank. Aber bestehen bleibt die eminente Aufgabe der Volksbildung, die staatsbürgerliche Erziehung und Bildung aller Bevölkerungsgruppen wahrzunehmen. Dies gilt auch in besonderer Weise vom Nationalfeiertag. Nur dann, wenn es gelingt, den Nationalfeiertag tief im Bewußtsein des Volkes zu verankern, hat dieser Tag seinen Sinn erfüllt. Daher wollen wir, meine Damen und Herren, nicht nur einen arbeitsfreien Tag, sondern einen echten Nationalfeiertag! (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich noch folgendes nachtragen: Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Häuser und Genossen, den der Abgeordnete Sekanina verlesen hat, liegt mir vor und ist ordnungsgemäß unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Melter. (Abg. Melter: Danke für den Titel! — Heiterkeit.) Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Melter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stehe hier nicht allein als Sprecher der freiheitlichen Nationalratsfraktion, sondern ich darf mich auch darauf stützen, daß in Vorarlberg ein großer Teil der Bevölkerung und die gesamte Vorarlberger Landesregierung dafür eingetreten ist, dieses Gesetz nicht zum Beschuß zu erheben. (Zwischenrufe.) Wenn also versucht werden sollte, die Stellungnahme der freiheitlichen Nationalratsfraktion in ein schiefes Licht zu setzen, so werden Sie gleichzeitig gezwungen sein, die fünf Mitglieder der Vorarlberger Landesregierung, die der ÖVP angehören, und zwar eingeschlossen den Landesparteiobmann und den Landesorganisationsreferenten der ÖVP in Vorarlberg, und auch den ehemaligen Landesparteiobmann der Sozialistischen Partei in Vorarlberg, der nicht aus politischen Gründen, sondern aus Altersgründen nicht mehr Parteiobmann ist, ebenfalls in ein schiefes Licht zu setzen. Die Vorarlberger Landesregierung hat einhellig den Beschuß gefaßt, negativ zu diesem Gesetze Stellung zu nehmen.

Darüber hinaus hat die unabhängige Zeitung des Landes — es sind die „Vorarlberger Nachrichten“ — eine Art Volksbefragung durchgeführt und das Problem des Staats- oder Nationalfeiertages zur öffentlichen Diskussion gebracht; sie hat dazu aufgefordert, Stellungnahmen an die Redaktion einzusenden. Diese Volksbefragung ist nicht ohne Widerhall geblieben, denn nicht weniger als etwa 3000 Zuschriften sind eingelangt, davon nicht weniger als 2200 mit negativen, zum Teil außerordentlich kritischen Bemerkungen, und nur etwa ein Viertel mit positiven Einstellungen; das sind etwa 800 Einsendungen.

Es kann nun zweifellos nicht dem Abgeordneten Sekanina zugestimmt werden, wenn er hier ausgeführt hat, daß die Gesamtbevölkerung hinter der Forderung nach diesem Nationalfeiertag stehe. (Abg. Weikhart: Aber die 3000 sind es auch nicht!) Bei der Auswertung der Zuschriften ist aufgefallen, daß ein sehr großer Teil davon auch von Frauen eingelangt ist. Die Frauen, die die Mehrzahl der Wähler in diesem Lande stellen, die Frauen, die sich in erster Linie den Lohn-Preis-

2032

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Melter

Verhältnissen ausgeliefert sehen, weil sie ja für die Familie sorgen müssen, diese Frauen haben in erster Linie ihre Bedenken dahin gehend angemeldet, daß dieser Feiertag für die Männer Anlaß ist, zu diesen Veranstaltungen fortzugehen und anschließend daran die Feiern auf ihre Art fortzusetzen, allenfalls auch mit einem größeren Alkoholkonsum. (Heiterkeit. — Abg. Dr. Pittermann: Was ist das für eine Art? Welche Art ist das, in der sie die Feiern auf ihre Art fortsetzen? — Abg. Lola Solar: Jeden Sonntag!) Eben. Es ist allerdings fraglich, ob diese Art der Feiern zu wünschen ist. Es ist sehr fraglich, wenn viele, was ja leider auch sonst oft kommt, an einem solchen Feiertag oder anläßlich einer solchen Feierstunde mehr verbrauchen, als sie im Laufe einer Woche verdienen. (Abg. Hartl: Schaut euch den Wilhelm Tell an! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Withalm: Abschaffung aller Feiertage! Weg damit! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Wie ernst Ihnen das Problem des Nationalfeiertages ist, das sieht man an der Heiterkeit, die Sie hier ausgelöst haben. Man sieht daran, daß es für Sie nur um ein Politikum geht und nicht um ein ernstes Anliegen des Staates.

Der Herr Abgeordnete Dr. Gruber hat schon darauf hingewiesen, daß der 17. Juni als deutscher Staatsfeiertag praktisch nur noch zu einem Ausflugstag geworden ist, an dem eben einzelne Politiker eine Rundfunkansprache oder eine Versammlungsansprache mit denkbar wenig Zuhörern halten. Es gibt nichts, das zu der Überzeugung führen könnte, daß eine ähnliche Einrichtung in Österreich zu einem anderen Ergebnis führen würde. Dies umso weniger, als die Regierung keinerlei gutes Vorbild gibt.

Es darf auch auf unser Nachbarland, die Schweiz hingewiesen werden. Es wird niemand geben, der mit Recht behaupten kann, daß nicht der überwiegende Teil der Schweizer Bevölkerung außerordentlich patriotisch eingestellt ist. Aber die Schweizer Bevölkerung feiert ihren Staatsfeiertag am 1. August in ganz anderer Art und Weise, als dies etwa bei uns vorgesehen ist. Ihr genügt innere Einkehr, ihr genügt ein Teil des Tages, der aber ehrlichen Herzens der Gemeinschaft und dem Staat gewidmet ist und nicht großartigen Feiern, großartigem Aufwand auf Kosten der Gesamtbevölkerung! (Abg. Hartl: Die brauchen nur einen Apfel! — Allgemeine Heiterkeit.)

Wir in Österreich haben wahrlich wenig Grund zum Feiern, solange der Staat eine derartige Schuldenwirtschaft betreibt. Wir haben festzustellen, daß hier in diesem Staat Österreich ein sehr großer Teil der Bevölkerung

keine Möglichkeit hat, sich an den Feiern zu beteiligen, denn ihm fehlt das notwendige Kleingeld. Die Zahl jener, die zuwenig haben, ist gar nicht so bescheiden; auch im Zuge der Generaldebatte zum Haushaltsvorschlag wurde von mehreren Sprechern aller Fraktionen schon darauf hingewiesen.

Zu den Armen im Staate gehören unter anderem auch die Kriegsopfer, die vom Finanzminister so großartig behandelt werden, daß ihnen nicht einmal eine 0,5prozentige Steigerung ihres Gesamtaufwandes zugebilligt wird. Wie sollen die Kriegsopfer diesem Staat gegenüber eingestellt sein, der sie so schäbig behandelt? Wie sollen sie jener führenden Partei gegenüber eingestellt sein, die ihnen keine Besserstellung zubilligt?

Welche Auffassung sollen die vielen ASVG-Pensionisten vertreten, denen man Pensionsbestimmungen zumutet, die wesentlich schlechter sind als jene im öffentlichen Dienst?

Was sollen die Heimkehrer sagen, die viele Jahre in Gefangenschaft arbeiten mußten, was als Reparationsleistung gutgeschrieben wurde, denen man aber nach der Heimkehr nur einen Bettel hingeworfen hat, denen bei weitem nicht ihre gerechtfertigten Ansprüche erfüllt worden sind? (Abg. Lola Solar: Die hat Österreich doch nicht in den Krieg geschickt!)

Was sollen die vielen Familienerhalter sagen, denen man keinen angemessenen Ausgleich für die Steigerung der Lebenshaltungskosten bietet? Wir, die wir durch die Politik, die die Bundesregierung verfolgt, in Kauf nehmen müssen, daß die Zahl der Fremdarbeiter immer größer wird, betreiben damit zweifellos keine nationale, eigenständige Politik.

Heute, wo immer mehr von der Harmonisierung der Bestimmungen auf allen Ebenen gesprochen wird, führt man bei uns in Österreich einen zusätzlichen bezahlten Feiertag ein. Die Zahl steigt von 12 auf 13. Im Vergleich dazu hat England 5 Feiertage. Man erkennt daraus, daß Österreich acht Feiertage mehr begeht. Wenn man behauptet, daß der österreichischen Wirtschaft etwa eine Wertschöpfung zwischen 600 und 1000 Millionen Schilling verlorengeht und daß der Anteil am Gesamtumsatz etwa mit 0,4 Prozent zu bewerten ist, so ergibt das bei acht Tagen schon 3,2 Prozent. Wenn man sich daran erinnert, wie sehr die Bundesregierung ihren Beamten, den Landes- und Gemeindebediensteten Prozente herabgefeilscht hat, dann wird man eindeutig erkennen können, daß man hier, wenn in der Feiertagsfrage vernünftig vorgegangen würde, mit den Prozenten wesentlich großzügiger sein könnte.

Es darf nicht übersehen werden, daß jeder arbeitsfreie Tag, der bezahlt werden muß,

Melter

nicht nur die Wirtschaftstreibenden etwas kostet, sondern daß die Gesamtwirtschaft belastet wird. Das hat zur Folge, daß die Wirtschaftstreibenden natürlicherweise die Kostensteigerung auf die Preise überwälzen, und das hat dann auch wieder einen Preisauftrieb zur Folge.

Wenn man sich im Zusammenhang damit erinnert, daß der Herr Generalsekretär Dr. Withalm zur Sparsamkeit aufgerufen und mahnend den Finger gehoben hat, muß man es als eigenartig betrachten, wenn der gleiche Mann dann dafür eintritt, daß derartige Preissteigerungsfaktoren neu geschaffen werden. (Abg. Dr. Withalm: *Wir haben eine provisorische Lösung!*) Ich bin der Auffassung, daß ein Feiertag erst dann gerechtfertigt ist, wenn diese demokratische Republik Österreich in ihren wirtschaftlichen Grundlagen erarbeitet und gesichert wird, wenn durch die Steigerung des Wirtschaftsertrages die Gewähr und die Voraussetzung dafür gegeben ist, daß allen Bevölkerungsgruppen in gerechter Aufteilung des Ertrages soziale Leistungen zugebilligt werden können, die der Gesamtheit der Bevölkerung eine Beruhigung und eine Sicherheit vermitteln, auf Grund der sie dann ungestört und ohne Bedenken an Feiern im Gedenken an diesen demokratischen Staat Österreich teilnehmen können.

Es wird hier davon gesprochen, daß durch diese Vorlage nur eine Lösung für den 26. Oktober 1966 getroffen wird. Das bedeutet also, daß wir uns in absehbarer Zeit neuerlich mit diesem Problem werden beschäftigen müssen.

Was verleitet nun die Bundesregierung zu der Annahme, daß die Situation im nächsten Jahr anders sein sollte? Sie glaubt allem Anschein nach, mit dem Vatikan beziehungsweise mit der Kirche im Lande Verhandlungen bezüglich eines Tausches von Feiertagen mit Aussicht auf Erfolg durchführen zu können. Es darf darauf hingewiesen werden, daß von kirchlicher Seite mit aller Energie dagegen aufgetreten wird, schon bestehende Feiertage gegen den Staatsfeiertag auszutauschen. Aber vielleicht wird unser Bundeskanzler als Josef III. im Vergleich zu Josef II. schon eine Möglichkeit finden, mit der Kirche unter entsprechendem Nachdruck ein Arrangement zu treffen. Wir Freiheitlichen haben keinen Anlaß, eine Majestät Josef III. zu installieren, nur damit an einem Tag im Jahre unter besonderem Aufwand großartige Feiern veranstaltet werden können.

Ich darf abschließend zum Ausdruck bringen, daß Patriotismus nicht eine Frage der Bezahlung, sondern der inneren Einstellung ist. Ich glaube, daß wir Freiheitlichen für uns auch in Anspruch nehmen können, daß wir aufrechte,

österreichische Demokraten sind. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Stohs. Ich erteile es ihm. (Abg. Dr. Pittermann: *Jetzt kommt der Gegen-Stohs!*)

Abgeordneter Stohs (ÖVP): Hohes Haus! Wenn mein Vorredner jetzt nicht als Abgeordneter der Freiheitlichen Partei gesprochen hat — so wie er angegeben hat —, sondern namens der Abgeordneten Vorarlbergs, so möchte ich feststellen, daß Herr Kollege Melter mit uns keine Verbindung aufgenommen hat und von uns keinen Auftrag hatte, namens der Vorarlberger Abgeordneten zu sprechen. (Abg. Weikart: *Das weiß man bei euch!*)

Ich möchte weiters feststellen, daß die Stellungnahme der Vorarlberger Landesregierung darauf aufmerksam gemacht hat, daß in unserem Nachbarland, der Schweiz, seit vielen Jahrzehnten der schweizerische Nationalfeiertag am 1. August begangen wird, ohne daß er als voller Arbeitsfeiertag gilt, sondern daß sich die Feiern hauptsächlich auf den Abend erstrecken, nach Arbeitsschluß, oder ein vorzeitiges Arbeitende stattfindet. Wie bereits unser Sprecher, Kollege Dr. Gruber, ausgeführt hat, sind mit für diese Bedenken auch die Erfahrungen maßgebend gewesen, die in Deutschland mit dem Tag der Deutschen Nation am 17. Juni gemacht wurden, weil gerade wir in Vorarlberg es am allerbesten beurteilen können — wahrscheinlich aber auch in Tirol und Salzburg —, daß an diesem Tag die Kolonnen nicht abreißen, daß die Deutschen mit ihren Autos zu uns kommen und den Tag der Einheit nicht in Deutschland begehen. Diese Befürchtung besteht auch heute noch bei uns im Land bezüglich unseres neuen Nationalfeiertages.

Ich möchte mich ganz entschieden gegen die Bedenken wenden, die gegen den österreichischen Nationalfeiertag erhoben wurden, weil man glaubt, daß wir Österreicher keine Nation wären. In Vorarlberg werden Sie nur ganz wenige finden, die diese Meinung teilen.

Wenn sich in der Befragung, die von den „Vorarlberger Nachrichten“ durchgeführt wurde, dieser große Prozentsatz gegen den 26. Oktober gewandt hat, so deshalb, weil sie der Meinung waren, daß es unwürdig und unmöglich sei, diesen Tag mit einem anderen katholischen Feiertag zu tauschen. Ich glaube, daß diese Meinung der katholischen Bevölkerung Rechnung trägt und daß auch wir Abgeordnete hiefür nicht eingenommen sind. Mit der heutigen Regelung wurde ausdrücklich festgestellt, daß noch keine endgültige Regelung feststeht und daß ohne Vorwegnahme künftiger Regelungen dieser 26. Oktober als

2034

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Stohs

arbeitsfreier Feiertag erklärt wird. Ich glaube, daß es wohl am zweckdienlichsten wäre, im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation, die wir in unserem Lande haben, möglichst bald diese Frage zu prüfen.

Wenn wir auch letztes Jahr den 26. Oktober festgelegt haben, so wäre es sicherlich kein nationales Unglück, wenn wir einen anderen Beschuß fassen würden und beispielsweise den 1. Mai als Staats- und Nationalfeiertag erklären würden (*Bewegung*), weil dieser Tag sehr nahe beim 27. April und auch beim 15. Mai liegt. Das würde wohl dem Großteil der Vorarlberger Bevölkerung am besten entsprechen und sehr wahrscheinlich auch großen Teilen unserer Wirtschaft entsprechend Rechnung tragen.

Eines müssen wir auch als Arbeitnehmer zur Kenntnis nehmen: Wenn wir glauben, daß diesen Feiertag die österreichischen Unternehmer bezahlen, so geben wir uns wohl einer Täuschung hin. Diesen bezahlten Feiertag bezahlt die österreichische Wirtschaft, zu der wir alle gehören, gleichgültig, ob wir Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern oder Wirtschaftstreibende sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Heinz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Heinz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Diskussion über den Nationalfeiertag scheint sich zu einer Vorarlberger Diskussion zu entwickeln. Die Ausführungen des Kollegen Melter und die Befragung der „Vorarlberger Nachrichten“, auf die er sich berufen hat, haben mich schließlich und endlich bewogen, hier einiges aufklärend zu sagen.

Es ist richtig, daß die Befragung der „Vorarlberger Nachrichten“ mit ungefähr 3000 Zuschriften ein Ergebnis erbracht hat, wie es hier geschildert wurde. Ich muß aber dem Hohen Hause mitteilen, daß vor vier Wochen auf einer ordentlichen Landeskongress des Österreichischen Gewerkschaftsbundes die Delegierten dieser Konferenz einstimmig beschlossen haben, daß der neu geschaffene Nationalfeiertag den Dienstnehmern zu bezahlen ist. Ich glaube, in diesem Sinne ist es auch richtig, daß, wenn wir diesen Feiertag eingeführt haben, er den Dienstnehmern auch zu bezahlen ist. Durch die Bezahlung erleiden zumindest die Dienstnehmer keinen Schaden. Bezahlung müssen ihn die Dienstgeber. Es entsteht der Eindruck, daß sie den Nationalfeiertag auch jenen Gruppen bezahlen müssen, die gegen die Bezahlung auftreten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der

Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Da Abänderungsanträge vorliegen, werde ich artikelweise abstimmen lassen.

Zu Artikel I liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Ing. Häuser und Genossen vor. Ich lasse zuerst über diesen Abänderungsantrag abstimmen und, falls dieser keine Mehrheit findet, über den Artikel I in der Fassung der Regierungsvorlage. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Artikel I in der Fassung des Abänderungsantrages Ing. Häuser und Genossen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über Artikel I in der Fassung der Regierungsvorlage abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen. (*Widerspruch bei der FPÖ.*) Das ist die Mehrheit. (*Abg. Zeillinger: Wir sind die Minderheit!*) Wird nicht bestritten. (*Heiterkeit.*)

Es liegt nun ein Antrag der Abgeordneten Ing. Häuser und Genossen auf Einfügung eines neuen Artikels II vor. Ich lasse über diesen Zusatzantrag abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über Artikel II der Vorlage. Hiezu liegt kein Abänderungsantrag vor. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Artikel II samt Titel und Eingang des Gesetzentwurfes in der Fassung des Ausschußberichtes Ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. — Ein Einwand hiegegen wird nicht erhoben.

Ich bitte somit jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist die Mehrheit. Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

3. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (123 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Lebensmittelgesetz 1951 abgeändert wird (210 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Abänderung des Lebensmittelgesetzes 1951.

Präsident

Berichterstatter ist der Abgeordnete Kabelsch. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter Kabelsch: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat am 23. Juni 1966 den gegenständlichen Gesetzentwurf im Nationalrat eingebracht. Eines der Ziele dieser Regierungsvorlage ist, die Wahrung der Interessen der Konsumenten im Rahmen der Codexkommission zu ermöglichen. Überdies verfolgt der Gesetzentwurf den Gedanken, durch die Zusammensetzung der Codexkommission eine Behandlung der ihr übertragenen Aufgaben auf möglichst breiter wissenschaftlicher Basis zu ermöglichen.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 17. Oktober 1966 der Vorberatung unterzogen. Der Gesetzentwurf wurde unverändert mit Stimmeneinheit angenommen.

Namens des Ausschusses stelle ich hiermit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf 123 der Beilagen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident: Der Berichterstatter beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem vorzunehmen. — Ein Einwand hiegegen wird nicht erhoben. Wir gehen somit in die Debatte ein.

Als erste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Anna Czerny. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Anna Czerny (SPÖ): Hohes Haus! Es liegt uns hier eine Regierungsvorlage vor, die sich mit dem Lebensmittelgesetz beschäftigt. Ich darf einleitend sagen, daß meine Fraktion selbstverständlich dieser Vorlage die Zustimmung geben wird. Aber es wird doch gut sein, wenn wir anlässlich der Behandlung dieser Vorlage einige Fragen in Erinnerung bringen, die wir in den vergangenen Jahren zu wiederholten Malen angeschnitten haben, die aber bis heute einer Erledigung harren. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir in Niederösterreich durch die Arbeiterkammer Proben vom Inhalt verschiedener Wurstsorten entnehmen ließen und dabei zu sehr erstaunlichen Feststellungen gekommen sind. Ich möchte hier ausdrücklich sagen, daß die Qualität dieser Wurstsorten weit unter dem lag, was angeschrieben war. Aber damit verbunden war natürlich ein Griff in die Taschen der Konsumenten gewesen. Das möchte ich hier ausdrücklich anführen. Ich rufe auch in Erinnerung, daß man unsere Vorschläge, die damit in Zusammenhang

stehen, wirklich einer Beachtung unterziehen soll.

Meine sehr Geschätzten! Vor Jahrhunderten soll ein Arzt gelehrt haben: Das Geheimnis, das Leben zu verlängern, ist, es nicht zu verkürzen. Wir wissen, daß wir wahrscheinlich heute mit einer Reihe von Lebensmitteln — vor allem aus Konserven — manches zu uns nehmen, was unserer Gesundheit wahrscheinlich nicht sehr förderlich ist.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit auch noch auf eine andere Frage hinweisen, und das ist die Frage unserer Pflanzenschutzmittel und der sogenannten Insektizide. Wenn Ihnen der Name Rachel Carson etwas sagt, dann möchte ich darauf hinweisen, daß diese amerikanische Wissenschaftlerin in einem ganzen Buch auf die gefährliche Situation hingewiesen hat, die der Menschheit dadurch drohen kann, daß sie gezwungen ist, Lebensmittel direkt oder auf dem Umweg über die Verfütterung zu sich zu nehmen, die durch verschiedene Dinge Vergiftungen erlitten haben.

Ich habe nur ganz wenige Dinge angeführt. Ich möchte auch noch erwähnen, daß es die Hausfrauen, daß es vor allen anderen aber die Mütter sehr interessieren wird, ob es endlich doch möglich ist, auf unseren Lebensmitteln, die in Konserven zu uns kommen, genau verzeichnet zu finden, wie groß der Inhalt ist; aber nicht nur das Gewicht soll angegeben sein, sondern auch alle Ingredienzien und wie weit diese Ingredienzien unserer Gesundheit zuträglich oder abträglich sind.

Ich habe versucht, nur einige Dinge hier zur Sprache zu bringen, die dringend einer gesetzlichen Klärung harren. Denn seit der Zeit, als zum erstenmal ein Österreichisches Lebensmittelbuch geschaffen wurde, sind fast 70 Jahre vergangen, und in der Zwischenzeit hat sich in unserer Ernährung sehr, sehr viel gewandelt und ist sehr reformbedürftig geworden. Ich erinnere nur an die Zeit, als wir in einer Woche — denken Sie an die letzte Juli-Woche des Jahres 1945 — 40 dkg Brot, eine Fischkonserve — es waren die „berühmten“ Silverhakes —, 22 dkg Fett, 14 dkg Hülsenfrüchte — zumeist waren sie mit „Fleisch“ durchsetzt — und 7 dkg Zucker bekommen haben.

Damals haben wir über die Frage des Lebensmittelbuches, über alles, was damit zusammenhängt, nicht nachgedacht. Aber in der heutigen Zeit ist es wohl verständlich, wenn wir Sozialisten verlangen, daß außer diesem heute vorliegenden Gesetzentwurf auch alle diese Fragen, die ich hier kurz angeschnitten habe und zu denen ich besonders eine Neuformulierung des Fleischhygienegeset-

2036

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Anna Czerny

zes zähle, endlich einer positiven Lösung zugeführt werden.

Im übrigen darf ich Ihnen sagen, daß unsere Partei der Vorlage ihre Zustimmung erteilen wird. (*Beifall bei den Sozialisten.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna **Bayer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die heute zur Verhandlung stehende Novelle zum Lebensmittelgesetz ermöglicht endlich die seit dem Jahre 1963 fällige Ernennung von Mitgliedern und die Weiterarbeit der Codexkommission, ja sie verpflichtet geradezu die verantwortlichen Stellen — den Arbeiterkammertag, die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs —, die Lebensmittelchemiker vorzuschlagen, die in dieser Kommission am Österreichischen Lebensmittelbuch mitarbeiten sollen. Die vorgesehene Sechswochenfrist für diese Ernennung wird dazu beitragen, daß keine weiteren Verzögerungen eintreten und den Schutz der Volksgesundheit gefährden.

Wir begrüßen die Heranziehung von vier Lebensmittelchemikern und sind der Ansicht, daß in dieser für die gesamte Bevölkerung so wichtigen Angelegenheit unbedingt erstklassige und objektive Fachleute tätig sein sollen.

Die Klarstellung, welche Qualität und Beschaffenheit einwandfreie Lebensmittel haben müssen, ist für den Konsumenten interessant und notwendig. Da möchte ich wiederum den Begriff des Konsumenten klarstellen, der häufig allzu einseitig definiert wird. Konsumenten sind wir alle, nicht nur die Arbeitnehmer, die Hausfrauen und ihre Familien, sondern in gleicher Weise Industrielle, Gewerbetreibende, Kaufleute, Landfrauen und Angehörige freier Berufe. Jeder kauft dieses oder das andere Lebensmittel und möchte es genießen und keinen gesundheitlichen Schaden dadurch erleiden. Es ist tatsächlich eine Angelegenheit, die jeden österreichischen Staatsbürger angeht, ob er nun jung oder älter ist, und sie ist für jeden von Bedeutung. Leider kommen ja tatsächlich immer wieder minderwertige Lebensmittel auf den Markt, und die Ergebnisse von Untersuchungen und Kontrollen der Lebensmittelpolizei in Österreich sind manchmal geradezu alarmierend. 9,3 Prozent aller verkauften Lebensmittel wurden als minderwertig klassifiziert, wobei an der Spitze der beanstandeten Waren die sogenannten sonstigen Lebensmittel standen, zu welchen Kleinkolonialwaren und Dosen-

erzeugnisse gehören; erst dann folgen Fleisch, Milch, Brot und Butter, wobei vielfach zu lange und unrichtige Lagerung die Qualitätsverminderung bewirkte. Seit dem vergangenen Jahr stieg die Zahl der Beanstandungen um 0,7 Prozent. Die Lebensmittelpolizei mußte ihre Kontrollen verschärfen und 30 neue Revisoren ausbilden. Aber auch die österreichische Konservenindustrie beklagt die derzeitige Unsicherheit auf dem Gebiete des Lebensmittelrechtes. Die Ursache ist eben das Fehlen zeitgemäßer Vorschriften, die den Gerichten und Sachverständigen als Grundlage dienen.

Diese Aufgabe hat der neu herauszugebende Codex alimentarius Austriacus zu erfüllen, und seine Ausarbeitung ist nur durch eine einwandfrei funktionierende Kommission möglich, wie sie mit der Novelle bestimmt wird.

Die derzeit geltenden Normen stammen vielfach noch aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, und nur einige Kapitel wurden nach dem zweiten Weltkrieg erneuert. Nach 1945 wurde die Codexkommission gegründet. Sie kam aber nur langsam mit der Arbeit voran, entsprechend den damals noch schwierigen und andersgearteten Voraussetzungen und Verhältnissen auf dem Lebensmittelsektor. Im Jahre 1962 stellte sie ihre Tätigkeit wegen der umstrittenen Zusammensetzung überhaupt ein.

Inzwischen wurden die Gegensätze zwischen den raschen Fortschritten von Technik, Lebensmitteltechnologie beziehungsweise -chemie und den veralteten Normen so groß, daß sich eine untragbare Rechtsunsicherheit ergab. Sie hemmte die Produktion und brachte die Gefahr ständiger strafrechtlicher Verfolgungen für Firmen, Fachleute und Kaufleute mit sich.

Ein Lebensmittelgesetz ohne brauchbaren Codex kann nicht funktionieren, und nach den Vorschriften aus dem Jahre 1911 ist es heute, wo in- und ausländische Lebensmittel in jeder Menge auf dem Markt erhältlich sind, nicht möglich, zu urteilen. Schließlich wurde auch die Tätigkeit der staatlichen Untersuchungsanstalten durch das Fehlen brauchbarer Bestimmungen erschwert. Die klare rechtliche Grundlage kann nur eine zeitgemäße Neufassung des Codex sein.

Da in anderen Ländern genaue Vorschriften über Deklaration von Konserven und Tiefkühlwaren und lebensmittelrechtliche Bestimmungen bestehen, sind unsere Exporte dorthin erschwert, wodurch nicht nur Industrie und Handel, sondern auch die Landwirtschaft als Lieferant leiden und die handelspolitische Benachteiligung verspüren mußten. So erzielten die österreichischen Konservenexporte

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

nur 23 Millionen Schilling, während für 140 Millionen Schilling Konserven importiert wurden.

Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die nunmehr zu bestellende Codexkommission, über deren Zusammensetzung in der heute zu beschließenden Novelle Klarheit geschaffen wird, ihre Tätigkeit in Kürze in vollem Umfange aufnehmen kann. Diese Arbeit ist verantwortungsvoll im Hinblick auf die Urproduktion, auf die Veredlungs- und Konservierungsindustrie und auf die allgemeine Volksgesundheit. Die Kommission wird hiefür die zeitgemäßen Richtlinien auszuarbeiten haben.

Meine Damen und Herren! Unser Wunsch geht nach wie vor dahin, Konserven aller Art mit Herstellungs- beziehungsweise Haltbarkeitsdaten zu versehen und den Inhalt sowie die Zusammensetzung und die Zutaten einwandfrei zu deklarieren. Bei Futtermitteln wird die Haltbarkeit angegeben. Warum sollte dies nicht bei Nahrungsmitteln besonders nötig und möglich sein? (*Beifall bei der ÖVP.*) Vielleicht könnte man einmal bei den verschiedenen Babynährmitteln und -konserven beginnen, da die kleinsten Konsumenten unseres Landes bekanntlich am meisten durch ungeeignete oder zu lang gelagerte Babykost gefährdet sind. Wie sollen der kleine Kaufmann auf dem Lande und die dort wohnende Hausfrau wissen und erkennen, daß die Haltbarkeitsdauer längst überschritten ist und schwerste gesundheitliche Schäden für die Kinder zu befürchten sind?

Hohes Haus! Die Lebensmittelgesetzesnovelle gibt endlich Klarheit über die Codexkommission. Wir hoffen, daß diese baldmöglichst ernannt werden und moderne Richtlinien ausarbeiten wird.

Weit darüber hinaus ist es wie in so vielen Bereichen unseres Lebens: Das Gesetz ist Grundlage, die Kommission Träger und Wegweiser. Aber alle anderen Beteiligten haben das Ihre dabei zu leisten: die Landwirtschaft, die ständig bestrebt ist, bessere Qualitätsware zu liefern, die Industrie, die einwandfrei und redlich die Produkte zu verarbeiten und zu konservieren hat und die notwendigen und berechtigten Wünsche nach Deklaration und Datumsangabe erfüllen möge, im Interesse des Handels, des Exportes, der Käufer, der Vermeidung strafrechtlicher Folgen und der Erhaltung unseres kostbaren Gutes, der Gesundheit und des Lebens. Mögen dies alle Verantwortlichen erkennen und im besten Sinne positiv für Österreich zu wirken stets bereit sein.

Meine Fraktion gibt der Gesetzesvorlage ihre Zustimmung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kulhanek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Kulhanek (ÖVP): Hohes Haus! Ich glaube, mit der Tatsache allein, daß zwei weibliche Abgeordnete als Konsumentenvertreter vor dem Vertreter der Wirtschaft gesprochen haben, ist die Höflichkeit der Wirtschaft gegenüber dem weiblichen Geschlecht, aber auch gegenüber dem Konsumenten unter Beweis gestellt.

Ich bin den Vorrednern dankbar, weil sowohl die Frau Abgeordnete Czerny wie auch Frau Dr. Bayer zwei Tatsachen angeschnitten haben, die ich voll und ganz unterstütze. Denn wir müssen uns sehr ernste Gedanken darüber machen, wieweit Konservierungsmittel verwendungsfähig sind, wieweit die Pflanzenschutzmittel, aber auch die Düngemittel auf den Körper wirken und wie eine nützliche Kontrolle geschaffen werden kann.

Nicht vertreten würde ich den Standpunkt, daß man die technischen Erfindungen aus einer Möglichkeit ausschaltet, die heute zum Beispiel in der Herstellung von Emulsionen notwendig zu einer neuen Rezeptur führen können. Ich unterstreiche aber, was Frau Dr. Bayer gesagt hat, nämlich daß die Feststellungen hinsichtlich der Kontrollbeanstandungen und Untersuchungen objektiv sein müssen und daß man wirklich erstklassige Fachexperten dafür zur Verfügung halten muß.

Damit komme ich eigentlich — und ich danke für diese Einleitung — zu dem Kernpunkt: Wir haben in den letzten Jahren einen Zustand im Lebensmittelrecht gehabt, der eigenartig war: Das ganze Lebensmittelrecht hat sich gleichsam in einer einzigen Person institutionalisiert, in einer Person, für die man in der Öffentlichkeit, also vornehmlich durch die Zeitungen, Namen erfunden hat, die zum Teil aus der Phantasie stammen, wie „staatlicher Ernährungspapst“ oder „Lebensmittelpuritaner“ oder „Bakterienjäger“ oder „Viktualienspion“. Aber alle haben einen einzigen Mann damit treffen wollen, den man auch noch als die Graue Eminenz auf dem Sektor des Lebensmittelrechts bezeichnet hat: den Direktor der Bundes-Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Wien, Dr. Petuely.

Wenn man sich über gewisse Taten eines Menschen wundert, dann sollte man auch ein bißchen untersuchen, wo hier der Anstoß gegeben ist, wo solche Handlungsweisen ihren Ursprung, ihre Wurzel haben. Es ist vielleicht nicht uninteressant, wenn wir deshalb nur ganz kurz einen Blick auf seinen Werdegang machen. Merkwürdig ist schon, daß er seine Ausbildung in jenen Fächern erhalten oder sich zugeeignet hat, in denen er heute gar nicht verwendet wird. Er hat nämlich das Medizin-

2038

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Kulhanek

studium absolviert, den Doktor der Philosophie abgelegt, wohl auf dem Gebiet der Chemie, aber nicht des Lebensmittelrechtes, und war dann zwölf Jahre, glaube ich, als Experte einer holländischen Ernährungsfirma tätig. 1960 ist er etwas überfallartig Leiter der Landes-Untersuchungsanstalt in Graz geworden.

Bis zu diesem Zeitpunkt war es Vorschrift, daß man ein entsprechendes Hochschulstudium nachweisen mußte, das mit dieser Stelle in Verbindung stand, ferner eine dreijährige Praxis absolvieren mußte und am Ende dieser Praxis noch eine Prüfung, theoretisch und praktisch, abzulegen hatte. Das war bei Dr. Petuely nicht Vorbedingung, für ihn haben acht Wochen Praxis genügt, um ihn zum Leiter dieser Untersuchungsanstalt zu machen. Als im Jahre 1964 durch das Ableben des damaligen Direktors der Untersuchungsanstalt die Direktorstelle in Wien freigeworden ist, hat man wieder Dr. Petuely vorgezogen, obwohl ein geprüfter Lebensmittelchemiker mit einer dreißigjährigen Dienstzeit dort im Amt tätig war; es war quasi der präsumtive Nachfolger. Trotzdem hat man Dr. Petuely genommen. Allerdings konnte dieser ja mit dem damals und sogar heute noch publicity-wirksamen Kürbiskernölprozeß aufwarten, was dem anderen nicht zur Verfügung stand.

Nun ist verständlich, daß jemand, der so rasch und leicht die Hürden zu nehmen in der Lage ist, dem also das Schicksal hilft, in einem raschen Lauf seinen Aufstieg zu bewältigen, einen gewissen Stolz in seiner Brust fühlt, daß sich auch ein gewisses Machtgefühl zu entwickeln beginnt und eine Art Selbstherrlichkeit wirksam wird. Wir brauchen uns nur anzusehen, was in diesen zwei Jahren von Dr. Petuely inzwischen alles geändert worden ist.

Als erstes hat er den bis dahin immer bestandenen Gedankenaustausch der Beamten seiner Untersuchungsanstalt mit den Beamten der privaten Untersuchungsanstalten, der immer laufend stattgefunden hat, verboten. Er hat auch gegen die einzelnen privaten Sachverständigen, geprüfte Lebensmittelexperten, Prozesse geführt, so gegen Dr. Ebermann, den Leiter der privaten Lebensmitteluntersuchungsanstalt in der Blaasstraße, den er verloren hat, oder gegen Dr. Goll, den Leiter des Lehr- und Untersuchungslaboratoriums in Klagenfurt, einen Prozeß, den er ebenfalls verloren hat. Laufend steht er in Fehde mit Dr. Präntl, dem Leiter des Instituts für Fleischhygiene und Tierbeschau vom Institut Wien. In den zwei Jahren sind aus seiner Abteilung sieben Akademiker und vier B-Beamte weggegangen, weil sie gesagt haben,

sie können mit diesem Mann nicht zusammenarbeiten.

Dabei war Dr. Petuely für seine Person sehr empfindlich. Man hat ihm den Vorwurf gemacht, er nehme das sogenannte Kopfgeld für gebrachte Anzeigen. Damit sind jene berühmten Taxanteile gemeint, von denen ich hier im Hause schon öfter gesprochen habe. Aus solchen Anzeigen, die zu Gericht kommen, sind Gebühren zu zahlen, und diese werden vom Justizministerium in einer Globalsumme den Untersuchungsanstalten refundiert. Die Anstalten erhalten nun die einzelnen Dotierungen aus diesen Mitteln. Ich habe schon immer versucht — auch der Rechnungshof hat das beanstandet —, daß man doch hier auf starre Sätze übergehen sollte und nicht das Odium bestehen läßt, das man ja nicht gerade als moralisch bezeichnen kann, daß vorgenommene Amtshandlungen sozusagen verprovisioniert werden. Bis heute ist aber nichts geschehen. Dr. Petuely hat sich damit verantwortet, daß er gesagt hat, es sei auch in Spitälern üblich, daß die Akademiker, die Professoren, das sogenannte Bettgeld pro Patienten bekommen. Dort haben aber nicht nur die Akademiker diese Taxanteile bekommen, sondern auch die Chauffeure und Aufräumefrauen. Dafür gibt es einen eigenen Erlaß von ziemlichem Umfang, es ist ein Punktesystem festgelegt. Das hat also wohl einen anderen Charakter als dieses Bettgeld in den Spitälern.

Neben diesen einzelnen privaten Fehden fingen die ersten Prozesse an, eigenartigerweise in erster Linie gegen jene Firmen und Fabriken, die durch Jahrzehnte unbeanstandet geblieben sind. Ich möchte nur auf die Konservenfabrik Felix Austria verweisen, die mit einer Amtshaftungsklage auf die Anzeigen von Dr. Petuely geantwortet hat, die allerdings zurzeit noch läuft. Ich erinnere an den Fru-Fru-Prozeß, der abgeblasen wurde, weil es ein Unsinn war, diese rote Frucht, die im Joghurtdrin ist, zu beanstanden. Ich erinnere weiter an den Prozeß, der von Petuely gegen zwei der größten Salamifabriken angestrebt worden ist und den er verloren hat. Ich erinnere an den Inzersdorfer Leberpasteten-Prozeß, wo ebenfalls eine Amtshaftungsklage gegen ihn eingereicht wurde, oder an den letzten Prozeß gegen Tonic-Water, das in der ganzen Welt erlaubt ist; diesen Prozeß mußte er in Österreich auch verlieren. Daneben waren noch unzählige kleine Prozesse. (Abg. Benya: *Gewonnen hat er gar keinen?*) Gewonnen hat er auch, selbstverständlich. Es wäre ja unsinnig, würde man hier nur Honig und Butter auf das Brot streichen. (Abg. Weikhart: *Leberpastete!*) Dagegen ist eine Amtshaftungsklage

Kulhanek

noch in Schweben, und er würde nicht gewonnen haben — darauf komme ich zurück —, wenn er sich nicht ein eigenes Reich geschaffen hätte, wodurch er notwendigerweise das Gewinnen der Prozesse erreichen konnte.

Das war so: Die ersten Prozesse hat er überall gewonnen, in der zweiten Instanz hat er dann meistens verloren. Aber dazwischen ist ein ziemlicher Zeitablauf gewesen. Das Gewinnen der ersten Prozesse ist ihm also — man kann es verstehen — ein wenig in den Kopf gestiegen, sodaß er sich gesagt hat: Jetzt werde ich mir einmal mein Imperium ausgestalten! Die Römer haben es seinerzeit nicht anders gemacht: Wenn sie eine Stätte gefunden haben, wo sie ihre Macht etablieren konnten, haben sie auch zuerst für Festungen und für ihre Sicherheit gesorgt.

So hat Dr. Petuely zum Beispiel folgendes gemacht: Er hat es erreicht — der damalige Sozialminister war eben von ihm sehr eingenommen —, daß er nicht der Sektion V im Ministerium unterstellt war, sondern direkt dem Minister Proksch. Die anderen Landes-Untersuchungsanstalten wurden ihm unterstellt; das war der zweite Erlaß. Der dritte war, daß er allen Abteilungsleitern nicht mehr gestattet hat, als Sachverständige vor Gericht tätig zu sein. So ist also seine Größe und seine Machtfülle entstanden, von der Sie ja — ich bitte, nicht böse zu sein — heute nach dem 6. März auch Abstand nehmen, weil es nicht gerade glücklich ist, wenn man zuviel an Gewalt in Wien zentralisiert.

Damit ist jetzt folgendes eingetreten und hat auf den Ausgang der Prozesse einen wesentlichen Einfluß genommen: Er war Anzeiger, Ankläger und Sachverständiger in einer Person. Nun hat er noch Glück gehabt — manche Menschen haben eben im Leben Glück und andere nicht. Zu seiner Zeit war die Codexkommission nicht existent, es war eine sogenannte „kaiserlose, schutzlose Zeit“, und nun hat er sich selbst die Normen gegeben, nach denen das Gericht urteilen sollte. Er hat ein eigenes Fleisch-Kapitel ausgearbeitet; damit ist er zwar nicht durchgekommen, aber er bestimmte, was Recht und was nicht Recht ist.

Wenn ich nun zusammenzähle: Anzeiger, Ankläger, Sachverständiger und Gesetzgeber in einer Person, dann muß ich wohl sagen, daß das Merkmale sind wie im Mittelalter zur Zeit der Inquisition. (Abg. Benya: *Das ist nicht sehr fair, das in Abwesenheit zu sagen!*) Wieso ist das nicht fair, Herr Präsident? Wir in der Wirtschaft müssen aber diese „Fairneß“ ertragen, denn wir sind einem einzigen Mann entgegengestanden. Es ist in allen Zeitungen zu lesen gewesen, ich bringe

das nicht als erster. Ich bringe das nur gesammelt hier vor, um damit das Odium von der Wirtschaft zu nehmen. (Abg. Rosa Weber: *Er ist ein Beamter des Sozialministeriums!*) Ja, aber ein sehr hoher, mit sehr souveränen Rechten ausgestattet. Er kann sich wehren, er kann mit mir sprechen. (Lebhafte Zwischenrufe. — Abg. Dr. Pittermann: Verteidigen Sie ihn? — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Haben Sie nicht auch hier vom Pult aus den NEWAG-Direktor angegriffen, obwohl er nicht hier war? (Abg. Dr. Pittermann: *Dann müssen Sie aus der Partei austreten!*) Herr Dr. Pittermann, da brauche ich mit Ihnen als Intellektuellem nicht zu streiten. Wir haben nicht die Namen verglichen, sondern die Vorgangsweise, das wissen Sie genau. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Österreich war das Land, das wegen seines vorbildlichen Lebensmittelrechtes lange von der Welt bewundert worden ist. Heute, nach dieser inquisitionsähnlichen Institution des Dr. Petuely, sind wir ein abschreckendes Beispiel, denn es gibt nur eine Meinung, es gibt keine Appellation, es herrscht also tatsächlich ein Zustand wie früher im Mittelalter.

Ich möchte aus einer Studie verlesen, die man auf Grund dieser Zusammenballung der „Dreieinigkeit“: Anzeiger, Ankläger und Sachverständiger, geschrieben hat. Hier heißt es: „Unvereinbar mit dem Anklageprinzip und daher verfassungswidrig ist es, wenn ein Mann, der der Behörde die sachliche Grundlage für einen Strafantrag liefert, als Gerichtssachverständiger ... fungiert. Eine solche Tätigkeit ist weder mit den Bestimmungen des österreichischen Lebensmittelgesetzes noch mit der Strafprozeßordnung noch mit dem Bundes-Verfassungsgesetz vereinbar.“ — Wenn eine solche Tatsache besteht, dann, glaube ich, hat die Wirtschaft alles Recht, sich zu wehren. Ein Dr. Petuely hätte auch zur Kenntnis nehmen können, daß man im Jahre 1962 das Weingesetz ausdrücklich dahin geändert hat, daß die Kellereiinspektoren nicht zugleich Sachverständige in eigener Sache sein können. Warum hat er nichts getan? Heute wird er bedauert! Ich muß diese Anklage erheben, weil wir uns wehren müssen gegen einen Zustand, der nicht mehr dem 20. Jahrhundert und der Demokratie entspricht.

Ich darf auf noch etwas verweisen, auch das wird ein Dr. Petuely gewußt haben: daß man in der Schweiz ein wesentlich demokratischeres Verfahren hat. Dort wird, wenn es zur Anzeige nach der Beanstandung kommt, der Betreffende unterrichtet, daß gegen ihn Anzeige erhoben wird. Daraufhin kann er gegen diese Anzeige Berufung einlegen, und für diese

2040

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Kulhanek

Berufung ist eine Oberexpertise zu verfassen, die von drei unabhängigen Sachverständigen zu erstellen ist. Das entspricht, glaube ich, einem demokratischen Prozeß. Wenn wir heute Schöffens- und Laiengerichte haben, so können wir ähnliche Einrichtungen auch für die Wirtschaft verlangen.

Aber er hat den Grundsatz vertreten: „L'état c'est moi!“ Er war der uneingeschränkte Herrscher auf seinem Gebiet, und das hat natürlich auch Folgen gehabt. Sie dürfen nicht böse sein, wenn ich das bringe, aber es ist klar: Die Gerichte, die sich einem einzigen Mann gegenübergesehen haben, der immer wieder mit einem Gutachten in eigener Sache in Erscheinung getreten ist, diese Gerichte haben dann nicht mehr diese Urteile gefällt, sondern nur noch verkündet; denn festgestellt, was schuld- und fehlerhaft ist, das hat schon der Dr. Petuely.

Es ist klar, daß sich auch die Presse damit beschäftigt hat. Wenn ich Ihnen die Titel einiger Artikel zitiere, werden Sie selbst vielleicht ein bißchen über die lebhafte Phantasie lachen. Es hat dazu geheißen: „Die Bazillen nähren ihren Mann“, „Essen wir Gift?“, „Endstation Salami“, „Bis uns der Appetit vergeht“, „Wenn das Lukullus wüßte“. Es war also eine ganze Flut phantastievoller Titel. (Abg. Benya: *Das sind bezahlte Artikel jener, die angegriffen werden!*) Herr Präsident, das glaube ich nicht. (Abg. Benya: *Glauben!*)

Ich habe folgenden Fall in meiner eigenen Bundesinnung hinsichtlich der Zeitungsberichterstattung erlebt: Da stand in großen Lettern gedruckt: „Beim Eisgenuss gestorben“. Das war so groß gedruckt, daß man es nur flüchtig zu lesen brauchte, und die Assoziation war: Aha, durch das Eis ist er gestorben. Im Nachsatz ist dann gestanden, daß ihn beim ersten oder zweiten Löfferl Eis der Schlag getroffen hat.

Also, meine Herren: Wenn auch das Zuckerbäckerhandwerk künstlerisch ist, so tüchtig ist es wieder nicht, daß es in die Masse einen Totschläger emulgieren könnte, der bewirkt, daß man vom Stockerl fällt, wenn man zwei Löfferl davon isst.

Es ist hier also einerseits über die Hierarchie in der Lebensmittelgesetzgebung, andererseits über die Richterschaft, aber auch über die Presse eine Atmosphäre gegenüber der Wirtschaft geschaffen worden, die tatsächlich den einzelnen zu Anzeigen und ungerechten Vorwürfen direkt herausgefordert hat. Wenn man sich dagegen wehrt, so ist das, glaube ich, ein gutes Recht.

Ich freue mich, daß inzwischen, wie ich feststellen konnte, schon sehr viel geschehen ist.

Die Codexkommission wird wieder existent, sodaß die Untersuchungsanstalt nicht mehr Ge setzgeber spielen kann. Alle die Maßnahmen, die Petuely gesetzt hat, sind rückgängig gemacht worden. Er ist wieder einer Sektion V unter stellt. Die Landes-Untersuchungsanstalten sind gleichberechtigt, und die Abteilungsleiter dürfen wieder als Sachverständige gelten.

Wir haben allerdings noch zwei Forderungen aufgestellt. Ich bedauere, daß wir es nicht gleichzeitig durchbringen konnten. Ich möchte aber hier der SPÖ keinen Vorwurf machen; es ist zu spät in ihre Hand gekommen. Ich nehme aber an, daß es dann, wenn wir ein nächstes Mal zusammenkommen, möglich sein wird, erstens einen Anspruch auf eine Gegenprobe zu besitzen. (Abg. Rosa Weber: *Den haben Sie heute schon!*) Nein, den haben wir nicht, sonst würden wir es ja nicht verlangen. (Abg. Ing. Häuser: *Eine Kann-Bestimmung im § 3!*) Aber was können Sie mit einer Kann-Bestimmung machen? (Abg. Ing. Häuser: *Sie brauchen Ihre Leute nur aufzuklären!*) Den Anspruch haben wir also nicht, ich möchte das feststellen; wir wollen einen Anspruch darauf haben. (Abg. Rosa Weber: *Den haben Sie, wenn Sie ihn verlangen!*) Nein, mit „kann“ habe ich keinen Anspruch; aber wenn es wäre, umso besser.

Und das zweite ist, daß man der Lebensmitteluntersuchungsanstalt nicht eine Monopolstellung hinsichtlich der Sachverständigen gibt. Wir haben eine Sachverständigenliste. Dort können sich alle, die die Voraussetzungen besitzen, eintragen lassen. Dann soll das Gericht objektiv oder nach freiem Ermessen auswählen, aber nicht in die Richtung der staatlichen Untersuchungsanstalt gewiesen.

Hohes Haus! Ich möchte noch eine Tatsache anführen, die mich wirklich beeindruckt. Diese ganze Affäre, die ich jetzt geschildert habe, die könnte ja tatsächlich auf einen Mann zurückzuführen sein, der ein bißchen, wie man sagt, über die Schnur gehaut hat. Ich habe aber das Gefühl, daß es eigentlich um mehr geht (Abg. Benya: *Um die Gesundheit des Volkes!*), daß leider Gottes gewisse Institutionen Ihrer Couleur bestrebt sind, die Wirtschaft voll und ganz in den Griff zu bekommen. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Czettel: *Schrecklich!* — Abg. Benya: *Jetzt sehen Sie aber weiße Mäuse!*) Sie werden etwas später vielleicht nicht mehr lachen.

Ich darf folgende zwei Voraussetzungen bringen, damit man den Brief, den ich hier zitieren will, versteht. Erstens: Sowohl die Zuckerbäcker als auch die Bäcker unterliegen dem sogenannten Bäckereiarbeitergesetz. Zweitens: Die Bundesinnung der Zuckerbäcker steht mit der Gewerkschaft

Kulhanek

der Lebensmittelarbeiter seit zwei Jahren in einem vertragslosen Zustand.

Nun habe ich in diesem Zusammenhang einen Brief bekommen, unterzeichnet vom Obmann Dr. Staribacher, in dem sich folgender Passus befindet: „Wir werden im Gegenteil“ — wir, also die Gewerkschaft — „dafür eintreten, daß Verbesserungen des Bäckereiarbeitergesetzes, welche im Zuge der Verhandlungen mit der Bundesinnung der Bäcker eintreten, für die Bundesinnung der Zuckerbäcker nicht wirksam werden.“ (Abg. Doktor Staribacher: Herr Abgeordneter Kulhanek ...) Warten Sie ein bißchen, Sie haben Zeit, Sie haben es ja geschrieben.

Da frage ich mich doch: Ist es tatsächlich möglich, daß ein Abgeordneter dieses Hauses den Schutz eines Gesetzes davon abhängig macht, wie sich der Betreffende gegenüber der Gewerkschaft verhält, ob obstinat und renitent? Ist denn das möglich? (Abg. Dr. Staribacher: Aber Herr Innungsmeister, das ist doch ganz falsch dargestellt!) Wieso denn? (Abg. Dr. Staribacher: Fragen Sie doch die Frau Minister Rehor, was wir im Haus hier besprochen haben! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Aber Herr Doktor, kommen Sie hieher, ich gebe Ihnen den Brief, ich habe mehr Kopien da, ich teile sie aus. Das steht schwarz auf weiß hier. Herr Dr. Staribacher, das erste ist, daß Sie sich oft nicht erinnern können, und das zweite, daß Sie dann von etwas anderem zu reden beginnen. Das steht hier! Ich erschrecke über diese Tatsache und nicht Sie, denn es ist nicht notwendig. (Abg. Benya: Beamte können Sie angreifen, aber bei uns werden Sie überbleiben!) Ich bleibe übrig, ich möchte ja hier ... (Abg. Dr. Staribacher: Da werden Sie die Frau Minister Rehor in eine schöne Situation bringen, Herr Abgeordneter Kulhanek!) Aber, Herr Dr. Staribacher, das steht hier schwarz auf weiß. Was brauchen wir die Frau Minister dazu? Ihr Brief steht zur Debatte! (Abg. Czettel: Das Lebensmittelgesetz steht zur Debatte und nicht die Innung der Zuckerbäcker!) Nein, es steht hier zur Debatte, daß der Schutz eines Gesetzes nicht allen Staatsbürgern zugute kommt, sondern auf Schreiben der Gewerkschaft hin nur den einzelnen, die sich gegenüber der Gewerkschaft wohlverhalten. Dagegen protestiere ich, weil das auch eine Diktatur ist, die sich die Wirtschaft nicht gefallen lassen kann! (Abg. Probst: Er ist Zuckerbäcker, da gehört die Schaumschlägerei dazu! Aber es ist nichts drinnen!)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Das Wort hat der Redner! Es sind sowieso schon einige weitere Wortmeldungen vorhanden.

Abgeordneter Kulhanek (fortsetzend): Herr Minister, sind Sie mir doch dankbar. Schauen Sie doch Ihren Umfang an! Wenn wir noch mehr Inhalt in die Masse hineingegeben hätten, hätten Sie es doch gar nicht vertragen, und so können Ihnen die Süßigkeiten noch immer schmecken. Nein, nein, es ist schon ein Vorteil dabei. (Abg. Probst: Das auch noch!)

Meine Herren! Sie werden sich also entscheiden, wieweit Sie diese gemachte Drohung auch in die Wirklichkeit umsetzen. Wir werden uns gegen sie genauso wehren, wie wir uns — ich habe es nur als Vergleich gebracht — gegen das überspitzte Machtbedürfnis eines Dr. Petuely gewehrt haben. Wenn heute mit dieser Novelle der erste Schritt getan ist, um wieder zu normalen Zuständen zu kommen, so begrüßt die Wirtschaft das auf das herzlichste.

Ich darf nur um eines bitten: Haben wir doch zueinander ein bißchen mehr Vertrauen! Wenn wir heute Kollektivverträge mit einem Mindestlohn abschließen, so ist es ja immer eine Tatsache, daß Sie — und mit Recht — sagen: Selbstverständlich muß dieser Leistung eine gewisse Gegenleistung gegenüberstehen. Aber die Gegenleistung wird nicht abgegrenzt. Wir haben das Vertrauen. Ich darf Sie bitten, daß Sie dieses gegenüber der Arbeiterschaft verlangte Vertrauen auch gegenüber der gewerblichen Wirtschaft an den Tag legen. Denn ich glaube, bei Vertrauen, gutem Willen und ein bißchen Verstehenwollen werden wir uns näherkommen und eine bessere Gemeinschaft bilden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Rosa Weber. Ich erteile es ihr. (Abg. Probst: Der Kulhanek hat etwas anfangen! — Abg. Weikhart: Er hat die Schaumrolle jetzt hingelegt!)

Abgeordnete Rosa Weber (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Rede, die mein Vorredner hier gehalten hat, ist wohl einmalig in der Geschichte der Zweiten Republik. (Abg. Dr. Fiedler: Das werden Sie entscheiden!) Ich darf meine Meinung hier sagen. — Der Herr Abgeordnete Kulhanek wollte hier darstellen, wie sehr sich die Wirtschaft durch das Wirken eines Beamten eingeschüchtert fühlt, der an Gesetze gebunden ist, der von einer übergeordneten Behörde, von seinem Ministerium überwacht wird und der sich außerdem noch vor Gerichten zu verantworten hat, denn die Wirtschaft ist nicht so schutzlos, daß sie sich Übergriffe gefallen lassen muß. (Zustimmung bei der SPÖ.) Sie hat sehr wohl die Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Nicht wehren kann sich dagegen der hier An-

2042

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Rosa Weber

gegriffene, denn er ist kein Mitglied dieses Hauses, und wenn hier Einschüchterung betrieben wird, Herr Abgeordneter Kulhanek, dann ist das ein Einschüchterungsversuch Ihrerseits. Sie wollen diesen Beamten nun einschüchtern und daran hindern, daß er auf Grund seiner Verpflichtungen nach dem Rechten sieht. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.* — *Abg. Mitterer: Ankläger und Sachverständiger in einer Person!*) Darauf komme ich noch zu sprechen.

Nun muß ich daran erinnern, was ich von der ganzen Sache weiß. Sie geht Jahre zurück in eine Zeit, wo Herr Petuely noch nicht in so viele Prozesse verwickelt war, wie Sie hier geschildert haben. Im Sozialministerium hat unter dem Vorsitz des Herrn Sektionschefs Schindl eine Aussprache stattgefunden. Es ist dabei um einen der vielen Versuche des vormaligen Herrn Sozialministers Proksch gegangen, die Codexkommission durch eine Novelle des Gesetzes funktionsfähig zu machen. Dem vormaligen Sozialminister Proksch ist das nicht gelungen, obwohl er jahrelang mit den Vertretern der Wirtschaft gesprochen und einen Weg gesucht hat. Wir sind froh, daß es nun gelungen ist, zu dieser Novelle zu kommen und die Codexkommission funktionsfähig zu machen.

Diese Besprechung ist ganz in den Anfang der Amtstätigkeit des Herrn Dozenten Petuely gefallen. Aber er hat seine Aufgabe ernst genommen, und er hat schon in den ersten Wochen, wo man noch gar nicht wissen konnte, was wirklich in dem Mann steckt, Anstoß erregt. Bei dieser Besprechung ist von dem Vertreter der Wirtschaft ganz klipp und klar gesagt worden: Mit uns könnt ihr über diese Novelle nur reden, wenn ihr den Mann beseitigt, wenn ihr ihn von dieser Stelle entfernt! (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.*) Herr Sektionschef Schindl hat selbstverständlich gesagt — ich war dort nicht allein, die Herren können das bezeugen —, daß er sich vor seine Beamten stellt, daß sich diese Beamten an die Gesetze halten müssen, daß er auf einen solchen Handel nicht ein geht. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und dann, Herr Abgeordneter Kulhanek, ist dieses Kesseltreiben in die Wege geleitet worden. Dann sind diese Zeitungsartikel geschrieben worden mit all den Bezeichnungen, wie „Bazillenjäger“ und so weiter. Wenn ich der Herr Dozent Petuely bin, schäme ich mich nicht und ärgere ich mich nicht, wenn man mich einen Bazillenjäger nennt, denn dazu haben wir ihn hingesetzt, dazu ist er dort, es ist seine Aufgabe, darauf zu sehen, daß die Konsumenten nicht mit der Ware auch Bazillen mitkaufen und mitessen. (*Starker*

Beifall bei der SPÖ. — *Abg. Kulhanek: Da sind wir einer Meinung!*) Na also, warum haben Sie das dann hier angeführt, und warum machen Sie ihm zum Vorwurf, daß er darauf sieht, daß die Nahrungsmittel, die die Konsumenten kaufen, auch tatsächlich einwandfrei sind? (*Abg. Kulhanek: Da sind wir auch einer Meinung!* — *Abg. Weikhart: Daß er seine Pflicht erfüllt!* — *Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Und jetzt bitte zu dem Codexentwurf und zu seiner Funktion, Gesetze zu machen. Es ist schon ein Codexentwurf ausgearbeitet worden noch lange vor Herrn Dozenten Petuely. Der war so schlecht, Herr Abgeordneter Kulhanek (*Abg. Kulhanek: Nein! Der andere war schlecht!*), daß die Konsumenten diesen Entwurf auf das entschieden ablehnen mußten. Er ist weit unter dem Standard des Codex über Fleisch und Fleischwaren vom Jahre 1912 gestanden. Sie haben schon selber hier ausgeführt, daß Sie darauf Wert legen, daß die besseren technischen Möglichkeiten jetzt ausgenutzt werden. Es ist in Wirklichkeit so: Sie wollen, daß Sie jetzt auch noch die Schwarteln, die Knochen und alles Unappetitliche, was bei der Schlachtung abfällt (*Abg. Kulhanek: Schwarteln sind in einer Preßwurst enthalten!*), verwerten können. Sie wollen, da man mit den neuen Kolloidmühlen alles so fein mahlen kann, Emulsionen herstellen, wie Sie gesagt haben, Sie wollen alles in die Wurst hineingeben, sodaß dann in ihr überhaupt kein wertvolles Fleischeiweiß mehr enthalten ist. (*Abg. Kulhanek: Das muß festgestellt werden!*) Der Konsument würde dann nicht nur um sein Geld eine qualitativ minderwertige Ware bekommen, sondern auch noch einen sehr, sehr hohen Preis bezahlen müssen. Das war der Inhalt dieses Codexentwurfes, und er ist von den Konsumenten abgelehnt worden.

Nun hat man im Sozialministerium neuerlich einen Codexentwurf ausgearbeitet, der der Kommission vorgelegt und worüber verhandelt werden wird.

Also der Herr Dozent Petuely hat sich nicht als Gesetzgeber etabliert, er hat nicht als Gesetzgeber fungiert, sondern er hat die notwendigen Vorarbeiten geleistet, die erforderlich sind, um in der Codexkommission überhaupt zu einer brauchbaren Grundlage zu kommen.

Sie haben gemeint, Herr Abgeordneter Kulhanek, daß es notwendig ist, das Recht für die Wirtschaft zu verankern, daß sie Gegenproben ziehen kann. Im heutigen Gesetz steht, daß jeder Beanstandete beziehungsweise jeder Wirtschaftstreibende, bei dem

Rosa Weber

eine Probe entnommen wird, das Recht hat, zu verlangen, daß ihm zur gleichen Zeit eine verschlossene Gegenprobe übergeben wird. Was Sie wollen, Herr Abgeordneter Kulhanek, ist die Verpflichtung, daß jeder Wirtschaftstreibende diese Gegenprobe nehmen muß. (Abg. Kulhanek: Ja!) Ob das im Interesse der Wirtschaft ist, das ist noch eine zweite Frage (Abg. Kulhanek: Aber der Konsumenten!), und ob damit nicht die Tätigkeit der Untersuchungsbehörde sehr erschwert ist, das müßte man sich auch noch überlegen. Aber, Herr Abgeordneter Kulhanek, die wirtschaftliche Interessenvertretung der betroffenen Fleischhauer und Lebensmittelhändler müßte doch nur ihre Mitglieder aufmerksam machen, daß sie in jedem Fall das Recht haben, eine Gegenprobe zu verlangen! Haben Sie so wenig Einfluß auf Ihre Mitglieder, daß Sie ihnen das nicht begreiflich machen können? Oder wollen Sie eine Diktatur über Ihre Mitglieder aufrichten und genügt Ihnen diese Kann-Bestimmung nicht? Sie wollen die Mitglieder zwingen, daß sie eine Probe nehmen müssen. Ich sage Ihnen: Das kann in besonders krassen Fällen sehr, sehr unangenehm ausgehen. (Abg. Kulhanek: Das ist dann nur zum Schutz des Konsumenten, und das könnten wir vertreten!)

Und jetzt zur Sachverständigkeitätigkeit. Sie bezweifeln, daß der Sachverständige beziehungsweise die Bundes-Untersuchungsanstalt das Recht hat, das, was sie an Schlechtem gefunden hat, auch vor dem Gericht zu vertreten. (Abg. Mitterer: Nein, nein! Nur Ankläger und Sachverständiger nicht in einer Person! Das gibt es auf der ganzen Welt nicht!) Schauen Sie, das ist genauso wie bei jedem Sachverständigen in einem anderen Fall. (Abg. Mitterer: Nein!) Bei einer Bluttat oder sonstwo wird ein beeideter gerichtsmedizinischer Sachverständiger herbeigerufen, um einen Befund zu machen. An die Bundes-Untersuchungsanstalt ergeht der Gesetzauftrag, daß sie untersuchen muß und daß sie, wenn sie etwas findet, was dem Gesetze widerspricht, eine Anzeige erstatten muß. Und genauso wie das beim Gerichtsmediziner der Fall ist, vertritt der Sachverständige der Bundes-Untersuchungsanstalt das Gutachten, das er erstattet hat. Darüber können Sie mit jedem reden, der etwas von der Gerichtspraxis versteht. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Mitterer: Also offenbar mit Ihnen nicht!) Ich muß Ihnen sagen: Da die Gerichte die Möglichkeit haben, nicht nur den einen Sachverständigen zu hören, sondern auch einen anderen, und da die Gerichte das auch wiederholt tun, ist die generelle Feststellung, daß die Gerichte falsch informiert werden, auch eine arge Verdächtigung der

Richter. Es wird damit bezweifelt, daß die unabhängigen Richter ihrer Aufgabe gerecht werden können. (Abg. Mitterer: Das ist eine pure Unterstellung!)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß man auf diese Art und Weise, wie es der Herr Abgeordnete Kulhanek getan hat, schwierige Fragen nicht behandeln kann. Ich möchte Ihnen nur sagen, daß sich die Konsumenten nicht einschüchtern lassen. (Abg. Kulhanek: Auch nicht die Wirtschaft!) Nein, das ist auch nicht notwendig. Sie sind nicht so schüchtern! Diese Millionenprozesse, die Sie der Untersuchungsanstalt beziehungsweise dem Leiter angehängt haben, zeigen doch, daß die Wirtschaft auf gar keinen Fall so schutzlos ist, wie sie tut. Auf diese Art und Weise kann man gegen Beamte nicht vorgehen!

Die Konsumenten werden sehr genau beobachten, wie sich die Dinge mit dem Lebensmittelgesetz, mit der Codexkommission, mit der Untersuchung der Waren, die auf den Markt kommen und eine gesundheitliche Gefährdung für die Konsumenten bedeuten können, weiterentwickeln werden.

Ich kann Ihnen versichern, daß wir die Öffentlichkeit über die Entwicklung auf diesem Gebiet auf dem laufenden halten und sie auch darüber aufklären werden, in welcher Art und Weise die Österreichische Volkspartei nun dieses wichtige Gebiet verwaltet. Die Töne, die hier angeschlagen worden sind, zwingen zu den größten Befürchtungen. Aber Sie werden uns wachsam finden, das kann ich Ihnen sagen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Staribacher das Wort.

Abgeordneter Dr. Staribacher (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Da der Herr Abgeordnete Kulhanek hier einen Brief zitiert hat, sehe ich mich veranlaßt, dem Hohen Hause zur tatsächlichen Berichtigung einiges zur Kenntnis zu bringen.

Es ist eine glatte Unwahrheit, wenn Herr Abgeordneter Kulhanek darstellen will, daß die Gewerkschaft sozusagen nicht nur Gesetze biegen will, sondern daß es vom Wohlverhalten gegenüber der Gewerkschaft abhängen soll, ob Gesetze eingehalten werden sollen oder nicht. Das weiß der Herr Abgeordnete Kulhanek sehr genau. Wenn er diesen Brief hier teilweise zitierte, so machte er das deswegen, um eine bestimmte Situation umzudeuten oder besser gesagt wegzuwischen, die er sozusagen eingebrockt hat. (Abg. Kulhanek: ...: vertragsloser Zustand!) Herr Abgeordneter Kulhanek! Ich werde Ihnen dies jetzt an diesem Tisch beweisen, und die Frau Minister Rehor

2044

Nationalrat XI. GP. — 28. Sitzung — 19. Oktober 1966

Dr. Staribacher

ist Zeugin. Für den Fall, daß ich eine Unwahrheit sage, bitte ich die Frau Minister, mich zu berichtigen und festzustellen, ob das so gewesen ist oder nicht.

Wir haben bei den Zuckerbäckern seit Jahren einen vertragslosen Zustand. (Abg. Kulhanek: *Zwei Jahre!*) Dieser vertragslose Zustand ist darauf zurückzuführen — Herr Abgeordneter Kulhanek, das sage nicht ich, das sagt Ihr Kollege, Bundesinnungsmeister der Bäcker Steffl —, daß bei den Zuckerbäckern, den Unternehmern Zustände herrschen, von denen der Herr Bundesinnungsmeister Steffl gesagt hat, das würde er sich auf seinem Sektornie gefallen lassen. Aber das ist Ihre Angelegenheit. (Abg. Kulhanek: *Welche Zustände meinen Sie?*) Die werde ich Ihnen, wenn Sie wollen, noch im einzelnen mitteilen. Dort gibt es also zwei Jahre einen vertragslosen Zustand.

Auf Grund dieses Tatbestandes, auf Grund dieser Verhältnisse haben wir uns redlich bemüht, mit Ihnen zu einer Lösung zu kommen. Vergeblich! Sie haben, als Sie den Entwurf eines diesbezüglichen Vertrages letzten Endes akzeptiert haben, das von einer Novelle zum Bäckereiarbeitergesetz, betreffend Änderung der Lehrlingshaltung, abhängig gemacht. (Hört! Hört! - Ruf bei der SPÖ.)

Wir haben uns diesem Druck mehr oder minder gebeugt und haben folgendes erklärt: Wenn das Hohe Haus eine Änderung des Bäckereiarbeitergesetzes behandeln wird, wenn eine Änderung der Lehrlingshaltung bei den Bäckern zur Sprache kommen wird, sind wir, die Gewerkschaft der Lebens- und Genußmittelarbeiter, einverstanden, daß dann, wenn dieser Entwurf an die Arbeiterkammer zur Begutachtung kommen wird, die Lebens- und Genußmittelarbeitergewerkschaft dort eine positive Befürwortung einlegen wird. Das heißt, wir haben, nachdem wir mit unseren Kollegen gesprochen hatten, das hinsichtlich unseres Begutachtungsverfahrens vorweggenommen. Wir sagten, daß wir das also machen werden.

Sie haben das als Grundlage genommen und sagten, Sie werden mit der Bäckerinnung über dieses Problem reden und es einer Lösung zuführen. Sie haben es keiner Lösung zugeführt. (Abg. Kulhanek: *Weil Sie gesagt haben, Sie spielen nicht mit!*) Das stimmt nicht! Die Frau Minister ist hier Zeugin, daß Herr Innungsmeister Steffl, als wir hier in diesem Hause mit ihm verhandelt haben, erklärt hat, er würde sich niemals von Ihnen ins Schlepptau nehmen lassen, sodaß Sie Ihre Novellierung kriegen, wenn nicht gleichzeitig die Bäckereiarbeiter und vor allem die Bäckereiunternehmer ihre Novellierung kriegen würden.

(Zwischenruf des Abg. Kulhanek.) Nein! Nein, Herr Innungsmeister, es mußte über das Bäckereiarbeitergesetz verhandelt werden. Wir haben erklärt, das solle also geschehen. In der zweiten Phase ... (Abg. Dr. Mussil: *Das hat mit diesem Gesetz nichts zu tun!*) O ja, das hat schon etwas damit zu tun, jetzt muß es einmal ausgesprochen werden.

Ich frage ja die Frau Minister Rehor, was sie dazu sagt, denn sie ist ja vom Herrn Abgeordneten Kulhanek hinters Licht geführt worden. Sie hat sich dann redlich bemüht, zu einer Lösung zu kommen. Die Frau Minister hat hier im Hause mit uns verhandelt und hat gefragt: Geht das in Ordnung, Herr Innungsmeister Kulhanek? Der Herr Innungsmeister hat gesagt: Jawohl, ich werde das in Ordnung bringen. — Er hat es aber nicht in Ordnung gebracht. Der Herr Innungsmeister Kulhanek hat versprochen, er werde nach Eisenstadt fahren und das dort mit der Innung in Ordnung bringen. Er hat es aber nicht in Ordnung gebracht. Er ist zur Frau Minister ins Büro gegangen und hat gesagt: Das ist in Ordnung. — Aber es war gar nicht in Ordnung. Herr Innungsmeister Kulhanek! Das können Sie hier nicht machen. (Abg. Kulhanek: *Herr Dr. Staribacher, Sie brauchen nur nachzuschauen!*) Ich brauche überhaupt nicht nachzuschauen. Ich frage die Frau Minister Rehor, ob Sie das, was Sie der Frau Minister versprochen haben, eingehalten haben. (Abg. Kulhanek: *Ich habe ihr nichts versprochen!*) Ich habe nichts ... Also jetzt muß ich sagen, da hört sich der ... Sie haben der Frau Minister nicht versprochen, das in Ordnung zu bringen? Das ist doch ... (Ruf bei der SPÖ: *Er lügt!*) Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Innungsmeister, so werden Sie mit der Gewerkschaft der Lebens- und Genußmittelarbeiter zu keinem Vertrag kommen.

Das ist die eine Angelegenheit. Die zweite Angelegenheit ist, wie Sie das innerhalb Ihrer Partei in Ordnung bringen werden, denn da sind Zeugen dieser Aussprache vorhanden. Da können Sie bei bestem Willen nicht abweichen und ganz einfach sagen: Das war anders, das ist nicht so gewesen.

Ich stelle daher fest: Die Gewerkschaft der Lebensmittelarbeiter hat überhaupt niemanden irgendwie unter Druck gesetzt und dergleichen mehr. Das ist ja lächerlich. Wir haben darauf hingewiesen, daß Sie die Vereinbarungen, die wir mit Ihnen geschlossen haben, nicht gehalten haben, daß Sie die Zusagen, die Sie der Frau Minister Rehor gemacht haben, nicht eingehalten haben. Ich kann nur sagen: Wir sind das von Ihnen gewohnt; wie es die Frau Minister Rehor vertritt, das ist ihre Angelegenheit. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort hat sich noch der Herr Abgeordnete Altenburger gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Altenburger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bedaure es zutiefst, daß wir im Ausschuß für soziale Verwaltung den gegenständlichen Regierungsentwurf in Behandlung gezogen haben und dieser Entwurf im Ausschuß ohne Debatte zur Kenntnis genommen und einstimmig beschlossen wurde. Das ist das Resultat der Verhandlungen des Ausschusses für soziale Verwaltung.

Ich möchte sehr bitten, dann, wenn man über die Sache, über die Materie, über den Inhalt eine Diskussion führt, sie zunächst im zuständigen Ausschuß durchzuführen. Denn im zuständigen Ausschuß haben wir die Möglichkeit der Prüfung. Im zuständigen Ausschuß haben wir die Möglichkeit, auch Experten beizuziehen, und im zuständigen Ausschuß haben wir die Möglichkeit, eine Meinung zu bilden. Als stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses halte ich es nicht für zweckmäßig, daß solche Meinungsverschiedenheiten im Hohen Haus zum Ausdruck gebracht werden.

Ich freue mich über die von beiden Gruppen getroffene Feststellung, daß es den Bemühungen der Frau Minister Rehor gelungen ist, eine seit Jahren in Behandlung stehende Materie nunmehr zum Abschluß zu bringen. Es handelt sich dabei um den Schutz des Konsumenten. Er soll wissen, daß auf diesem Gebiete sein Leben und das seiner Kinder gesichert ist. Es handelt sich um ein Gesetz und nicht um Meinungsverschiedenheiten von Vertragspartnern über einen Kollektivvertrag, nicht um Meinungsverschiedenheiten, die vielleicht in einer anderen Form zur Diskussion stehen. Das haben wir nicht hier im Hohen Hause zu beraten.

Ich freue mich, daß wir nunmehr dieses Gesetz beschließen. Ich möchte feststellen, daß es im Ausschuß für soziale Verwaltung ohne Diskussion einstimmig beschlossen worden ist, und ich möchte bitten, daß das Haus diesem Gesetz nun mit derselben Einmütigkeit seine Zustimmung gibt. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort hat sich die Frau Bundesminister Rehor gemeldet. Ich erteile es ihr.

Bundesminister für soziale Verwaltung Grete **Rehor**: Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist selbstverständlich, daß der Bundesminister für soziale Verwaltung hinter jedem seiner Beamten steht und ihn schützt. Wenn irgendwo Unzukömmlichkeiten Platz greifen, dann werden solche Unzukömmlichkeiten auch in den entsprechenden Gremien und Foren zu bereinigen sein. Hier ist nicht der Platz dazu. Ich wiederhole: Wir geben jedem Beamten des Hauses am Stubenring und der Außenstellen den Schutz, der ihm auf Grund unserer Verfassung zukommt. (*Anhaltender allgemeiner Beifall*. — *Abg. Dr. Pittermann: Herr Kulhanek, der Deich ist zusammengefallen!*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Nun ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. — Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. (*Unruhe*. — *Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen*.)

Bei der Abstimmung wird die Regierungsvorlage in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschuß erhoben.

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte noch um eine Minute Geduld.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für Mittwoch, den 9. November, 11 Uhr vormittag, ein.

Tagesordnung:

1. Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im Zeitabschnitt vom 1. Juli 1965 bis 30. September 1965 (177 der Beilagen) und

2. Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im Zeitabschnitt vom 1. Jänner 1966 bis 31. März 1966 (178 der Beilagen).

Es ist damit zu rechnen, daß diese Tagesordnung am Beginn der nächsten Sitzung ergänzt wird.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 15 Minuten